



Wirtschaftsstandort Steiermark 2025+

Wo wir herkommen - wo wir stehen - wo wir hinwollen.

Joanneum Research Policies

Universität Graz

Institut für Wirtschafts- und Standortentwicklung

WKO Steiermark





2025 steht für die WKÖ Steiermark im Zeichen des 175-Jahr-Jubiläums. 175 Jahre, in denen man stets an der Seite der Unternehmerinnen und Unternehmer gestanden ist und in denen man den Wirtschaftsstandort aktiv weiterentwickelt hat. Aus dieser Erfahrung heraus hat die WKÖ Steiermark nun gemeinsam mit renommierten Forschungseinrichtungen ein Zukunftsprogramm für unser Land erarbeitet.

„Die Zukunft hat viele Namen:
Für Schwache ist sie das Unerreichbare,
für die Furchtsamen das Unbekannte,
für die Mutigen die Chance.“

Victor Hugo

Standort Steiermark: Ein Weckruf!

Welchen Stellenwert haben unternehmerisches Tun, Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft in unserem Land? Wenn man sich die Entwicklung unserer Gesellschaft und des alltäglichen Wirtschaftslebens ansieht, ist man versucht zu glauben, keinen mehr. Die mannigfaltigen Krisen und Verwerfungen der vergangenen Jahre, vielmehr aber noch deren Folgen, haben nicht den Ruf nach mehr wirtschaftlicher Resilienz, sondern jenen nach Vater Staat laut werden lassen. Dass unternehmerische Initiativen im Tandem mit einem breit verankerten Leistungsprinzip uns zu unserem heutigen Wohlstand verholfen haben, scheint vergessen.

Der über Generationen hart erarbeitete Wohlstand ist zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Wirtschaftspolitisch relevante Faktoren wie Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität mussten der sozialen Absicherung, staatlichen Versorgung und trügerischen Wohlfühlthemen wie der Work-Life-Balance weichen. Wir können uns das auf Dauer nicht leisten? Geschenkt! Dabei gilt mehr denn je: Geld, das ich morgen ausgeben möchte, muss ich heute verdienen. Mehr noch: Dieses Geld muss auch klug und nachhaltig wirkend eingesetzt werden!

Die WKO Steiermark als Vertretung der gewerblichen Wirtschaft kann die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schieflagen nicht im Alleingang korrigieren, sie kann sich aber sehr wohl für die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen einsetzen und im Tandem mit den Leistungsträgern dieses Landes einen fruchtbringenden Dialog zwischen Politik und Wirtschaft in Gang setzen.

Die Politik kann in der Folge jene Rahmenbedingungen schaffen, die die Erfolgsgeschichte des Wirtschaftsstandorts Steiermark um das eine oder andere neue Kapitel ergänzt. Wir sind überzeugt, dass der wirtschaftliche Nährboden, den Pioniere wie Erzherzog Johann vor 175 Jahren gelegt haben, nur neu bestellt werden muss, um neue Früchte zu tragen.

Frei nach dem Motto: Gehen wir's an!

Josef Herk, Andreas Herz, Herbert Ritter, Gabriele Lechner
Karl-Heinz Dernoscheg, Gerhard Kienzl
Präsidium der WKO Steiermark

Inhaltsübersicht

I.	Wo wir herkommen	8
	Der Wirtschaftsstandort seit 1850: Zehn Epochen und ihr Einfluss auf die wirtschaftliche Gegenwart und Zukunft der Steiermark	10
	Bewegung der Bevölkerung und der Beschäftigung im Bundesland Steiermark seit der Mitte des 19. Jahrhunderts	46
	Der Wirtschaftsstandort in „a Nutshell“ Timeline 1850 – 2024	62
II.	Infrastruktur und Erreichbarkeit	82
III.	Alles Leben ist Energie	102
IV.	Öffentliche Finanzen	128

Wo wir herkommen

**Der Wirtschaftsstandort seit 1850:
Zehn Epochen und ihr Einfluss auf die wirtschaft-
liche Gegenwart und Zukunft der Steiermark.**

Thomas Krautzer

Einleitung

Menschliches Denken und Handeln ist durch drei Ebenen geprägt: durch Erfahrungen aus der Vergangenheit, durch konkrete Tätigkeit und Planungen in der Gegenwart sowie durch Visionen und Erwartungshaltungen für die Zukunft.

Besonders erfolgreich sind jene Individuen und Organisationen, die alle drei Ebenen durch einen Brückenschlag zu verbinden verstehen. Die Vergangenheit wird somit über den Umweg einer interpretierten Geschichte zu einem wesentlichen Gestaltungselement künftiger Entwicklungen. Vergangenheit meint in diesem Zusammenhang die Vorgänge, wie sie eben geschehen sind, Geschichte besteht hingegen aus historischen Narrativen, die der Mensch aus diesen Vorgängen ableitet, interpretiert und adaptiert. Beide sind sowohl im sozialen als auch im ökonomischen Sinn durchaus wirkmächtig.

Nehmen wir zur Erklärung beispielsweise jene Räume in Mitteleuropa her, die heute den Handlungsraum der Region Steiermark bestimmen: das Bundesland, die Republik Österreich und ihre Nachbarschaft sind in ihrer Vergangenheit ein Kind des Zerfalls der Habsburger Monarchie nach dem Ersten Weltkrieg und des Friedensvertrags von St. Germain aus dem Jahr 1919 (der ja noch heute die Grenzen der Republik Österreich bestimmt).

Geprägt durch diese Situation haben wir im Lauf der Jahrzehnte ein (wirtschafts-) historisches Narrativ entwickelt, das auch unsere Zukunftsstrategien beeinflusst: Wenn ein großer Binnenmarkt (jener der Monarchie) verloren geht, dann muss man als kleines Land, das Wohlstand erreichen will, offen und exportfähig sein. Die Erste Republik habe ja gezeigt, in welche Katastrophe Abschottung führen kann, während die Zweite Republik ein Tor zu Wohlstand und Frieden aufgestoßen hat. Die Torpfeiler waren die im Rahmen des Marshall-Plans vollzogene Westintegration sowie die Europäische Integration, die für Österreich 1995 letztlich wieder in einem großen Binnenmarkt mündete (jenen der EU).

Die Brücke über dieses historische Narrativ hin zu einer künftigen Strategie für den Standort ist logisch: Gute Erreichbarkeiten (Verkehrsinfrastruktur), offene Märkte (Weiterentwicklung des EU-Binnenmarktes und Unterstützung für Handelsabkommen)

sollten sich mit einer integrativen politischen Entwicklung (aktive Positionierung im Kontext der EU sowie Aufbau von interregionalen Kooperationen mit den direkten Nachbarn) vereinen.

Interessanterweise sind auch die Mängel der Erreichbarkeiten des steirischen Raumes stark historisch definiert: Die zentralen Bahnverbindungen folgen fast ausschließlich der Logik des k.u.k. Staatsgebietes. Sie wurden nach den Erfordernissen der Monarchie geplant und gebaut. Graz lag 1918 an der Schlagader Südbahn mit direkter Verbindung zum pulsierenden Hafen Triest. Wer von Graz nach Klagenfurt wollte, fuhr über Marburg und das Drautal, wer von dort nach Innsbruck wollte, nahm den Weg über das obere Drau- und Pustertal. 1919 wurde das logisch Zusammenhängende aber abgeschnitten und die Steiermark ins Abseits gedrängt. Eine Situation, die sich im Rahmen des Kalten Krieges massiv verschärfte. Erst über hundert Jahre später wird nunmehr mit dem Koralmtunnel in eine neue Logik investiert, die eigentlich eine historische ist – die Verbindung Graz – Klagenfurt unter Einbindung des Drautals.

Die vorliegende Standortanalyse greift als Strategiepapier diese Logik auf. Über den Angelpunkt von 175 Jahre WK-Steiermark verknüpft sie Vergangenheit und Geschichte (wo wir herkommen) mit den gegenwärtigen ökonomischen und sozialen Gegebenheiten (wo wir stehen) hin zu einer Ableitung von strategischen Handlungsfeldern, die einer positiven künftigen Entwicklung des Standorts den Rahmen bieten sollte (wo wir hinmöchten).

Im Rahmen des ersten Kapitels wird die Wirtschaftsgeschichte der Steiermark der vergangenen 175 Jahre auf kompakte Art und Weise analysiert – **„der Standort in a nutshell“** – und in Form von zehn Epochen die wesentlichen wirtschaftlichen sowie wirtschafts- und gesellschaftspolitische Meilensteine herausgearbeitet, die den Standort heute prägen und entscheidend die Zukunft dieses Landes - nicht nur ökonomisch – mit prägen werden. Im Rahmen eines Exkurses wollen wir im Anschluss daran die demographische Entwicklung seit den 1850-er Jahren näher ansehen und uns auch statistisch-historisch dem Standort Steiermark nähern.

1850 – 1873: „Das Erwachen der wirtschaftlichen Moderne“

Die Phase zwischen der Gründung der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie 1850 und der großen Spekulations- und Wirtschaftskrise 1873 ist sozusagen der Kreissaal des wirtschaftlich und politisch modernen Österreich mit seinem Verständnis als technologisch-naturwissenschaftlicher Industriestaat und liberaler Demokratie.

Am Anfang stand eine 1848 scheinbar gescheiterte Revolution, die statt nationaler Einigung unter dem Banner von Verfassung und bürgerlichen Grundrechten eine neo-absolutistische Restauration unter Kaiser Franz-Joseph brachte. Aber die Kraft der bürgerlichen Emanzipation war endgültig geweckt worden. Um diese nutzbar zu machen und das Bürgertum quasi bei Laune zu halten, wurde der wirtschaftliche Rahmen relativ liberal angelegt und Gründungstätigkeiten gefördert. So erfolgten in den 1850er Jahren in der Steiermark bedeutende und langfristig erfolgreiche Gründungen wie die Maschinenfabrik Andritz (1852), die Brauerei der Brüder Reininghaus (1853, heute Brauunion), das Walzwerk in Zeltweg (1855, heute voestalpine Signaling) oder die Weitzer Waggonfabrik in Graz (1857, heute Siemens Mobility). Begleitet wurde diese Phase von entscheidenden Infrastrukturinvestitionen wie die Fertigstellung der Südbahn nach Triest 1857 (Wien – Semmering – Graz – Laibach – Triest) oder die Gründung von Institutionen für die Aufstellung von Kapital wie jene der Credit Anstalt für Handel und Gewerbe 1855 in Wien.

Eine entscheidende Zäsur stellt das Jahr 1859 dar. Durch die verlorenen Kriege in Oberitalien und den Verlust der Lombardei sah sich der Kaiser wirtschaftlich und politisch gezwungen, den Weg in Richtung einer liberalen, konstitutionellen Monarchie zu gehen. Politisch zunächst zögerlich, wirtschaftlich aber forciert.

Bereits im Dezember 1859 wird eine liberale Gewerbeordnung verabschiedet, die einen regelrechten Gründungsboom auslöst, in den 1860er Jahren folgen auch Freihandelsabkommen unter anderem mit Frankreich und Großbritannien. Der Kulminationspunkt war das Jahr 1867: wieder nach einem verlorenen Krieg (1866 gegen Preußen) kam es nicht nur zum Ausgleich mit Ungarn sondern, noch viel wichtiger, zum Schritt hin zu Freiheits- und Grundrechten, zu einer liberalen Konstitution, zu

Demokratie (zunächst gebunden an Steuerleistungen) und zum Abstreifen der (neo-) absolutistischen Fesseln.

Österreich setzt in dieser Zeit erstmals eine hohe unternehmerische Dynamik frei und schließt zur Riege der entwickelten Industriestaaten auf. Dieser Boom überhitzt im Rahmen überzogener Erwartungen rund um die Weltausstellung 1873 in Wien und entlädt sich in einer massiven Spekulationskrise, die der kurzen Phase des Liberalismus in Österreich auch gleich wieder ein Ende bereitet.

Die Steiermark wird neben Böhmen, Mähren und dem Großraum Wien zu einem industriellen Herzstück der Monarchie. Die industrielle Struktur wird stark vom Rohstoffangebot und der Topographie des Landes geprägt und in einem zweiten Schwung von technologischen Folgeeffekten der industriellen Entwicklung sowie von der Etablierung von Konsumindustrien für gesteigerte Bedarfe der Menschen (Textil, Leder und Schuhe, Brauindustrie). Die Gefälle der Täler und das Wasserangebot stellten unersetzbare Energie- und Prozessquellen dar. Der Erzberg lieferte Eisenerze, die Gebirge weitere Rohstoffe (z.B. Magnesit), die Wälder Holz (für Bau-, Papier- aber auch Stahlindustrie, da das Holz über den Umweg der Holzkohle für das „Frischen“ des Stahls aufgrund seiner Freiheit von Schwefel lange unersetzbar war), die Hügel Kohle. Die einzelnen Elemente gehen Verbindungen ein und fangen an, sich in ihrer Entwicklung zu treiben. Aus dieser Situation ergibt sich eine zunächst besondere Position der Obersteiermark, die sich auch daraus ablesen lässt, dass Leoben zweiter Sitz der Kammer für Gewerbe, Handel und Industrie neben Graz wurde.

Gleichzeitig lieferten Schulen und Universitäten jene Bildung, ohne die eine endogene Industrialisierung nicht funktionieren kann. Aus ihr nährte sich der aufstrebende Maschinenbau, das Eisenbahnwesen und neue Branchen wie die Elektroindustrie, die ab dem beginnenden 20. Jahrhundert ihren Siegeszug antraten. Die Technologie beginnt zunehmend, die Wirtschaft zu treiben und dies wiederum verschiebt die Schwerpunkte ins Landeszentrum nach Graz.

1874 – 1918: „Gründerzeitliche Blüte bis zum Ende der Monarchie“

Die große Wirtschaftskrise nach dem von Wien ausgehenden „Gründer Krach“ 1873 stellt eine zentrale Zäsur des 19. Jahrhunderts dar. Dieses Platzen einer Spekulationsblase, dem, wie immer in solchen Fällen, ein Boom mit überzogenen Erwartungen und eine inadäquate Regulierung vorangingen, hinterließ tiefe Spuren in der heimischen Wirtschaftsmentalität und -verfassung, die heute noch wahrgenommen werden können. Insbesondere läutete die Krise das Ende des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus in Österreich ein, das 1879 mit der Installierung der sozialkonservativen Regierung Taaffe besiegelt wurde.

Auf die liberale Gewerbeordnung 1859 folgten 1883 und 1885 Novellen, die statt Gewerbefreiheit **GEBUNDENHEIT UND PROTEKTIONISMUS** von kleinen und mittleren gewerblichen und agrarischen Strukturen zum Leitmotiv machten. Dies ging Hand in Hand mit einem neuen, scharfen Protektionismus im Außenhandel („Zollkriege“), der seinen Anteil an schweren Konflikten, beispielsweise mit Serbien und Rumänien, hatte. Die mit dem liberalen, kapitalistischen Gründerboom entstandenen Phänomene und Aufsteigergruppen, die für die Krise verantwortlich gemacht wurden (Matis), sollten rückgedrängt und bekämpft werden: Antikapitalismus, Antisemitismus und Antiliberalismus wurden Phänomene, die breite Unterstützung durch ideologisch und sozial teils gänzlich unterschiedliche Gruppierungen fanden, wie der alten Feudalaristokratie, der Kirche und der christlich-sozialen Bewegung, den Bauern, den Handels- und Gewerbeorganisationen aber auch durch die sich etablierende Arbeiterbewegung. Also letztlich der vollen Breite der österreichischen Gesellschaft.

Der sozial-protektionistische Gedanke förderte freilich auch **SOZIALPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN**, die für das heutige Verständnis von Wirtschaft und Gesellschaft konstituierend sind: im Rahmen des Gewerbeinspektoren Gesetzes 1883 und der Gewerberechtsnovelle 1885 wurden erste Grundsätze der Sozialgesetzgebung formuliert (u.a. Verbot der Jugendarbeit in Fabriken, Nachtarbeitsverbot für Frauen und Wöchnerinnenschutz, Beschränkung der maximalen Arbeitszeit und Einführung der Sonntagsruhe, Lohnschutzbestimmungen). 1887 wurde eine Unfallversicherung eingeführt und 1888 folgte das Krankenversicherungsgesetz. Das Prinzip, dass dieser

Schutz an eine staatlich garantierte Versicherungsleistung gebunden ist, die wiederum an ein Arbeitsverhältnis gebunden ist, und dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu unterschiedlichen Teilen Beiträge zu leisten haben, ist bis heute – wenngleich erheblich modifiziert und adaptiert – aufrecht.

Neben der staatlichen Sozialgesetzgebung etablierten sich auch Strömungen, die die Auswirkungen der WETTBEWERBSKONKURRENZ DÄMPFEN oder sogar beseitigen wollten. Hier wäre beispielsweise das genossenschaftliche Element zu erwähnen, das Entwicklung auf solidarischer Grundlage ermöglichen sollte (wie etwa die Raiffeisen-Bewegung ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts oder die Konsumgenossenschaften, die das Angebot für die Arbeiterschaft verbessern sollten). Ein anderer Teil dieser gegen den Liberalismus gerichteten Strömung sind Konkurrenzbeschränkungen, die sich in Richtung Kartelle oder gar Monopole entwickeln. Als Teil davon kann wiederum die Kommunalisierungspolitik gesehen werden, deren Ziel es war, Versorgungs- und Verkehrsunternehmen mit dem Hinweis auf Stabilität und Sicherheit in der öffentlichen Hand zu konzentrieren (Höhepunkt unter dem konservativen Karl Lueger in Wien).

Die Einführung eines erweiterten **WAHLRECHTS** (zunächst 1882 gebunden an eine Steuerleistung von 5 statt 10 Gulden, 1907 dann als allgemeines, direktes und gleiches Wahlrecht für Männer), das von den konservativen Kräften zunächst als Zug gegen die liberalen Honoratioren in der Politik gedacht war, ermöglichte das Aufkommen von Massenparteien. Die Sozialdemokratie, die Christlich-Sozialen und die Deutschnationalen repräsentierten spätestens ab den 1890er Jahren Millionen von Menschen, die zuvor keine politische Stimme hatten. Hand in Hand damit ging der Aufbau der Arbeiter- und der Gewerkschaftsbewegung (1890 erste Maiaufmärsche, 1892 erster allgemeiner Gewerkschaftskongress). Die moderne Demokratie nahm Gestalt an.

Trotz einiger Krisenjahre nach 1873 ist die weitere Periode bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs positiv zu beurteilen („**SILBERNE JAHRE**“, Butschek). Aufgrund einer relativen Friedensperiode ab 1866 konnten die Militärausgaben rückgefahren werden. Das Wachstum war kontinuierlich und lag zwischen 1870 und 1913 im westeuropäischen

Was trägt die Steiermark aus dieser Zeit in ihrer wirtschaftlichen DNA?

Sie hat erstens Unternehmen, die tief im Beginn der Industrialisierung verwurzelt sind. Das hat gute Seiten, wie beispielsweise Menschen, die seit Generationen in Techniken und Produktionsmethoden versiert sind und ihr Wissen tradieren. Das hat schlechte Seiten, denn ein Erbe kann sich als ein Mühlstein am Hals entpuppen, wenn es dem notwendigen Wandel entgegensteht. Das haben tiefe Krisen wie jene der 1970er und 1980er Jahre schmerzlich gezeigt. Historische Erfolge können aber auch den Blick auf die Realität verstellen. Die Steiermark hatte immer wieder Phasen, in denen andere Regionen in Österreich weitaus besser performten, ohne dass die Wirtschaftspolitik ernsthafte Schlüsse daraus gezogen hätte. Ein Phänomen, das das Land bis in die Gegenwart verfolgt.

Im 19. Jahrhundert wurde zweitens aber auch unser Zugang zu Naturwissenschaft und Technik als Grundlage für Entwicklung und Wohlstand geprägt. Den klassischen universitären Fakultäten wurden nunmehr technische beigefügt, die seit jeher einen engen Austausch mit dem unternehmerischen Umfeld pflegten. Und die Steiermark erhielt ein besonderes Privileg: ihr Ausbau als Universitätsstandort ging Hand in Hand mit dem Auftrag, den südöstlichen Raum der Monarchie zu servizieren. Das erweiterte die Möglichkeiten, das erweiterte aber auch die Räume des gegenseitigen Wissenstransfers, was man heute ja gemeinhin als den zentralen Rohstoff moderner Wirtschaftsentwicklung bezeichnen würde und seit einigen Jahren wieder aktiv betrieben wird.

Drittens kann die Gesellschaft in diesem Raum im 21. Jahrhundert auf ein prägendes politisches Erbe zurückgreifen, nämlich die Emanzipation der Bürger unter Federführung der Unternehmerschaft im Sinne einer eigenverantwortlichen Lebens-, Wirtschafts-, und Zukunftsgestaltung. Im Lauf der Jahre gab es seither in Österreich ein Hin- und Herwogen zwischen starken Rückgriffen des Staates und Phasen eines besonderen zivilen Gestaltungswillens. Die Phasen, in denen sich insbesondere die Unternehmerschaft teils aus Eigennutz, teils aus Bequemlichkeit und teils aus Kapitulation vor der Repression aus dem Gestaltungsbereich zurückgezogen haben, waren jedenfalls evident nicht gut für die Entwicklung des Landes.

Schnitt. Insbesondere die Industrieproduktion verdoppelte sich zwischen den 1880er Jahren und dem Kriegeausbruch 1914. Hand in Hand damit ging ein Prozess der **PRODUKTIVITÄTSSTEIGERUNG UND DER KONZENTRATION**, der große und wettbewerbsfähige Einheiten hervorbrachte. In der Steiermark zählte man beispielsweise 1859 gleich 157 kleinere Brauereien, 1918 waren 6 übriggeblieben. 1881 erfolgte mit der Gründung der „Österreichischen Alpine Montangesellschaft“ eine der größten Eisen-, Stahl- und Bergwerksunternehmen Europas, die insbesondere in der Steiermark zahlreiche Unternehmen der Branche bündelte. Aus Fabriken wurden Konzerne, die auch entsprechend professionell geführt werden mussten. Zum charismatischen Gründer gesellte sich der Typus des akademisch gebildeten professionellen Managers (Frauen waren zum damaligen Zeitpunkt kaum Teil des unternehmerischen Lebens). Zusätzlich begann das Zusammenspiel zwischen hochrangiger Infrastruktur (Eisenbahnwesen) und Wirtschaftsentwicklung voll zu greifen. Dadurch wurde Bezug in neuen Räumen und Absatz von Rohstoffen und Waren zu günstigen Preisen ermöglicht.

Teil des Aufschwunges ist aber auch die Hinwendung zu NEUEN PRODUKTEN UND TECHNOLOGIEN, die die Wirtschaft zu treiben beginnen. Die Elektrizität hält Einzug: eines der ersten Wasserkraftwerke der Monarchie wird 1892 im steirischen Weiz von Franz Pichler errichtet, der in der Folge auch die Grundsteine für den ELIN-Konzern legt. Das Verkehrswesen wird mit neuen Produkten konfrontiert: Fahrräder, Krafträder und Automobile, die letzteren angetrieben von neuen Verbrennungskraftmaschinen. In der Steiermark hat zur Jahrhundertwende ein Johann Puch (Janez Puh) den Mut, sich industriell in diesem Bereich zu engagieren. Mayr-Melnhof errichtet 1888 eine Kartonfabrik in Frohnleiten, die Gebrüder Böhler fertigen ab 1894 Edelstahl in Kapfenberg.

Die **RASANZ DER ENTWICKLUNG**, die in Anlehnung an den Theoretiker W.W. Rostow auch als industrieller „take off“ bezeichnet werden kann, folgt einer eigenen Logik: Investitionen in Produktions- und Verkehrsinfrastruktur (damals über den Impuls des Eisenbahnwesens) ziehen die Möglichkeit zur industriellen Entwicklung nach sich. Diese ermöglicht den Zuzug neuer Bevölkerung. Dies bringt Impulse im Bereich Bau, Konsumindustrien und Dienstleistungen und setzt weitere Gewerbeimpulse frei. Überregionale Verkehrsanbindungen erweitern wiederum die ökonomischen Räume

und bieten gemeinsam mit dem Aufbau von Bildungs- und Forschungsinfrastrukturen die Grundlage zu einem einsetzenden kontinuierlichen Wachstum. Eine Logik, die letztlich bis heute greift.

Bis 1914 setzte auf diese Weise ein Strukturwandel ein, der das **„AGRARLAND ÖSTERREICH ZUM AGRARISCH-INDUSTRIELLEN LAND“** werden ließ (Matis). Das Verhältnis der Beschäftigten im Agrarsektor zum Industrie- und gewerblichen Sektor lag 1869 bei 54 zu 24 Prozent, 1900 bei 44 zu 28 Prozent, 1910 bei 39 zu 31 Prozent. 1971 lag die Relation dann bei 14 zu 43 Prozent, hier drängte sich bereits der Dienstleistungssektor mit 42 Prozent nach vorne (Butschek). Mit dem Blick rein auf die Steiermark zeigt sich, dass sich seither die Relationen nochmals massiv verschoben haben: 2001 lautete das Verhältnis der Wertschöpfung zwischen primären, sekundären und tertiären Sektor in der Steiermark 2,7 zu 37,6 zu 59,6 Prozent, aktuell (2022) 2,6 zu 34,7 zu 62,7 Prozent (WIBIS Steiermark).

Um die Wende zum 20. Jahrhundert führt der Strukturwandel auch zum Dämmern eines neuen Wirtschaftszweiges, den man in anderem Zusammenhang früher nur von Pilger- und Wallfahrtsbewegungen her kannte: dem **TOURISMUS**, also den temporären Ortswechsel ohne einen Zusammenhang mit dem Broterwerb. Zunächst begegnete man diesem Phänomen in Form der Sommerfrische (ein Vergnügen, das zunehmend nicht nur dem Adel vorbehalten blieb) und das eine spezifische Kultur hervorbrachte: jene der teils mondänen Bad- und Kurorte. Aber auch dem Winter wurde zunehmend Spaß und Freude abgerungen: 1904 veranstaltet ein gewisser Toni Schruf die ersten Nordischen (Ski) Spiele in Mürzzuschlag.

Der **INTENSIVE STRUKTURWANDEL** dieser Zeit ging freilich auf Kosten des Traditionellen. Industrialisierung, Konzentration und Produktivität sehen Gewinner und Verlierer: In seinem in den 1880ern erschienenen Roman „Jakob der Letzte“ thematisiert Peter Rosegger das „Bauernsterben“ und eine Gesellschaft, die beginnt, von der Industrialisierung und Technologisierung geprägt zu werden. Ein Prozess, der auch über hundert Jahre später nicht abgeschlossen ist.

Was bleibt der Steiermark von dieser Epoche? Als erstes wäre jedenfalls der Aufbau des **GRUNDSTOCKS EINER INDUSTRIELLEN SUBSTANZ** zu nennen, die heute noch – natürlich erheblich transformiert – einen zentralen Beitrag zu Wirtschaftsleistung und Wohlstand generiert.

Dieser geht Hand in Hand mit dem erweiterten Ausbau einer **WISSENSCHAFTLICHEN FORSCHUNGSKAPAZITÄT**, die von Beginn an im technischen Sektor eng mit der lokalen Wirtschaft verbunden war. Wissen und Technologie wurden zunehmend als Grundlage von Entwicklung und Wachstum und damit von breitem Wohlstand verstanden. Die Universitäten bekamen mit großen, gründerzeitlichen Neubauten eine entsprechende Heimstatt: die Technik im Jahr 1888 (deren Studierende stammten zu zwei Dritteln nicht aus der Steiermark), die Uni Graz im Jahr 1895 (mit den Fakultäten Rechtswissenschaften, Theologie, Naturwissenschaften, Geisteswissenschaften und Medizin), 1910 folgte das Gebäude der Montanuniversität in Leoben. Seitdem ist die Universitätslandschaft nicht nur ausgebaut und erweitert worden, sondern stellt einen konstituierenden Teil der steirischen Identität dar. Alleine die fast 30.000 Studierenden der Uni-Graz übertreffen deutlich die Anzahl der 24.600 Einwohner der zweitgrößten Stadt der Steiermark, Leoben. Als neueste Landmark dieser Entwicklung wird das Center of Physics am Campus der Uni-Graz gelten, das die Kapazitäten der TU Graz und der Uni-Graz im Bereich der Physik am Campus der Uni-Graz bündeln wird.

Ein weiteres, freilich zwiespältiges Erbe ist die Erfahrung und der Umgang mit wirtschaftlichen **RÜCKSCHLÄGEN UND KRISEN**. Die enorm defensive und von einem stark konservativprotektionistischen Geist geprägte Reaktion auf den „Gründer-Crash“ von 1873 wirkt strukturell und mental bis heute. Nicht die freie Gewerbeordnung von 1859 sondern die protektionistischgebundene von 1885 wurde das konstituierende Element der österreichischen Wirtschaftsverfassung. Das tiefe Misstrauen gegenüber Finanzmärkten und großen wirtschaftlichen Einheiten („Konzerne“) blieb genauso erhalten wie die Akzeptanz hoher Reglementierungsgrade und der damit verbundenen starken Stellung des Staates. Etwas „dem Markt zu überlassen“, hatte und hat in Österreich wohl eine sehr schmale gesellschaftliche und politische Basis.

1918 – 1937: „Eine verlorene Republik als blutiges Zwischenspiel“

Kaum einmal in der Geschichte hat sich ein Land bezüglich der Auswirkungen eines Präventivkriegs so verschätzt, wie die Habsburgermonarchie 1914. Was fast 700 Jahre lang aufgebaut wurde, ging nach vier Jahren unter. Hand in Hand mit der Auflösung der politischen Einheit ging auch ein Schnitt durch uralte wirtschaftliche und kulturelle Verflechtungsräume. Neue nationale Orientierung, die Angst vor einer Restitution der Habsburger und damit verbundene protektionistische Reflexe führten zu einer, wirtschaftlich nachteiligen, **AUFLÖSUNG DES BINNENMARKTES DER MONARCHIE**. Der erhebliche Verlust von Landfläche hätte sich für die im November 1918 ausgerufene Republik „Deutsch-Österreich“ (ab 1919 und dem Vertrag von St. Germain Republik Österreich) erheblich weniger dramatisch ausgewirkt, wenn der Waren-, Kapital- und Personenverkehr einigermaßen frei geblieben wäre. Am Beispiel der Steiermark kann man diese einschneidenden Veränderungen gut nachvollziehen, denn der Verlust der Untersteiermark (Marburg-Maribor/Cilli-Celje/Pettau-Ptuj) mit einem Drittel der Fläche stellte sich dramatisch dar:

Das beginnt bei der **INFRASTRUKTUR**. Die neue Grenzziehung setzt einen Schnitt durch die Südbahn nach Triest und einen Schnitt durch die Süd-Westverbindung über Maribor und das Drautal nach Klagenfurt und Villach. Die Logik der Schieneninfrastruktur war eben eine der Monarchie und nicht jene der neuen Republik – beide passten nicht wirklich zusammen. Über hundert Jahre hatte man weder Geld noch Vision, daran substanziell etwas zu ändern. Erst der Koralmtunnel wird ab 2025 im Südraum eine neue Logik setzen.

Ein nächster Punkt war der **VERLUST** von Rohstoffen (Kohle), Industrieproduktion, agrarischen Anbaugebieten und Wasserkraft (Faaler Draukraftwerk) sowie insgesamt von wesentlichen Absatzgebieten. Die industriellen Kapazitäten des alten Kronlandes Steiermark orientierten sich am Bedarf der Monarchie während sich das neue Bundesland Hochschutzzoll-Mauern gegenüber sah. Das führte letztlich zu De-Investition statt Dynamik, Verlust statt Aufbau. Die Erfahrung war schmerzlich aber letztlich nicht lehrreich, wie 10 Jahre später die protektionistische Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise nach 1929 zeigte, die zu Stagnation und Wohlstandsverlust erheblich beitrug.

An vier Phänomenen hatte die **FRÜHE ERSTE REPUBLIK** besonders zu leiden: a) eine Zerrüttung der öffentlichen Finanzen, b) eine prekäre soziale Situation, die leicht in eine Revolution kippen konnte, c) ein fehlender Glaube an die Zukunftsfähigkeit des Staates und damit einhergehend eine mangelnde Identifikation mit ihm, d) eine toxische politische Konkurrenz, die zunehmend in militarisierte Gewalt umschlug.

Zur Beruhigung der sozialen Situation wurde unter Staatssekretär Ferdinand Hanusch eine umfangreiche Gesetzgebung erlassen, die letztlich zum Fundament des österreichischen **SOZIALSTAATES** wurde: Einführung von Betriebsräten, Einführung des 8 Stunden Tages, Einführung einer Arbeitslosenversicherung, Einführung eines Urlaubsanspruches auch für Arbeiter, Installierung der Arbeiterkammern, Verbreiterung der Ansprüche auf sozialen Versicherungsschutz, Indexlöhne und Kollektivvertragsrecht, Altersfürsorge für Arbeiter und ein Angestelltengesetz, das noch heute einen Großteil des arbeitsrechtlichen Rahmens definiert.

Die abenteuerliche Finanzierung des Krieges über Kredite der Notenbank, das enorme Budgetdefizit (64 % ! im Jahr 1921), das Handels- und Leistungsbilanzdefizit, das Auseinanderklaffen von hoher Nachfrage und niedrigem Angebot, der gänzliche Mangel an Devisen, alles zusammen führte zu einer **HYPERINFLATION**, die 1922 beinahe den neuen Staat zusammenbrechen ließ. Die Folge waren umfangreiche Vermögensverluste der Bevölkerung, eine Erschütterung der betrieblichen Substanz und ein Aufkauf von Grund, Industrie und Banken durch ausländische Spekulanten, allen voran ein gewisser Camillo Castiglioni, der über seine Allgemeine Depositenbank in der Steiermark zunächst die Alpine-Montan, die Puch-Werke und den Leykam-Konzern unter Kontrolle brachte. Im Lauf der Jahre landete die Alpine über einen anderen Spekulanten, Hugo Stinnes, bei den Düsseldorfer Vereinigten Stahlwerken, Puch fusionierte mit Austro-Daimler und später mit den Steyr Werken und Leykam lehnte sich an den Berliner Hartmann Konzern an. Erst die „Genfer Sanierung“ über eine vom Völkerbund garantierte Anleihe sowie eine Währungsreform (Einführung des Schillings bis Jan. 1925) stabilisierten die inflationäre Situation. Der Preis war ein hartes Sanierungsprogramm unter Bundeskanzler Seipel, das die politischen Keile zwischen den Christlich-Sozialen und der Sozialdemokratie

noch tiefer trieb (und 1927 im Rahmen des Brandes des Justizpalasts mit vielen Toten und Verletzten einen ersten Höhepunkt fand).

Die **WIRTSCHAFTLICHE STRUKTUR DER STEIERMARK** mit großen, unflexiblen industriellen Einheiten neben gewerblicher und agrarischer Kleinstrukturiertheit (Karner), tat sich mit der Anpassung besonders schwer. Alte Märkte im Osten fielen weg, neue im Norden (Deutschland), Süden (Italien) und Westen konnten kaum erschlossen werden und selbst bei jenen Produkten, wo es eine hohe Inlandsnachfrage gab, wie etwa bei der Kohle, konnte man aufgrund höherer Produktionskosten kaum mithalten. Die Folge: die Arbeitslosigkeit in der Steiermark war gegenüber dem Bundesschnitt deutlich höher. Ein Sektor, in dem umfangreiche Investitionen gelangen, war jener der Wasserkraft, wo die STEWEAG, die schweizerische STEG und kleinere private Investoren im Lauf der Jahre den Bedarf im Land relativ gut abdecken konnten.

Gerade zu einer Zeit, als die junge Republik erstmals in die Nähe der Wirtschaftsleistung von 1913 geriet, erfolgte ein Tiefschlag, von dem sie sich bis zu ihrem Ende 1938 nicht mehr erholte: die tiefe **DEPRESSION**, die auf die Finanzkrise von **1929** folgte. Anfangs glaubte man noch, mit einer üblichen Marktkorrektur konfrontiert zu sein, die man durchtauchen könne. Mit dem Zusammenbruch der Creditanstalt in Wien im Mai 1931 aber und insbesondere aufgrund der einsetzenden internationalen Abschottung geriet das ohnehin seit 1918 ausgezehrte Land in eine im Vergleich außerordentlich tiefe Krise. Gemessen am Ausgangsjahr 1913 (=100) betrug das BIP in Österreich 1933 nur noch 81,5 % und 1937 lag es mit 91 % immer noch unter dem Ausgangsniveau vor dem Ersten Weltkriegs.

Scharfen **PRODUKTIONSRÜCKGÄNGEN** schloss sich eine explodierende **ARBEITSLOSIGKEIT** an. In großen steirischen Betrieben musste die gesamte Produktion phasenweise eingestellt werden, viele gingen überhaupt pleite. Ein besonderes Symbol: in Donawitz wurden die Hochöfen stillgelegt. Die in diesen Jahren forcierten öffentlichen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung –in Erinnerung blieben vor allem Infrastrukturinvestitionen wie die Großglockner Hochalpenstraße oder in der Steiermark

der Ausbau der Packer Bundesstraße– konnten statistisch keinen nachhaltigen Umschwung auslösen. Ihnen muss eher eine propagandistische Wirkung zugesprochen werden. Einen Unterschied machten später die großen Investitionen durch NS-Deutschland nach 1938, die aber zum großen Teil direkt in die Rüstungsanstrengungen flossen und damit mit den Verbrechen des Zweiten Weltkrieges verbunden waren.

Aus den Jahren der Weltwirtschaftskrise entwickelten sich zwei große **TRAUMATA**, die auch heute im kollektiven Bewusstsein des Landes verankert sind: die dramatischen sozialen und psychologischen Folgen einer hohen Arbeitslosigkeit sowie – in gewisser Weise als Folge davon – ein Abdriften der Politik in autoritäre und letztlich totalitäre Strukturen. Das Jahr 1933, dem Spitzenpunkt der Krise am Arbeitsmarkt, sah in Deutschland die Machtübernahme Hitlers und in Österreich die Ausschaltung des Parlaments durch Dollfuß. 1934 folgten hierzulande die am italienischen Faschismus angelehnte ständestaatliche Diktatur und zwei Bürgerkriege: im Februar der Aufstand der Sozialdemokratie und im Juli ein Putschversuch der Nationalsozialisten.

Wirtschaftlich begann das Land vom fatalen **ARRANGEMENT** mit den umgebenden **FASCHISTISCHEN DIKTATUREN** in Italien und später Deutschland zunächst zu profitieren. Bereits mit dem Juli- Abkommen von 1936 begann die Einbeziehung der österreichischen Wirtschaft in die Deutsche. In der Steiermark wurde die Alpine-Montan in den deutschen Vierjahresplan und damit in das Aufrüstungsprogramm mit einbezogen, Arbeitslose wieder eingestellt. Zumindest psychologisch positiv wirkte die Aufhebung der 1000-Mark-Sperre und damit die Erleichterungen für den Fremdenverkehr. Am Ende konnte oder besser wollte die Erste Republik der NS-Expansion nichts mehr entgegensetzen. Am 12. März 1938 verleibte sich Hitler ein Land ein, das politisch völlig gespalten war, das seine Staatsfinanzen mühsam und unter Opfern stabil gehalten hatte und das auf stillen wirtschaftlichen Reserven saß, die Deutschland rasch hob.

Die 20 Jahre zwischen 1918 und 1938 haben letztlich das **BILD DER GEGENWÄRTIGEN STEIERMARK** grob aus dem Block der Geschichte herausgemeißelt, allein dadurch, dass deren Außengrenzen durch den Vertrag von St. Germain von 1919 definiert wurden. Diese

Grenzen haben die Räume des Landes schrumpfen lassen und die Erreichbarkeiten durch das Zerschneiden der Infrastrukturen stark reduziert. Eine Hypothek, die sich nach 1945 durch die Abschottung der kommunistischen Diktaturen nochmals verschärfte und zu einem Rückstau in der Entwicklung gegenüber westlichen Bundesländern führte, die in den Indikatoren Wertschöpfung pro Kopf, Dynamik und Beschäftigungsentwicklung auch nach wie vor besser liegen. Die historische Erfahrung der langfristigen negativen Wirkung von mangelnder Erreichbarkeit sollte daher jedenfalls als ein wesentlicher strategischer Orientierungspunkt der Steiermark dienen.

Ein weiterer Orientierungspunkt ist das Verhältnis zu den **MÄRKTEN**, die sich aus den Nachfolgestaaten der k.u.k. Monarchie herausgebildet haben. Handelsstatistiken der Zwischenkriegszeit zeigen, dass der Warenaustausch zwischen den Nachfolgestaaten in der Zwischenkriegszeit erhalten blieb und sogar die Phase des Kalten Krieges überwinden konnte (die Exporte Österreichs in die Nachfolgestaaten betrugen 1936 immer noch 36 %, sanken ab 1947 rapide ab, hatten in den 1980er Jahren den Tiefstand mit 7 % und stiegen bis 2016 wieder auf 17 % an – Butschek und WK Exportstatistik). Ostöffnung ab 1990 und EU-Erweiterung ab 2004 eröffneten eine besondere Chance in der Ausnutzung von Raumöffnung gepaart mit der Verknüpfung historischer Erfahrungen. Dies sollte beim Aufbau überregionaler Kooperationen entsprechend berücksichtigt werden.

HYPERINFLATION UND ARBEITSLOSIGKEIT verbleiben wiederum als kollektiv wirkende Traumata aus dieser Zeit. Inflationäre Vermögensverluste 1918-22 sowie 1945-1947 prägten Generationen und begründeten eine tendenzielle Bevorzugung einer Hartwährungspolitik. Das Thema Arbeitslosigkeit als soziale Geißel wird wiederum immer noch über die Rezeption der Weltwirtschaftskrise ab 1929 geprägt. Die Bilder der deprivierten Arbeitslosen formten das politische Bewusstsein Österreichs. Auch wenn soziale Unterstützungen und letztlich der demographische Wandel die Verhältnisse kaum noch vergleichbar machen, erschwert diese historische Last heute noch die Diskussion über notwendige Strukturänderungen, insbesondere wenn sie das Schließen nicht mehr wettbewerbsfähiger Einheiten beinhalten sollten.

1938 – 1945: „NS Deutsche Okkupation und Krieg“

Die **INTEGRATION** der nationalen und regionalen **WIRTSCHAFT ÖSTERREICHS IN DIE DEUTSCHE**, die zu diesem Zeitpunkt bereits auf Rüstung und Krieg programmiert war, verlief bemerkenswert rasch, planmäßig und ohne nennenswerten Widerstand. Auf der einen Seite stand eine Offensive mit öffentlichen Aufträgen und Investitionen, die das brach liegende Potential an Kapital und Arbeitskraft mobilisierte. Allein 1938 wurden in Österreich öffentliche Aufträge im Wert von 750 Mio. Schilling vergeben. Was in vielen Erinnerungen thematisiert wird: der fulminante Rückgang der Arbeitslosigkeit. 1938 wurden in Österreich 400.000 Menschen und 1939 147.000 in Arbeit gebracht (Butschek). Woran viele bald nicht mehr erinnert werden wollten: der Preis, den man dafür im Rahmen des NS-Regimes zu zahlen hatte.

Hier stand zunächst die Integration in die **RÜSTUNG DES NS-STAATES** zu Buche. Luftwaffe, Heer und Marine vergaben lukrative Aufträge. Große steirische Unternehmen wie die Steyr-Daimler-Puch (u.a. Baus eines neuen Flugmotorenwerks in Thondorf), Elin in Weiz (Marineausrüstung), Alpine Montan, Böhler, SGP, Andritz u.v.a. profitierten ebenso wie kleinere Spezialisten, wie etwa der auf Chrom-Nickel-Legierungen spezialisierte Metallbau Treiber in Graz (Karner). Es gab aber auch industrielle Neugründungen. Eine der größeren war die Schmidhütte Liezen, die durch Heeresaufträge finanziert wurde. Ein Faktum, das in diesem Zusammenhang erwähnt werden muss, ist, dass neben den Investitionen auch technologisches und organisatorisches deutsches Knowhow der Wirtschaft einen Schub gaben. **PRODUKTIONSTECHNIK, PRODUKTENTWICKLUNG UND MANAGEMENT** erfuhren ein Upgrade, das sich in der Phase der Nachkriegszeit noch positiv auswirken sollte.

Die **ORGANISATION DER WIRTSCHAFT** hatte sich rasch den Vorstellungen der Nationalsozialisten unterzuordnen. Die Steirische Industrie und Handelskammer wurde - ergänzt durch eine eigene Handwerkskammer - 1939 zur „Wirtschaftskammer Südmark“ und 1943 zur direkt dem Reichswirtschaftsministerium in Berlin zugeordneten „Gauwirtschaftskammer Steiermark“ (Karner). Vermögenswerte wie insbesondere industrielle und finanzwirtschaftliche Aktienpakete wurden so weit wie möglich in Deutsche Hand transferiert. Eine besonders perfide Verbindung gingen rassische und wirtschaftliche NS-Interessen im Rahmen der sogenannten **„ARISIERUNGEN“** ein, die

man als geplanten Raubzug gegen die jüdische Bevölkerung und Unternehmerschaft bezeichnen kann. Es gibt einige Beispiele von Personen und Unternehmen, die die tödliche Zwangslage ihrer jüdischen Mitbürger als Profiteure ausgenutzt haben und dies nach dem Krieg (teils auch erfolgreich) zu kaschieren versuchten. Es gab aber auch einige wenige, die zumindest versuchten, in unterschiedlicher Form zu helfen.

Neben dem menschlichen Leid und den direkten materiellen Auswirkungen richtete die „rassische“, religiöse und **POLITISCHE VERFOLGUNG** auch einen erheblichen langfristigen Schaden an, den die Zeitgenossen offensichtlich überhaupt nicht begreifen wollten: das wissenschaftliche und kulturelle Leben wurde hervorragender Köpfe beraubt. In Graz wurde der 1936 mit dem Nobelpreis ausgezeichnete Otto Loewi zur Emigration gezwungen. Dieses Schicksal teilte er mit Erwin Schrödinger, dem berühmten Physiker und vielen anderen, weniger berühmten, Persönlichkeiten. Von den 2.195 Juden, die 1934 in der Steiermark registriert waren, konnten einige emigrieren und flüchten, die meisten ließen aber in der NS-Vernichtungsmaschinerie ihr Leben (mit Zuzählung verbrachter und durchgetriebener Juden starben 2.500 steirische Juden - Karner).

INVESTITION UND EXPANSION war unter den Bedingungen des 1939 ausgebrochenen Krieges nur möglich, indem neues Arbeitskräftepotential erschlossen wurde. Einerseits erfolgte dies über die vermehrte Eingliederung von Frauen. Auf der anderen Seite wurde ein System von Zwangsarbeit 12 installiert, das sich aus Kriegsgefangenen, ausländischen Zwangsarbeitern (zumeist aus dem Osten) und letztlich auch KZ-Häftlingen rekrutierte. Alle summierten sich zuletzt auf ein Drittel der 130.000 Beschäftigten der steirischen Rüstungsindustrie.

Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg löste der Zweite auch direkte **ZERSTÖRUNGEN** im Land aus. Einerseits durch den Bombenkrieg, der ab 1944 auch die Steiermark (und hier vor allem Graz) traf und andererseits durch Kämpfe der Bodentruppen im Frühjahr 1945. Ein Spezifikum war, dass der Luftkrieg Unternehmen teilweise unter die Erde zwang. Insgesamt wurden in der Steiermark über 4 Hektar Produktionsfläche in Höhlen (Mixnitz, Peggau) oder Bunkeranlagen verlegt.

1946 – 1955: „Bau eines neuen Fundaments für die Zweite Republik“

Selten war der mythologische Begriff „wie ein Phönix aus der Asche“ zutreffender als für die Situation Österreichs und der Steiermark nach dem Zweiten Weltkrieg. Schutt und Asche konnte man mehrfach erkennen: in den TRÜMMERN DES KRIEGES, den Toten, Vermissten, Vertriebenen und Gefangenen, in der Implosion des totalitären NS-Regimes, in der untergegangenen Ersten Republik, in der verlorenen politischen Mündigkeit, repräsentiert durch die Besatzung der vier Siegermächte USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich und letztendlich durch den schweren moralischen Niederschlag, den das nunmehr unstreitbare Ausmaß der NS-Verbrechen offenbarte. So schwer in dieser Situation ein Wiederaufbau auch erschien, er war letztlich der einzige Pfad, den man beschreiten konnte und psychologisch wohl eine Art Flucht vor den Dämonen der Vergangenheit. Wiederaufbau und Wachstum, der „Traum vom besseren Leben“ wurde einerseits eine verbindende Klammer aber andererseits auch ein Teppich, unter den man jene Dinge kehren konnte, die man verdrängen wollte.

In dieser **PHASE DES WIEDERAUFBAUS** wurden Pflöcke eingeschlagen und Wege beschritten, die die Zweite Republik die längste Zeit geprägt haben und teilweise noch weiter prägen. Dazu zählte zunächst die Art und Weise, wie man sich nunmehr politisch begegnen wollte: **KOOPERATION, KOMPROMISS UND PRAGMATIK** auf demokratischer Grundlage sollten sture Ideologie und die Bereitschaft zur gewaltsamen Auseinandersetzung ablösen. Auf politischer Seite fand dieser Zugang seine Entsprechung in der Konzentrationsregierung von 1945 sowie in den großen Koalitionen bis 1966 (und im Kern weit darüber hinaus).

Auf der Habenseite stand eine neue, weitgehend friedvolle Erfahrung politischen Agierens. Die Schattenseite war ein Proporzsystem, das den großen politischen Blöcken, repräsentiert durch SPÖ (Sozialdemokratie) und ÖVP (Bürgerliche) Teilhabe an der Macht garantieren sollte. Dieser Proporz sicherte den Parteien eine außerordentliche Position, da über lange Jahre in Wirtschaft (siehe Verstaatlichung weiter unten), Verwaltung, Schul- und Gesundheitswesen Partei- und parteiliche Personalpolitik ein bestimmender Faktor wurden. Daraus entwickelte sich auch ein veritables Austriakum, nämlich institutionelle Zweiteilungen entlang politischer Bekenntnisse: Man hat nicht einen Autofahrerklub,

einen Sportverein, eine Kinder- und Jugendbetreuung, einen Berg- und Wanderverein etc., man hat derer mindestens zwei, nämlich einen „roten“ und einen „schwarzen“. Direkt nach dem Krieg nahm man die Schattenseiten der engen Kooperation (die zu diesem Zeitpunkt erst dabei waren, sich entsprechend zu etablieren) aber gerne in Kauf, um damit eine existentiell notwendige politische Stabilität zu erreichen, die vor unglaublich schwierigen Entscheidungen stand. Eine davon war, **WÄHRUNG UND INFLATION** in den Griff zu bekommen.

Ein hoher Geldumlauf traf auf eine riesige Nachfrage und diese wiederum auf ein rudimentäres Angebot. Der beste Nährboden also für eine Neuauflage der Hyperinflation der frühen 1920er Jahre. 1945 führte man den Schilling wieder ein (1:1 zur Reichsmark), man tauschte aber nur 150 Schilling, der Rest wanderte auf Sperrkonten. Als das nicht reichte wurde 1947 im Rahmen des Währungsschutzgesetzes ein neuer Schilling eingeführt, wieder wurden 150 Schilling pro Person eingetauscht, die Sperrkonten gestrichen, Restkonten in schlecht verzinsten Anleihen der Republik getauscht. Die Menschen hatten ihr finanzielles Vermögen innerhalb von 25 Jahren praktisch abermals verloren. Kein Wunder also, dass die Sehnsucht nach einer stabilen Währung und Risikoaversion in Geldangelegenheiten (Finanzmärkte) bis heute ein Merkmal der ökonomischen österreichischen Seele geblieben ist.

Dem Bedarf an Stabilität war auch der wohl bedeutendste Eingriff in die Wirtschaftsstruktur der Zweiten Republik geschuldet, nämlich 1946 die **VERSTAATLICHUNG** dreier Großbanken (CA, Länderbank und ÖCI) mit einem erheblichen industriellen Portfolio, die direkte Verstaatlichung wesentlicher industrieller Unternehmen, allen voran jene des Sektors Bergwerke, Eisen- und Stahlverarbeitung und chemische Grundstoffe und 1947 die Verstaatlichung der Energieversorgungsunternehmen. Die Wurzeln der Verstaatlichung lassen sich u.a. aus einem klaren politischen Anspruch der Sozialdemokratie, aus der Sorge über die Überlebensfähigkeit großer Einheiten nach dem Krieg, aus dem unklaren Schicksal des sogenannten „Deutschen Eigentums“ und aus dem Wunsch nach Sicherheit einer Grundversorgung ableiten. Aufgrund ihrer Struktur war kaum ein anderes Bundesland mehr von der Verstaatlichung betroffen als die Steiermark. In der

Die größten Schäden richtete der Krieg an der Verkehrs- und Gebäudeinfrastruktur an. 30.800 Wohnungen, 127 Straßenbrücken, 40 Eisenbahnbrücken, zahllose Bahnhöfe und Wirtschaftsgebäude wurden zerstört. Was überraschen mag, im wirtschaftlichen Bereich waren jedoch die Schäden durch die Demontagen der sowjetischen Truppen (die zwischen Kriegsende und Sommer 1945 den größten Teil der Steiermark besetzt hielten, bevor sie diese Zone den Briten übergaben) weitaus höher als jene durch Kampfhandlungen und Bomben. Hier standen 270 Mio. RM Schäden durch Demontagen 86 Mio. RM Schäden durch Kriegseinwirkungen gegenüber, also ein Verhältnis von 76 zu 24 Prozent (100 Jahre Handelskammer Steiermark)! Die größten Verluste hatte die Eisenerzeugende Industrie und der Bergbau (51 Prozent aller Schäden) zu verzeichnen gefolgt von der Maschinen- und Fahrzeugindustrie (20 Prozent aller Schäden).

Was im ersten Blick als Katastrophe erschien entpuppte sich in der Folge als eine CHANCE, denn im Rahmen des Wiederaufbaus wurden die leergeräumten Hallen erneuert und mit modernster Technologie gefüllt. Allerdings wurde von Experten im Jahr 1950 die Kosten des Wiederaufbaus in der Steiermark auf das Sechsfache der ursprünglichen Schadenssumme beziffert, eine Summe, die ohne die ERP-Hilfe (Marshall-Plan) wohl nicht zu stemmen gewesen wäre (allein 1948 und 1949 wurden 263 Mio. Schilling an ERP-Mittel der steirischen Industrie zugeführt, 67 Prozent davon in die Eisen-, Stahl- und Bergbauindustrie).

So sehr die Ereignisse der NS-Zeit das staatliche aber vor allem auch das moralische Fundament des Landes erschüttert haben, in der steirischen Wirtschaftsstruktur haben sie eine besonders NACHHALTIGE PRÄGUNG hinterlassen: durch eine nahezu Verdopplung der industriellen Kapazitäten wurde die Steiermark eindeutig VOM AGRAR-INDUSTRIELAND ZUM **INDUSTRIELAND**. Besonders eindrücklich erkennt man die Entwicklung, wenn man die Beschäftigtenstände von 1937 mit dem Jahr 1947 vergleicht. Im Jahr 1937 lag die INDUSTRIEBESCHÄFTIGUNG in der Steiermark bei 39.900, 1947 bei 74.900, also fast doppelt so hoch (und 1949 schon bei 87.500). Selbst wenn man in diesem Zeitraum auch von neuen Zuordnungen innerhalb der einzelnen Fachbranchen ausgehen muss (Verschiebungen Gewerbe zu Industrie), zeigt ein Blick auf die größte Branche, die auch statistische Kontinuität hatte, nämlich

Bergbau-, Eisen- und Stahlindustrie, die Dimension: sie legte im obgenannten Zeitraum von 19.400 Beschäftigten (48 % der Industriebeschäftigung) auf 33.600 (38 % der Industriebeschäftigung) zu, was fast zwei Drittel der Branchenbeschäftigten in Österreich entsprach. Die zweitgrößte Branche, Maschinen- Metall- und Fahrzeugindustrie stieg von 6.300 (16 %) auf 11.900 (14 %). Neben der Vergrößerung des Volumens hat man es also auch mit einer stärkeren DIVERSIFIZIERUNG zu tun (siehe Verringerung des Anteils der größten Branchen an der Gesamtsumme), wobei die weiteren wesentlichen Branchen Stein-, Keramik- und Glasindustrie, Papier-, Zellstoff- und Pappeindustrie, Sägeindustrie und Nahrungs- und Genussmittelindustrie waren (100 Jahre HK-Steiermark).

Die **VERFLECHUNG MIT DEM DEUTSCHEN MARKT**, die 1938 ja zwangsweise und umfassend erfolgte, prägt bis heute die Außenhandelsverflechtung. Während in der Zwischenkriegszeit der Anteil von österreichischen Produkten, die nach Deutschland exportiert wurden, etwa 15 Prozent betrug (Stand 1925), liegt er heute in Österreich über 30 Prozent, in der Steiermark 2023 mit 27,3 Prozent knapp darunter. Auch die in der NS-Zeit erfolgte Vermögensumschichtungen hatte noch einschneidende Folgen, denn das Phänomen des „Deutschen Eigentums“ nach 1945 spielte eine nicht unwesentliche Rolle bei der umfassenden Verstaatlichung der Industrie, Großbanken und Energiewirtschaft in den Jahren 1946 und 1947.

Wie in anderen Bereichen des politischen und beruflichen Lebens in Österreich erfolgte die **ENTNAZIFIZIERUNG** der Wirtschaft ab dem Mai 1945 zunächst forciert und unter Nachdruck seitens der britischen Besatzungsmacht. Es erfolgten zahlreiche Verhaftungen und die Verhängung von sogenannten Sühnefolgen, die von Vermögensverfall bis zu angeordneten Arbeitseinsätzen reichen konnten. Ob es der Mangel an qualifizierten Kräften war, der zu mehr Pragmatismus Anlass gab, die politische Entwicklung (die neue Ost-West Auseinandersetzung und die Amnestie „Minderbelasteter“ 1948) oder die steigende Nachlässigkeit der Besatzungsmächte, jedenfalls ging nach und nach der „Schwung“ der Anfangszeit verloren und während den Tütern neuer Betätigungsraum ermöglicht wurde, zogen sich beispielsweise Fragen der Restitution jüdischen Vermögens oft in die Länge oder blieben lange Jahre ungelöst (Stiefel).

obersteirischen Industrieregion etablierte sich ein Zentrum verstaatlichter Einheiten, die mit der Zeit auch einen spezifischen gesellschaftspolitischen Rahmen bildeten.

Das wurde für das Bundesland spätestens in den 1980er Jahren zum Problem, als es zur schweren Krise innerhalb der Verstaatlichten kam und die Obersteiermark zum wirtschaftlichen Sorgenkind ganz Österreichs wurde. Struktur und Mentalität standen lange Zeit gegen eine notwendige Transformation, die aber – Hand in Hand mit umfangreichen Privatisierungen – in den 1990er Jahren schließlich durchaus mit Erfolgen gelungen ist.

Alle diese Maßnahmen wären von der Politik alleine nicht zu schultern gewesen. War der Begriff „staatstragend“ während der Ersten Republik nur für wenige Institutionen oder Personen eine adäquate Zuschreibung, änderte sich das Bild nach Kriegsende 1945 auf beeindruckende Weise. Dies gilt insbesondere für die **„WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPARTNERSCHAFT“**, also den über Kammern (Wirtschafts-, Arbeiter- und Landwirtschaftskammern als Pflichtorganisationen mit gesetzlicher Grundlage) und Gewerkschaft (als freiwilliger Verband) laufenden institutionellen Interessenausgleich in wirtschaftlichen aber auch gesellschaftspolitischen Fragestellungen.

Mittels Überleitungs- und konstituierenden Gesetzen wurden die Kammern (die Wirtschaftskammern wurden im 19. Jh., die AK und LWK in der Ersten Republik gegründet) 1945/46 wiedererrichtet. In der Steiermark erfolgte dies über eine Kundmachung der Britischen Militärregierung von August 1945, da die Regierung Renner noch nicht anerkannt wurde. Die steirische Wirtschaftskammer wurde als fachkundige Institution umgehend eine hohe Verantwortung für die Organisation und Verteilung von knappen Materialien und Waren übertragen. Eine besondere Rolle spielte dabei Wilhelm Taucher, der (mit Udo Illig als Direktor) die WK mit der Wiedererrichtung im Juni 1945 bis 1946 als Präsident übernahm und später als Beauftragter für ERP-Angelegenheiten in Österreich agierte. Bei der Vertretung der Arbeitnehmer konstituierte sich bereits im Mai 1945 der Österreichische Gewerkschaftsbund als Verein, dem – anders als in der Ersten Republik – alle Parteien angehörten. Die Konstituierung der Arbeiterkammer Steiermark erfolgte im Juli 1946 mit Otto Möbes als ersten Präsidenten und Oskar Weihs als Kammerdirektor. Die neue sozialpartnerschaftliche Struktur bildete eine sogenannte Wirtschafts-

kommission, deren wesentlichste Aufgabe ab 1947 der Abschluss von fünf **LOHN- UND PREISABKOMMEN** zur Moderierung der galoppierenden Inflation unter Wahrung des sozialen Friedens wurde. 1957 erfolgte dann über die Gründung der „Paritätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen“ die endgültige Installierung der Sozialpartnerschaft als bürokratischer Regelungspfad des wirtschaftlichen und sozialen Interessenausgleichs. Mit dem Beitritt zur EU 1995 (zu dem es eine verbriefte und gelebte Zustimmung aller Sozialpartner in Österreich gab) und damit zum EUBinnenmarkt (mit Übernahme des wirtschaftsliberalen europäischen Rechtsbestands) gingen freilich viele sozialpartnerschaftliche Kompetenzen de facto verloren.

Wie eng das Verhältnis der Sozialpartnerschaft zur Politik in ihrer Hochzeit war, kann man daran ablesen, dass Julius Raab vor- und nach seiner Kanzlerschaft (1953-61) Wirtschaftskammerpräsident war und dass es viele Jahre selbstverständlich war, dass die höchsten Sozialpartnerschaftsvertreter auch im Parlament (auf Landesebene in den Landtagen) vertreten waren. Dies war nur möglich, da die politischen Parteien auch die wahlwerbenden Gruppen in den Kammern stellten und somit auch Parteipolitik ein konstituierendes Element der Interessenvertretungen von Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Bauernschaft war und nach wie vor ist.

Der persönliche und institutionalisierte Wille der Verantwortlichen, Österreich aus der misslichen Lage nach dem Krieg herauszuführen, hätte wohl nicht gefruchtet, wenn es wie 1918 in seinem Dilemma mehr oder weniger allein gelassen worden wäre. Die Situation nach 1945 war grundlegend anders.

Die Einflussnahme der Sowjetunion, die sich entschlossen zeigte, ihre Hegemonie über das östliche Europa auch gewaltsam auszuüben, rückte Österreich in eine besondere Situation: einerseits über die westlichen Besatzungszonen als östlicher „Frontstaat“ des Westens im beginnenden kalten Krieg und andererseits über die sowjetische Zone als mögliches „Einfallstor des Kommunismus“. Damit erlangte die Republik geostrategisches Interesse und konnte sich insbesondere dem Westen gegenüber als **„SONDERFALL ÖSTERREICH“** positionieren, dem besonders geholfen werden müsse, wolle man ihn für die westliche Interessensphäre sichern.

Dies erklärt den Umstand, dass Österreich im Rahmen der 1947 angekündigten und ab 1948 umgesetzten **MARSHALL-HILFE (EUROPEAN RECOVERY PLAN, ERP)** die zweithöchste Pro-Kopf-Unterstützung erhielt. Insgesamt lukrierte Österreich im Rahmen des ERP und mit der zuvor erfolgten Kongresshilfe geschenkte Mittel in der Höhe von fast 1,2 Mrd. US-\$. Eine Summe, die von Österreich unter anderen Umständen nie hätte so kurzfristig aufgebracht werden können. Nur wenigen ist bewusst, dass, aufgrund der intelligenten Vergabe der Counterpart-Mittel als rückfließende Kredite, heute immer noch ein Förder-Fonds von 3 Mrd. € als „ERP-Fonds“ im Rahmen des Austria Wirtschaftsservice (AWS) von diesen Mitteln gespeist wird.

Die Wirkung des ERP-Programms für die **HERAUSBILDUNG DER WIRTSCHAFTS-STRUKTUREN** der Zweiten Republik war folgenreich:

- Über die Teilnahme an der ERP-Planungsorganisation OEEC (Organisation for European Economic Co-operation, 1961 abgelöst durch die OECD) wurde Österreich erstmals in seiner Geschichte fest in die **WESTLICH-DEMOKRATISCHE POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE HEMISPHERE** integriert und gab die traditionelle Ostorientierung auf. Dies führte zu einem wirtschaftlichen und technologischen Austausch, der das Land mit höchster Kompetenz ihrer Zeit in Verbindung brachte und eine Existenz westlich des „Eisernen Vorhangs“ absicherte.
- Die **STRATEGISCHE PLANUNG DER INVESTITIONEN** und der Mittelfluss stabilisierten die wirtschaftliche Grundlage des Landes und ermöglichten eine langanhaltende Phase der Prosperität (Wirtschaftswunder). Ein wesentlicher Teil der Wirkkräfte war der Kontakt und Austausch mit westlichen Standards in Planung, Produktion und Management von modernen Wirtschaftseinheiten. In Kombination mit den investierten Kapazitäten aus den Kriegsjahren konnte eine erstaunlich wachstumsstarke Produktion in sehr kurzer Zeit installiert werden. Damit verbunden war auch die sukzessive Rückkehr von kriegswirtschaftlicher Planwirtschaft zur offenen Marktwirtschaft, die mit dem sogenannten Raab-Kamitz Kurs ab 1953 forciert wurde (als Symbol mag gelten, dass 1953 die seit 1939 eingeführten Lebensmittelkarten aufgehoben wurden).

- Da den direkten Nachbarn Österreichs, der Tschechoslowakei und Ungarn, seitens der Sowjetunion eine Teilnahme am Marshall-Plan untersagt wurde und in der Folge 1948 beide Länder die endgültige kommunistische Machtübernahme sahen (auch die Blockade Berlins 17 begann nicht zufällig 1948), bildeten sich **STRUKTURSCHWACHE GRENZREGIONEN** heraus, die im Falle der Steiermark durch die Nachbarschaft zum kommunistischen Jugoslawien ergänzt wurden (Phänomen des „Grenzlandes“). Diese Regionen waren durch ihre starke Behinderung des Grenzverkehrs gehemmt. Die Gebiete in Niederösterreich und dem Burgenland hatten noch einen weiteren gewichtigen Nachteil zu verkraften: da noch nicht klar war, ob sie nicht auch dem sowjetischen Machtblock einverleibt werden sollten (der Staatsvertrag wurde erst 1955 geschlossen), floss das Gros der ERP-Investitionen an ihnen vorbei. Diese Strukturnachteile wirkten über Jahre.
- Auch die Funktion **ÖSTERREICHS ALS EXPORTLAND** lässt sich in diese Zeit zurückverfolgen. Die ERP-Behörden (ECA) hatten in Österreich Sorge ob des chronischen Außenhandels- und Leistungsbilanzdefizits und priorisierten Investitionen in Produktgruppen und Dienstleistungen, die Österreich „produktionsfähig“ machen (Ernährungslage), Abhängigkeiten von Importen reduzieren oder Möglichkeiten zum Export schaffen sollten. Dazu gehörten Industriebranchen, in gewisser Weise aber auch der Fremdenverkehr, der als willkommener Devisenbringer gesehen wurde, wovon etliche ERP-Investitionen, beispielsweise in Seilbahnprojekte, zeugen.
- Die Exportchancen waren auch der Grund dafür, dass die ECA trotz Bedenken, dass die **GRUNDSTOFFINDUSTRIE** bereits **ÜBERDIMENSIONIERT** wäre, deren Ausbau (zum Nachteil der Konsumindustrie) unterstützte. Die Märkte hatten nach dem Krieg einen enormen Bedarf an Grundstoffen und Österreich verfügte über ein erhebliches Potential (ein Teil davon wie oben ausgeführt als Erbe der NS-Zeit). Dass diese strukturelle Schlagseite, die bereits 1949/50 debattiert wurde, über Jahrzehnte nicht bereinigt wurde, sollte sich während der Stagflationskrise der 1970er und 1980er Jahre insbesondere in der Steiermark negativ auswirken.

1956 - 1973 Die „goldenen Jahre“ der Nachkriegszeit

Könnte man die ersten zehn Jahre nach dem Krieg als Phase der Schuttbeseitigung und des Schaffens neuer Fundamente bezeichnen, folgten danach die **„GOLDENEN JAHRE“ DES WIEDERAUFBAUS**. Politisch schien das unrühmliche NS-Intermezzo mit dem Staatsvertrag überwunden zu sein, während die Stabilität der großen Koalition die Erinnerung an die blutigen Auseinandersetzungen der Zwischenkriegszeit verblassen ließ. Nach Abzug der Sowjettruppen hatte sich Österreich zwar militärisch neutralisiert, politisch fühlte man sich aber klar im Verbund der westlichen Demokratien. Allerdings, neben Deutschland gab es kein anderes westlich orientiertes Land in Kontinental-Europa, das aufgrund der Grenzlage geradezu täglich an die Spaltung des Kontinents erinnert worden wäre. Besonders dramatisch waren die Krisen in Folge des Ungarn Aufstands 1956 und des Prager Frühlings 1968. Aber man lernte mit der problematischen Nachbarschaft zu leben und nutzte den neutralen Status einerseits politisch-kulturell in einer **VERMITTLERROLLE** und andererseits wirtschaftlich mit vergleichsweise engen Kontakten (man denke nur an die Gasverträge erst mit der CSSR und schließlich mit der UdSSR ab den späten 1960er Jahren).

Strukturell fand in dieser Periode eine Verdichtung der West-Verschiebung der österreichischen Wirtschaft statt. Diese hatte ihre Wurzeln: a) in der Zonentrennung nach 1945, b) der Einrichtung des exterritorialen sowjetischen Wirtschaftskomplexes USIA zwischen 1946 und 1955 (252 Industriebetriebe und 140 Güter mit 160.000 ha Acker wurden als „Deutsches Eigentum“ konfisziert, 200 Verkaufsläden geschaffen, 2.000 Mann paramilitärischer Werksschutz installiert), c) der Präferenzierung von ERP-Investitionen in den westlichen Zonen, d) der guten wirtschaftlichen Entwicklung westlicher Nachbarn (allen voran Deutschlands) und deren leichtere verkehrstechnische Erreichbarkeit. Demgegenüber hatten Niederösterreich, Burgenland, Steiermark und Kärnten abgeschottete periphere Gebiete, die als „Grenzländer“ in der Entwicklung gehemmt wurden. In der Steiermark wurde deshalb 1959 erstmals eine spezielle „Grenzlandförderung“ eingeführt. Als zusätzliches Hemmnis kam noch eine **UNGÜNSTIGE TOPOGRAFIE** dazu: zur Erreichung der Märkte in Nord-West muss man die Alpen passieren, flach öffnet sich das Land nur nach Süd-Ost. Das heißt, eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur in die neuen Hauptmärkte in Deutschland war auf

teure Tunnel- und Trassenprojekte angewiesen, deren Priorität aber erst ab den 1970er Jahren anerkannt wurde (1971 Baubeginn der Pyhrn-Autobahn).

Markt und Marktwirtschaft waren seit der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre im Rückzug und wichen mit der Kriegswirtschaft überhaupt Planung und Bewirtschaftung. Mitte der 1950er Jahre feierten sie ein Comeback in ihrer Ausprägung als **„SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT“** (ein Begriff, der mit dem Deutschen Wirtschaftsminister und Bundeskanzler Ludwig Erhard verbunden wurde). Marktwirtschaft mit sozialem Ausgleich und einer starken Positionierung des Staates und der Sozialpartner als Garanten von Stabilität, Wachstum und Wohlstand wurde spätestens unter Bundeskanzler Raab und Finanzminister Kamitz zum politischen und gesellschaftlichen Leitmotiv, das auch in der Sozialdemokratie breite Akzeptanz erfuhr. Getragen wurde der Konsens durch ununterbrochene Wachstumsraten, die bis zur Rezession 1975 anhielten, sowie durch die Abgrenzung zum kommunistischen Block, der seine Vision einer glaubwürdigen Alternative nie einzulösen vermochte. Ganz im Gegenteil, sowohl die Menschenrechtslage als auch die zunehmend problembehaftete wirtschaftliche Entwicklung überlagerten die technologischen (Weltraum- und Atomtechnologie) sowie die politisch-propagandistischen Erfolge (Unterstützung Anti- Kolonialistischer Bewegungen), die insbesondere in der Post-Stalin-Ära nach 1953 auch Anerkennung fanden.

Die 1950er und 1960er Jahre waren letztlich grundlegend für das **HEUTIGE MARKT-WIRTSCHAFTLICHE SELBSTVERSTÄNDNIS**: Ende der Devisenbewirtschaftung, freie Konvertierung der Währungen (eine Notwendigkeit für das Wachstum des Tourismus), zunehmender Abbau von Zöllen und Beschränkungen des Warenverkehrs.

Eine große Rolle dabei spielte die **EUROPÄISCHE INTEGRATION**, die im Marshall-Plan und in der Gründung der OEEC ihre Wiege hatte. Mit den Römer Verträgen 1957 und der anschließenden Gründung der EWG teilte sich aber der (west-)europäische Pfad. In jenen, den Frankreich, die BRD, Italien und die Benelux-Länder mit der EWG einschlugen und jenen, der zur EFTA als weitaus losere Alternative führte. Österreich, gehemmt

Der Erfolg des Wiederaufbaus (der natürlich selbst zu einem gewissen Mythos mutierte) führte auch zu einem bis heute haltenden **GESELLSCHAFTLICHEN KONSENS**: Wohlstandsgewinn ist die Grundlage einer friedlichen und prosperierenden demokratischen Gesellschaft und dieser Wohlstand basiert wiederum auf Wachstum, das durch technische und naturwissenschaftliche industrielle Lösungen generiert wird.

Österreich pflegte in diesem Zusammenhang lange den Stolz auf Erfindungen und Verfahren (wie beispielsweise das LD-Verfahren in Donawitz), auf gewagte technische Anlagen (wie die Kraftwerksbauten in Kaprun und an der Donau oder die Pioniertätigkeit im Tunnelbau) oder auf international anerkannte Produkte, vom Maschinenbau einer Andritz AG bis hin zur Grazer Allradtechnologie, die sich in den 1950er Jahren zu entwickeln begann (Puch Haflinger). Der breite Konsens für technisch-industrielle Investitionen führte auch dazu, dass binnen weniger Jahre der Backbone an **ENERGIEGEWINNUNG UND ENERGIEÜBERTRAGUNG** als Grundlage der industriellen und gesellschaftlichen Entwicklung geschaffen wurde. Gab es in der Steiermark zunächst noch eine Präferenz für Kohle (Köflach und Fohnsdorf), neigten sich Bedarf und Investitionen immer stärker in die Richtung Elektrizität und Erdgas. Allein 130 Millionen Schilling an ERP-Geldern gingen in den Ausbau von Kraftwerken und Leitungen.

In der Steiermark wurde die STEWEAG aufgrund des Verstaatlichungsgesetzes 1947 zwar ins Landeseigentum übergeführt, die Verstaatlichung der vielen kleineren Versorger aber nicht lückenlos durchgezogen. Die Übernahme der Schweizerischen STEG, des größten unter den privaten EVU, konnte (finanziell) und wollte (politisch) man sich nicht leisten. Viele Klein-EVU blieben in deren Windschatten unabhängig. Die steirische Energielandschaft zeichnet im österreichischen Vergleich deshalb heute noch eine strukturell nachteilige Kleinteiligkeit aus (höhere Leitungskosten). Aus der Reihe der vielen tiefgreifenden Änderungen dieser Jahre sticht noch eine hervor, nämlich der **ENDGÜLTIGE SCHNITT DURCH JAHRHUNDERTE ALTE BANDE DER HABSBURGER MONARCHIE**.

Dies hatte einerseits eine menschliche Komponente: Flucht, Vertreibung und Enteignungen von Angehörigen der deutschen Volksgruppen als Reaktion auf vorhergegangene NS-Verbrechen. Die Ironie, sie wurden als Deutsche gesehen obwohl sie ja eigentlich Altösterreicher waren. Von diesen (inkludiert waren auch Südtiroler Optanten, die nach 1945 nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren wollten) flutete auch ein erheblicher Teil nach Österreich. Was zunächst nur als zusätzliche Belastung empfunden wurde, entpuppte sich eigentlich als Glücksfall, denn in den meisten Fällen waren die Vertriebenen Teil und Stütze des Wiederaufbaus und einige setzten durch Unternehmensgründungen wichtige Impulse.

Die strukturelle Komponente: Der **EISERNE VORHANG**, der mit dem Jahr 1948 seine Wirkung entfaltete, beendete die bis zu diesem Zeitpunkt noch deutlich erkennbaren Reste alter wirtschaftlicher k.u.k. Verflechtungen. Aus einer Exportverflechtung zwischen Österreich und den Nachfolgestaaten von über einem Drittel vor dem Krieg wurde ein Restbestand von sechs Prozent in den 1980er Jahren. Nach der Ostöffnung 1990 knüpften aber erstaunlich viele Unternehmen wieder an den scheinbar verlorenen Wurzeln an.

Das **WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ERBE** der frühen Zweiten Republik: Stabilität statt Experiment, Investition vor Konsum. Ein breiter politischer und gesellschaftlicher Konsens trug die schwierigen und teils schmerzhaften aber langfristig erfolgreichen Grundsatzentscheidungen: De-Inflationierung durch teilweise Abschöpfung privater Vermögenswerte und Eindämmung von Lohn-Preis-Spiralen, hohe Investitionsraten in Produktionskapital und Infrastrukturen unter Verzicht auf höhere Konsumraten, kontinuierliche Produktivitätssteigerung der Sektoren unter erheblicher Arbeitsleistung (48 Stunden Woche), Stabilität in öffentlichen Haushalten. Das führte dazu, dass sich die Finanzkraft des Staates gut entwickelte und die Finanzierung des Staatsvertrags 1955, die letztlich mit 7,8 Mrd. Schilling zu Buche stand, erstaunlich rasch verdaut werden konnten.

durch die ablehnende Haltung der Staatsvertrags-Signatarmacht Sowjetunion, wollte aus wirtschaftlicher Vernunft in die EWG, scheute aber neutralitätspolitisch deren tiefere politische Integration und schloss sich der EFTA an. Sehr zum erwartbaren wirtschaftlichen Nachteil, wie sich bald herausstellen sollte, denn das Handelsvolumen mit der EWG (insbesondere mit Deutschland) sank innerhalb weniger Jahre um zehn Prozentpunkte und wurde im Volumen durch das Plus innerhalb der EFTA nie wettgemacht. Dies veranlasste den steirischen Landeshauptmann Krainer zu der Aussage, dass man nicht in der Neutralität verhungern wolle.

Es war die Regierung des Sozialdemokraten Kreisky, die einen entscheidenden Schritt in Richtung EG setzte (die 1967 durch den Fusionsvertrag von EWG, EGKS und EURATOM entstanden ist). Schon vor dem Freihandelsabkommen EFTA – EG, das 1973 in Kraft trat, wurde ein Interimsabkommen zwischen Österreich und der EG vereinbart, das einen 30- prozentigen Abbau der Tarife und Zölle auf Industriewaren vorsah und auch Erleichterungen im Agrarbereich brachte.

Ergänzt wurde dieser Liberalisierungsschritt durch die faktische Einführung einer „Hartwährung“ im Rahmen der Bindung des Wechselkurses des Schillings an die D-Mark durch den damaligen Finanzminister Androsch. Da Verbilligungen im Export durch Kursabwertungen nicht mehr möglich waren, musste Wettbewerbsfähigkeit über Strukturmaßnahmen gewonnen werden. Dies wurde einerseits im Zusammenspiel der Sozialpartner durch Lohnzurückhaltung und sozialer Abfederung erreicht, andererseits wurde der Druck auf die Unternehmen in Richtung Produktivität und Innovation natürlich erhöht. Sowohl das Freihandelsabkommen als auch den Schritt zur Hartwährung sah die Industrie damals skeptisch bis ablehnend, man fürchtete, dem Wettbewerbsdruck nicht standhalten zu können. Als Österreich 1994 über den EU-Beitritt abstimmte, war die Position der Industrie diametral entgegen gesetzt.

Neben den zunächst gehemmten europäischen Integrationsbestrebungen entwickelte sich aus der mit dem Staatsvertrag verbundenen (aber letztlich freiwilligen) Neutralitätsverpflichtung heraus eine wirtschaftliche Besonderheit: auch wenn man

sich dem Westen verbunden fühlte, praktizierte man im **HANDEL UND EXPORT** eine **„WIR KÖNNEN MIT JEDEM“** Offenheit. Das betraf sogenannte „blockfreie“ Länder (wie etwa Jugoslawien oder Indien), mit der Sowjetunion verbündete arabische Länder aber auch direkt die Länder des COMECON (oder RGW), der den ökonomischen Verbund im Einflussbereich der Sowjetunion darstellte.

Ergänzt wurde dieser sehr offene Ansatz durch Programme für Studierende aus Nicht-Europäischen Ländern. In den 1970er Jahren (1972 Abschaffung der Studiengebühren auf österreichischen Universitäten auch für „Entwicklungsländer“) wurden über Stipendien junge Leute aus Griechenland, der Türkei und arabischen Staaten eingeladen, u.a. in der Steiermark (TU Graz, Montanuni und Uni-Graz) zu studieren. Einige Talente sind geblieben, einige haben nach ihrer Rückkehr zeitlebens beste (Geschäfts-)Kontakte zu ihrem ehemaligen Gastland gepflegt.

Auf den Arbeitsmärkten sahen die „goldenen Jahre“ zunehmend einen weiteren Paradigmenwechsel. War seit Ende des Ersten Weltkriegs das Phänomen drückender Arbeitslosigkeit ein Hauptfokus, wurde man im Lauf der 1960er Jahre mit dem gegenteiligen Phänomen konfrontiert: **ARBEITSKRÄFTEMANGEL!** Die Arbeitslosenrate betrug 1953 8,8 %, 1962 2,6 % und 1973 erstaunliche 1,9 %, in der Steiermark 2,3 % (Statistik Austria). Ein hohes Wirtschaftswachstum traf auf demographisch ausgedünnte Generationen (Kriege und Krisenzeiten), der Babyboom war gerade erst im Entstehen und das konservative Familienbild der Nachkriegszeit hielt die Frauen über weite Bereiche noch vom Arbeitsplatz fern. Anfang der 1970er Jahre waren knapp 100.000 Frauen in der Steiermark beschäftigt gegenüber 243.000 heute. Das Verhältnis Männer zu Frauenbeschäftigung verhielt sich 2:1 während es heute nahezu 1:1 ist, aktuell sind 296.000 Männer in der Steiermark beschäftigt (WIBIS Steiermark).

Den Ausweg aus der neuen Knappheit fand man, indem 1964 das erste sogenannte **„ANWERBEABKOMMEN“** mit der Türkei und 1966 mit Jugoslawien abgeschlossen wurde. Es entstand eine neue Kategorie von Beschäftigten: die sogenannten

GASTARBEITER. 1967 waren es 68.000 Personen, 1973 226.000, in der Stagflationskrise sank die Zahl bis 1984 auf 138.00. Dies ist ein klares Indiz dafür, dass versucht wurde, die Krise am Arbeitsmarkt über die Reduktion ausländischer Beschäftigter zu regulieren. Aktuell wäre aufgrund der demographischen Entwicklung Wirtschaft in Österreich ohne Menschen aus dem Ausland undenkbar. Dementsprechend haben sich die Zahlen massiv geändert. Die Zahl von Nicht-Österreichern unter den Beschäftigten ist 2023 auf 893.000 angewachsen, das sind 24,8 Prozent (Statista). Laut Wirtschaftsbericht 2023 waren es in der Steiermark 110.600 ausländische Personen (das sind 20,4 % aller Beschäftigten in der Steiermark).

Eine Folge der außerordentlich guten Entwicklung der „goldenen Jahre“ war, dass **KONTINUIERLICHEWACHSTUMSRATEN**im Lauf der Zeit als neue Selbstverständlichkeit gesehen wurden. Das durchschnittliche jährliche BIP-Wachstum zwischen 1946 und 1952 betrug real +12,2 %, zwischen 1952 und 1962 +6,1 %, wischen 1962 und 1967 +4,2 % und zwischen 1967 und 1974 immer noch +4,8 % (Butschek). Der Erfolg senkte aber die Sensibilität gegenüber notwendigen **STRUKTURELLEN ÄNDERUNGEN:** Der hohe Bedarf der Nachkriegszeit nach Grundstoffen ließ nach Öl, Gas und Elektrizität verdrängten die Kohle als wesentlichen Energieträger, in Asien etablierte sich neue Konkurrenz, die hervorragende Industrieprodukte zu günstigeren Preisen auf den Markt brachten und das Elektronik- und Computerzeitalter dämmerte mit seine m enormen Rationalisierungspotential. Die steirische Industriestruktur war in diesem Umfeld schlecht aufgestellt, zu teure und wenig innovative Produkte am Ende ihres Produktlebenszyklusses verlangten nach einem hohen Veränderungsbedarf. **ERSTE KRISEN** und Problemstellungen in den 1960er Jahren waren Zeichen an der Wand, die man sah, deren Konsequenzen man aber fürchtete und auf Abwarten setzte.

Insbesondere innerhalb des in der Steiermark dominanten Alpine-Montan Konzerns kriselte es. Preis und Qualität der Wertschöpfungskette des Erzbergs waren internationaler Konkurrenz unterlegen. Der politische Druck, Menge und Beschäftigung anstatt Produktivität, Qualität und Innovation zu forcieren, führte zu erheblicher Schlagseite.

Entgegen interner Proteste (die Linzer fürchteten einen Kranken im Bett, die Steirer fürchteten von den Linzern erdrückt zu werden) erfolgte 1973 die **STAHL-FUSION** von Alpine-Montan und **VÖEST-Linz** zur **VÖEST-ALPINE**, der auch noch Böhler und Schoeller-Bleckmann als Töchter einverleibt wurden (welche wiederum 1975 gemeinsam mit den Gußstahlwerken Judenburg zur VEW fusionierten).

Kreiskys noch in den 1960er Jahren entwickelte industriepolitische Vision eines großen, international bedeutenden Konzerns (Schlagkraft durch Größe) konnte in der Folge den schwierigen strukturellen und konjunkturellen Gegebenheiten der 1970er und 1980er Jahre nicht Stand halten.

Sie scheiterte an der Unübersichtlichkeit des Konzerns, in dem Ursachen und Verantwortlichkeiten intransparent waren, an der Unbeweglichkeit der Gewerkschaften, die sich von „Ihrer“ Regierung einen weitgehenden Erhalt des Status Quo erwarteten, an einer parteipolitisch orientierten Personalpolitik und schließlich an einem Eigentümer, der sich vehement gegen drohende Arbeitslosigkeit stemmen wollte. 1985 war die VOEST-Alpine praktisch pleite.

Ein Manko der Phase des Wiederaufbaus war, dass die Priorität des Ausbaus der hochrangigen **VERKEHRSINFRASTRUKTUR VERSCHOBEN** wurde. Während der Aufbau industrieller und energietechnischer moderner Infrastrukturen mit großem Tempo erfolgte, hinkten die Investitionen in hochrangige Schienen- und Straßenprojekte hinterher. Die **SCHIENE** stagnierte völlig. Die einst stolze Südbahn blieb nur noch historischer Mythos, in den 1950er Jahren wurde sogar das zweite Gleis zwischen Graz und der Jugoslawischen Grenze demontiert. Die Verbindung nach Wien führte über die alte Semmeringbahn – landschaftlich schön aber in Kapazität und Erhaltung eine Herausforderung. Der Weg nach Klagenfurt und Villach (in Richtung Italien) führte mühsam über die Obersteiermark und Friesach, jener nach Linz und Passau über eine enge Trasse bei Kirchdorf, jener nach Salzburg (und weiter nach München) über eine mühsame Reise über Bischofshofen. Und das blieb auch so!

Der **STRASSENBAU** als Alternative und als Antwort auf die zunehmende Motorisierung konzentrierte sich zunächst auf Bundes- und Landesstraßen. Beim Ausbau der Autobahnen wurde die Steiermark klar in den Planungen nach hinten gereicht. Die Westautobahn zwischen Wien – Linz und Salzburg wurde schon in der NS-Zeit im Raum Salzburg begonnen, der weitere Ausbau erfolgte nach dem Staatsvertrag. Die Fertigstellung des letzten Teilstückes gelang 1966. Zu diesem Zeitpunkt war in der Steiermark noch kein Meter Autobahn verbaut, Süd- und Pyhrnautobahn lediglich im Planungsstadium, obwohl die Erklärung der Bundesregierung zur Südautobahn bereits 1956 erfolgte.

Erst 1969 konnte das erste Teilstück Autobahn zwischen Graz und Gleisdorf den Betrieb aufnehmen, 1973 jenes zwischen Graz und Mooskirchen. 1971 erfolgte der Spatenstich zur Pyhrnautobahn, 1972 wurde mit den Schnellstraßen im Murtal begonnen (S35). Die fertigen Achsen ließen freilich noch Jahrzehnte auf sich warten und schlossen im Fall von Gleinalm und Bosruck auch Sondermauten ein, die bis heute erhalten geblieben sind – für ansässige Unternehmen ein klarer Standortnachteil.

Der **Flughafen** in Graz blieb in diesen Jahren eine kleine, provinzielle Einrichtung, die zwar 1951 den Passagierverkehr wieder aufnahm, Ende der 1960er Jahre aber noch nicht über 50.000 Passagiere pro Jahr hinauskam (heute pendelt das Aufkommen um eine Million). Ein relevanteres Wachstum war erst den späteren Jahren mit der Anbindung an Frankfurt und den Aufstieg des Charter-Tourismus vorbehalten.

Als Teilaspekt sollte noch die touristische Seilbahninfrastruktur genannt werden, die ebenfalls ein Kind des Wiederaufbaus war. Mariazell, Hauser-Kaibling, Dachstein und später die Planaibahnen wurden zu wesentlichen Kondensationskernen für den Wintertourismus, der in der Steiermark freilich nicht die Dimensionen und Wertschöpfungsraten von Tirol oder Salzburg erreichen konnte.

1974 - 1989 Stagnation, Neuorientierung, Transformation

Die Jahre zwischen den Ölschocks der 1970er und der Ostöffnung, die mit dem Berliner Mauerfall 1989 begann, waren sowohl in negativer wie auch positiver Weise grundlegend für die weitere wirtschaftliche Entwicklung und für den Status, den Österreich und die Steiermark heute haben. Negativ, weil unter den schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen der gesamte Westen zu leiden hatte, lang aufgeschobene strukturelle Defizite aufbrachen. Die sogenannte **STAGFLATIONSPHASE** brachte eine herausfordernde „Wellblechkonjunktur“, die 1975, 1978, 1981 ein schrumpfendes BIP sah, 1984 war mit + 0,1 % praktisch stagnativ. Im Zentrum des wirtschaftlichen Sturms in Österreich stand die Steiermark. Auch wenn sich viele Wogen inzwischen geglättet haben, einige Einbrüche waren unumkehrbar und spiegeln sich u.a. in der nachhaltig negativen demographischen Entwicklung der Bezirke Leoben und Bruck/Mürzzuschlag wider. Positiv, da der Schock der Krise, die man anfangs auszusitzen gedachte, zu einer regelrechten **TRANSFORMATIONSPHASE** führte, die auch in den wesentlichen Wirtschaftsstatistiken nachvollziehbar ist. Der neue Fokus auf Innovationen, Forschung und Entwicklung, Unternehmensgründungen im Technologiebereich und aktiver Wissenstransfer ermöglichte es der Steiermark auf der Ebene der Unternehmen und der begleitenden Strukturen, die Chancen, die sich nach Ostöffnung und EU-Beitritt in den 1990er und 2000er Jahren boten (manchmal vereinfacht als „Friedensdividende“ des beendeten Kalten Krieges bezeichnet), erfolgreich zu nutzen.

Es war wieder einmal ein Krieg, der diese Epoche einleitete: Das arabische Ölembargo im Gefolge des Yom-Kippur-Kriegs im Nahen Osten führte 1974 zu Problemen mit der Energieversorgung (Einführung „autofreier Tage“) aber vor allem zu einem massiven Preisanstieg. Gepaart mit mehreren **INTERNATIONALEN VERWERFUNGEN** (u.a. Ende des Bretton-Woods-Systems, neue Wettbewerber) führte dies 1975 dazu, dass das österreichische BIP erstmals seit Beginn der 1950er Jahre wieder schrumpfte. Die Natur der Krise wurde als kurzfristiger Konjunktureenbruch interpretiert, den man durchtauchen wollte. Die Frage der Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung war für die Regierung Kreisky in dieser Phase von höchster Priorität. Eine expansive Budgetpolitik, Förderungen in Form von Zuschüssen und Verlustabdeckungen (insbesondere für die Betriebe in öffentlicher Hand), Exportförderungen sowie eine begleitende Stabilitätspolitik (u.a.

Koppelung des Schillings an die D-Mark) sollten die Grundlagen für einen Aufschwung schaffen („**AUSTRO-KEYNESIANISMUS**“). Im Bereich des Arbeitsmarkts schien die Strategie zunächst erfolgreich: die österreichische Arbeitslosenquote betrug 1981 2,4 %, die steirische lag mit 2,9 % zwar höher aber immer noch auf vergleichsweise niedrigem Niveau.

Die zunehmende Verschlechterung der Leistungsbilanz wies aber bereits auf ein **PROBLEM** bei der **WETTBEWERBSFÄHIGKEIT** hin (ein Phänomen, das von Ökonomen als eine wesentliche Ursache für die sogenannte „Stagflation“ ausgemacht wurde). Die Hoffnung auf erfolgreiches Durchtauchen erfüllte sich jedoch nicht. 1978 und 1981 schrumpfte die Wirtschaft neuerlich. Es folgten die turbulentesten 10 Jahre der neueren österreichischen und insbesondere steirischen Wirtschaftsgeschichte. Eine Periode, die auch von schweren internationalen Krisen geprägt war (rechte, linke und palästinensische Terrorwellen, Einmarsch der Sowjets in Afghanistan, Umbruch im Iran, Mittelstreckenrüstung in Europa). Erste spektakuläre **FIRMENZUSAMMENBRÜCHE** waren nicht zuletzt in der Steiermark zu verzeichnen (z.B. EUMIG Fürstenfeld im August 1981 mit 1.800 Kündigungen), die zuvor zäh verteidigte Vollbeschäftigung nicht mehr aufrecht zu erhalten. Bis 1986 kletterte die Arbeitslosenrate in Österreich auf 5,5 %, in der Steiermark lag sie mit 6,5 % einen ganzen Prozentpunkt höher, auch in der Bruttowertschöpfung pro Beschäftigten wies die Steiermark die geringste Produktivitätsrate von ganz Österreich auf.

Die Spreizung stieg noch an: 1993 wurde in der Steiermark der Spitzenpunkt der Arbeitslosenrate bei 8,4 % erreicht (trotz inzwischen erfolgter Frühpensionierungswellen) während sie in Österreich bei 6,8 % und damit deutlich darunter lag. Die Steiermark, die mit dem Begriff „Krisenregion“ belegt wurde, wies in der Folge eine permanent über dem österreichischen Schnitt liegende Arbeitslosenrate aus und hatte Mitte der 1980er Jahren die schlechteste Wachstumsrate aller Bundesländer (Steiner). Das änderte sich erstmals 2003 und seit den 2010er Jahren liegt die Steiermark meist besser als der österreichische Schnitt.

BRENNPUNKT des Geschehens war die **OBERSTEIERMARK** und hier insbesondere die sogenannte „Mur-Mürzfurche“. Im Jahrzehnt zwischen 1981 und 1991 erreichte dort die Arbeitslosigkeit trotz aller Maßnahmen 12 %, die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit stieg von 9 auf 21 Wochen. Die Arbeitslosenrate der über 50-Jährigen stieg von 7 % auf dramatische 29 %. Um in dieser Phase den gekündigten Stahlarbeitern eine Perspektive zu geben, wurde 1987 die „Stahlstiftung“ ins Leben gerufen. Begleitet wurde dies von einer Schrumpfung: die Beschäftigung fiel um -8,8 % (im industriellen Kernbezirk Leoben um -14,4 %, in Bruck/M. um -13,7 %. Die Obersteiermark verlor -4,5 % ihrer erwerbsfähigen Bevölkerung zwischen 15 und 60 Jahren (oder 12.600 Personen) durch Abwanderung, maßgeblich in den Großraum Graz. Dass sich die Arbeitslosigkeit in diesem Raum in den weiteren Jahren wieder normalisierte, ist somit nicht nur ein Phänomen der wirtschaftlichen Stabilisierung gewesen, sondern auch ein statistisches Phänomen, das als „passive Sanierung“ bezeichnet werden kann.

Wie langfristig sich solche strukturellen Verwerfungen auswirken, zeigen die aktuellen **DEMOGRAPHISCHEN DATEN** der Steiermark. Laut der Landesstatistik Steiermark (Bericht 2024) sind zwischen Jänner 2014 und 2024 der Raum Graz und Graz-Umgebung um 12,2 % gewachsen (+50.603 Personen), während Murau (-5,8 %) und Leoben (-3,0 %) weiter schrumpfen. Im Jahr 2023 belegte übrigens Leoben im gesamtösterreichischen Vergleich den letzten Platz (größte Einwohner- Kontraktion), Graz hingegen den ersten (größtes Einwohner-Wachstum).

Jene **UNTERNEHMEN**, die nach und nach **IN SCHIEFLAGE** gerieten, liest sich wie das Who-is-Who der steirischen Industrie. 1978 musste beispielsweise der traditionsreiche Bergbau in Fohnsdorf geschlossen werden, der EUMIG-Konzern, der in Fürstenfeld eine Produktion betrieb und in Fohnsdorf (nach Drängen und mit Unterstützung der Bundesregierung) eine Ersatzinvestition tätigte, ging 1981 Konkurs. Die Kohlereviere der Weststeiermark (Voitsberg-Köflach) mussten stark schrumpfen, sie wurden dann im Lauf der Jahre ebenfalls aufgegeben.

Drastische Auswirkungen hatte die **KRISE IM EISEN- UND STAHLSEKTOR**, die in ganz Europa zu spüren war. Die Probleme zogen sich von der Rohstoffgewinnung am Erzberg (Verlust von fast 3.000 Arbeitsplätzen durch radikale Technologieumstellungen) über die Stahlerzeugung (Probleme der Hütte Donawitz machten eine Reduktion der Beschäftigten von 6.700 auf 1.800 notwendig) über die Verarbeitungsbetriebe bis hin zum Edelstahlsektor der eben erst fusionierten VEW. 1987 feierte Böhler als eigenständiger Betrieb sozusagen „Wiederauferstehung“. Allerdings gingen auf dem Weg dorthin in der VEW etwa 7.000 Arbeitsplätze verloren.

Weitere **HOTSPOTS DER KRISE**: die Steyr-Daimler-Puch AG, die ihre Produktionskapazitäten drastisch reduzierte (Einstellung der Zweiradproduktion 1987); die Leykam-Mürztaler, die Niklasdorf 1983 abstößt; die ELIN in Weiz, die ab 1987 in kurzer Zeit ein Drittel aller Stellen strich; das Liezener Noricum-Werk, das seine Probleme über einen dubiosen Waffendeal zu lösen versuchte (GHN-45 Kanonen an kriegsführende Länder, eine Aktion die für das Management vor Gericht endete); die Glasproduktionen in Bärnbach und Köflach, die trotz Fusion von Stölzle und Oberglas 1987 knapp vor dem Aus stand, um nur die wesentlichsten Fälle anzuführen.

Der Zusammenhang zwischen den Krisenerscheinungen und der Fokussierung der Unternehmen auf Grundstoffe oder wenig innovative Produkte war ebenso offensichtlich wie die zweite Klammer, die einen Großteil der gebeutelten Unternehmen umfasste: sie waren direkt oder indirekt unter staatlichem Einfluss und der wurde spätestens nach dem faktischen Crash der VOEST-Alpine 1985/86 in Frage gestellt.

Den symbolischen Höhepunkt, gleichzeitig aber auch Wendepunkt, erfuhr die Entwicklung im Auftritt des damaligen CEO der Verstaatlichten-Holding ÖIAG, Hugo-Michael Sekyra, im Juli 1987 bei einer Versammlung aufgebrachter Mitarbeiter in Kapfenberg. Sein Satz: „Wir sind pleite, verstehen sie doch, wir sind pleite!“, ließ alle Illusionen schwinden und stellte den Kompass endgültig auf Richtung Veränderung, denn ein anderer Ausweg war offensichtlich nicht mehr zu finden.

Die folgende **TRANSFORMATIONSPHASE DER STEIERMARK** hat natürlich Vorlaufphasen, die in verschiedenen Bereichen (beispielsweise bei Infrastrukturplanungen oder im Bereich der Kooperationen zwischen Unternehmen und Universitäten) Jahrzehnte zurück reichen. Konzeptionell muss aber die unter der Führung des Grazer Ökonomen Gunther Tichy erstellte Regionalstudie Obersteiermark (1982) Erwähnung finden, die zunächst von der Regierung Kreisky vehement kritisiert wurde, einige Jahre später aber als Blaupause für zentrale strategische Ausrichtungen diente. Angelpunkt der Vorschläge war das KONZEPT DER „ENDOGENEN ERNEUERUNG“, das besagt, dass die im Gebiet ansässigen Unternehmen in die Lage versetzt werden müssten, aus eigener Kraft forschungs- und facharbeitsintensive Verfahren zu entwickeln und sich als Zulieferer technologisch anspruchsvoller Komponenten und Investitionsgüter zu etablieren. Dies muss von einer Forschungs- und kooperativen regionalpolitischen Strategie begleitet werden. Unternehmen sollten zu diesem Zweck F&E-Einheiten aufbauen, die gemeinsam mit Universitäten anwendungsorientierte Forschungszentren gründen, um Entwicklungsprojekte voranzutreiben und damit innovative Produkte am Beginn des Produktlebenszyklusses zu kreieren. Begleitet sollte dies durch die Installierung praxisorientierter Fachhochschulen werden, die zur Verbesserung des Entwicklungspotentials beitragen. Heute sind diese Überlegungen u.a. im Rahmen von Kompetenzzentren (COMET), Clusterorganisationen, Fachhochschulen (Gründung FH-Joanneum 1994), Technologieparks und Impulszentren (ab 1986) und nicht zuletzt durch die Neuordnung der steirischen Wirtschaftsförderung durch die Gründung der SFG (1991/92) umgesetzt.

ANGELPUNKTE der steirischen **TRANSFORMATIONSPHASE** waren (Krautzer):

- Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumspotential von Unternehmen (Stilllegung unwirtschaftlicher Teile, Priorität betrieblicher Notwendigkeit gegenüber volks- und arbeitsmarktpolitischen Elementen, Privatisierungen, Technologieimpulse
- Mentale Veränderungsbereitschaft (Beförderung unternehmerischer Privatinitiative über Gründungen, Innovation und Technologie als neuer Fokuspunkt) & endogene Erneuerung (konsequente technologieorientierte Nischenstrategien, F&E

intensive Produkte und Dienstleistungen, Fokus auf Weltmärkte, begleitende Bildungs-offensiven)

- Aufbau von Netzwerken (Clusterstrukturen, Kooperationen Industrie-Universitäten, Zusammenwirken Politik, Interessenvertretungen und Institutionen)
- Neues Förderwesen (von Problemabdeckung hin zur aktiven Technologie- und Standortentwicklung und Gründungsinitiativen mit Fachberatung)
- Unterstützung technologieorientierter Unternehmensansiedlungen mit Entwicklungskompetenz anstatt „verlängerter Werkbänke“

Auch wenn es in einigen dieser Bereiche Jahre brauchte, bis sich die Wirkung einstellte, ist die tiefe Krise der Stagflationsphase als Katalysator zu sehen, die wesentliche und bis heute prägende Entwicklungen in der Steiermark beschleunigte, in Gang setzte oder überhaupt kreierte. Zu den obgenannten kommen noch:

- Die Allradtechnologie der Steyr-Daimler-Puch Fahrzeugtechnik etablierte sich als technologische Hoffnung und Ausgangspunkt für eine breitere steirische **AUTOMOBIL- UND ZULIEFERINDUSTRIE** (Mercedes/Puch G Produktionsstart 1979, VW Bully Allrad-Syncro Produktionsstart 1981). In dieser Zeit wurden auch Schritte gesetzt, um mit Chrysler einen großen Hersteller zu einer Investition in Graz zu bewegen. In diesem Zusammenhang hat man auch aus dem Desaster rund um die Ansiedlung des Japanischen Elektronik-Unternehmens OKI gelernt, das 1985 (mitten in der großen Krise!) am schlechten Standortmanagement und am Widerstand von Interessengruppen gescheitert ist.
- Thermen als Impuls für neue **TOURISTISCHE ERSCHLIESSUNGEN**, zunächst im strukturschwachen Grenzland des Ostens. Ergänzend dazu etablierte sich das „Weinland“ (insbesondere in Folge einer Qualitätsoffensive als Reaktion auf den Weinskandal 1985) als weitere neue Entwicklungsregion mit enormen Einfluss auf die Entwicklung eines „Genuss-Tourismus“, der auch Lebensqualität als eine ergänzende steirische Standortkomponente etabliert.
- Der forcierte Ausbau der **STRASSENINFRASTRUKTUR**, insbesondere der beiden Transversalen A2 – Südbahn und A9 – Pyhrnbahn, die die Anbindung

1990 - 2008 „Going Global: Integration und Öffnung als Weg ins 21. Jahrhundert“

Noch bevor Österreich 1995 der EU beitrat, eröffnete der Zusammenbruch der benachbarten kommunistischen Regime Österreich und der Steiermark eine neue strategische Perspektive, auf die über Jahrzehnte niemand so richtig zu hoffen gewagt hatte. Die sogenannte **„OSTÖFFNUNG“** wurde auf breiter Ebene sowohl als Geschenk als auch als Chance begriffen, die sich insbesondere für jene Regionen besonders positiv auswirken sollte, deren direkter Grenzverlauf oder die besondere Exposition zu einer „toten Grenze“ die bisherigen Möglichkeiten stark beeinträchtigt haben. Das galt für Regionen in Oberösterreich, Niederösterreich, Kärnten und dem Burgenland, das galt aber insbesondere auch für die Steiermark. Auch wenn man die Probleme, die die Zerfallskriege im ehemaligen Jugoslawien ab 1991 auslösten, erwähnen muss (Juni 1991 Kampfhandlungen an den Grenzen zur Steiermark und Kärnten), können im Rückblick klare, positive und dauerhafte Impulse durch die Ereignisse festgestellt werden.

Ein Impulsergabsich insbesondere für die Steiermark aus einer **VERKEHRSTECHNISCHEN PERSPEKTIVE**. Die Zerschneidungen von 1919 und der Zeit des „Kalten Kriegs“ verloren ihren prohibitiven Charakter und eröffneten Räume für neue Planungen und Perspektiven. Ergänzend zur etablierten sogenannten „Wachstumsbanane“, die sich von London über den Beneluxraum und Deutschland nach Oberitalien zog, etablierte sich die Hoffnung auf einen neuen Wachstumsraum, in dem Österreich in den Mittelpunkt rückte. Für die Steiermark stellten sich neben der Erreichbarkeit des Wiener und des Süddeutschen Raumes nunmehr die Frage nach einer Achse zwischen Ostsee und Adria (Baltisch-Adriatische Achse, BAA), die sich als Teil des Transeuropäischen Netzwerks (TEN) etablieren sollte. Der Hauptstrang führt über Semmering und Koralm in Richtung Pontebbana, ein zweiter Strang über die alte Südbahntrasse zum Hafen Koper, der sich aktuell als wichtigster Umschlagplatz österreichischer Waren im Mittelmeer etablieren konnte. Teil der Überlegungen zur BAA wurden die Investitionen in den seit vielen Jahren diskutierten Semmering-Basistunnel und dem Koralmtunnel, der auch einen neuen Agglomerationsraum im Süden zwischen Graz und Klagenfurt entstehen lassen sollte. Die Anbindung nach Ungarn wurde mit der Diskussion um den Neubau einer Schnellstraße bei Fürstenfeld (S7) verbunden und die Bedeutung Kopers manifestierte

sich immer mehr in der dynamischen Entwicklung des Cargo Centers Graz (CCG). Dieses wurde 2003 eröffnet und bald danach mit einer eigenen Güterlinie (über die alte k.u.k. Südbahnstrecke Marburg-Laibach-Divaca) mit dem Hafen verbunden, wobei das CCG als wesentlicher Sequenzierer und Logistik-Dienstleister agiert.

Der zweite wesentliche Impuls der Öffnung betraf die Möglichkeit, **NEUE ABSATZMÄRKTE UND LIEFERBEZIEHUNGEN** zu schaffen. Trotz aller Stabilisierungskrisen erwiesen sich die über Jahrzehnte von westlichen Konsumgewohnheiten ausgeschlossenen Länder als relevante Nachfrager für Produkte und Dienstleistungen. Dies reichte von grenznahen gewerblichen Unternehmen über Produktionsbetriebe bis hin zu den großen Finanzdienstleistern. Ein mögliches Erklärungsmodell für die enorme Geschwindigkeit, in der sich diese Prozesse vollzogen, ist sicherlich die historische Tradition, das heißt die vorhandene oder wiederbelebte Erinnerung an die kulturellen und wirtschaftlichen Verflechtungen im Rahmen der Habsburger Monarchie. Viele strategische Überlegungen von Unternehmen nahmen auf diese Tradition ganz explizit Bezug. Quantitativ ist festzustellen, dass Österreich bei den sogenannten Foreign Direct Investments (FDI) in einigen Nachfolgestaaten der Monarchie relativ (im Verhältnis zum eigenen BIP) oder auch absolut die größten Anteile aufzuweisen hat, denn die Marktbearbeitung konnte freilich nicht nur als Einbahnstraße des Exports, sondern musste auch als Investitionsnotwendigkeit vor Ort gesehen werden.

Dies betraf in der Steiermark große Handelsunternehmen, die ihr Filialnetz erweiterten (u.a. Leder&Schuh/Humanic, einstmals das größte Schuhproduktions- und Handelshaus der Monarchie oder die Handelskette Spar), Industriebetriebe, die vor Ort in Produktionskapazitäten investierten und Dienstleister, die Tochterunternehmen etablierten, wobei sich Banken sowie Versicherungen (u.a. GRAWE, Merkur und UNIQA) in unterschiedlichen Konstellationen besonders engagierten.

Der dritte Impuls entstand im Aufbau von **KOOPERATIONEN, LIEFER- UND WERTSCHÖPFUNGSKETTEN**. Dabei geht es nicht nur um die Erzeugung eines abgeschlossenen Produktes oder Systems, sondern vor allem auch um den Bezug

zu den Agglomerationsräumen Wien und München schaffen sollten (1978 Eröffnung Gleinalmtunnel, 1983 Eröffnung der „Sparautobahn“ im Wechsel- und im Packabschnitt und 1989 Lückenschluss nach Wien) sowie Ausbau der Schnellstraßen in der Obersteiermark (1974 Baubeginn S6). Nach heutiger Datenlage profitiert davon insbesondere die Oststeiermark, die in den letzten 30 Jahren eine erstaunliche Dynamik entwickelte.

Vom Fokus der Regierung Kreisky auf Investitionen in die **BILDUNGS- UND FORSCHUNGSINFRASTRUKTUR** profitierte auch die steirische Peripherie. Neben den bekannten Maßnahmen wie verbreiterte Zugänge zur AHS-Bildung, Schulbuchaktion und Schülerfreifahrt sowie kostenloser Universitätszugang, war es vor allem auch das Schulentwicklungsprogramm, das ein verbessertes Angebot höherer allgemeiner (AHS) und berufsbildender (BHS) Schulen in die Bezirkszentren brachte.

In diesen Jahren etablierte sich auch die **UMWELTBEWEGUNG** als neuer, wesentlicher Faktor. Die großen Themen: Emissionsschutz Luft (Saurer Regen), Emissionsschutz Gewässer (Zellstoff- und Chemieindustrie), Anti-Atomkraftbewegung (1978 negative Volksabstimmung zum AKW Zwentendorf) sowie Konservierungsbestrebungen (1984 Besetzung Hainburger Au gegen das geplante Donaukraftwerk). Die Folgen des für heutige Begriffe sorglosen Umganges mit Natur und Gesundheit führten zu Gesetzesinitiativen, die einerseits hohe Investitionen in Luft- und Gewässerschutz nach sich zogen (insbesondere in Filter- und Kläranlagen), andererseits aber auch den technologischen Wandel und eine neue Kreislaufwirtschaft beförderten. In der Steiermark war das größte Einzel-Thema dieser Zeit die Verschmutzung der Mur. Durch das „Mur Sanierungsgesetz“ 1985 wurden die Rahmenbedingungen gestellt, um die Gewässergüte des Flusses von Verödung (Güteklasse IV) auf aktuell Güteklasse I-II zu stellen.

Mit dem **BEITRITTSANSUCHEN ÖSTERREICHS AN DIE EG** im Juli 1989 (also kurz vor den dramatischen Ereignissen, die ab dem Spätsommer des Jahres zur „Ostöffnung“ führten) wird eine neue Epoche der österreichischen Staatlichkeit eingeläutet, die insbesondere den wirtschaftlichen Rahmen neu definieren sollte.

qualitativ hochwertiger aber günstiger Zulieferteile oder Komponenten, mit denen die eigenenProdukteamWeltmarktgünstigerunddamitwettbewerbsfähigangebotenwerden können. Das reicht von Kabelbäumen und Schaltschränken bis hin zu mechanischen Komponenten von Getrieben und Anlagen. Nicht umsonst wurde der Begriff „Asien vor der Haustüre“ geprägt. Die Vorteile waren nicht nur in der günstigen Kostenstruktur zu sehen, sondern in den kurzen und sicheren Lieferwegen, der kulturellen Einheitlichkeit des Raumes, der einfacheren Kommunikation und den höheren Flexibilitätén. Die damit verbundenen Investitionen und der Aufbau hochwertiger Arbeitsplätze führten zu einer eindeutigen win-win Situation. Ein Effekt dieser neuen Verflechtungen war, dass sich in den Nachbarländern, trotz des enormen Umstellungsaufwandes, relativ rasch politische Stabilität festsetzte, die durch ein konstantes Wirtschaftswachstum gestützt wurde (Tschechien hat heute z.B. die geringste Arbeitslosenrate Europas). Nur so war die sehr rasch erfolgte EU-Erweiterung ab 2004 überhaupt möglich.

Ein Teil des steirischen Erfolgs ist eindeutig in den **EU-REGIONALFÖRDERUNGEN** zu suchen. Steiner errechnet für die ersten 18 Jahre ein gesamtes öffentliches Volumen (also inklusive Agrarmittel) von € 2,8 Mrd. an Regionalförderungen, die in die Steiermark geflossen sind, bis 2017 von über € 4 Mrd. Da eingereichte Projekte gemäß den Wettbewerbsregeln oft nur mit limitierten Prozentsätzen gefördert werden durften (hier hat man es mit einem komplexen und hochdifferenzierten System zu tun), liegen die mit diesen Mitteln gehebelten Projektvolumina weitaus höher. Der - bei allem durchaus verwirrenden Zahlenwerk - entscheidende Punkt: Hier hat man es mit Summen zu tun, die ohne EU-Beitritt nicht in dieser Höhe und Konzentration in die Steiermark geflossen wären.

Tatsache ist, dass sich die seit den 1980er Jahren laufenden praktischen und **STRATEGISCHEN BEMÜHUNGEN** um eine Transformation des Wirtschaftsstandortes Steiermark zu einem außerordentlich günstigen Zeitpunkt mit den Möglichkeiten und Anforderungen der EU Regionalförderung trafen. Dies begann bei der Erstellung der notwendigen Planungsdokumente für die sogenannten „Ziel 2 Förderungen“ (Umstellung alter Industriegebiete). Hier konnte man auf latente strategische Überlegungen zurückgreifen, an denen gearbeitet wurde (hier sei als Beispiel auf das

nahezu parallel entstandene technologiepolitische Konzept der Steiermark verwiesen). Eine weitere Quelle waren die Dokumente zur Neuausrichtung der steirischen Förderstruktur (Programm und Technologieförderung), die im Rahmen der **GRÜNDUNG DER STEIRISCHEN WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT** 1992 erstellt wurden. Schließlich konnte auch auf einen Pool guter Projektüberlegungen sowohl in Unternehmen als auch im Bereich der unterstützenden Infrastrukturen zurückgegriffen werden, wodurch Fördermittel rasch und zielgerichtet absorbiert werden konnten. Dies führte dazu, dass die Steiermark in der ersten Förderperiode den höchsten Ausschöpfungsgrad an Fördermittel aller österreichischen Bundesländer erreichen konnte (Brandtner).

Unabhängig von aber nahezu zeitgleich zum EU-Beitritt etablierte sich das Thema verbesserter **WISSENSTRANSFER DURCH KOOPERATION UND VERNETZUNG**. Hier lag eindeutig eine innovative und pionierhafte Positionierung der Steiermark vor. Ausgehend von einer als Verein konstituierten Think-Tank-Initiative mit der Bezeichnung „H7“ wurden theoretische Ansätze (u.a. Michael Porter's Cluster Theorie) zu einem Modell verdichtet, das letztlich zur Gründung des „Automobil Cluster Styria (ACStyria)“ 1995 führte und der zum Vorbild für weitere ähnliche regionale (Wood, Healthtech, Greentech, Mikroelektronik) nationale und internationale Initiativen führte.

Die marketingtechnische Unsauberkeit, die **CLUSTER ALS NETZWERKINITIATIVEN** öfter fälschlicherweise mit der Gesamtheit der Unternehmen gleichsetzt, hat in der Öffentlichkeit zu einer gewissen Mythologisierung geführt. Der ACStyria war aber zu einem richtigen Zeitpunkt eine wertvolle Unterstützung für eine dynamische Entwicklung, die seit den 1990er Jahren den automotiven Sektor in der Steiermark prägte. Diese beruhte auf der technologischen Kompetenz zur Herstellung gesamter Fahrzeuge und spezieller (Allrad-)Getriebe durch die Steyr-Daimler-Puch Fahrzeugtechnik (SFT), die auch für die Ansiedlung des Chrysler- Eurostarwerkes und den Produktionsstart 1992 verantwortlich war (Chrysler suchte zu diesem Zeitpunkt ein Standbein im europäischen Raum). Ein zweites, weltweit technologisch führendes Unternehmen, das den Cluster trug, war der Spezialist für Motorenentwicklung, die AVL unter ihrem Eigentümer

Helmut List. In dieser Zeit verdichtete sich auch das Engagement des kanadischen MAGNA-Konzerns unter der Führung von Frank Stronach, eines in den 1950er Jahren ausgewanderten Steirers, der zunächst in Zulieferbetrieben in der Steiermark investierte und 1998/99 auch die SFT kaufte. Kernpunkt der Entwicklung des Clusters war die Tatsache, dass sich die Produktionszahlen von Automobilen in Graz seit den späten 1990er Jahren so weit steigerten (zu Spitzenzeiten wie im Mai 2004 auf über 1.000 Einheiten pro Tag), dass es sich auszahlte, ein Zuliefersystem aufzubauen. Gleichzeitig wurde das Kompetenzumfeld (Institute der TU Graz, Gründung des Studiengangs Automotive Engineering an der FH Joanneum 1996) so erweitert, dass Diversifizierungen, Ansiedlungen und Neugründungen für andere Unternehmungen attraktiv wurden.

In Weiterführung der Logik, dass Kommunikation und Kooperation entlang von Wertschöpfungsketten zu einer gezielten Standortentwicklung führen, wurde das **MODELL ENGER KOOPERATIONEN** auf den **FORSCHUNGSBEREICH** (hier insbesondere auf die Universitätslandschaft) und auf den Bildungsbereich ausgedehnt. 2003 erfolgte auf Initiative der steirischen Industrie die Gründung der „innoregio styria“, eine in Österreich einzigartige Plattform, in der Industrie, die gesamte Hochschullandschaft, die Forschungsgesellschaft des Landes „Joanneum Research“ sowie die Wirtschaftsförderung auf Führungsebene kooperieren und die der gemeinsamen strategischen Entwicklung im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation dient.

Öffnung und EU-Beiträge der Nachbarn rückten **ÜBERREGIONALE STRATEGISCHE KOOPERATIONEN** wieder in den Bereich des Möglichen, was auch einige Initiativen hervorbrachte. Einen frühen Sonderfall im Sinne einer kulturellen und politischen Zusammenarbeit stellte die 1978 gegründete „ARGE Alpe Adria“ dar, die insbesondere im Grenzraum der Regionen Kärnten, Slowenien, Kroatien, Friaul, Julisch-Venetien und der Steiermark für Kooperationen „senza confini“, also ohne Grenzen sorgen sollte. Das im Schatten des Ost-West-Konflikts geborene Projekt wurde von den Ereignissen 1989 schier überrollt.

Als es absehbar war, dass die ehemals kommunistischen Länder rasch der EU beitreten sollten, etablierten sich konkrete, weniger allgemeine Projekte: zunächst eine „Donauraum-Initiative“, die eine Achse von Passau bis Budapest schmieden sollte (das Twin-City Projekt Wien-Bratislava ist ein Kind aus dieser Zeit). In Graz wurde quasi als Gegenposition die Initiative „Zukunftsregion Süd-Ost“ gegründet. Diese sollte eine Region von Westungarn über Slowenien, Nord-Kroatien, Kärnten und das adriatische Oberitalien im Rahmen einer strategischen Zusammenarbeit (mit einem infrastrukturellen und wirtschaftlichen Schwerpunkt) begründen. Die steirische Landeshauptfrau, Waltraud Klasnic stellte sich als Proponentin ganz nach vorne. Mit ihrem Ausscheiden 2005 verlor die Initiative ihren Schwung. Als ein bleibendes Ergebnis kann jedoch die immer enger werdende Zusammenarbeit zwischen Kärnten und der Steiermark gelten, die sich inzwischen auf die bestmögliche Nutzung der Chancen, die sich aus der Investition der Koralmstrecke ergeben, konzentriert.

Das zweite große Ereignis dieser Epoche für Österreich und die Steiermark war der **EU-BEITRITT 1995**. Er kann im Rückblick als Vollendung eines fast 50-jährigen Integrationsweges gesehen werden, der mit dem Beitritt Österreichs zur OEEC im Rahmen der Marshall-Hilfe 1948 begann, mit dem Beitritt zur EFTA anstatt der EWG auf ein Abstellgleis führte, mit dem Umbau der EG in einen Binnenmarkt ab 1986 eine geradezu zwingende Dimension erlangte und letztlich mit der Osterweiterung 2004 auch Teil einer umfassenden europäischen Befriedung wurde (deren Limitierung 2022 mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine aufgezeigt wurde).

Der positive wirtschaftliche Aspekt der Integration ist eindeutig. Österreich muss als großer **PROFITEUR DES BINNENMARKTES UND DER EU-ERWEITERUNGEN** angesehen werden. Mit dem EU-Beitritt waren zunächst (abgesehen vom politischen Thema Verkehrstransit) drei große Sorgen verbunden: erstens, ob die österreichischen Unternehmen dem Wettbewerbsdruck des Binnenmarktes und den Liberalisierungserfordernissen standhalten würden, zweitens, ob es am gemeinsamen Arbeitsmarkt zu einem Verdrängungswettbewerb kommen würde und drittens, ob die kleinstrukturierte Landwirtschaft am Agrarmarkt bestehen könnte. Obwohl es in allen

drei Bereichen zu Strukturanpassungen gekommen ist (die teils absehbar, teils heftiger als erwartet waren), spricht die quantitative Bilanz für sich. WIFO/Breuss haben in einer Untersuchung 2013 die Effekte deutlich gemacht: zwischen 1996 und 2011 lagen die zusätzlichen jährlichen Wachstumseffekte zwischen 1,8 % und 0,8 % des BIP.

Im wirtschaftlich dominierenden industriellen Bereich hat es sich gezeigt, dass die Unternehmen die Transformationsphase der 1980er und frühen 1990er Jahre genutzt haben, um sich **INTERNATIONAL ZU ETABLIEREN**. Das war aber nur möglich, indem sie im Mix von Technologie, Service und Preis internationale Wettbewerbsstandards einhalten und in neuen Wachstumsmärkten wie Asien wettbewerbsfähig anbieten konnten. Das heißt, zum Zeitpunkt des Beitritts waren die Unternehmen an den Druck weitgehend adaptiert. Die Möglichkeiten des Binnenmarktes konnten daher rasch und forciert lukriert werden.

In der Steiermark hat sich seither folgendes Bild verdichtet: Die Industrie hat eine sehr hohe internationale Verflechtung. Da der produzierende Sektor für 35 % der regionalen Wertschöpfung verantwortlich ist, liegt auch die **STEIRISCHE EXPORTRATE** dementsprechend hoch, sie beträgt 48 % des regionalen BIP im arithmetischen Schnitt der letzten 10 Jahre (WIBIS). Damit liegt die Steiermark in Österreich an dritter Stelle hinter Oberösterreich mit 59 % und Vorarlberg mit 57 %. Daraus ergibt sich erstens eine höhere regionale Sensibilität gegenüber internationalen Konjunkturverläufen, zweitens aber auch eine höhere Sensibilität gegenüber kompetitiven Kostennachteilen. Das heißt konkret, steigen Produktionskosten (u.a. Energie), Lohnkosten und andere Belastungen stärker als im internationalen Vergleich, hat der Standort Steiermark auch ein größeres Problem.

Abgesehen von den allgemeinen Impulsen, die natürlich auch die Steiermark lukrieren konnte, brachte der EU-Beitritt einen sehr großen, spezifischen Vorteil, nämlich die **LUKRIERUNG VON EUROPÄISCHEN FÖRDERMITTELN** aus den Regionalentwicklungsprogrammen gespeist aus den großen Strukturfonds, allen voran der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE). Allein zwischen den Jahren

1995 und 2013 flossen im Rahmen der ersten drei Förderperioden netto € 394 Mio. (nur für die industriell-gewerbliche Entwicklung gerechnet) an europäischen Mitteln in die Steiermark (Brandtner). Rechnet man den Europäischen Sozialfonds (ESF) mit € 57 Mio. sowie den Agrarfonds mit € 1,17 Mrd. dazu, kommt man auf € 1,62 Mrd. in den ersten 18 Jahren. Da EFRE-Mittel laut Reglement durch nationale Kofinanzierungen 1:1 ergänzt werden müssen, entsprechen die € 394 Mio. reine Strukturfondsmittel einem Fördervolumen von rund € 790 Mio. an öffentlichen Mitteln nur für den gewerblich-industriellen Bereich.

Eine wesentliche Materialisierung hat diese Arbeit in den sogenannten **„KOMPETENZZENTREN“** gefunden. Diese Zentren, die im Rahmen des COMET-Programms der Forschungsförderungsgesellschaft des Bundes (FFG) gebildet werden können, haben sich als wesentliche Kondensationskerne innerhalb der Schnittstellen zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung sowie industrieller Entwicklung und Innovation etabliert. Da für die Bildung dieser mit vergleichsweise hohen Prozentsätzen geförderten, und dementsprechend attraktiven Einheiten nicht nur thematische Exzellenz, sondern auch ein hohes Maß an kooperativer Kompetenz zwischen Unternehmen und Universitäten vonnöten ist, trug die jahrelange Netzwerkarbeit in der Steiermark offensichtlich Früchte, denn aktuell sind 24 von österreichweit 38 mit steirischer Beteiligung tätig, 18 davon haben ihren Hauptsitz in der Steiermark.

Ein zentraler wirtschaftspolitischer Vorgang der 1990er Jahre, der sowohl die österreichische als auch die steirische Struktur nachhaltig veränderte, war der Wille der Bundesregierung, im Bereich staatseigener Unternehmen **PRIVATISIERUNGSSCHRITTE** zu setzen. Bereits nach der Voest-Pleite wurde 1986 der volkswirtschaftliche Auftrag im neuen ÖIAG-Gesetz aufgegeben. 1993 wurde mit einer weiteren Novelle private Beteiligungen auf einer breiten Basis ermöglicht. Bundeskanzler Vranitzky, selbst aus der Bankenwelt kommend, sprach von einer „Börsefähigkeit“, die die krisengebeutelten Unternehmen zu erreichen hätten. Dem wurde mit der Struktur von Branchenholdings Rechnung getragen, die ab 1990 unter dem Dach der Austrian

Industries AG attraktive Angebote schaffen sollten. Was vor wenigen Jahren noch undenkbar erschien wurde nunmehr Realität: die Betriebsräte der Unternehmen trugen das Programm mit. Sie folgten einer pragmatischen Hoffnung, dass mit diesem Schritt die „gesunde Kernsubstanz der Unternehmen“ (ÖGB Funktionär Kurt Gennaro) erhalten bleiben könne.

In der **STEIERMARK** wurden etliche **UNTERNEHMENSBEREICHE PRIVATISIERT**. Eine kleinere Gruppe waren Unternehmungen, die im Zuge von Diversifizierungsbemühungen unter Beteiligung der VOEST-Alpine gegründet wurden, aber als **ELEKTRONIKSPEZIALISTEN** viel zu weit vom Kerngeschäft des Unternehmens entfernt lagen. Die Anteile an der austriamicrosystems in Unterpremstätten und jene an der AT&S in Leoben wurden verkauft. Die Unternehmen konnten sich seither sowohl börsennotiert als auch in privater Hand hervorragend entwickeln.

Die zweite Gruppe waren jene Betriebe, die in den 1970ern in das riesige **VOEST-ALPINE KONGLOMERAT** fusioniert wurden. Hier bestand die Strategie darin, sich auf technologieintensive Kernkompetenzen zu fokussieren, die Flüssigphase in Donawitz als metallurgische Basis zu erhalten, ergebnisverantwortliche und selbst überlebensfähige Subeinheiten zu bilden (Geschäftsfeldstrategie) sowie die VEW aufzulösen und Böhler als Edelstahlproduzenten wieder eine Eigenständigkeit zu geben (1988 Neugründung der Böhler Edelstahl GesmbH, 1990 Akquisition der Schwedischen Uddeholm, 1992 Gründung der Böhler-Uddeholm AG).

1993 wurde eine Dreiteilung des Konzerns in die Voest-Alpine Stahl AG, in die VA Technologie AG und in die Böhler-Uddeholm AG beschlossen. Das Jahr 1995 stand dann ganz im Zeichen der ersten Börsegänge, der Staat gab sein Beteiligungsmonopol auf und verkaufte zunächst 31,7 % der VA Stahl und ein etwas kleineres Paket der Böhler-Uddeholm. Begleitet wurden diese Verkäufe durch eine breite Diskussion über die strategischen Vor- und Nachteile von Streubesitz, strategischer Kernaktionäre, ausländische oder inländische Eigentümer und deren Standortinteressen („Ausverkauf des Staatsvermögens“) sowie mögliche Mitarbeiterbeteiligungen. Eine solche

Mitarbeiterbeteiligung wurde 2001 in der VA Stahl umgesetzt (bis Herbst 2003 mit 10,5 % der Stimmrechte).

Gleichzeitig erfolgte dort eine **UMGESTALTUNG IN DIVISIONEN**, wobei die Gründung der Division Bahnsysteme für den steirischen Raum insofern von Belang ist, da sich die sterischen Betriebe nach langer Durstphase innerhalb des Konzerns mit großen Erfolgen etablieren konnten und entsprechendes Gewicht erlangten (2006 wurde das weltweit modernste Schienenwalzwerk in Donawitz eröffnet). 2005 erfolgt im Zuge der Umsetzung einer Wandelanleihe (Begebung 2003) die vollständige Privatisierung. Die Böhler-Uddeholm AG wiederum wurde bereits 2003 durch einen Börsegang vollständig privatisiert. Aufgrund der Verkaufsabsichten eines Kernaktionärs wurde Böhler zwischen 2007 und 2008 wiederum vollständig von der voestalpine AG übernommen und in den Konzern integriert (im Rahmen der voestalpine High Performance Metals).

Die dritte Gruppe stellten die Betriebe der **ELIN AG IN WEIZ** dar, die über Jahre das Herz der Elektroindustrie in Österreich bildeten und eng an zunächst die AEG und dann an Siemens Österreich gebunden waren. Die Krise machte auch vor der Elin-Union AG nicht halt, die 1989 im Zuge eines Rationalisierungsprogrammes in GesmbHs gegliedert wurden aus denen die Elin Energieanwendung (Transformatoren), die Elin Energieversorgung (Generatoren und Wasserkraftkomponenten) hervorgingen, die 1994 unter das Dach der VA Tech übernommen wurden. 2006 wurde der Bereich Transformatoren und Energieübertragung an Siemens verkauft, die VA Hydro ging an die Maschinenfabrik Andritz AG und firmiert heute als Andritz Hydro. Der Markenname „Elin“ verblieb bei der Elin-Gebäudetechnik, die 2011 durch die private IGO-Technologies sowie bei der Elin-Motoren in Preding, die mittlerweile von der Voith Gruppe übernommen wurde.

Der vierte Bereich war das **UMFELD VON KOHLE UND BERGBAU**. Nachdem der Kohlebergbau in Fohnsdorf bereits 1978 geschlossen wurde ging die stolze Geschichte der Graz-Köflacher Eisenbahn und Bergbaugesellschaft (GKB, Gründungsjahr 1856), zumindest was den Bergbau betrifft, 2006 endgültig zu Ende.

Nachdem in den 1980er Jahren alle Untertagbereiche des weststeirischen Kohlereviere geschlossen wurden, gingen die letzten im Tagbau gewonnenen Braunkohlelieferungen 2005 an Energieanlagen der Papierindustrie und 2006 an das Kohlekraftwerk Voitsberg, das in weiterer Folge ebenfalls stillgelegt und durch das Gaskraftwerk in Mellach ersetzt wurde. Als Geschäftsfelder sind heute noch die Sicherung alter Kohlegruben in ganz Österreich sowie die touristische und gewerbliche Vermarktung der großen Flächen verblieben.

Als letzte wesentliche Gruppe sind jene Unternehmungen zu nennen, die verstaatlichte **GROSSBANKEN ALS EIGENTÜMER** hatten (CA, Länderbank und ÖCI mit ihren eigenen Privatisierungsgeschichten) und sukzessive verkauft und damit vom indirekten Einfluss der öffentlichen Hand getrennt wurden. Darunter befanden sich Flaggschiffe der Steirischen Industrie wie u.a. die Andritz AG, Waagner-Biró, Steyr-Daimler-Puch Fahrzeugtechnik, Leykam-Mürztaler und die Steirerbrau AG. Ohne auf die einzelnen, durchaus komplexen Vetriebsgeschichten einzugehen, ist zu konstatieren, dass die Mehrzahl der Unternehmen letztlich in internationaler Hand landete. Die Steirerbrau über den Umweg der Brau-Union ging zum Heineken Konzern, die SFT ging an den kanadischen MAGNA Konzern, die Leykam-Mürztaler wurde aufgespalten, Gratkorn wurde zunächst von der niederländischen KNP und schließlich von der südafrikanischen SAPPI gekauft, Bruck von der norwegischen Norske Skog.

Das hat zu einem **MANGEL AN STEIRISCHEN HEADQUARTER** geführt, das heißt, dass strategische Entscheidungen wesentlicher Leitbetriebe außerhalb der Landesgrenzen (u.a. voestalpine, Pierer Group, Heinzl Group) oder überhaupt international getroffen werden. Als ein Anhaltspunkt kann die Aufstellung des Magazins Top of Styria dienen, das jährlich die 100 größten Unternehmen der Steiermark bezogen auf Beschäftigte und Umsatz listet. Setzt man diese (nicht ganz vollständige) Liste zu den Headquarterfunktionen in Relation, kann man davon ausgehen, dass etwa 52 Prozent der Unternehmen nicht aus der Steiermark heraus gesteuert werden. Das muss grundsätzlich nicht negativ sein, hat aber für die Entwicklung des Standortes insofern Konsequenzen, als Entscheidungen nachgelagert und jedenfalls unter erhöhtem

Erfolgsdruck stattfinden.

Einen Sonderfall des für diese Periode so umfassenden Privatisierungsthemas stellt der Bereich der **ENERGIEVERSORGUNGSUNTERNEHMEN** dar. Hier wurde bundesweit eine völlige Lösung vom öffentlichen Eigentum nie ins Auge gefasst, ein zu verbleibender öffentlicher Anteil von 51 % in einer entsprechenden Novelle des Zweiten Verstaatlichungsgesetzes (BGBl. 321/1987) festgelegt.

Die Gruppe der EVU in der Steiermark umfasste aus weiter oben beschriebenen historischen Gründen nicht nur die im Landeseigentum befindliche STEWEAG sondern ein großes (Steirische Elektrizitätsgesellschaft, STEG) und eine Reihe kleinerer privater Unternehmen sowie kommunale Versorger.

Daneben wurde ein Teil der Erdgasversorgung durch die Steirische Ferngas betrieben, ursprünglich eine Gründung industrieller Investoren. Dieses langjährig eingespielte Gefüge geriet in den 1990er Jahren in Bewegung. Einerseits wurde 1992 die STEG (gegründet 1910) vom Eigentümer, dem Schweizerischen Bankverein, zum Verkauf angeboten und andererseits machte der vorgezeichnete Weg der EU in die **ENERGIEMARKTLIBERALISIERUNG** mit ihrer gesellschaftsrechtlichen Trennung von Erzeugung, Übertragung und Versorgung ganz grundsätzlich eine Neuaufstellung notwendig, was natürlich zu weiterführenden strategischen Überlegungen Anlass gab.

Nachdem der Verbund 1992 die STEG der STEWEAG sozusagen vor der Nase wegschnappte und somit zum wesentlichen Konkurrenten am steirischen Energiekundenmarkt wurde, musste es ein Arrangement geben. Zudem sah man für die Herausforderungen der Liberalisierung die Notwendigkeit einer strategischen Partnerschaft, für die man sich strukturell neu aufstellen wollte. Es folgten einschneidende Schritte: 1996 wurde die **ENERGIE STEIERMARK ALS HOLDING** gegründet, in welche die STEWEAG und die Ferngas als Gesellschaften eingebracht wurden. 1998 wurde die französische Energie de France (EdF) als strategischer Partner mit 25 % plus einer Aktie und diversen Sonderrechten beteiligt. Nachdem diese Partnerschaft weniger Dynamik

entwickelte als erwartet, übernahm der australische Finanzinvestor Macquarie 2015 die Anteile, 2023 wurden sie wiederum vom Land Steiermark zurückgekauft.

Das Thema Verbund wurde zunächst 2001 in der Form gelöst, dass eine gemeinsame Gesellschaft unter dem Dach der E-Steiermark Holding (ESTAG), die STEWEAG-Steg GmbH (SSG), gegründet wurde, an der der Verbund 34,52 % der Anteile hielt und die für Netz und Kunden zuständig war, während die Kraftwerkskapazitäten der beiden Gesellschaften im Verbund konzentriert wurden (die Wasserkraftwerke in der Hydro Power und die Thermischen Kraftwerke in der Thermal Power). Nachdem dieses Konstrukt in der Praxis mit Problemen behaftet war (strategische Konkurrenz am Kundenmarkt), wurden 2012 die Anteile des Verbundes durch die E-Steiermark zurückgekauft und somit eine neue Bewegungsfreiheit bei den Kunden erreicht. Im Zuge einer generellen Neuaufstellung wurde 2014 die SSG aufgelöst und neuen Teilgesellschaften zugeordnet während die E-Steiermark mit 5,34 % an der Verbund Hydro Power beteiligt blieb. Die Beteiligung an der Verbund Thermal Power (thermische Kraftwerke) wurde Ende 2013 gelöst, so dass in der Frage der Fernwärmeversorgung ein vertragsbasiertes Kunden-Lieferanten-Verhältnis fortbestand.

Zu Beginn der 2000er Jahre **TRUG DER MASSIVE UMBAU** der steirischen Wirtschaftsstruktur **FRÜCHTE**. Die Standortindikatoren wie Beschäftigungsaufbau, Arbeitslosenrate oder regionales Wachstum zeigten deutlich, dass die in den 1980ern abgehängte Steiermark wieder zu den entwickelten Industrieregionen Europas aufschließen konnte (Steiermark 2015+). Auf der Basis einer Nischen-Strategie, in deren Rahmen technologiebasierte und forschungsintensive Spezialprodukte und Services international anboten wurden, konnten die neuen Gegebenheiten in Europa und auf der Welt erfolgreich genutzt werden. Asien und immer mehr auch China erwiesen sich in diesen Jahren als besonders dynamisch. Die Fähigkeit zur Internationalisierung wurde eine Anforderung, die für immer kleinere Unternehmungen relevant und für die weiteren Jahre prägend wurde. Letztlich wurde unter diesem Eindruck 2005 das noch heute agierende Internationalisierungszentrum Steiermark (ICS) durch die WKO-Steiermark, die SFG und die Industriellenvereinigung Steiermark gegründet, um den Unternehmen eine entsprechende Unterstützung zu bieten.

2009 - 2019 „Zwischen Erschütterung und Dynamik“

Wenn man will, könnte man die Jahre rund um den Millenniumswechsel durchaus als die **„GOLDENEN JAHRE“ DER ÖFFNUNG UND GLOBALISIERUNG** bezeichnen. Aber wie immer in der Geschichte tragen solche guten Jahre bereits den Keim des nächsten Ungemachs in sich. Entpuppte sich die Warnung vor dem sogenannten „Millenniums- oder Y2K-Bug“ noch als unbegründet (hier wurde die bereits stark digitalisierte Welt durch die Aussicht geschreckt, dass Betriebssysteme möglicherweise den Wechsel der Jahreszahl auf 2000 übelnehmen könnten), brachte das Jahr 2001 am 9. September tatsächlich den Beginn einer Zeitenwende. Der Terroranschlag von Islamisten auf die Twin-Tower in New York und das Pentagon in Washington leiteten in letzter Konsequenz einen Paradigmenwechsel in der Globalisierung ein. Die folgenden Kriege in Afghanistan und im Irak dämmten den Terror, wie wir heute wissen, nicht ein, stattdessen folgten Destabilisierung und weitere Bedrohungen und Brüche (Ähnliches folgte übrigens aus dem sogenannten „Arabischen Frühling“, der 2011 nur sehr kurz einen Hoffnungsschimmer von Demokratie und Freiheit aufblitzen ließ). In einem Strategiepapier von 2005 beschrieb der Shell-Konzern ein Szenario, in dem sich die Welt immer mehr hin zur Bildung von Nationalismen und Blöcken entwickelte, die gegen statt miteinander agierten (gathering round flags), dies werde zu einem Rückbau des Freihandels führen und letztlich bestünde die Gefahr, dass Europa alleine das Interesse an einer offenen Welt hochhalten könnte (open doors). Offensichtlich eine sehr akkurate Zukunftsanalyse.

Eine weitere Zäsur wurde mit der großen **FINANZ- UND WIRTSCHAFTSKRISE 2008/2009** eingeleitet. Der Zusammenbruch des Bankhauses Lehman in New York im Oktober 2008 ließen Spekulationsblasen platzen, die sich über Jahre aufgebaut hatten. Allzu lockere Finanzregulative und teilweise kriminelle Machenschaften ließen zuerst die Finanzwelt und ab 2009 auch die restliche Wirtschaftswelt in ihren Grundfesten erzittern. Die Staaten mussten mit astronomischen Summen eine Kernschmelze von Finanzdienstleistern verhindern und die Wirtschaft schlitterte in eine gewaltige Krise.

Die Weltwirtschaft schrumpfte im Jahr 2009 in ihrer Gesamtheit erstmals seit 60 Jahren. Allein in Österreich betrug der Rückgang des BIP im Jahr 2009 3,6 %, die Steiermark lag

ebenfalls in dieser Dimension, Zahlen, die man seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr gesehen hatte. Hart traf es auch den produzierenden Sektor, der in manchen Branchen einen Rückgang des Produktionswertes um 30 % (beispielsweise im Sektor Kraftfahrzeuge) zu verzeichnen hatte. Letztlich dauerte es bis ins Jahr 2016, bis wieder ein deutlicher Aufschwung erreicht werden konnte, der bis 2019 anhielt (WIFO).

Selbstverständlich prägte ein dermaßen tiefer Einschnitt die weiteren Entwicklungen. Die **STAATEN** schoben sich wieder tief **INS ZENTRUM DES WIRTSCHAFTSGESCHEHENS**, der sogenannten „Neo-Liberalismus“ wurde zurückgestutzt. Es wurden systemische Risiken identifiziert, die man für die Zukunft mit straffer Kontrolle minimieren wollte. Insbesondere die European Banking Authority (und in Österreich die Finanzmarktaufsicht) schufen ein dichtes Netz von Beschränkungen (Eigenkapitalvorschriften und Risikolimits) und Kontrollen. Emotional wirkte jedenfalls das in mehreren Staaten im Finanzsektor auftretende Missverhältnis zwischen privaten Bonuszahlungen auf der einen und öffentlichen Stützungsmaßnahmen auf der anderen Seite. Dies sorgte für eine Stimmung, die sich bei vielen Demonstrationen weltweit Luft machte, wo der Finanzkapitalismus mit Gier, Betrug und Bereicherung gleichgesetzt wurde (Occupy Wallstreet, Anonymous, Tragen so genannter „Guy Fawkes“ Masken als Erkennungssymbol).

Die umfangreichen **STAATLICHEN STÜTZUNGSMASSNAHMEN** führten zu einer enormen Ausdehnung fast aller öffentlichen Budgets. Während seit der Einführung des EURO ein recht ähnlicher Zinssatz für die Länder des Euroraums galt, der sich an Deutschland orientierte und für Länder mit schlechter Bonität wie etwa Griechenland eigentlich zu gering war (was meist zu einer noch höheren Verschuldung genutzt wurde), setzten nunmehr Spreads ein, die die Zinsspanne zwischen schlechten und guten Staatsbonitäten auseinandertrieb.

Die direkte Folge war, dass es zu einer sogenannten **„GOVERNMENT DEBT CRISIS“** kam, die bei manchen Ländern, allen voran Griechenland, beinahe zu einem Staatsbankrott geführt hätte, der unabsehbare Folgen für die gemeinsame Europäische Währung und damit für die gesamte Weltwirtschaft gehabt hätte. Ein Ende des EUROS mit allen

davon abgeleiteten Folgen stand ernsthaft im Raum. Die in der Folge aufgespannten „Rettungsschirme“ (EU-Finanzstabilitätsmechanismen) stellten für alle EU-Staaten große zusätzliche Belastungen dar und ließen teils bittere Diskussionen über die Notwendigkeit oder die Grenzen von Solidarität, Solidität, Sparzwang und Konsolidierung entstehen. Viele dieser Spannungen bestehen bis heute.

In der Folge der Krise drehte sich die **ZINSLANDSCHAFT** dramatisch (Bloomberg Finance L.P.). Nach einem ersten scharfen Fall von 2008 auf 2009 (Absenkung des EZB Hauptfinanzierungssatzes auf 1 %), was man als klassische Stützungsmaßnahme in einer Rezession bezeichnen konnte, wurde der Zinssatz 2014/2015 praktisch auf Null gesetzt, wo er bis Mitte 2022 verblieb. Diese Maßnahme konnte freilich nicht mehr aus konjunkturellen Gründen heraus erklärt werden, denn die Konjunktur zog spätestens 2016 merklich an und erlangte bis 2019 deutliche Fahrt.

Während die FED den Zinssatz zwischen 2016 und dem Ausbruch der Pandemie 2020 kontinuierlich anhob, verharrte die EZB auf der Nulllinie. Ein direktes Instrument der EZB zur Stützung von Staaten war der Ankauf von Anleihen und Wertpapieren, sogenannte **„QUANTITATIVE EASING“** Programme, die in unterschiedlichen Varianten ab 2009 eingesetzt wurden (eu.org, Europäische Geldpolitik). Die große Kritik an diesen Programmen lag auf der Gefahr von einer strukturkonservierenden und inflationierenden Wirkung, die ab 2022 auch eintraf (Höchststand in Österreich im Jänner 2023 von über 11 %) (StatA).

Hatte es im Jahr 2004 noch viele Bedenken gegeben, ob die **NEUEN**, vorwiegend aus dem Osten stammenden, **EU-MITGLIEDER** dem Marktdruck im Binnenmarkt und den Stabilitätsanforderungen der Maastricht-Bestimmungen standhalten würden, so musste man in den Krisenjahren zur Kenntnis nehmen, dass viele eher als **MUSTERSCHÜLER** denn als Sorgenkinder einzustufen waren. Das galt nicht nur für die Maastricht-Parameter Staatsverschuldung und Defizit, sondern insbesondere auch für die wirtschaftliche Dynamik. Der Osten hatte bessere Wachstumsraten als der Westen. Dies wirkte sich auch positiv für Österreich und die Steiermark aus. Das besondere

Engagement in Osteuropa und die Position in den Emerging Markets in Asien trugen zu einer trotz allem stabilen Entwicklung in den 2010er Jahren bei.

Wurde an anderer Stelle die starke Positionierung der **STEIRISCHEN INDUSTRIE** im Bereich Forschung und Entwicklung dargestellt, muss an dieser Stelle eine weitere strukturelle Besonderheit erwähnt werden, nämlich die vergleichsweise hohe **ENERGIEINTENSITÄT**, ein Erbe der Positionierung im Grundstoffbereich. Papier-, Stahl-, Glaserzeugung und Metallbearbeitung sind mit hohem Energieeinsatz verbunden, allerdings benötigen auch moderne Produkte wie elektronische Bauteile durchaus einen hohen Energieeintrag. Der Zugang zu vergleichsweise günstigen und sicheren Lieferungen von Erdgas aus Russland war über viele Jahre (die ersten Erdgaslieferverträge mit der ehemaligen Sowjetunion stammten aus dem Jahr 1968) ein Asset (Groß). Die faktische Aufkündigung der Post-1990-Friedensordnung durch die russische Krim-Annexion 2014, stellte dieses Asset aber zur Disposition, mit dem Ukraine-Krieg rutschte die energieintensive Steiermark von einem Vorteil in einen kompetitiven Kostennachteil. Eine Auflösung dieses Dilemmas zwischen ökonomischer Rationalität und sicherheitspolitischer Notwendigkeit wird eine der zentralen Frage der zweiten Hälfte der 2020er Jahre sein.

Im Verlauf der 2010er Jahre setzten schließlich im Bereich der **BAHNINFRASTRUKTUR die KONKRETEN BAUMASSNAHMEN** ein. Mit dem Baubeginn der Koralmtrecke und ihrem Herz, dem 32,9 km langen Koralmtunnel (Spatenstich 2009) und dem 27 km langen Semmeringbasistunnel (Spatenstich 2012) positioniert man sich nunmehr von Nord-Ost nach Süd-West auf der Baltisch- Adriatischen Achse.

Der Pyhrn-Ausbau mit Anschluss des Hafens Koper an den Süddeutschen Raum wird in diesem Zeitraum in das Planungsgeschehen aufgenommen, eine Umsetzung wird aber noch länger dauern, eine Fertigstellung ist bis zum Jahr 2040 geplant. Im Bereich Straßenbau erfolgte 2017 - mehr als 30 Jahre nach der Grenzöffnung – mit dem Baubeginn der S 7 Fürstenfelder Schnellstraße der Anschluss an Ungarn. Der knapp 25 km lange Abschnitt, der jahrelang ob Trassenführung und Umweltschutzfragen stark

diskutiert wurde, erfuhr im ersten Bauabschnitt West seine Freigabe im März 2024, der Rest soll 2025 folgen. Ebenfalls inzwischen in Planung und teilweise in Bau: der Lückenschluss der Schnellstraße S 35 im oberen Murtal.

Im Tourismus lieferte in den 2010er Jahren der Sektor Sport spannende Impulse. Hier ist insbesondere die **ERÖFFNUNG DES NEUEN RED BULL RINGS 2011** zu nennen, der letztlich auch einen Leuchtturm der Aktivitäten darstellt, die der Unternehmer Dietrich Mateschitz in der Steiermark entfaltete. Dem voraus ging eine heftige politische Diskussion, da dem ursprünglichen Projekt, das auch viel größer konzipiert war, im Dezember 2004 die umweltrechtliche Genehmigung in höchster Instanz versagt wurde. Die Erschütterungen waren bis zur Landtagswahl 2005 deutlich zu spüren, obwohl bereits kurz nach der Ablehnung ein neues Projekt in breiter Kooperation von Politik und privaten Unterstützern konzipiert wurde, das schließlich alle Hürden überwinden konnte. Erwähnt werden muss auch die Austragung der **SKI-WM IN SCHLADMING 2013**, die im infrastrukturellen Bereich einen professionelleren Level ermöglichte und nach 1982 die Region als wesentlicher internationaler Spieler im Bereich Skisport in die Auslage stellte. Die Frage der Umwegsrentabilitäten und Gesamtimpulse im Bereich Fremdenverkehr waren danach Gegenstand von Diskussionen und Evaluierungen (Rechnungshof).

Insgesamt konnte in der Steiermark die Wachstums Dynamik, die die Zeit des „Aufholens“ prägte, nach der Krise 2009 nicht im gleichen Umfang aufrechterhalten, wobei selbstverständlich das wirtschaftlich angespannte Umfeld der frühen 2010er Jahre dazu beitrug. Insgesamt sieht man eher eine **KONSOLIDIERUNG** als einen „Überholvorgang“ (Steiermark 2015+). In strukturpolitischer Hinsicht zeigt sich in gewisser Weise ein Bild der Ernte, in dem Sinne, dass zuvor in der Grundkonzeption etablierte Strukturen wie etwa die Kompetenzzentrenlandschaft oder die Netzwerkstrukturen ausgebaut und professionell bespielt wurden.

Hier wären die Gründung des Mikroelektronikclusters „Silicon Alps“ 2016 in Kooperation mit Kärnten und die Einrichtung des großen Forschungslabors „Silicon Austria Labs (SAL)“ 2018 in Kooperation mit den Bundesländern Oberösterreich und Kärnten zu

nennen, in dem allein aktuell über 300 ForscherInnen tätig sind (in allen COMET Zentren in der Steiermark deutlich über 2.000). Im Bereich der Impulszentren wurden im Lauf der Jahre in der Steiermark 26 etabliert, die 2023 in 431 Unternehmen 3.900 Mitarbeiter beschäftigen (Wirtschaftsbericht 2023).

Zu Beginn der 2010er Jahre übertrugen sich sowohl das Narrativ als auch ein Teil der Transformationsdynamik auf Politik und Verwaltung der Steiermark. Im Zuge der sogenannten **„REFORMPARTNERSCHAFT“** (Regierungsübereinkommen vom Oktober 2010 unter LH Franz Voves und LHStlv. Hermann Schützenhöfer) wurden im Bereich der Landesverwaltung innovative Vorhaben umgesetzt (u.a. doppelte Buchhaltung im Landeshaushalt, Bezirkszusammenlegungen, Gemeindestrukturreform), die österreichweit auch ein sehr positives Medienecho hervorriefen. Die politische Anerkennung durch die Wählerschaft blieb dem Projekt bei den Landtagswahlen 2015 aber verwehrt. Beide Reformpartner, SPÖ und ÖVP, verloren je knapp 9 Prozent Stimmenanteil.

2020 - 20XX: „In den Wehen einer neuen Ordnung“

Während die 2010er Jahre wirtschaftlich unter dem Eindruck einer guten Konjunkturlage optimistisch zu Ende gingen, begann das laufende Jahrzehnt mit einem Paukenschlag. Ein neues Virus, SARS-CoV- 19, das offensichtlich in China seinen Ursprung hatte, verbreitete sich rasch und führte zu einer **PANDEMIE**, der sich weltweit kaum ein Land entziehen konnte. Während die Tatsache des Ausbruchs einer Pandemie im historischen Vergleich nicht ungewöhnlich war (im 20. Jahrhundert wurden zumindest drei große Grippe-Pandemien – 1918, 1957, 1969 –gezählt, die relativ ähnlich dimensioniert waren) (Smil), waren es Art und Umfang der Reaktionen darauf schon. In vielen Ländern mündeten die Maßnahmen in einem in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte nicht vergleichbaren staatlich verordneten Herunterfahren des ökonomischen und gesellschaftlichen Lebens (Lock-Downs).

Kurzfristig führte dies 2020 zu einem scharfen Einbruch der Konjunktur (die Schrumpfung des nationalen BIP betrug -6,4 %, ein Wert, der seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs unerreicht war, die Produktion in der Steiermark sank ebenfalls um rund 6 %). Begleitet wurde dies von einem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit (in der Steiermark von 6,0 % auf 8,4 %, in Österreich von 7,4 % auf 9,9 %). Die Probleme schienen bereits ein Jahr später im Griff, die Indikatoren erholten sich aufgrund der wieder anziehenden Nachfrage (WIBIS).

In der Folge zeigten sich aber größere Verwerfungen. War der Beginn der Pandemie aufgrund der Konsumreduktion während der Lockdowns deflationär, drehte sich mit dem Ausschleifen der Pandemie das Bild. Eine sprunghaft steigende Nachfrage traf auf ein durch Rückstau und Lieferkettenproblematik verkürztes Angebot und diese Situation wiederum auf ein hohes Geldvolumen und eine äußerst niedrige Zinslandschaft. Die Folge war ein **STARKER INFLATIONÄRER IMPULS**, der 2022 durch einen schockartigen Anstieg der Energiepreise (Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine) verstärkt wurde (die EZB verließ schließlich im Juli 2022 ihre langjährige Nullzinspolitik) (Economist). Österreich und damit die Steiermark befinden sich in der Entwicklung in vorderster Reihe der EU, die Spitzeninflation betrug im Jänner 2023 über 11 % und 2023 und 2024 waren neuerlich Rezessionsjahre (StatA.). Die Möglichkeit, auf europäischer und

nationaler Ebene Impulse zu setzen, ist seither quasi eingeklemmt: erstens durch die Gefahr, schwache Wachstumsimpulse durch einen zu hohen Zinssatz abzuwürgen, zweitens die Inflation durch zu niedrige Zinssätze anzuheizen und drittens angespannte Staathaushalte durch zu expansives Wirken in Problemzonen zu bringen.

Das breite Unbehagen, das durch diese zwickmühlenartige ökonomische Situation ausgeht, wird durch eine breite Palette von zukunftsrelevanten Fragestellungen verstärkt, deren Wirkungen bereits spürbar sind (Synthese Thinktanks).

Der erste Themenkomplex dreht sich um die **ZUKUNFT INTERNATIONALER MÄRKTE**. Hier wäre als erste das in Bewegung befindliche System internationaler Handels- und Geschäftsbeziehungen zu nennen. Eine weit ausgebaute internationale Arbeitsteilung mit ihren komplexen und sensiblen Logistik- und Lieferketten, in die die steirische Wirtschaft eng eingebunden ist, trifft auf natürliche (Pandemien, Unfälle), kriegerische und terroristische sowie politische (neue Blockbildungen) **BARRIEREN**, die sie zunehmend erschüttern. (Münkler).

Teil davon sind die **SPANNUNGEN** zwischen Modellen liberaler Demokratien und deren Vorstellungen offener, wertebasierter Beziehungen und Ländern, die eine „multipolare“ Ordnung einer westlichen Dominanz entgegensetzen wollen (allen voran China und Russland). Die Frage, welche neuen Ordnungen sich etablieren werden ist noch offen, aber eine strategische Positionierung wird der EU und ihren Mitgliedsstaaten und damit Österreich und in letzter Konsequenz der Steiermark nicht erspart bleiben.

Weitere Themenstellungen in diesem Zusammenhang:

- ein neues wirtschaftliches und politisches Machtbewusstsein Asiens und südlicher Länder;
- eine offensichtliche Schwächung bisheriger internationaler Regelmodelle;
- ein Aufkommen neuer protektionistischen Maßnahmen und neo-merkantiler Denkmodelle im Rahmen von neuen nationalistischen Fokussierungen;

- neue Freund/Feind Schemata, die alte Märkte trennen und neue generieren (zu beobachten in Folge diverser Sanktionsregime der letzten Jahre);
- Ablösung eines offenen Technologietransfers durch „strategische Vorsicht“ entlang geopolitischer Konfliktzonen
- Konjunktur des Themas „Defence“ auch als wirtschaftlicher Motor des nächsten Jahrzehnts.
- Eine Nachkriegsrekonstruktion der Ukraine unter Einschluss einer stabilisierenden Friedensordnung
- Eine Verschärfung der Frage kompetitiver Wettbewerbsfähigkeit in Frage Kosten und Ausgestaltung von Standortfaktoren (insbesondere bei kleinen, offenen Volkswirtschaften wie Österreich/Steiermark)

Die **DEMOGRAPHISCHE ENTWICKLUNG** ist ein zweiter großer strategischer Treiber. Österreich weist hier eine typische Entwicklung eines frühindustrialisierten europäischen Industriestaates auf, die sich durch geringe Geburtenraten, eine Verschiebung der Gewichtung der Alterspyramide in Richtung älterer Geburtsjahrgänge und eine Aufrechterhaltung des Bevölkerungswachstums durch Migration auszeichnet. Davon leiten sich logisch dringliche Herausforderungen ab:

- Management der Migration als zentrale Herausforderung
- Management der Differenz zwischen der steigenden Zahl der Pensionierungen (Babyboomer) und der deutlich geringeren Größe nachfolgender Jahrgänge in ihrer Konsequenz für Arbeitsmärkte und die Finanzierung von Sozialsystemen.
- Ausgestaltung der Finanzierung künftiger Pensionen

Der dritte Themenblock betrifft die Frage, wie die **DEKARBONISIERUNG VON WIRTSCHAFT- UND GESELLSCHAFT** bei Aufrechterhaltung des Wohlstandes industrieller Staaten machbar sein wird. Damit verbunden ist auch die Frage, wie ein Management des offensichtlich laufenden Klimawandels und der zu erwartenden höheren Temperaturen in den nächsten Jahren auf unterschiedlichsten Ebenen aussehen wird.

Hier sind rasche Entscheidungen notwendig. Darunter:

- Fragen der Effizienz und Einsparungen
- Fragen der Adaptierung besonders betroffener bisheriger Leitbranchen (Energieintensität,
- Positionierung innerhalb von Branchen mit hohem Transformationsdruck wie Mobilität) sowie Entwicklung neuer Innovationen
- Fragen der Eigenproduktion respektive Sicherung notwendiger Lieferungen regenerativer Energie aus dem Ausland (unter Einschluss der wesentlichen Fragestellung Wasserstoff)
- Technische und organisatorische Maßnahmen zum Umgang mit Hitze, Trockenheit, Erosion oder Starkregenereignissen im urbanen Raum, im ländlichen Raum (Agrarwirtschaft) aber auch im peripheren Raum der Alpen

Der vierte Block betrifft die **ENTWICKLUNG UND ADAPTIERUNG ZENTRALER NEUER TECHNOLOGIEN** und deren Einsatz („Game Changer“). Jedenfalls im Fokus stehen werden: Hohe Grade von digitaler High-Level- Automatisierung, darunter an vorderer Front ein rasanter Ausbau von KI Anwendungen als Innovationsquelle einerseits aber andererseits als Rationalisierungspotential von Kopfarbeit mit enormen Potential für Produktivitätssteigerungen. Dies verlangt eine kontinuierliche Weiterentwicklung von Hardware (Speichersysteme, Elektronik-Chips und Quantencomputing), von Software Anwendungen aber auch von einer intelligenten Begleitung durch das Bildungssystem, das sich den neuen Entwicklungen weder kritiklos ergeben darf (humane und psychologische Grundbedingungen von Bildung) noch es sich erlauben kann, diese neuen Herausforderungen nicht proaktiv aufzunehmen. Letztendlich ist zur Aufrechterhaltung aller Funktionen ein allgemein hoher Grad an Forschung und Entwicklung notwendig.

Der eben erfolgte Blick von der Gegenwart in die nähere Zukunft zeigt, dass nicht nur historische Epochen enorme Herausforderungen zu bewältigen hatten, sie sind auch Teil und Pflichtprogramm der Zeitgenossen. Im Rückblick sind die Menschen manchmal an diesen Herausforderungen gescheitert (hin und wieder sogar katastrophal), manchmal konnten bewundernswerte Fortschritte erzielt werden. In diesem Sinne ist ein historischer

Rückblick immer ein Akt voll Optimismus, denn vom Blick der Gegenwart aus, konnten ja alle Probleme und Hürden bis zu einem gewissen Punkt bewältigt werden. Warum sollte dies nicht auch in den nächsten Jahren gelingen?

Die verwendete Literatur finden Sie im Verzeichnis auf S. 146. Im vorliegenden Text wurde, mit Rücksicht auf die Einfachheit der Sprache und grammatikalischer Konstruktionen, das grammatikalische Maskulin belassen. Selbstverständlich sind darin jeweils alle natürlichen Geschlechter inkludiert und eingebunden.

Wo wir herkommen

**Bewegung der Bevölkerung und der
Beschäftigung im Bundesland Steiermark seit
der Mitte des 19. Jahrhunderts**

Peter Teibenbacher

Die vorliegende Zusammenstellung von Statistiken und Graphiken¹ und begleitenden Texten dient der Darstellung der Bewegung der Bevölkerung (Größe, Fertilität, Mortalität) und der Beschäftigung in den drei klassischen Sektoren (Rohstoffgewinnung/primärer Sektor, Rohstoffverarbeitung/sekundärer Sektor sowie Handel und Dienstleitung/tertiärer Sektor)² im Bundesland Steiermark bzw. regionalen Teilen³ desselben.

¹ Falls nicht anders angegeben stammen die Daten aus öffentlichen Erhebungen wie Volkszählungen (VZ) und Berufszählungen (BZ) sowie öffentlichen und seriellen, meist jährlichen Publikationen wie Statistischen Handbüchern, Jahrbüchern, Mitteilungen, Nachrichten u.ä. sowie online_daten, z.B. Landesstatistik Steiermark Land Steiermark - Statistik - Landesentwicklung - Land Steiermark . Es werden der Einfachheit halber nur kurze Titelzitate mit entsprechenden Erhebungs- oder Publikationsjahren erfolgen.

² Die Einteilung folgt der klassischen Sektorengliederung nach Colin Clark, der Bergbau wird aber anders als bei Clark zum zweiten Sektor, nämlich jenem der Industrie und dem Gewerbe gerechnet.

³ Die regionale Dimension umfasst die Bereiche Obersteiermark (Mur-Mürzfurche und nordwärts), Graz-Stadt und Südsteiermark (südwärts der Mur-Mürzfurche bzw. der diese südlich begrenzenden Höhenzüge). Gegebenenfalls wird auf kleinteiligere Sonderstellungen, z.B. auf der Ebene der Politischen Bezirke verwiesen. Auf die Entwicklung in der ehemaligen „Untersteiermark“ (vor allem das slowenische Gebiet der Stajerska umfassend und zum historischen Handelskammerbezirk Graz gehörig) wird bewusst verzichtet, diese wäre nur bis etwa 1914 mit entsprechenden Daten vergleichbar.

Bevölkerungsentwicklung (Demografie)

Das Bevölkerungswachstum

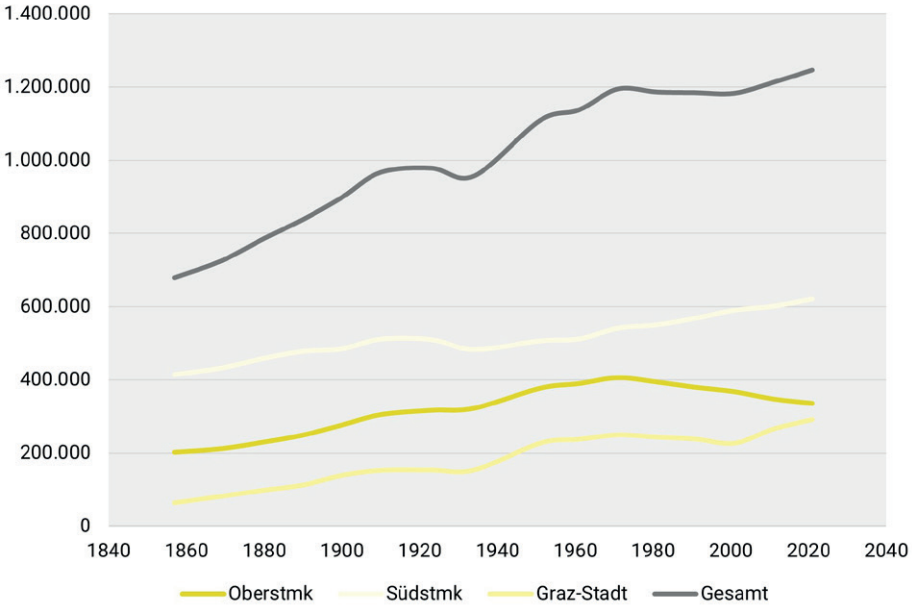
Das rasante und beständige Bevölkerungswachstum zählt zu den markantesten Eigenschaften einer modernen Gesellschaft in den letzten 200-250 Jahren. Doch muss man zwischen verschiedenen Faktoren unterscheiden:

Die Bevölkerung eines Gebietes (Staates) kann wachsen, weil viele Kinder geboren werden (Fertilität), weil wenige Menschen sterben (Mortalität) und weil viele Menschen zuwandern. Die sogenannte Geburtenbilanz sollte jedenfalls positiv sein, es sollten mehr Geburten als Todesfälle passieren. Im Laufe der Zeit hat sich aber die Bedeutung dieser Faktoren verschoben. Während sich – grob gesagt – seit der zweiten Hälfte des 19.Jahrhunderts eine sinkende Mortalität, eine positive Geburtenbilanz (Anzahl der Lebendgeburten minus der Anzahl der Sterbefälle) aufgrund einer beständig sinkenden Mortalität den größten Wachstumsfaktor für die Bevölkerung dargestellt hatte, ist es seit etwa einem halben Jahrhundert die Zuwanderung bzw. die positive Wanderungsbilanz (mehr Zuwanderung als Abwanderung).

Dazu treten regionale Unterschiede in diesen Prozessen deutlich hervor. Von der Zuwanderung z.B. profitieren vor allem urbane Zentralräume. Von Abwanderung betroffen sind vor allem alte Industriegebiete wie die Bezirke Leoben und Judenburg oder verkehrstechnisch dislozierte und/oder wenig industrialisierte Bezirke wie Murau. Insgesamt ist die Obersteiermark viel mehr von Abwanderung betroffen als die Südsteiermark, wo teilweise sogar ein Plus besteht. Absolute Gewinner sind jedenfalls die Bezirke Graz-Stadt und Graz-Umgebung.

Die Graphik 1 stellt das Bevölkerungswachstum- bzw. den durch Abwanderung bewirkten Bevölkerungsschwund in verschiedenen Landesteilen im langjährigen Vergleich dar.

Auffällig ist das stete Wachstum bis in die Zwischenkriegszeit, ausgelöst vor allem durch eine zwar verringerte Fertilität, aber eine stark abnehmende Mortalität aufgrund der zunehmenden Entwicklung des medizinischen und sanitären Sektors, aber auch der Verbesserung der Ernährungssituation und der Versorgung mit reinem Trinkwasser.



Graphik 1: Wachstum der Wohnbevölkerung von ca. 1850 bis Heute⁴

⁴ Daten nach den Volkszählungen seit 1857 bis zur Registerzählung bzw. der registergestützten Volkszählung von 2021. Es gelten die historischen Grenzen. Dies ist für die Stadt Graz wichtig, da deren Gebiet im Jahre 1939 administrativ durch Einschluss von Umgebungsgemeinden zu Groß-Graz erweitert wurde und daher ihre Bevölkerungszahl gesteigert wurde. Bis dahin hatte die Stadt Graz nur aus den bis heute ersten sechs Stadtbezirken bestanden

Anzumerken ist dabei, dass die Großstädte hier etwas nachhinkten, man nennt dieses Phänomen den „urban penalty“.

Bis in die 1890er Jahre war die Lebenserwartung in den Großstädten geringer als auf dem Lande. Erst eine konsequente Kanalisierung, durch den Bau von Trinkwasserleitungen und durch Impfungen gegen infektiöse Krankheiten wie Masern, Pocken etc. brachten die Wende in den dicht besiedelten Großstädten. Ab den 1890er Jahren stieg die Lebenserwartung dort dann stärker als auf dem Lande.

Die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen brachte Stagnation, die vor allem dem Rückgang der Fertilität im Rahmen der Demografischen Transition geschuldet war. Verstärkt wurde dieser Prozess durch die Weltwirtschaftskrise, in der es zu einem Rückgang der Heiratsbereitschaft und jener Kinder zu haben kam. Es war eben eine Existenzkrise und in einer solchen wird weniger geheiratet und die verheirateten Personen hatten wenig Kinder.

Tatsächlich führte die rassistisch begründete Bevölkerungspolitik des NS-Regimes in den Jahren 1938/39 zu einem Heiratsboom unter politisch und „rassisch“ unverdächtigen Menschen und einem teilweisen Anstieg der Geburtenzahlen. Beide Strömungen erlahmten aber mit Fortdauer des Krieges, da die staatlichen Gelder zur Förderung der Jungen und deren Fertilität versandeten.

Der „wahre“ Anstieg begann erst nach dem Kriege. Regional auffällig ist der Rückgang der Bevölkerungszahlen in der Obersteiermark seit den späten 1970er Jahren. Dieser Rückgang war vor allem an der Abwanderung junger Arbeitskräfte aus der krisengeschüttelten „alten“ Eisen- und Stahlindustrie gelegen. Dieser Prozess ist bis heute nicht zum Stillstand gekommen, obwohl die Industrie reformiert wurde und wieder erstarkt ist. Allerdings sind nicht-industrielle Jobs mittlerweile attraktiver und diese Industrie 4.0 braucht nicht mehr so viele Arbeitskräfte wie die „alte“, analoge Industrie. Gleichzeitig leiden natürlich auch noch eher agrarische Bezirke wie Murau an der schlechten Infrastruktur, am Mangel an Arbeit, aber auch an Versorgungseinrichtungen wie Ärzten, Spitälern, Geschäften etc. Die „Aushungerung“ durch die Schließung öffentlicher und privater Einrichtungen, Verringerung von öffentlichen Förderungen und Desinteresse des privaten Kapitals an diesen ohnehin schon strukturschwachen und verkehrstechnisch dislozierten Regionen hat noch kein Ende gefunden. Das Wachstum im Ballungsraum Graz-Stadt und Graz-Umgebung hingegen wird anhalten. Die Stadt Leoben etwa hat in den letzten Jahrzehnten große Anstrengungen unternommen, die Abwanderung zu stoppen. Es konnte nur eine leichte Verringerung derselben erreicht

werden, die wirkenden Mächte wie das Verlangen junger Menschen nach Einkommen, nach Infrastruktur wie Bildungs- aber auch Freizeiteinrichtungen einerseits und das wirtschaftliche Kalkül privater Unternehmen wirken entgegen.

Der Aufstieg und Abstieg und vielleicht Wiederaufstieg ökonomischer Regionen ist freilich in der Geschichte nichts Neues. Aber für die jeweilige Gegenwart ist die Erfahrung des Abstieges nach Jahrzehntelanger Blütezeit natürlich damit nicht relativierbar.

Die demographischen Übergänge

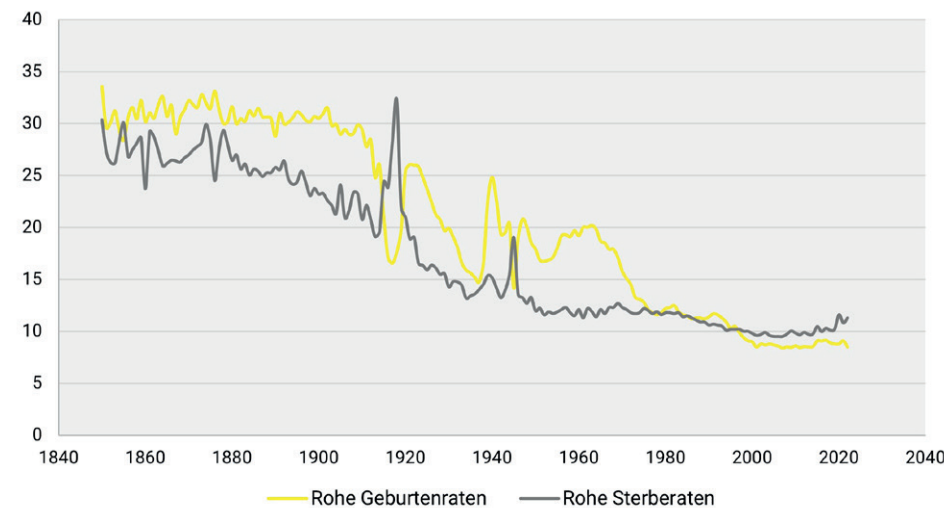
Etwa in den letzten 170 Jahren spielte sich in den sich industrialisierenden und modernisierenden Gesellschaften Europas und den sogenannten offsprings – vor allem den USA und Kanada – ein evolutionärer Prozess ab, den man aber durchaus als „quiet revolution“ bezeichnen könnte. Dieser Prozess war entscheidend für und stand in einem wechselseitigen Verhältnis zur ökonomischen und gesellschaftlichen Modernisierung. Es handelt sich um den, zumindest tendenziell unumkehrbaren Rückgang der Fertilität, d.h. der durchschnittlichen Anzahl von Lebendgeburten pro Frau im Laufe ihres Lebens. Im Durchschnitt betrug diese Zahl auch in der Steiermark vor rd. 150 Jahren noch 4-5, heute beträgt sie ca. 1,45. Diese Zahl liegt deutlich unter dem Reproduktionsniveau, jener Anzahl an Lebendgeburten, die notwendig wäre, um eine Generation zu reproduzieren und damit – abgesehen von der Migration – die Bevölkerungszahl einer Gesellschaft von einer Generation zur nächsten stabil zu halten. Dass sich die Bevölkerung der Steiermark trotzdem vermehrt hat lag früher an der Zurückdrängung des frühzeitigen Sterbens, an der Erhöhung der Lebenserwartung und damit an der steigenden Anzahl von Überlebenden, in etwa den letzten 50 Jahren aber liegt es fast ausschließlich an der Zuwanderung bzw. der positiven Wanderungsbilanz, an dem Mehr an ZuwanderInnen als an AbwanderInnen. Man unterscheidet oft einen Ersten Übergang zwischen etwa 1850 und den 1930er Jahren und einen Zweiten Übergang seit dem Ende des Babybooms im Anfang der 1970er Jahre.

Es gibt verschiedene Theorien zur Erklärung dieses Vorganges der Demografischen Übergänge, doch letztlich läuft es auf die Frage der Ansprüche und die Kosten zu deren Erfüllung hinaus. Der moderne Mensch hat hohe Ansprüche an sein Leben und das seiner Kinder. Die Kinder sollen möglichst gesund aufwachsen, möglichst gut ernährt sein, möglichst gut wohnen und eine möglichst gute Ausbildung bekommen, um ihre Lebensqualität zu heben. Das bedeutet natürlich einen Anstieg der Kosten. Andererseits sinkt der materielle Nutzen der Kinder als Arbeitskräfte, weil eine moderne Gesellschaft Kinderarbeit, wie sie früher auf dem Lande, auf dem Bauernhof üblich gewesen war verbietet. Dazu sinkt auch der Vorsorgenutzen der Kinder, da die Eltern ihre eigenen Einkommen/Renten und Pensionen im Alter haben.

In der Agrargesellschaft war es früher ja üblich gewesen, dass die Kinder, zumindest der Erbe/die Erbin mit seiner/ihrer Familie die Eltern im Ausgedinge versorgten. Die moderne staatliche Sozialversicherung übernahm diese Rolle. Kurz gesagt, der materielle Arbeits- und Vorsorgenutzen der Kinder nahm ab und die Kosten nahmen zu⁵. Offensichtlich kam vor allem der immer größer werdende Mittelstand zum Schluss, dass es vor allem für die Klinder besser sei, weniger davon zu haben, um eine Ausdünnung des verfügbaren Kapitals und damit wieder eine Verminderung der Chance, die Lebensqualität der Kinder zu heben zu vermeiden. Wenn der Kuchen nur auf zwei Kinder verteilt werden muss statt auf fünf, dann profitieren natürlich die zwei Kinder. Natürlich kann der Staat Familien und das Kinderkriegen fördern, etwa durch Steuererleichterungen bei mehr Kindern, durch Familien- und Kinderbeihilfen, durch die Sicherung einer Kinderbetreuungszeit bei vollem Rückkehrrecht in den unterbrochenen Job etc. Überall dort, wo so etwas passiert – in Frankreich und den skandinavischen Ländern vor allem – ist die durchschnittliche Zahl der Lebensgeburten pro Frau auch höher, etwa 1,8, und damit aber auch unter dem Reproduktionsniveau! Auch dieser Prozess ist für eine moderne Gesellschaft wohl unumkehrbar.

Im Großen und Ganzen tritt der Rückgang der Kinderzahl bei urbanen Familien früher auf als bei der bäuerlichen Bevölkerung. Dies hat durchaus mit der Frage der Nutzen und Kosten zu tun. Während auf den Bauernhöfen Kinder willkommene Arbeitskräfte waren, war in der Stadt der Wohnraum knapp. Trotzdem brauchten natürlich auch die Stadtbevölkerung und die Arbeiterschaft eine gewisse Zeit, um die Vorteile einer geringeren Kinderzahl für Familie und Kinder zur realisieren. Auch gibt es Beispiele, dass der Erste Übergang in protestantischen Gesellschaften – z.B. in Skandinavien - früher begann als in katholischen. In den USA hatten die religiösen Gruppen im Bible Belt (Mormonen, Hutterer, Amish People, Mennoniten etc.) lange eine erheblich größere Anzahl an Lebendgeburten je Frau – um 1900 lag diese Zahl noch bei ca.10! - und auch heute beträgt diese Zahl in diesen Teilgesellschaften noch 4-5 Kinder, während der US-Durchschnitt nur mehr bei 1,7 liegt.

Rohe Geburten- und Sterberaten



Graphik 2: Rohe Geburtenraten (gelb)⁶ und Sterberaten (grau)⁷ in der Steiermark von 1850 bis ins Heute

⁶ Lebendgeburten je 1.000 Bevölkerung.

⁷ Zivile Sterbefälle je 1.000 Bevölkerung.

Der Demografische Übergang bzw. die Demografischen Übergänge hatten auch durchaus zeitliche „Unterbrechungen“. Diese bestanden natürlich aus ausgeprägten Krisenzeiten wie Kriegen oder ökonomischen Depressionen mit verstärkt geringerer Fertilität, aber umgekehrt auch aus Zeiten höherer Fertilität. Dies war vor allem unmittelbar nach den Weltkriegen und während des sogenannten Babybooms (ca. 1955 bis ca. 1972) der Fall. Im erstenen Falle handelte es sich um einen Aufholprozess, nennen wir es ein „Hurra, wir leben wieder“, im zweitenen um ein strukturelles Phänomen, das, etwas paradoxerweise, aber dennoch sehr viel mit Modernisierung, mit sozialem und materiellem Wohlstand zu tun hatte. **Graphik 2** zeigt den generellen Trend des Rückganges der Fertilität wie auch der Mortalität und die verschiedenen Phasen, die zwar dem Trend widersprechen können, aber trotzdem, paradoxerweise, der allgemeinen Theorie folgen.

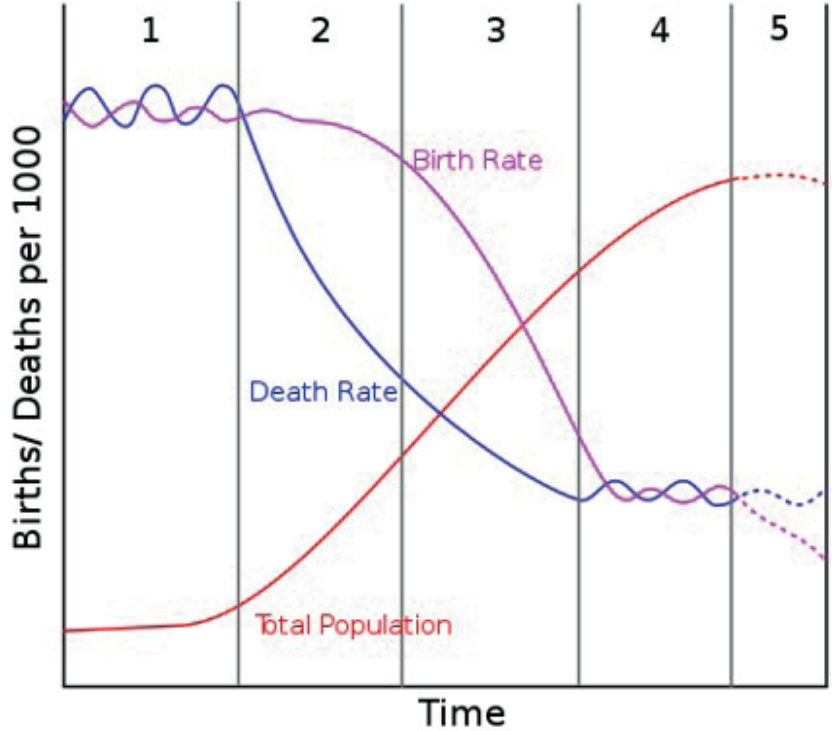
Amauffälligsten in Graphik 2 ist wohl: Seit den späten 1990er Jahren ist die Geburtenbilanz in der Steiermark stets(!) **negativ** gewesen. Es starben binnen eines Jahres immer mehr Menschen als Kinder geboren wurden, die Bevölkerungszahl müsste also schrumpfen. Es ist jedoch das Gegenteil der Fall, was wieder heißt, dass der Bevölkerungszuwachs (s. Graphik 1) ausschließlich, eigentlich zu mehr als 100%, denn auch die negative Geburtenbilanz muss ja erst einmal egalisiert werden, der Zuwanderung geschuldet ist. Dass die Sterberate zuletzt sogar Anstieg ist zum einen kurzfristig der CORONA-Krise zuzuschreiben, zum anderen aber strukturell und langfristig bedingt: Die Alterung der Bevölkerung erbringt eine immer größere Zahl an Menschen mit einem höherem Sterberisiko als junge Menschen ein solches aufweisen. Der Anstieg ist also langfristig nicht einer Verschlechterung der Lebensbedingungen oder des Gesundheitswesens zuzuschreiben.

Die Kurven beschreiben nicht nur die demografischen Transitionen (Rückgang der Fertilität) und den sogenannten Epidemiologischen Übergang (Rückgang der Mortalität)⁸, sondern sie spiegeln auch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, Krisen und Aufschwünge während der Modernisierung (und der Postmodernisierung) wider. Der Begriff des Epidemiologischen Übergangs beschreibt den Rückgang des frühzeitigen Todes inkl. des Säuglings- und Kindstodes, also umgekehrt gesagt den Anstieg der Lebenserwartung, und die Veränderung der Todesursachen, die vor allem von Infektionskrankheiten wie Masern, Pocken etc. zu „Wohlstandserkrankungen“ wie Herz- Kreislauferkrankungen führen. Die Rückgänge in Fertilität und Mortalität zeigen verschiedene Phasen mit einem Auf und Ab, aber auch einen generellen, eben rückläufigen Trend im Verlauf der letzten 150 Jahre.

Die empirische Entwicklung in der Steiermark (s. Graphik 2) folgt fast perfekt dem klassischen, allgemeinen Modell (s. Graphik 3).

In einer vormodernen Phase bis etwa 1890 fluktuieren die beiden Raten auf hohem Niveau. Die Geburtenrate ist normalerweise etwas höher, was ein leichtes Bevölkerungswachstum ergibt. Epidemien, Kriege und ökonomische Krisen senken die Geburtenrate und steigern die Sterberate, das ist die Regel. In den 1880er Jahren beginnt die Sterberate nachhaltig zu sinken, aufgrund von Impfungen, besserer Ernährung und Trinkwasserversorgung, besserer sanitärer Umstände (Kanalisationen), besserem hygienischen Verhalten etc. Die Geburtenrate bleibt hoch, offensichtlich traut man dem Tod das Fernbleiben noch nicht zu. Rund eine Generation später, in den 1900er Jahren beginnt auch die Geburtenrate nachhaltig zu sinken. In den Familien hatte man offenbar keine Angst mehr vor einer Rückkehr des vorzeitigen Todes, vor dem Sterben der Säuglinge und Kinder. Es beginnt die Regel vom abnehmenden materiellen - Nutzen der Kinder und den zunehmenden materiellen Kosten zu wirken.

⁸ Der Begriff wurde von Abdel Omran (1925-1999) in den 1970er Jahren geprägt.



Graphik 3: Allgemeines Modell der demografischen und epidemologischen Übergänge⁹

⁹ Ein solches Modell wurde Mitte der 1940er Jahren von Frank W. Notestein (1902-1983) nach Ideen von W. Thompson aus den 1930er Jahren entwickelt. Quelle: https://en.wikipedia.org/wiki/Demographic_transition.

Der Absturz der Fertilität im WK I und die „Explosion“ der zivilen Todesfälle sind Folge der Krise: Während eines Krieges wird nicht geboren, die Ehepartner sind an der Front, man will auch den Kindern ein Kriegsschicksal ersparen. Die zivilen Todesfälle ergeben sich aus Mangelernährung und mangelnder medizinischer Versorgung, Ärzte und Instrumente sowie Medikamente sind an der Front im Kriegseinsatz.

Unmittelbar nach dem Krieg geht die Sterblichkeit wieder rapide zurück, Ärzte und Krankenhäuser gibt es ja noch, jetzt profitiert wieder die Zivilbevölkerung. Dagegen steigt für etwa vier bis fünf Jahre die Fertilität: Männer kehren zurück, Witwen und Witwer heiraten wieder und ganz allgemein hat man wieder Hoffnung für die Zukunft, ganz nach dem Motto „Hurra, wir leben wieder“.

Die Modernität mit den Regeln von Nutzen und Kosten kehrt aber bald zurück, die Fertilität sinkt auf das Vorkriegsniveau zurück und sinkt weiter, in den 1930er Jahren verstärkt durch die ökonomische (Weltwirtschafts)Krise, auch da wird weniger geheiratet und es wird weniger geboren.

Die NS-Regierung ab März 1938 braucht Kinder für die Zukunft der arischen Rasse, als Soldaten und als Siedler in eroberten Gebieten. Eine familienfreundliche Politik – natürlich nur für ArierInnen und politisch Unverdächtige (günstige Kredite, Startwohnungen, Mutterkarenz etc.) erbringt einen Heiratsboom 1938 und 1939, der folgende Geburtenanstieg ist aber weit schwächer ausgeprägt, und dann verschlingt der Krieg die finanziellen Mittel.

Das „Spiel“ vom Steigen und Sinken der Geburten- bzw. Sterberaten wiederholt sich während des WK II und in den ersten Nachkriegsjahren. Im Jahre 1955 aber beginnt eine längere Phase, die man den Baby-Boom nennt. Als ganze Welle, also vom Beginn des Anstiegs im Jahre 1955 über die Spitze um 1963/64 bis zum Erreichen des Niveaus von vor 1955 – etwa 1972/73 – dauert der Boom etwa 18-20 Jahre. Das Ende des Baby-Booms markiert irgendwie den Übergang von Moderne zu Postmoderne, seit den beginnenden 1970er Jahren sinkt die Geburtenrate in der Regel permanent. Der Baby-Boom hatte seinen Höhepunkt um 1963/64 mit fast drei Lebendgeburten je Frau im gebärfähigen Alter (14-44 Jahre alt), was einer Steigerung um fast eine ganze Geburt gegenüber den Jahren vor 1955 bedeutete. Im Prinzip war der Boom eine Mischung aus Sicherheit und Zukunftsglauben, im ökonomischen wie auch gesellschaftlichen Sinne (Die Arbeitslosigkeit war gering („Wirtschaftswunder“), das ASVG sorgte ab 1955 für eine gesicherte Altersvorsorge, Arbeits- und Urlaubsgesetze förderten das Gefühl des

Wohlstandes etc.) und einer konservativen Rollenteilung, die Frau war der allgemeinen Auffassung nach Hausfrau und Mutter, sie durfte ohne die Zustimmung des Ehemannes gesetzlich gar nicht berufstätig sein!

Neue technische Geräte wie Waschmaschine, Schleuder oder Kühlschrank sollten ihr die Hausarbeit erleichtern: „Bauknecht weiß, was Frauen wünschen“ war ein großer Werbeslogan. Die neue Generation – die sogenannten Boomer – verhielt sich ab Mitte der 1970er Jahre wieder anders. Emanzipatorische Bewegungen und die Antibabypille hatten Einfluss auf die Gebärbereitschaft der jungen Frauen. Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Richard Easterlin¹⁰ fasste Mitte der 1970er Jahre für die US-Bevölkerung die Rolle objektiver Faktoren wie dem Einkommen und jener der subjektiven Einschätzung der eigenen Bedürfnisse der Eltern mit diesen Worten zusammen: “If their material standard of living is greater than their expected material standard of living, they will feel wealthy relative to their expectations and have more children. If their material standard of living is less than their expected level, they will feel relatively poor and have fewer children.”

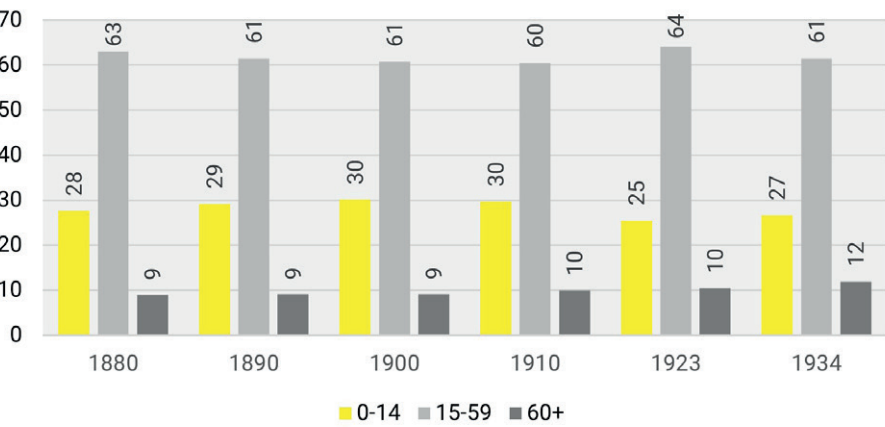
„Falls ihr materieller Lebensstandard über ihren Erwartungen liegt, dann werden sie sich reich fühlen im Vergleich zu ihren Erwartungen und mehr Kinder haben. Falls ihr materieller Lebensstandard unter ihren Erwartungen liegt, dann werden sie sich relativ arm fühlen und weniger Kinder haben.“

Eigentlich entsprach dieses Verhalten jenem der Vormoderne (vor ca. 1850): Je besser es einer Familie materiell ging, desto mehr Kinder hatte sie. Zu berücksichtigen ist bei der fast gesetzmäßigen Formulierung von Easterlin aber durchaus eine besondere, historische Konstellation. Die Eltern der Boomer waren in den 1930er Jahren geboren worden. Während der Weltwirtschaftskrise und dem WK II hatten diese eine entbehrungsreiche Kindheit gehabt. Das „Wirtschaftswunder“ der 1950er Jahre und gute 1960er Jahre bedeuteten für sie sicherlich Hoffnung und Zuversicht für die eigene Zukunft und die ihrer Kinder.

Dies war der letzte „Boom“ und ein deutlicher Anstieg der Fertilität über die aktuellen 1,4 Lebendgeburten je Frau im gebärfähigen Alter¹¹ ist wohl nur erwartbar, wenn junge Familien entlastet und gefördert werden, vor allem auch, was die Rolle der Mutter im Privaten und auf dem Arbeitsmarkt betrifft. Daran führt kein Weg vorbei und besonders Frankreich und die skandinavischen Länder machen es uns seit langem vor. Allerdings liegt die Zahl der Lebendgeburten auch dort unter zwei, also dem Reproduktionsniveau. Ohne Zuwanderung könnte auch hier kein Ersatz der Elterngeneration erwartet werden.¹²

Natürlich ist die reine Bevölkerungsgröße nicht ausreichend, um das ökonomische Verhältnis zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen zu erfassen. Man kann sagen, dass im Zeitalter der Konsumtion ein Mangel an Arbeitskräften sich stärker zu Buche schlägt, denn die Ansprüche der KonsumentInnen steigen ja beständig, dafür sorgt auch die Werbung. Für die Wirtschaft ist es sicher besser, immer mehr KonsumentInnen zu haben als Arbeitskräfte/ProduzentInnen, daher spielt ja auch der weltweite Export eine so wichtige Rolle für die führenden Industrienationen. Es ist hier aber nicht der Platz, um grundsätzliche ökonomische Theorien über Bevölkerungsgröße und Erfolg einer Volkswirtschaft zu wälzen. Es soll vielmehr um die Altersdimension der Bevölkerung gehen, wo der Zusammenhang eindeutiger ersichtlich ist. Üblicherweise teilt man die Bevölkerung in Kinder (unter 14 Jahre alt), eine Arbeitsbevölkerung (14-60 Jahre alt) und in Menschen im Alter 60+¹³. Die während der Modernisierung in den letzten 150 Jahren für eine erfolgreiche Volkswirtschaft typische Verteilung war etwa diese: etwas weniger als 2/3 der Bevölkerung befand sich im Arbeitsalter, etwa ein Viertel waren Kinder und der Rest (etwa 10%) war 65+ Jahre alt. Diese Verhältnisse haben sich aufgrund der Alterung (Anstieg der Lebenserwartung) einerseits und dem Rückgang der Fertilität andererseits verschoben. Der Anteil der Arbeitsbevölkerung blieb sogar bis 2011 in etwa konstant, die Anteile der Kinder und der älteren Menschen tauschten im Laufe der Zeit praktisch die Plätze. Kommt es zu keinem Ersatz durch neue, junge Menschen, so wird natürlich in näherer Zukunft sich auch der Anteil der Arbeitsbevölkerung weiter verringern – im Jahre 2021 betrug er nur mehr 57% gegenüber noch 61% im Jahre 2011 -, und zwar zugunsten der Älteren, deren Anteil im Jahre 2021 schon fast 30% betrug.

Altersteile der Bevölkerung



Graphik 4: Anteile der ökonomischen Altersklassen im Laufe der Zeit (1869-1934)

¹¹ Die Zuwanderung ist auch hier überlebenswichtig. Unter Inländerinnen betrug die Fertilitätsrate im Jahre 2022 nur 1,3 Lebendgeburten, unter ausländischen Frauen aber 1,7! Noch in den 2000er Jahren war unter den Ausländerinnen dieser Wert bei fast zwei Lebendgeburten gelegen. Auch hier gilt die Demografische Transition in postmodernen Zeiten.

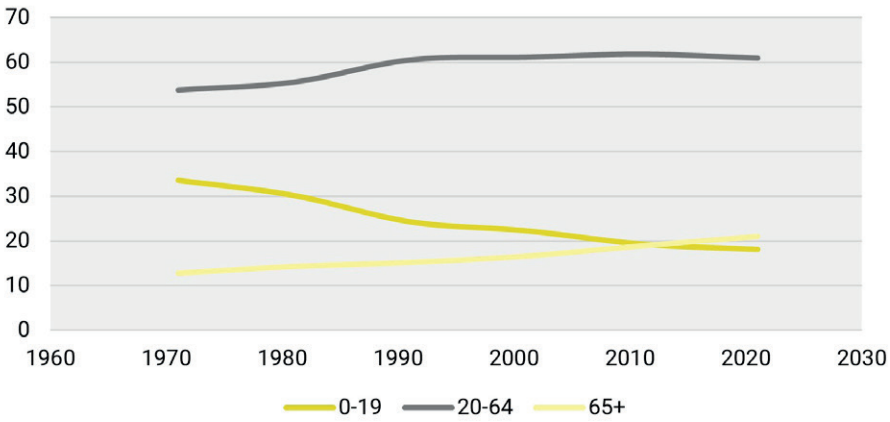
¹² Es gibt allerdings Regionen mit Fertilitätsraten unter einer Lebendgeburt. Weltweit weist gegenwärtig (2022) Hongkong mit 0,75 den niedrigsten Wert auf. Den höchsten Wert zeigt der westafrikanische Staat Niger mit fast sieben Lebendgeburten je Frau im gebärfähigen Alter (2022) laut UN-Berichten.

¹³ Der sogenannte Abhängigkeitsquotient misst das Verhältnis der zu erhaltenden Bevölkerung (Kinder + Ältere) zur Arbeitsbevölkerung.

¹⁰ Geb. 1926(!). Sein bahnbrechender Aufsatz trug 1974 den Titel „Does Economic Growth Improve the Human Lot?“.

2. Beschäftigung und Arbeitsmarkt¹⁵

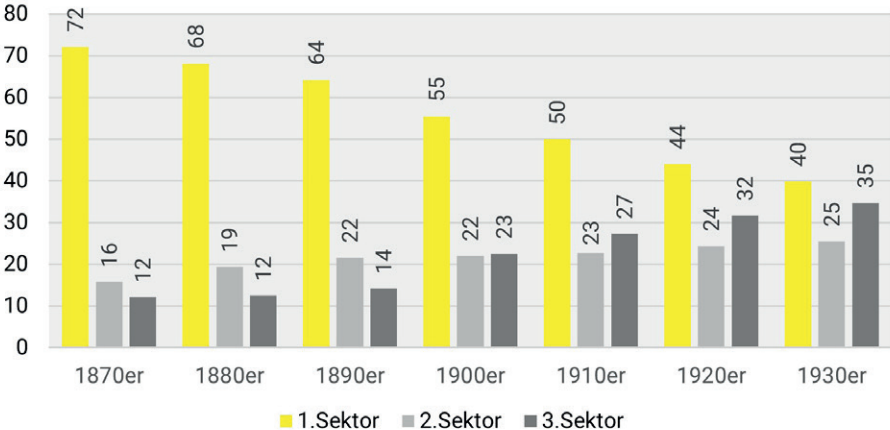
Die Frage ist ja nun, ob der mangelnde Ersatz durch Digitalisierung/KI in der Arbeitswelt und/oder durch Zuwanderung egalisiert werden kann. Außerdem bleibt dann noch die Frage, ob es auch „genug“ KonsumentInnen geben wird. Schließlich wird der Erfolg eines Unternehmens als Ausgangsgröße heutzutage am Umsatz gemessen, es geht also vorrangig um die Menge der verkauften Ware. Man verkauft womöglich lieber mehr und billiger als weniger und teurer.



Graphik 5: Anteile der ökonomischen Altersklassen im Laufe der Zeit (1971-2021)¹⁴

¹⁴ Die Kategorie der „zu Erhaltenden“ bis zum 20. Lebensjahr zu verlängern macht nur in entwickelten Gesellschaften Sinn, da nur in diesen der Großteil der jungen Menschen noch über das 15. Lebensjahr hinaus in Ausbildung stehen. Dies war für die Zeit in Graphik 3 natürlich nicht der Fall. Heute leben die Menschen auch länger, daher macht der Beginn der dritten Altersstufe mit 65 Jahren Sinn.

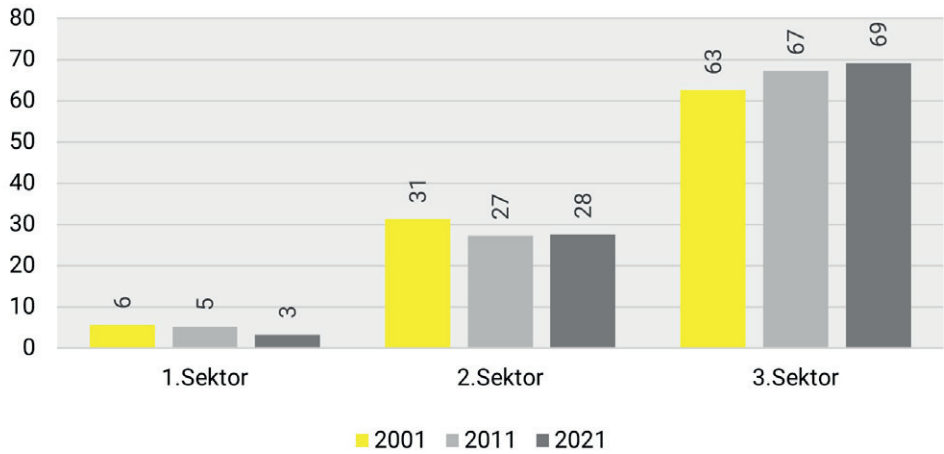
Bzgl. der Beschäftigungsstruktur müssen wir natürlich auch hier von einer fortschreitenden Modernisierung in den letzten 150-200 Jahren sprechen. Generell gilt natürlich auch für die Steiermark der Weg von einer Agrargesellschaft über eine Industriegesellschaft zu einer tertiären Gesellschaft. In einer ersten Phase bis um etwa 1900 wächst die Industriebeschäftigung zu Lasten der Agrarbeschäftigung, in einer zweiten Phase, seit etwa 1900 wächst die tertiäre Beschäftigung zu Lasten der Agrar- wie auch der Industriegesellschaft. Die steirische Berufsbevölkerung ist aber erst im Laufe der 1910er Jahre eine mehrheitlich tertiäre Gesellschaft geworden, die Mehrheit der berufstätigen Bevölkerung ist im tertiären bzw. quartären¹⁶ Sektor als Sonderform beschäftigt.



Graphik 6: Berufsverteilung bis in die 1930er Jahre

¹⁵ Die Hauptquelle stellen die Berufszählungen im Rahmen der Volkszählungen bzw. registergestützten Volkszählungen dar.
¹⁶ Der quartäre Sektor umfasst Berufe mit „hohem intellektuellem Anspruch“ aus dem Bereich des Banken- und Versicherungswesens, der höheren Beraterdienste (AnwältInnen etc.), Forschung und Entwicklung etc. Der tertiäre Bereich umfasst die klassischen Handels- und Dienstleistungsgewerbe wie Pflegepersonal, Angestellte im Supermarkt, StraßenbahnfahrerInnen, Verwaltungsbedienstete etc. Der quartäre Bereich ist auch stark mit der Digitalisierung und der Entwicklung der KI verbunden.

Der Siegeszug des dritten Sektors ist seit etwa 1900 unaufhaltbar. Man darf aber nicht vergessen, dass ein Gutteil davon dem stetig steigenden Anteil des öffentlichen Dienstes geschuldet ist, der moderne Verwaltungsstaat braucht Arbeitskräfte und zwar tendenziell immer mehr als weniger. Der Agrarsektor bleibt aber bis in die Zwischenkriegszeit der bestimmende.



Graphik 7: Berufsverteilung bis in die 1930er Jahre

¹⁷ So hatten etwa bis vor der Volkszählung 1900 viele dann zum dritten Sektor gezählte Berufe zum zweiten Sektor gehört. Dies betraf vor allem häufige Doppelberufe wie Bäcker und Kaffeehausbetreiber oder Fleischer und Gastwirt.
¹⁸ Vor allem ist es die Frage der Definition von „Berufstätigkeit“ oder „Erwerbstätigkeit“. Geht es um die Arbeit im Sinne der Produktion volkswirtschaftlicher Werte oder geht es um die steuerliche Erfassung der Tätigkeit einer Person. Erst im Jahre 1900 wurde bei der VZ die Kategorie „Mithelfende Familienangehörige“ eingeführt, bis dahin galten die nicht steuerlich erfassten und selbstverständlich mit-produzierenden Ehefrauen der Bauern nicht als berufs- oder erwerbstätig und wurden in einer eigenen Kategorie „Personen ohne bestimmten Erwerb“ erfasst!

Der in den Jahren der NS-Herrschaft und der damaligen Industrialisierung infolge der Rüstungs- und Kriegswirtschaft einsetzende Abschwung des Agrarsektors unter jeweils jenen der beiden anderen Sektoren fand nach dem Kriege seine rasante Fortsetzung. Die oftmals vertretene Meinung, dass während der NS-Zeit die ökonomische Modernisierung Österreichs/der Steiermark stark vorangetrieben wurde, muss hier bestätigt werden.¹⁹

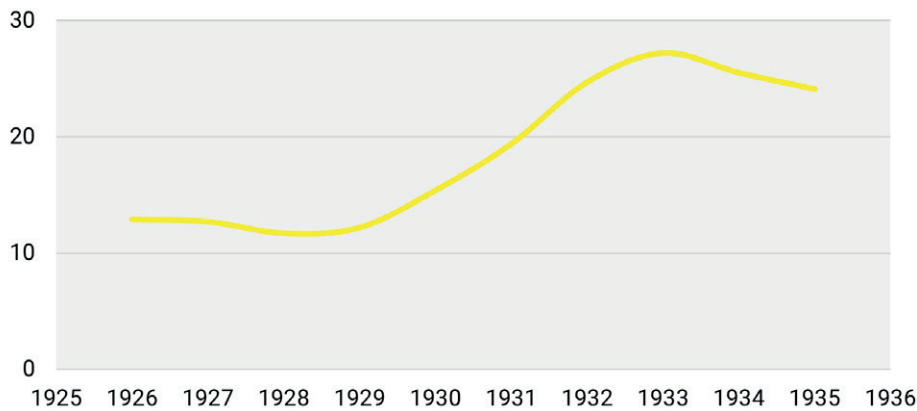
Diese Modernisierung ging aber leider auf Kosten von Frieden, Menschenrechten und Demokratie. In den letzten 100 Jahren ist der Agraranteil von rd. 40% auf drei Prozent im Jahre 2021 geschrumpft. Nicht nur Landwirte, sondern auch industrielle Betriebe produzieren Vielfaches der Waren von viel mehr Bauern vor 100 Jahren. Auch das ist natürlich ein Spiegel der modernen Gesellschaft, die ihre Lebenszeit bzw. ihre Arbeitskraft nur mehr zu einem sehr geringen Teil der Produktion von Lebensmitteln widmen muss, sozusagen die Hände frei hat für andere Dinge wie einst der aufrecht zu gehen beginnende Mensch im Vergleich zu seinen vierbeinigen Vorfahren.

¹⁹ Österreichweit sank der Agraranteil von 39% auf 32,6% im Zeitraum 1939-1951. Der Anteil des 2. Sektors hingegen wuchs von 32,4% auf 37,6%, jener des 3. Sektors nahm nur von 28,6% auf 29,8% zu, vgl. Butschek, Felix (Wien 1993): Statistische Reigen zur österreichischen Wirtschaftsgeschichte. Die österreichische Wirtschaft seit der Industriellen Revolution. Tabelle 3.9. Genauere, regionale Daten für die Jahre 1951-1981 waren dem Autor leider nicht verfügbar.

Die Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit langfristig bis ins 19. Jahrhundert zurückzuverfolgen ist eigentlich nur annäherungsweise möglich. Zum einen wurde Arbeitslosigkeit nicht schon immer und zum andern nicht immer nach den gleichen Bedingungen und auf die gleiche Art gemessen.²⁰ Grundsätzlich lässt sich sagen, dass zumindest längerfristige Arbeitslosigkeit eigentlich kein Problem der entstehenden Industriegesellschaft war, es wurde jede Menge Arbeitskräfte gebraucht. Auf dem „Lande“, in der Agrargesellschaft gab es wegen des Arbeitskräftebedarfs eigentlich auch keine längerfristige Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit war, wenn, dann saisonal und eher auf Tagelöhner beschränkt. Die Verträge mit Knechten und Mägden, dem Gesinde, liefen außerdem immer über ein ganzes Jahr. Hervorstechend im Langzeitvergleich natürlich die Arbeitslosigkeit während der Krise nach dem Börsenkrach 1873 und vor allem die Massenarbeitslosigkeit während der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren, die letztlich den Aufstieg des Nationalsozialismus stark begünstigte. Die Arbeitslosigkeit unmittelbar nach den beiden Weltkriegen muss man hier als besondere Phänomene betrachten, die nicht aus den Konjunkturzyklen ableitbar sind.

Vergleichbare Daten gibt es regional im Statistischen Handbuch der Republik Österreich erst ab 1926.²¹



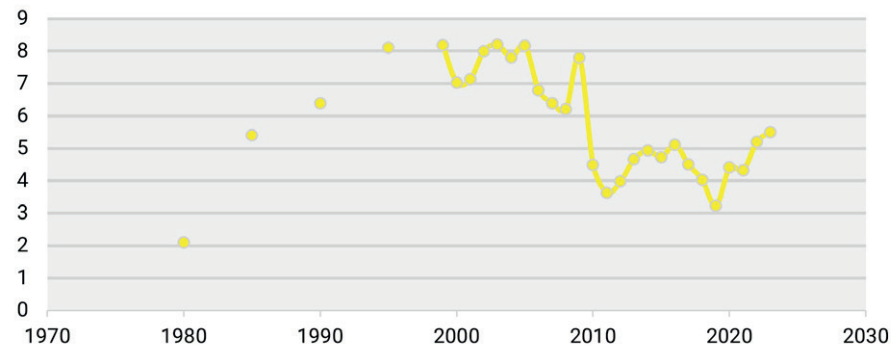
Graphik 8: Arbeitslosigkeit von Unselbstständigen in Steiermark in der Zwischenkriegszeit

Im Vergleich zu heute war die Arbeitslosigkeit, vor allem die längerfristige, in der Zwischenkriegszeit beträchtlich höher als nach dem WK II und lag bis 1929, dem Jahr des Ausbruchs der großen Krise stets bei etwa 12%. Seit dem Jahre 1930 spürt auch Österreich die globale Depression und die Arbeitslosigkeit steigt auf fast 30% am Höhepunkt der Krise im Jahre 1933. Die Folgejahre zeigen eine Erholung und ein Sinken der Arbeitslosen-zahlen. Der Trend hätte wohl angehalten, doch es war schon zu spät: Die Stimmung war bereits so aufgeheizt, dass es dem Nationalsozialismus gelang, viele Menschen gegen das „System“ aufzuwiegeln. Vor allem der Blick nach Deutschland (ins „Deutsche Reich“), wo die Arbeitslosigkeit durch die Rüstungsindustrie und die Zwangsverpflichtung zum Arbeitsdienst praktisch gegen Null sank überzeugte die Gegner des „Systems“ und viele, die sich täuschen ließen und einfach auf ein besseres Leben hofften. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ging einfach aufgrund des Mangels an antizyklischer Politik der auf Hartwährungspolitik eingestellten Regierung(en) zu langsam vor sich, um bei der Bevölkerung genug an Hoffnung wecken zu können. Mehrheitlich im Besitze reichsdeutscher Firmen wie VESTAG²² befindliche Betriebe wie die „Oesterreichisch Alpine-Montangesellschaft“ in der Eisen- und Stahlindustrie in der Obersteiermark dienten der reichsdeutschen Rüstungsindustrie schon vor dem „Anschluß“ und vermittelten den ArbeitnehmerInnen das Trugbild einer funktionierenden Ökonomie.

²⁰ Zu unterscheiden ist vor allem zwischen der Methode, sozusagen objektiv unter den gemeldeten Arbeitssuchenden die Arbeitslosigkeit zu messen oder es nach der ILO-Methode (International Labour Organisation) mittels Interviews mit Arbeitspersonen zu tun. Die erstere Methode arbeitet mit Meldedaten, ungemeldete Personen fallen durch den Rost. Noch nie arbeitende, bei der Sozialversicherung als solche also nicht gemeldete Personen, ebenso. Beim Interview sind aber die Auswahl – das sampling – und die subjektive Einschätzung der Probanden die Fehlerquellen. In der Berufszählung im Rahmen der Volkszählung von 1910 gibt es jedenfalls gar keine Daten zur Arbeitslosigkeit, entweder wollte man das Problem volkswirtschaftlich nicht wahrnehmen oder es war tatsächlich marginal. Längere und massivere Arbeitslosigkeit gab es offensichtlich (noch) keine. In Österreich gilt als Berechnungsmethode: vorgemerkten Arbeitslose in Prozent der Summe der Beschäftigten plus der Summe der vorgemerkten Arbeitslosen.

²¹ An 1921 gibt es Statistiken zum Verhältnis von Stellengesuchen und Stellenvermittlungen, jedoch keine zum Verhältnis von Stellengesuchen und Beschäftigten.

Arbeitslosigkeit in der Steiermark

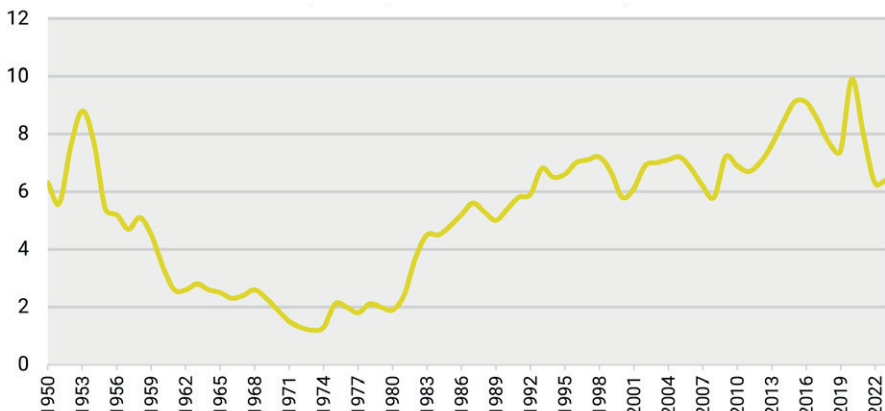


Graphik 9: Arbeitslosigkeit von Unselbstständigen in Steiermark 1980–2023²³

²² Vereinigte Stahlwerke AG Düsseldorf.

²³ Quelle Steirische Statistiken, auf Basis von Daten des AMS

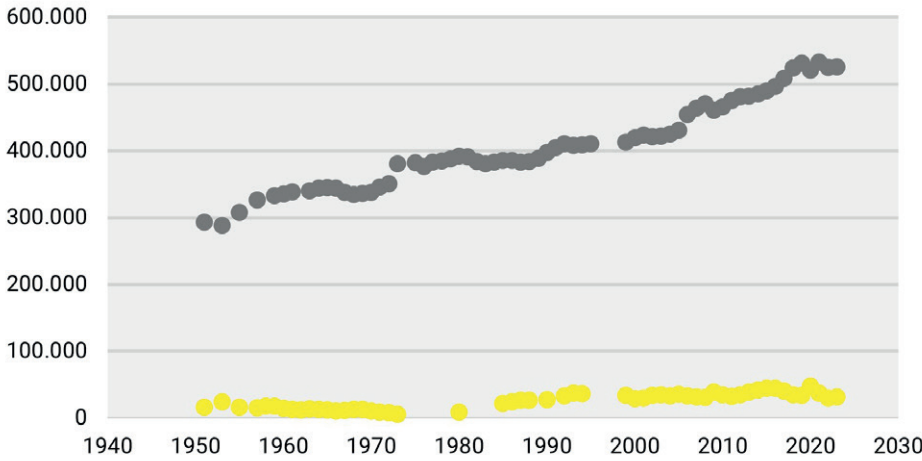
Arbeitslosenquote 1950 – 2023



Graphik 10: Arbeitslose (lt. AMS) in % des Arbeitskräftepotenzials, Quelle: AMS

Während die Arbeitslosigkeit in den Jahren 1980-1995, der Zeit der Krise der „alten“ Industrie, vor allem der Verstaatlichten Industrie, stark ansteigt, fällt die Zahl der Beschäftigten (s. Graphik 11) nur kaum und steigt seit den ausgehenden 1980er Jahren sogar schon wieder an, während die Arbeitslosenrate weiterhin stark zulegt.

Unselbständige und Arbeitslose
in der Steiermark 1950 – 2023



Graphik 11: Unselbständig Beschäftigte und Arbeitslose in Steiermark 1950–2023²⁴

Dieser etwas paradoxe Zustand kann nur mit strukturellen Veränderungen am Arbeitsmarkt und am Arbeitsplatz erklärt werden. Die Krise der „alten“ Industrie, vor allem der Verstaatlichten, die lange antizyklisch mit Steuergeld am Leben erhalten wurde musste sich dem Markt stellen. Die Umstrukturierung gelingt auch, vor allem mittels Hebung der Produktivität, die Zahl der unselbständig Beschäftigten steigt seit etwa 1990 wieder. Es muss wohl zu einem Austausch der Generationen auf dem Arbeitsmarkt gekommen sein, Ältere verbleiben in der Arbeitslosigkeit, Jüngere finden einen (neuen) Job. Die in den letzten Jahren stagnierende Zahl der unselbständig Beschäftigten ist wohl hauptsächlich der Coronakrise geschuldet.

So gab und gibt es eben längerfristige Struktur–bzw. Konjunkturkrisen und kurzfristige Krisen, ausgelöst durch oft nicht unbedingt ökonomisch verursachte Ereignisse. Letztendlich ist aber der tendenzielle Aufschwung nach dem WK II unverkennbar. Die Probleme der Zukunft bestehen im Klimawandel, in der „Beschaffung“ von integrierten Arbeitskräften und KonsumentInnen - bei niedriger Fertilität bzw. einem Reproduktionsniveau unter 2,0 – eine solche ist einfach Teil der Modernität! - und in der „Aushungerung“ strukturschwacher Regionen bzw. die immer größer werdende Kluft im Lebensstandard zwischen diesen und den urbanen Räumen inkl. deren „Speckgürteln“. Industrie 4.0 und KI werden nur tw. Hilfe leisten können, es fehlen ja nicht nur Arbeitskräfte (ProduzentInnen), sondern eben auch die SteuerzahlerInnen, BeitragsleisterInnen zum Sozialsystem, SparerInnen und KonsumentInnen.

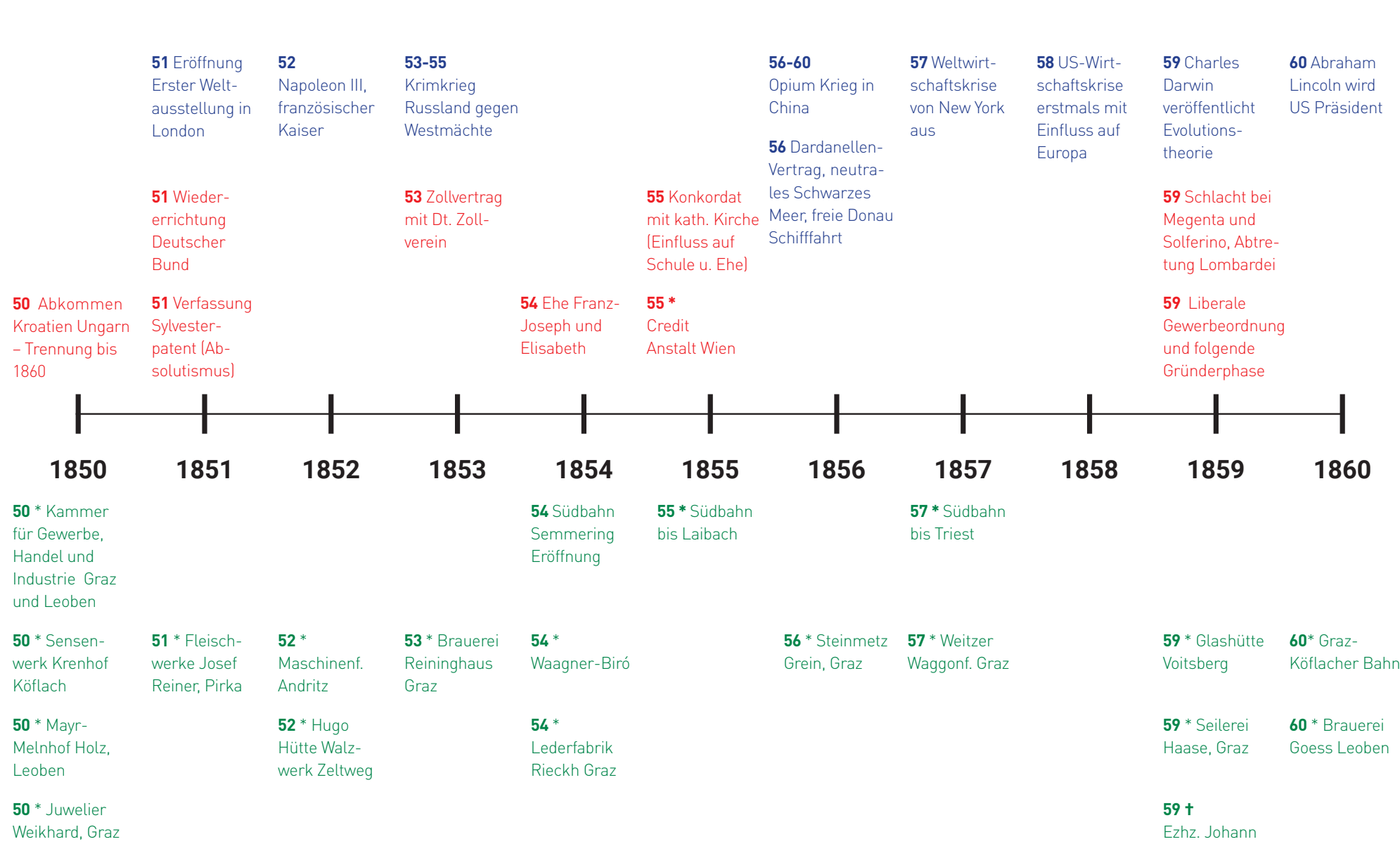
²⁴ Quellen: Statistisches Handbuch und Statistisches Jahrbuch der Republik Österreich, Steirische Statistiken, Monatsberichte des Instituts für Wirtschaftsforschung, AMS.

Der Wirtschaftsstandort in „a Nutshell“

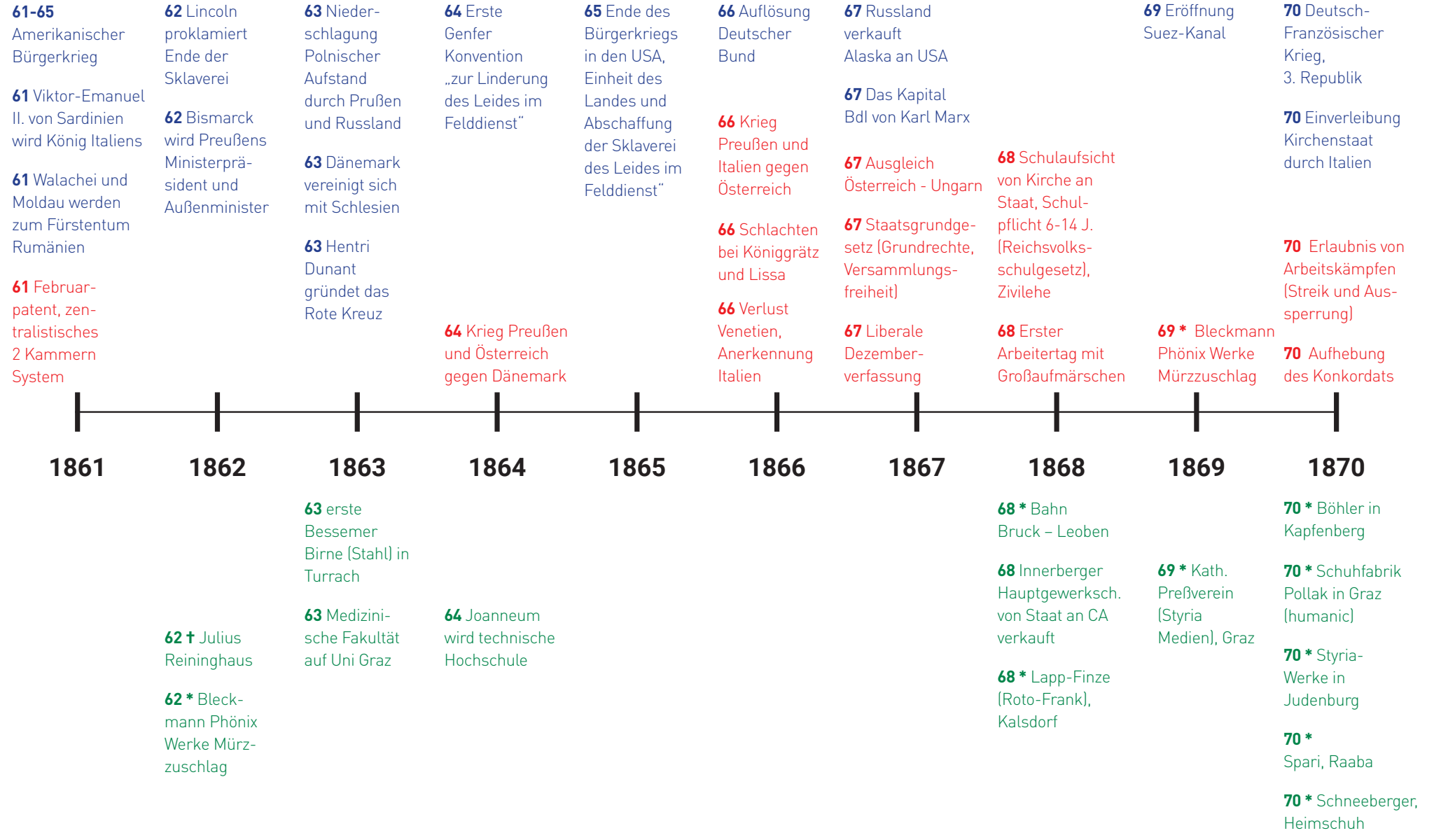
Timeline 1850 – 2024

Thomas Krautzer

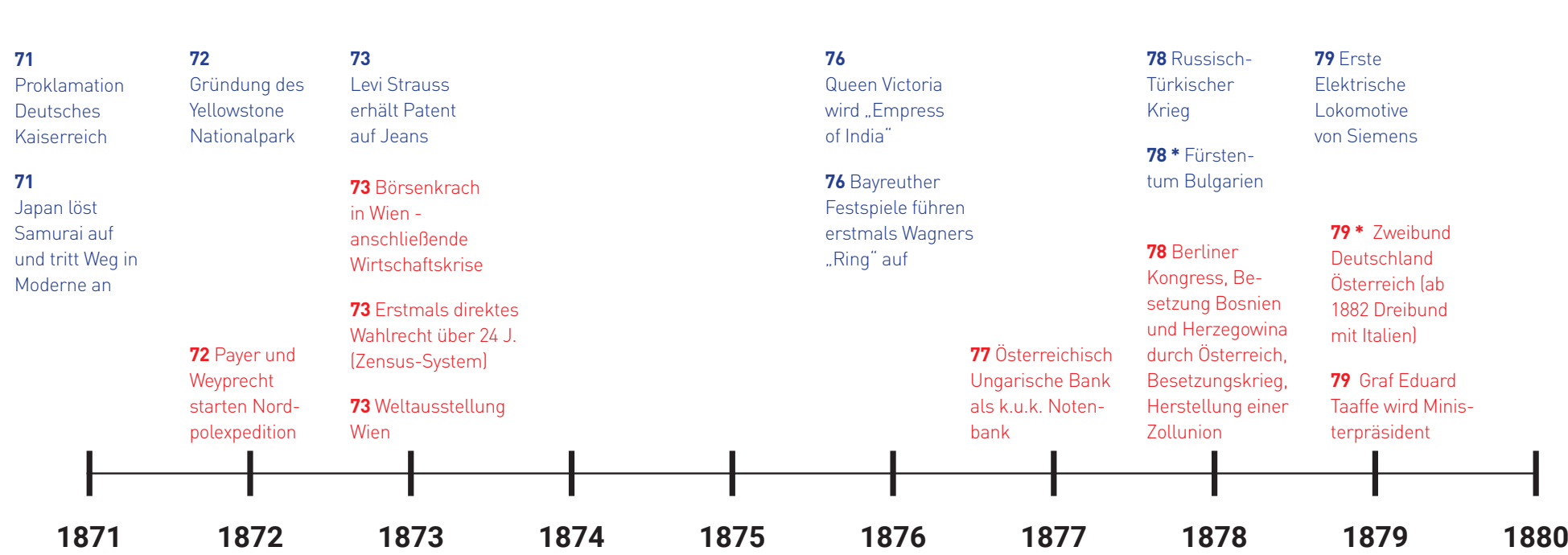
1850 – 1860



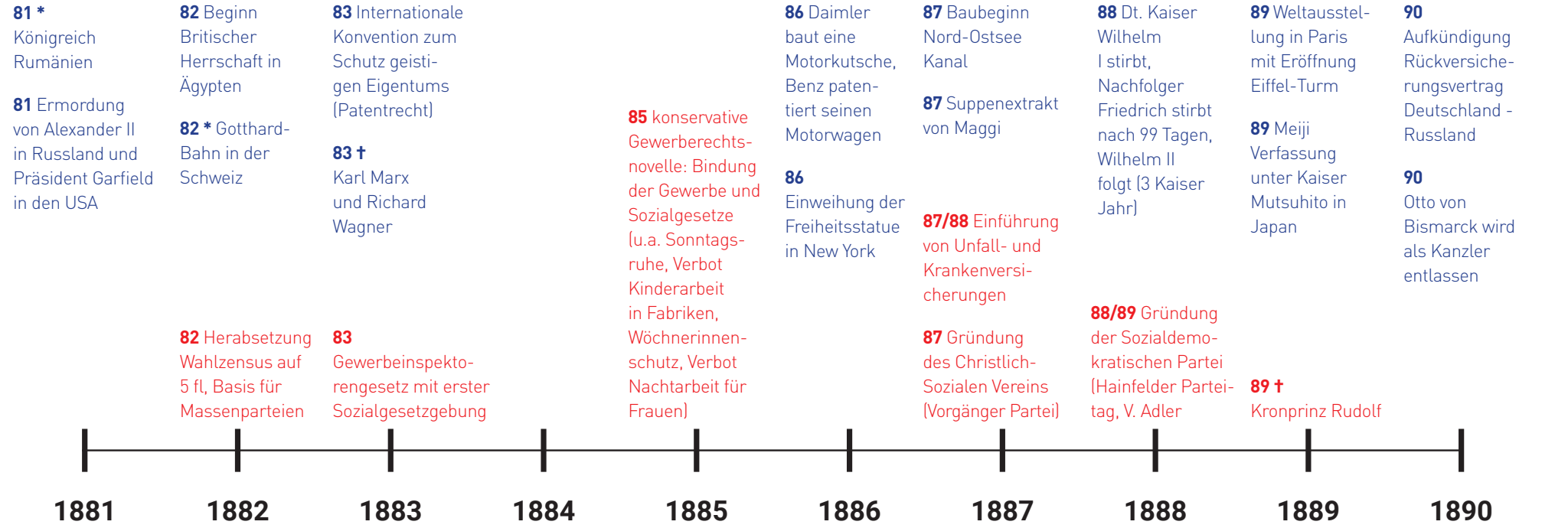
1861 – 1870



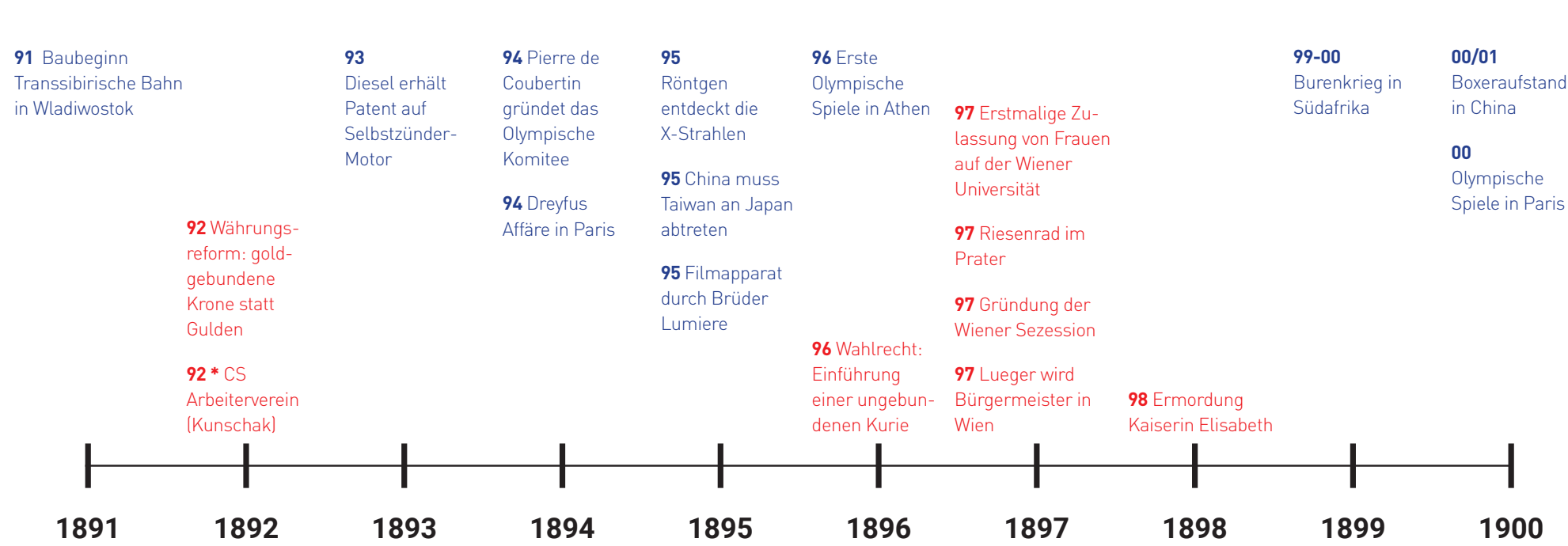
1871 – 1880



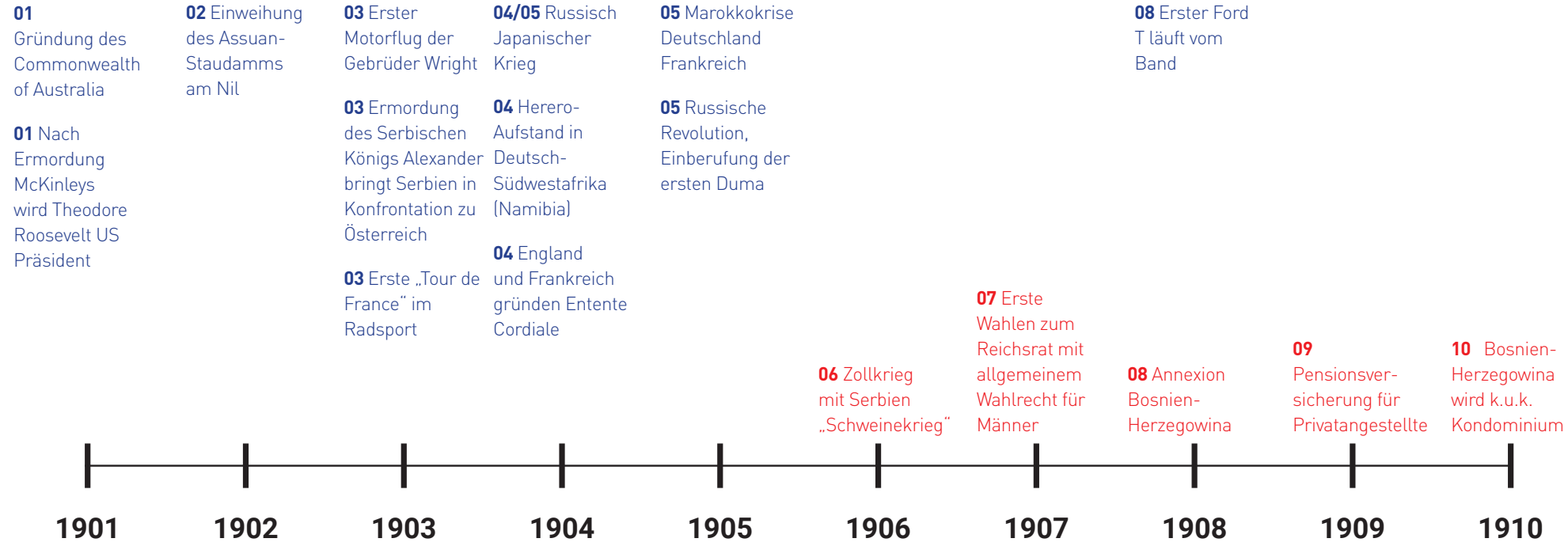
1881 – 1890



1891 – 1900



1901 – 1910



1911 – 1920

11 Zerschlagung von Standard Oil (Rockefeller)

11 Nobelpreis für Marie Curie

11 Central Station in New York wird größter Bahnhof der Welt

14 Ausbruch Erster Weltkrieg

14 Eröffnung Panama-Kanal

15 Kriegseintritt Italiens nach Londoner Geheimvertrag

17 Kriegseintritt der USA

18 Erster Weltkrieg endet

19 Niederschlagung Rätebewegung in Deutschland

20 * Völkerbund in Genf

18 k.u.k Monarchie und Binnenmarkt zerbricht, Ausrufung Republik Deutsch-Österreich (12.11.)

20/21 umfangreiche Sozialgesetze in Österreich (u.a. AL-Versicherung, Urlaubsgesetz, 8h Tag, Ang. Gesetz)

19 Vertrag von St.Germain: Anschlussvebot, Gebietsabtretungen,

19 Karl I. geht ins Exil

20 Erste Wahl der Republik Österreich

11 * ÖSTU-Stettin, Leoben

12 * Hornig in Graz

13 * Steirische Magnesitindustrie AG

13 * Comelli Ziegel, Kirchbach

13 * Spätauf Möbel, Halbenrain

14 * Schaffer Säge, Eppenstein

14 † Johann Puch

15 * Maschinenfabrik Berger, Knittelfeld

15 Front rückt an Untersteiermark

16 * Naintsch Mineral (Imerys Talc), Naintsch

18 SHS Staat besetzt Südsteiermark

18 * Feistritztaler E-Werke

19 Endgültige Abtrennung Untersteiermark, Zerschneidung Südbahnlinie nach Triest und Drautalbahn nach Klagenfurt

19 * Gaulhofer Übelbach

19 * Alpenländische Volksbrauerei (Schladminger), Schladming

20 Gründung der Arbeiterkammern auch in der Steiermark

20 Geplante Verstaatlichungen in der Industrie scheitern

1911

1912

1913

1914

1915

1916

1917

1918

1919

1920

1921 – 1930

21 Warren Harding folgt Wilson als US Präsident

21 Ende Polnisch Sowjetischer Krieg

21 Mit Beitritt Burgenland erlangt Österreich endgültige Form

21/22 Hyperinflation und Spekulationen

22 Machtübernahme Faschisten in Italien

22 Rapallo Vertrag Deutschland und Sowjetunion

22 Genfer Protokolle mit Genfer Anleihe

22 Gründung der Landwirtschaftskammern

22 Streiks in der steirischen Industrie von „Schutzverbänden“ gebrochen

22 * Anton Paar, Graz

22 * Filmzentrum Rechbauerkino, Graz

23 Ruhr-Besetzung durch Frankreich und Belgien

23 Hitler Putsch in München

23 Massives Budget-Sanierungspaket

23 * Österreichische Nationalbank

23 * Kammerlichtspielbühnen (Schubertkino)

24 † Lenin, Stalin gewinnt Machtkämpfe

24 Erste Olympische Winterspiele (Chamonix)

24 Tausch Krone Schilling 10.000 : 1

24 Südbahn wird liquidiert, Bundesbahn übernimmt auch GKB

24 Fusion Schoeller – Bleckmann in Mürzzuschlag

24 * Ankünder, Graz

24 * Raabamühle (Farina), Raaba

25 Stresemann erreicht Entspannung durch Locarno Verträge

25 Schilling offizielle Währung

25 Erster Radiosender in Graz (RAVAG Schlossberg)

25 Erste Linienflüge von Graz

27 Lindbergh überfliegt Atlantik

27 Brand Justizpalast, Streiks, Tote

27 * Peter Seidl (Seidl Tracht), Anger

29 Herbert Hoover als US Präsident vereidigt

29 Börsenkrach in New York, Beginn Weltwirtschaftskrise

29 Verfassungsverneinung, Direktwahl Bundespräsident

10 Korneuburger Eid der Heimwehren

28 „unabhängige Gewerkschaften“ der Heimwehren in Alpine-Montan

28 * Mariazeller Schwebebahnnetz

29 * Kammer für Land- und Forstwirtschaft Steiermark

1921

1922

1923

1924

1925

1926

1927

1928

1929

1930

internationale Ereignisse

österreichische Ereignisse

steirische Ereignisse

* Gründung, Geburt

† Todesfall

internationale Ereignisse

österreichische Ereignisse

steirische Ereignisse

* Gründung, Geburt

† Todesfall

71

1931 – 1940

31 Mahatma Gandhi tritt in Indien in den Hungerstreik

31 Zusammenbruch CA in Wien. Bankenruns folgen

31 „Pfrimer-Putsch“ zeigt Gewaltbereitschat der Heimwehren

31 Krise: Lohnsenkungen in der Alpine Montan

32 Anleihe von Lausanne

32 Scheitern der Zollunion mit Deutschland

32 Stilllegung des Werks Donawitz wegen Auftragsmangel

33 Adolf Hitler wird Reichskanzler: Machtübernahme der NS

33 Franklin D. Roosevelt wird US Präsident, Beginn des New Deal

33 Deutschland verhängt 1000 Mark Sperre

33 Ausschaltung des Parlaments, Weg in Diktatur

33 „Höhepunkt der Arbeitslosigkeit in der Steiermark, Alpine und Böhler unterstützen „Deutsche Arbeiter gewerkschaft“

33 Verbot der NSDAP, Terroranschläge in der Steiermark

34 Röhm Putsch, Hitler festigt Macht in Partei

34 Maos Langer Marsch in China

34 NS-Putsch, Tod von BK Dollfuß

34 Bürgerkrieg: Aufstand der Sozialdemokratie

34 Februar-kämpfe in der Obersteiermark und in Graz Eggenberg

34 Steirischer Ex-LH Rintelen in NS-Putsch verwickelt

35 Nürnberger Rassengesetze

35 Mussolini beginnt Krieg in Abessinien

35 Packer Bundesstraße als Teil Arbeit durch Infrastruktur

36 Beginn des Spanischen Bürgerkriegs

36 Olympische Spiele in Berlin

36 Juliabkommen Österreich NS-Deutschland

36 Otto Loewi erhält Nobelpreis

37 Beginn des „Großen Terrors“ in der Sowjetunion

37 Zweiter Japanisch Chinesischer Krieg

37 Neuorganisation der Kammer für Industrie, Gewerbe, Handel und Finanzen in Graz

38 Münchner Abkommen – Abtretung Sudetenland

38 Okkupation Österreich durch NS-Deutschland

38 Erst Transporte in KZ ab April

38 Einführung Reichsmark

38 Frühe NS Aktivitäten in Graz „Volks-erhebung“

38 November-pogrom Synagoge in Graz brennt. Systematische Verfolgung der Juden

39 Besetzung Tschecho-slowakei

39 Deutsch – Sowjetischer Nichtangriffs-pakt

39 Angriff auf Polen: Beginn Zweiter Welt-krieg

39 Steiermark wird Reichsgau ohne Aussee mit Süd-burgenland

39 Handels-kammer in Graz wird zur „Wirtschafts-kammer Südmark“

39 Leykam AG wird NS-Gauverlag

40 Besetzung Dänemark, Norwegen, Niederlande, Belgien und Frankreich. Luftschlacht gegen Großbritannien, U-Boot Krieg im Atlantik

40 Letzte (illegale) Zusammenkunft aller österrei-chischen Wirt-schaftskammer Direktoren in Graz

40 Beginn Deportation und Ermordung Roma aus Graz

1931

1932

1933

1934

1935

1936

1937

1938

1939

1940

1941 – 1950

41 Besetzung Jugoslawien und Griechen-land, Afrika Feldzug, Angriff auf Sowjetunion

41 Japan greift US-Flotte an. Pazifik Krieg, Deutschland erklärt USA den Krieg

41 Erste Wellen des Holocaust im Baltikum und Ukraine

42 Deutsche Kaukasusoffensive

42 Wannsee Konferenz als Vorbereitung des systematischen Holocaust

42 Schlacht bei Midway stoppt Japanische Expansion

43 Stalingrad und Kursk als Wendepunkte des Krieges

43 Alliierte Invasion in Nordafrika und Sizilien

44 Rückzuggefechte an Ostfront

44 West-Alliierte landen in Normandie, Befreiung Paris

44 Juli Attentat auf Hitler. Folgende Repression auch in Österreich

45 Kapitulationen: Mai Deutschland, August Japan (nach Abwurf Atombomben)

45 Potsdamer Konferenz steckt Einflusssphären ab

45 Regierung Renner – 2. Republik

45 Notenbank und Schilling wieder einge-führt, Streichung Barguthaben

46/47 Verstaatlichungen in Österreich, Sowjets beschlag-nahmen Deut-sches Eigentum (USIA)

46 Volksgerichts Prozesse gegen NS Verbrechen

46 Neukonsti-tuierungen von Kammern und Gewerkschaft (seit 45) finden Abschluss

47 Marshall kündigt ERP-Hilfe an

47 Indien und Pakistan werden selbständig

47 Währungs-schutzgesetz schöpft nochmals Geld ab

48 Blockade in Berlin

48 Kommunisten übernehmen Tschechoslowakei

48 * OEEC

48 * Israel

48 Einrichtung ERP Konten

48 Österrei-chisch Triestiner Handelskammer zur Verteilung ERP-Waren

49 Gründung DDR

49 * NATO

49 Konrad Adenauer erster Dt. Bundeskanzler

49 Verzicht West-Alliierte auf Dt. Eigentum in Österreich

49 Staatsvertrag erster Versuch scheitert

50-53 Koreakrieg

50 Abschaffung Todesstrafe in Österreich

50 Viertes Lohn-Preisabkommen führt zu Streiks, ÖGB geht gegen Kommunisten vor

1941

1942

1943

1944

1945

1946

1947

1948

1949

1950

1951 – 1960

51 Truman lehnt Einsatz Atom-bomben in Korea ab

51 Friedensver-trag USA mit Japan gibt volle Souveränität

51 Körner erster Bundespräsident durch Volkswahl

51 Beitritt zum GATT (später WTO)

52 Eisenhower Präsident

52 EGKS-Vertrag in Kraft

52 Explosion der ersten Wasserstoff-bombe

53 Tod Stalins

53 Aufstand in der DDR

53 Waffenstill-stand in Korea

53 Aufhebung der Lebensmittelkarten (seit 1939)

53 Auslaufen der direkten ERP-Hilfe. ERP-Konten bleiben

53 Liberalisierung des Außenhandels

54 Frankreich verliert Indo-china-Krieg in Dien Bien Phu

54 Communist Act in USA (McCarthy)

55 * Warschauer Pakt, Beitritt der BRD zur NATO

55 † Kardinal Innitzer, Nachfolge Kardinal König

55 ASVG Gesetz

55 Staatsvertrag und Neutralitäts-gesetz

56 Ungarn Aufstand gegen Kommunisten

56 Krieg um Suez-Kanal

56 Wien wird IAEA Sitz

56 Eröffnung Südbahnhof Wien

56 Ausgliederung Verstaatlichte in IBV Holding

56 Beitritt Österreichs zum Europarat

57 Römer Verträge gründen EWG neben EGKS und Euratom

57 Sowjetischer Satellit im All – „Sputnik Schock“

57 Streitbeilegung Österreich BRD über Dt. Vermögen

57 Paritätische Kommission zwi-schen Regierung und Sozialpartner

58 De Gaulle gründet in Frankreich V. Republik

58 Papst Johannes XXIII gewählt (Initiierung II. Vatikanum)

59 Kubanische Revolution, Fidel Castro neuer Staatschef

59 Bad Godes-berger Pro-gramm: SPD öffnet sich der Marktwirtschaft

59 Paritätische Kommission zwi-schen Regierung und Sozialpartner

60 * EFTA, Beitritt Österreichs

60 18 Afrikani-sche Länder erhalten Unabhängigkeit

60 Abschuss von Gary Powers über Sowjetunion in einer U2

60 Staatsbesuch Chruschtschow in Österreich

1951

1952

1953

1954

1955

1956

1957

1958

1959

1960

51 Briten über-geben Flugfeld Zeltweg

51 Investitions-fonds des Landes Steiermark für den Fremdenverkehr

51 Neuer Puch Roller läuft vom Band

51 * Schöckel Seilbahn

52 Eröffnung Grenzbrücke in Radkersburg

52 * Knapp in Graz

52 * Gondel-bahn auf Hauser Kaibling

53 Erstes LD-Stahlwerk in Donawitz

53 Kleiner Grenzverkehr mit Jugoslawien

55 Sender Schöckel überträgt erste österreichische Fernsehsendung

55 Hauptbahnhof Graz wiedereröffnet

55 20.9., letzter britischer Soldat verlässt Steiermark

56 Erklärung Bundesregierung für eine Autobahn Wien - Graz

56 * Steirische Ferngas

57 Historischer Höchststand steirischer Kohleabbau: 4,2 Mio. Jato

57 Erster Straßentunnel in Steiermark (Umfahrung Radkersburg)

58 Beschluss über Grenzland-förderung in der Steiermark

58 * Ölkraftwerk Pernegg

58 Erster Puch 500 läuft vom Band

59 Elektrifizierung der Semmering-bahn

59 Erster Puch Haflinger läuft vom Band

59 * Marienhütte

59 * Forum Stadtpark

1961 – 1970

61 Verteidigung John F. Kennedy als US-Präsident

61 Gagarin erster Mensch im All

61 Bau der Berlinermauer

61 Kennedy und Chruschtschow in Wien

61 BK Raab weicht Gorbach

62 Algerienkrieg (seit 1954) endet mit Unabhängigkeit

62 Kuba-Krise bringt Welt an den Rand eines Atomkriegs

62 Freie Konvertierung von Währungen

62 Schulpflicht 9 Jahre

62 USA schenkt Österreich die ERP-Konten

63 Ermordung Kennedy's

63 BK Adenauer übergibt Erhard

63 Anwerbe-Abkommen mit Türkei und Jugo-slawien bringt ausländische Arbeitskräfte

63 Letzte Liefe-rung an UdSSR aus Staatsvertrag

63 Erster Grand Prix von Österreich am Flughafen Zeltweg

63 Erste AUA-Linie Graz - Wien

64 Chruschtschow aus allen Ämtern entlassen

64 USA verstrickt sich militärisch in Vietnam

64 Höhepunkt des Baby-Booms

64 Olympische Spiele in Innsbruck

64/66 Anwerbe-Abkommen mit Türkei und Jugo-slawien bringt ausländische Arbeitskräfte

64 Afro-Asiatisches Institut in Graz

64 Eröffnung renoviertes Schauspiel-haus in Graz

65 † Winston Churchill

65 † BP Adolf Schärf, Nachfolger Franz Jonas

65 OPEC wählt Sitz in Wien

66 Mao provoziert Chinesische „Kulturrevolution“

66 Breschnew wird Generalsekretär der KPdSU

66 Alleinregierung BK Josef Klaus, Ende Große Koali-tion (seit 1945)

67 Sechstage Krieg Israels gegen arabi-sche Nachbarn

68 Niederschlagung Prager Frühling

68 Studentenrevolten in Europa, Anti-Vietnam Bewegung in USA

68 † Martin Luther King in Memphis

68 Tet Offensive als Wendepunkt in Vietnam

68 Erste Gasver-träge Österreich - UdSSR

68 Finanzierungs-gesetz zum Bau der Südataobahn

68 * Steirischer Herbst

68 Spatenstich Adria – Wien Pipeline

69 Erster Puch Pinzgauer läuft vom Band

69 Erstes Puch-Maxi-Mofa

69 Mondlandung der USA mit Apollo 11

69 Willy Brandt Deutscher Bundeskanzler

69 Richard Nixon US-Präsident

69 Südtirol-Paket begründet Autonomie und beendet Spannun-gen mit Italien

69 Eröffnung erste steirische Autobahn Graz - Gleisdorf

69 Erstes Rennen am neuen Ö-Ring in Spielberg

69 Erster Puch Pinzgauer läuft vom Band

69 Erstes Puch-Maxi-Mofa

70 USA greifen Kambodia an

70 Jordanien schlägt Aufstand Palästinenser blutig nieder (Schwarzer September)

70 BK Bruno Kreisky bildet Minderheitsre-gierung mit FPÖ Duldung

70 * Siemens Components in Deutsch-landsberg

70 Feiern 100 Jahre Böhler Kapfenberg

1961

1962

1963

1964

1965

1966

1967

1968

1969

1970

■ internationale Ereignisse

■ österreichische Ereignisse

■ steirische Ereignisse

* Gründung, Geburt

† Todesfall

■ internationale Ereignisse

■ österreichische Ereignisse

■ steirische Ereignisse

* Gründung, Geburt

† Todesfall

75

1971 – 1980

71 Honnecker übernimmt DDR (bis 1989)	72 Nixon besucht China (seit 71 in UNO)	73 Jom Kippur Krieg und arabisches Ölembargo lösen Ölpreisschock aus	74 Türkische Invasion in Zypern	75 Ende des Vietnamkriegs	76 Mao Zedung stirbt	77 Höhepunkt RAF Terror in Deutschland (Deutscher Herbst), Geiselbefreiung in Mogadischu (GSG9)	78 Papst Johannes-Paul II	79 Einmarsch Sowjets in Afghanistan (bis 1988)	80 * Dt. Grüne
71 Fertigstellung Assuan Staudamm	72 Ortstafelsturm in Kärnten	73 Watergate Affäre	74 Rücktritt Nixon in den USA	75 Unterzeichnung KSZE Schlussakte in Helsinki	76 Jimmy Carter neuer US-Präsident		78 Rote Brigaden ermorden Aldo Moro in Italien	79 Iran: Khomeini stürzt Schah, Geiselkrise in US Botschaft	80 † Josip Broz Tito
71 Gründung von Greenpeace und Ärzte ohne Grenzen	72 Einführung der MWSt.	73 Freihandelsvertrag EFTA - EG	74 Helmut Schmidt löst Willy Brandt als Dt. BK ab	75 Franco Diktatur in Spanien endet			78 Ablehnung Atomkraftwerk Zwentendorf bei Volksabstimmung	79 Thatcher Premierministerin in UK	80 * Gas-Übergabestation Baumgarten
71 Alleinregierung BK Kreisky (hält bis 1983 die Absolute	72 Beschluss Stahlfusion VOEST und Alpine-Montan zur Voest-Alpine (ab 1973)	73 historischer Tiefstand Arbeitslosigkeit in Österreich	74 Neues Schulunterrichtsgesetz (Koedukation)	75 Terroranschlag auf OPEC in Wien	76 Reform Familienrecht	77 Palmers Entführung	78 Fusion innerhalb Konsum Österreich	79 Frieden von Camp David Israel und Ägypten	80 Österreich erkennt PLO an
	72 Einführung 42 h Woche	73 Arbeitsverfassungsgesetz	74 Energiekrise – Autofreie Tage	75 Fristenlösung in Österreich	76 Olympische Winterspiele in Innsbruck	77 Fertigstellung U1 in Wien	78 Zweite Rezession nach 75	79 Wien 3. UNO Sitz	80 Plätzen des AKH Skandal
				75 Einführung 40h Woche		77 Volksanwaltschaft		80 CD Standard festgelegt	80 Einführung der Sommerzeit

1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
71 Baubeginn der Pyhrn-Autobahn	72 Modell Steiermark 80' wird veröffentlicht	73 Eröffnung Autobahn Graz Mooskirchen	74 Baubeginn S 6 Mürztal	75 EW-Fusion Böhler – Schoeller/Bleckmann – Gußstahl	76 wirtschaftliche Probleme Steiermark deutlich über Bundesschnitt		78 * Gleinalmtunnel	79 Beginn Fertigung des Mercedes/Puch G in Graz-Thondorf	80 Josef Krainer jun. folgt Niederl als LH
71 † LH Josef Krainer, Friedrich Niederl folgt nach	72 Eine Ölbohrung in Loipersdorf erschließt eine Thermalquelle	73 Annullierung der Eggenberg Trasse der Pyhrnautobahn	74 * Trans-Austria Gasleitung	75 Schließung Junior-Werke Köflach (750 MA)	76 WK Steiermark übersiedelt von Burggasse in Neubau Körblergasse		78 Schließung Kohlebergbau Fohnsdorf nach 360 Jahren	79 Lufthansa fliegt Graz – Frankfurt	80 Installation Entschwefelung in DKW Voitsberg III
	72 Eröffnung der HTL in Kapfenberg. Steiermark profitiert von Schulboom		74 Fusion Leykam – Mürztaler	75 Schließung Kohlebau Pöfingbrunn-Bergla			78 Thermalquelle in Blumau, * Schaffelbad in Loipersdorf		
	72 Baubeginn S 35			75 Thermalquelle in Waltersdorf					
				75 * Schulungszentrum Fohnsdorf					

■ internationale Ereignisse ■ österreichische Ereignisse ■ steirische Ereignisse * Gründung, Geburt † Todesfall

1981 – 1990

81 Ronald Reagan US Präsident	82 Krieg UK und Argentinien um Falklands	83 NATO Doppel- beschluss Große Friedensdemos in Europa	84 IRA Terror in Brighton	85 Michail Gorbatschow wird GS der KPdSU	86 EEA begründet EG Binnenmarkt	87 Reagan in Berlin „Mr. Gorbatschow, tare down this wall“	88 Abzug UdSSR aus Afghanistan	89 Öffnung der Grenze in Un- garn für 65.000 DDR Bürger	90 Wiedervereinigung Deutschland
81 Ermordung Sadat	82 Helmut Kohl löst Schmidt als Dt. BK ab		84 Mitterand und Kohl begründen dt.-frz. Achse		86 Explosion Kernkraftwerk Tschernobyl		88 Glasnost und Perestrojka sollen UdSSR stabilisieren	89 Mauerfall in Berlin	90 Unterzeichnung des Schengen Abkommens
81 Kriegerrecht in Polen	82 Libanon Krieg		84 Hunger in Äthopien			87 Unterzeich- nung internatio- nales Ozon- Abkommen	88 Abrüstungs- gespräche	89 Sturz kom- munistischer Regime in Ost- europa	90 Unabhängig- keitserklärung der Baltischen Staaten
81 Erstflug Space Shuttle	82 † Leonid Breschnew	83 BMLFW mel- det große Scha- denfälle durch „Sauren Regen“ (120.000 ha)		85 Wein-Skandal (Glykol) in Österreich	86 umstrittene Wahl BP Kurt Waldheim	87 Historiker- kommission untersucht Fall Waldheim	88 George H.W. Bush gewinnt US Wahl	89 Tienanmen Massaker Beijing	90 Ende Apartheid in Südafrika
81 FinM Androsch wird CA Vorstand	82 Volksbegehren gegen Konferenz- zentrum UNO- City (1,3 Mio.)	83 Ära BK Kreisky endet, Koalition SPÖ – FPÖ unter Fred Sinowatz	84 Kaufbeschluss für neue Abfangjäger	85 Intertrading Skandal und Fast- Pleite der Voest- Alpine Rücktritt des gesamten Vorstandes	86 Jörg Haider übernimmt FPÖ	87 Zweite Große Koalition SPÖ–ÖVP unter Vranitzky und Mock	88 Beginn Neuordnung der Verstaatlichten (Holdings)	89 Beitrittsantrag Österreichs an die EG	90 Schaumayer ÖNB Präsidentin
81 Dritte Rezession nach 75	82 WBO Skandal		84 Besetzung Hainburger Au		86 Franz Vranitzky löst Fred Sinowatz als BK ab				90 Schaumayer ÖNB Präsidentin
81 Österreich ers- tes assoziiertes Mitglied der ESA	82 Gadaffi in Wien								

1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
81 EUMIG Konkurs Schließung Fürstenfeld (1.800 MA)	82-83 Eröffnungen „Sparautobahn“ Wechsel, Pack, Oststeiermark	83 Papst Johannes-Paul II. besucht Steiermark		85 Schwere Erschütterung der Voest und VEW Betriebsstätten in der Steiermark	86 Krise: Großdemo Beschäftigte Verstaatlichte in Leoben	87 * Plabutschunnel als Teil A9	88 Neugründung von Böhler als eigenständiges Unternehmen	89 Lückenschluss A2 zwischen Graz und Wien	90 Stilllegung der Arland Papierfabrik
81 Arbeiterdemos in Judenburg gegen Schließungen	82 Regionalstudie Obersteiermark	83 Leykam AG stößt Niklasdorf ab		85 Gesetz zur Mursanierung in der Steiermark	86 Anti-Draken Volksbegehren in der Steiermark	87 Schließung VEW Mürrzuschlag	88 Draken landen in Zeltweg		90 Ex AK-Präsident Rechnerberger aus SPÖ ausgeschlossen
81 * ams Unterpremstätten	82 * Thermenanlage Loipersdorf	83 Therme Loipersdorf brennt ab	84 STS veröffentlicht „Fürstenfeld“	85 Ablehnung der japanischen OKI Investition in Raaba (6,5 Mrd. S)	86 Kraftwerk Mellach mit Fernwärmeleitung nach Graz	87 Einstellung Südost Tagespost			90 Noricum Prozess
81 Bandlauf VW-Bully-Allrad in Thondorf	82 * AT&S Leoben	83 Grüne im Grazer Gemeinderat		85 400 Jahre Universität Graz	86 Schneechaos im Großraum Graz	87 Stölzle Übernahme durch Grupp			90 Studie Steirisches Grenzland
81 Eröffnung ORF-Landesstudio in St. Peter	82 Ski WM Schladming			85 * Styriarte Festival	86 Eröffnung erster Steirischer Technologieparks	87 Noricum-Skandal Liezen			
						87 Einführung Steirischer Junker			

■ internationale Ereignisse ■ österreichische Ereignisse ■ steirische Ereignisse * Gründung, Geburt † Todesfall

1991 – 2000

91 Golfkrieg zur Befreiung Kuwaits	92 Bill Clinton als US Präsident gewählt	93 Rabin und Arafat schließen Oslo Abkommen	94 Völkermord in Ruanda	95 Massaker von Srebrenica	96 Proteste gegen Frankreichs Atomtest auf Mururoa	97 Tony Blair neuer Premier in UK	98 Gerhard Schröder (SPD) löst Kohl als Dt. BK ab	99 Erste NATO Osterweiterung (PL, C, H)	00 Wladimir Putin löst Boris Jelzin als Präsident Russlands ab
91 Zerfallskriege in Jugoslawien	92 Genscher tritt als Dt. Außenminister ab	93 Slowakei und Tschechien trennen sich	94 Russische Truppen in Tschetschenien	95 Dayton Abkommen beendet Krieg in Bosnien	96 Boris Jelzin erneut Präsident Russlands	97 Suchmaschine Google geht online	98 Karfreitagsabkommen in Nordirland	99 NATO bombardiert (Rest) Jugoslawien, KFOR im Kosovo	00 Y2K-Bug Computer Chaos bleibt aus
91 Putsch in Moskau, Zerfall der Sowjetunion	92 Vertrag von Maastricht begründet die EU, tritt 1993 in Kraft	93 Briefbomben Attentate in Österreich		95 Bombenanschlag Oberwart	96 Erste Wahlen zum EU Parlament in Österreich	97 Beschluss Verkauf CA an BA, diese soll privatisiert werden	98 Kyoto Protokoll zur Reduktion CO2 unterzeichnet		00 Lösung NS Entschädigungen (u.a. Zwangsarbeiter)
91 Auflösung Warschauer Pakt		93 Ausländer-Volksbegehren, „Lichtermeer“ in Wien	94 Österreich: EU Abstimmung 66% Ja Stimmen	95 Insolvenz des Konsum	96 Einführung der Autobahn-Maut	97 Viktor Klima folgt BK Vranitzky	98 Schönborn zum Kardinal	99 Lawinen Unglück Galtür	00 Sanktionen von EU Ländern gegen Österreich
91 Klestil neuer BP		93 Liberales Forum spaltet sich von FPÖ ab	94 Klestil in Israel	95 Missbrauchsskandal um Kardinal Groer	96 Franz Vranitzky löst Fred Sinowatz als BK ab	97 Franz Fuchs als Bombenattentäter gefasst	98 Schönborn ernannt, Aufarbeitung Fälle Groer und Krenn	99 NR Wahlen erbringen Ende der Großen Koalition	00 ÖVP FPÖ Koalition unter BK Wolfgang Schüssel
91 Verhandlungen mit EG	92 Wahlrechtsreform, 4% Klausel			95 Beitritt Österreichs zur EU					
91 Haider als LH in Kärnten abgewählt									

1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
91 Krieg an der steirischen Grenze	92 Höhepunkt der Arbeitslosigkeit in der Steiermark	93 Letzte Kohle im FHKW Puchstraße in Graz	94 VA Tech und VA Stahl bereiten Privatisierungen vor	95 Josef Krainer tritt als LH zurück, Waltraud Klasnic folgt	96 * Energie Steiermark AG	97 A1 Ring in Spielberg eröffnet	98 MAGNA übernimmt Steyr-Daimler-Puch	99 Fertigstellung der Südautobahn, teilweise als „Sparautobahn“	00 Fertigstellung Pyhrnautobahn in der Steiermark
91 Landtagswahl, ÖVP verliert Absolute, Gewinne FPÖ	92 SGP wird von Siemens gekauft	93 Veitscher Magnesit und Radex Heraklith fusionieren zu Veitsch-Radex	94 Management Buyout AT&S	95 EU Regionalförderungen fließen in die Steiermark	96 Norske Skog kauft Papierfabrik Bruck		98 Bergunglück in Lassing		
	92 * SFG			95 EU Regionalförderungen fließen in die Steiermark	96 † Hans List (AVL Graz)		98 * Gasleitung über die Pyhrn		
	92 * EUROSTAR			95 Privatisierung von VA-Stahl und Böhler-Uddeholm			98 Energie de France kauft 25% der Energie Steiermark		
	92 Steirische STEG geht an den Verbund			95 Gründung des steirischen Auto-cluster ACstyria			98 Sappi kauft die KNP-Leykam in Gratkorn		
	92 * Böhler-Uddeholm						98 Brau Union kauft Steirerbrau AG		

■ internationale Ereignisse ■ österreichische Ereignisse ■ steirische Ereignisse * Gründung, Geburt † Todesfall

2001 – 2010

01 Terrorangriffe auf die USA (9/11)	02 Karsai als Regierungschef in Afghanistan	03 Irakkrieg, Sturz Saddam Husseins	04 EU Osterweiterung	05 Angela Merkel folgt Gerhard Schröder als Dt. BK	06 Proteste gegen Mohammed Karikaturen in französischem Magazin	07 Verpflichtung der EU zur Verringerung der Treibhausgase bis 2020	08 Bankhaus Lehman pleite, Finanzsystem droht Kernschmelze	09 Barack Obama als US Präsident vereidigt	10 Vulkan Ejaftallajökull legt Flugverkehr in Europa lahm
01 George W. Bush US Präsident	02 USA errichtet Gefangenenerlager in Guantanamo	03 Erste SARS Pandemie hat Ursprung in China	04 Tsunami fordert über 200.000 Opfer	05 † Papst Johannes-Paul II, ihm folgt Benedikt XVI	06 Israel Krieg gegen Hisbollah im Libanon	07 Nicolas Sarkozy Präsident in Frankreich, Gordon Brown löst Tony Blair als PM in UK ab	08 Dimitri Medwedew Russischer Präsident, Putin Premier	09 Weltweite Wirtschaftskrise, erstmals seit 60 Jahren Gesamtkontraktion	10 Neuer START Vertrag zur Abrüstung
01 „War on Terror“	02 Einführung des EURO als Bargeld	03 Raumfähre Columbia zerbricht	04 Putin als Präsident bestätigt	05 COMET Programm in Österreich eingeführt	06 BAWAG Affäre, Schulden zwingen zum Verkauf der Gewerkschaftsbank an US-Fonds			09 Schwere Rezession in Österreich, Einbruch des BIP um -3,9 %	10 Rücktritt Timoschenkos in der Ukraine
01 Einmarsch in Afghanistan	02 FPÖ Parteitag in Knittelfeld, Bruch der Koalition, Neuwahlen im November mit Einbruch der FPÖ	03 Raumpfähre Columbia zerbricht	04 NATO Erweiterung umfasst Baltische Staaten	05 Jörg Haider gründet das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ)		07 Große Koalition unter BK Alfred Gusenbauer	08 Werner Faymann löst Alfred Gusenbauer als BK ab	09 Verstaatlichung Hypo Alpe Adria Bank (Abwicklung 2014)	10 Heinz Fischer neuerlich BP
01 erster BSE Fall in Österreich			04 † BP Thomas Klestil , Nachfolger Heinz Fischer						
01 Liberalisierung Strommarkt, Wahlfreiheit der Kunden		03 Regierung Schüssel II			06 SPÖ gewinnt Wahlen				

2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
01 Einrichtung des Zukunftsfonds Steiermark 01 * Nanonet Styria 01 * STEWEAG-STEAG GmbH (SSG)		03-05 Vollständige Privatisierung der voestalpine 03 Graz Kulturhauptstadt, Sigfried Nagl folgt Alfred Stingl (seit 1985) als Grazer Bürgermeister 03 * Güterterminal Werndorf	04 Scheitern des Red Bull Projekts I in Spielberg 04 * zweite Röhre Plabutschunnel 04 Turbulenzen in ESTAG, Vorstände (u.a. Ex-LR Gerhard Hirschmann) suspendiert, Rücktritt LR Herbert Paierl	05 Waltraud Klasnic tritt als LH nach verlorener Wahl zurück, Franz Voves (SPÖ) folgt 05 Gründung des Internationalisierungszentrums Steiermark (ICS)	06 * voestalpine Schienenwalzwerk in Donawitz 06 VA Tech verkauft in Weiz Transformatoren an Siemens und Hydro an Andritz 06 Einstellung letzter steirischer Kohleförderung	07 Vollausbau der A2 von Wien bis zur Staatsgrenze Arnoldstein 07 Einführung S-Bahn im Großraum Graz	08 Steirisches Gesamtverkehrskonzept	09 Spatenstich Koralmtunnel	10 Fertigstellung S 35 Brucker Schnellstraße 10 SPÖ und ÖVP bilden im Land eine Reformpartnerschaft

■ internationale Ereignisse ■ österreichische Ereignisse ■ steirische Ereignisse * Gründung, Geburt † Todesfall

2011 – 2020

11 Explosion Atomkraftwerk Fukushima nach Tsunami

11 „Arabischer Frühling“ erschüttert viele Länder, Bürgerkriege in Libyen und Syrien

11 † Osama Bin Laden

11 † Otto Habsburg

12 Euro-Schulden-Krise erfordert ESM Schutzschirm. Griechenland im Zentrum

12 Putin, Xi Jinping und Obama neue – alte Präsidenten

12 Ausweitung Bürgerkrieg Syrien

12 U-Ausschuss Strasser (später verurteilt) und Grasser im Fokus

12 Österreich verliert Triple A Rating

13 Ukraine: Maidan-Proteste gegen Russland- kurs Präsident Janukowitsch

13 Militärputsch in Ägypten

13 Abdankung Papst Benedikt XVI, Franziskus I folgt

13 NR-Wahl, Verluste für Große Koalition, Faymann bleibt BK

14 Regierungswechsel in Kiew, Westkurs und Demokratie

14 Invasion und Annexion der Krim durch Russland

14 Demos und Besetzungen Russischer Separatisten im Donbas

14 EZB senkt Zinssatz praktisch auf 0

15 Flüchtlingskrise in Europa

15 Dieselgate VW

15 Klimakonferenz in Paris

15 Terroranschlag bei Charlie Hebdo

15 Einrichtung Bilddirektionen

15 ÖIAG wird zur ÖBIB

15 ELGA (elektron. Gesundheitsakte) startet

16 Wahl Donald Trump zum US Präsidenten

16 Brexitreferendum: UK verlässt EU

16 Islamistische Anschläge in Nizza, Brüssel und Berlin

16 16 Alexander v.d. Bellen neuer BP nach wiederholter Stichwahl

16 Rücktritt BK Werner Faymann, Nachfolger Christian Kern

17 Serben General Mladic als Kriegsverbrecher verurteilt

17 OSZE Vorsitz Österreichs

17 Vorsitz ÖVP wechselt zu Sebastian Kurz,

17 Baustart Murkraftwerk Graz und S 7 nach FÜRstenfeld

17 Steiermark neuerlich mit höchster Forschungsquote in Österreich

18 Trump trifft Kim Jong-Un ohne Ergebnis

18 CDU und SPD formen Große Koalition unter BK Angela Merkel

18 Bgm. von Wien Michael Häupl übergibt an Michael Ludwig

18 Dritte EU Ratspräsidentschaft Österreichs nach 1998 und 2006

18 Baubeschluss Edelstahlwerk von Böhler in Kapfenberg

18 Investitionsboom durch starke Konjunktur

19 Ibiza Affäre führt zu Rücktritt VK Heinz Strache und Entlassung Herbert Kickl als Minister

19 Erster erfolgreicher Missbrauchsantrag (186.) gegen eine Regierung nach 1945

19 Expertenregierung Bierlein Juni 19-Jan. 20

19 ÖVP gewinnt Neuwahl

19 ÖVP gewinnt Landtagswahlen, Koalition ÖVP - SPÖ

19 Fertigstellung Murkraftwerk Graz mit Begleitkanal

20 Welt im Griff von SARS-Cov-19

20 Massenproteste in Belarus

20 UK verlässt EU

20 Covid-19 Pandemie: Lockdowns 16.3. und 17.11., BIP -6,4 %

20 ÖVP – Grüne Koalition unter BK Sebastian Kurz

20 Zusammenführung 21 SV Träger auf 5

20 Das Land lernt die Bewältigung einer Pandemie

2011

2012

2013

2014

2015

2016

2017

2018

2019

2020

11 * Neuer Red Bull Ring in Spielberg

12 Spatenstich Semmering Basistunnel

12 Beginn Strukturreform Bezirke mit Murtal (Knittelfeld + Zeltweg),

13 drei neue Bezirke: Bruck-Mürzzuschlag, Hartberg-Fürstenfeld, Südoststeiermark

14 Erstellung des Landesbudgets 2015 auf Grundlage der DOPPIK (doppelte Buchhaltung)

15 Flüchtlingsschleife an der Steirischen Grenze

15 Wahlen Verluste Reformpartner, Hermann Schützenhöfer (ÖVP) löst Franz Voves als LH ab

15 Einsturz Brücke in Frohnleiten

15 Sprengung Kraftwerk Voitsberg

2021 – 2025

21 Sturm aufs Kapitol

21 Joe Biden als Präsident der USA vereidigt

21 BK Angela Merkel tritt ab, Olaf Scholz folgt

21 Cov19 Impfkampagne

21 „Anti Corona“ Kundgebungen

21 Rücktritt BK Kurz, es folgen Alexander Schallenberg und Karl Nehammer

22 Russland überfällt die Ukraine, Sanktionsregime des Westens

22 Energieschock fördert Inflation

22 EZB verlässt Nullzinspolitik

22 † Elizabeth II

22 Einführung Cov19 Impfpflicht, fördert Proteste

22 Lieferkettenengpässe nach Ende Pandemie

22 Christopher Drexler folgt Hermann Schützenhöfer als LH

23 Finnland tritt NATO bei

23 Dt. Atomkraftwerke abgeschaltet

23 Terrorüberfall der Hamas in Israel löst umfassenden Krieg aus

23 Inflation in Österreich klettert über 11 %, Zinsen steigen

23 Parlament in Wien wiedereröffnet

23 Rezession, hohe Energiepreise und Lohn-Preis-Spiralen bringen steirische Industrie unter Druck

24 Nach dem Scheitern der Sommeroffensive gerät Ukraine unter Druck

24 Schweden tritt NATO bei

24 NR-Wahl sieht erstmals FPÖ als stärkste Partei

24 Erstmals seit dem Krieg zwei Rezessionsjahre hintereinander

25 Erste Drei-Parteien-Regierung unter BK Stocker

2021

2022

2023

2024

2025

24 Freigabe S 7 Ilz - Fürstenfeld

24 Krise der Automobilindustrie trifft Magna in Graz

24 Bau des Center of Physics von TU und Uni Graz

25 175 Jahre WK Steiermark

■ internationale Ereignisse

■ österreichische Ereignisse

■ steirische Ereignisse

* Gründung, Geburt

† Todesfall

■ internationale Ereignisse

■ österreichische Ereignisse

■ steirische Ereignisse

* Gründung, Geburt

† Todesfall

81

A stylized graphic consisting of two vertical white-outlined rectangles and a white-outlined circle, positioned behind the title text.

Infrastruktur und Erreichbarkeit

Die Lebensadern der Steiermark

Robert Steinegger, Michael Janisch

Einleitung

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatte Österreich im Vergleich zu anderen europäischen Ländern einen deutlichen Rückstand beim Ausbau der Bahninfrastruktur. Die Steiermark war – und ist bis heute – aufgrund ihrer Topografie benachteiligt, was die verkehrstechnische Erschließung betrifft. Dieser natürliche Standortnachteil erschwerte die wirtschaftliche Entwicklung. Ein entscheidender Antrieb für die Planung und den Bau der Südbahn war der zunehmende Welthandel im Zuge der Industrialisierung. Franz Xaver Riepl sowie Erzherzog Johann spielten eine zentrale Rolle als Impulsgeber für den Bahnausbau. Erzherzog Johann erkannte früh – inspiriert durch Entwicklungen in England – die Bedeutung der Eisenbahn für industriellen Fortschritt und allgemeinen Wohlstand. Im Jahr 1857 wurde schließlich die Südbahnstrecke von Wien nach Triest eröffnet. Sie verlief über den Semmering, Bruck an der Mur und Graz durch die Steiermark. Die Erreichbarkeit ist heute mehr denn je ein wesentlicher Faktor für die ökonomische Entwicklung eines Bundeslandes – das gilt besonders für eine Region wie die Steiermark, die durch ihre Topografie (Alpenraum, Täler) strukturell noch immer benachteiligt ist. Dabei sind neben den Verkehrswegen auch der Zugang zu Datenhighways bzw. der Glasfaserausbau wichtig für die unternehmerische Produktivität.

Gute Verkehrsverbindungen (Straße, Schiene, Luftfahrt) ermöglichen effiziente und kostengünstigere Importe und Exporte von finalen und intermediären Gütern bzw. Vorleistungsprodukten. Da die Steiermark keine größeren Märkte in Ihrer näheren Umgebung hat, ist eine infrastrukturelle Anbindung an nationale und internationale Ballungsräume von entscheidender Bedeutung. Die Begriffe Infrastruktur und Erreichbarkeit sind also ein wichtiger Teilaspekt der Leistungsfähigkeit der steirischen Unternehmen, die im nationalen und internationalen Wettbewerb stehen. Die Anbindung an große Wirtschaftszentren ist zudem essenziell für exportorientierte Unternehmen – besonders in Industriebranchen.

Aber auch auf regionaler Ebene sind auspendelqualitative Distanzen für die arbeitende Bevölkerung ein Standortvorteil. Die Trennung von Wohn- und Arbeitsort wird erst durch funktionierende Mobilitätslösungen ermöglicht.

Wie volkswirtschaftliche Untersuchungen zeigen, spielt sich die wirtschaftliche und demografische Dynamik vorwiegend im Umkreis höherrangiger Verkehrsverbindungen ab. So arbeiten in Österreich etwa 70% der Beschäftigten in einer Arbeitsstätte, die weniger als 5 km (Luftlinie) von einer hochrangigen Straßenverbindung entfernt liegt. Die Bildung regionaler Zentren und städtische Entwicklungen bzw. Siedlungsräume gehen zudem einher mit leistungsfähigen Anschlüssen an das Eisenbahnnetz.

Die Steiermark hat im Infrastruktur- und Mobilitätsbereich in den letzten Jahrzehnten einiges an positiven Entwicklungen vorzuweisen:

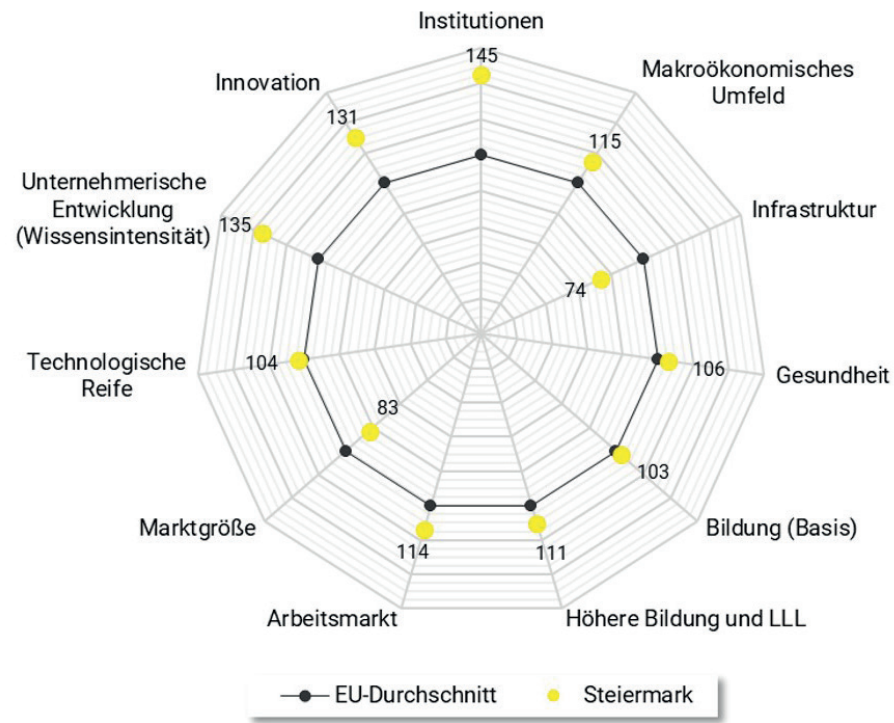
- Es gibt mit der A9, der A2 sowie den Schnellstraßen ein leistungsfähiges Autobahnnetz, das seit dem zweiröhrigen Ausbau des Gleinalmtunnels auch als relativ sicher zu betrachten ist.
- Die S-Bahnverbindungen in vielen Regionen und speziell in Richtung Graz haben sich gut entwickelt, wie auch die Nutzerzahlen nahe legen. Schnellbuslinien verbinden die regionalen Zentren.
- Mit der sbidi und der Umsetzung der steirischen Breitbandstrategie ist es gelungen, den nationalen und internationalen Rückstand im Bereich Glasfaserinternet schrittweise aufzuholen.
- Die Steiermark ist Teil der Baltisch-Adriatischen Achse und auch die Pyhrn-Schober-Achse wurde nunmehr in das TEN-Kernnetz aufgenommen.

Dennoch fehlen noch Projekte wie die B68 oder B70 im Landesstraßenbereich bzw. stößt die A9 südlich von Graz an die Kapazitätsgrenzen und der Ausbau der S36/S37 wurde erneut verzögert. Auch im Schienenbereich gibt es noch viel zu tun (Stichwort Bosruck-Eisenbahntunnel, Graz – Bruck/Mur bzw. auch im Bereich der Regionalbahnen).

Einige historische Anmerkungen

- Anfang des 19Jh hatte Österreich einen Rückstand bei der Bahninfrastruktur.
- Die Steiermark war und ist topografisch bedingt benachteiligt bei der Erreichbarkeit (natürlicher Standortnachteil).
- Treiber für Bauplanungen der Südbahn war der (Welt-)Handel i.V. mit der Industrialisierung.
- Franz Xaver Riepl und **Erzherzog Johann** als Impulsgeber (er sah die Bedeutung der Eisenbahn für industriellen Aufschwung und Wohlstand in England).
- **1857 – Südbahn von Wien nach Triest** verläuft über den Semmering, Bruck und Graz **durch die Steiermark**.

Regionale Wettbewerbsfähigkeit

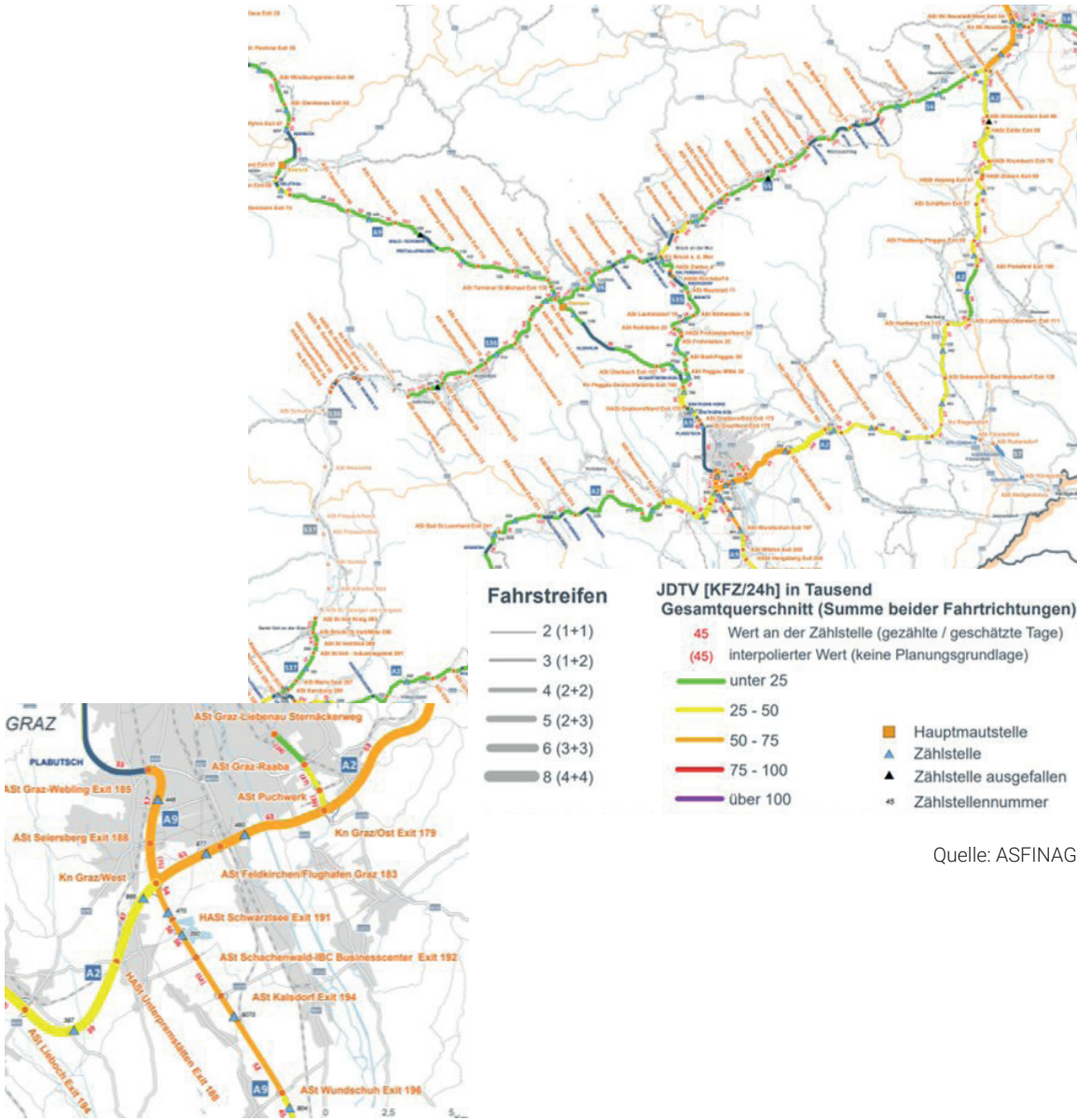


Quelle: Europäische Kommission, Regional Competitiveness Index

- Der Wettbewerbsindex der Europäischen Kommission zeigt unterdurchschnittliche Performance bei Infrastruktur und Marktgröße.
- Diese Aspekte sind auf den natürlichen Standortnachteil der Steiermark (Randlage, Topografie) und dem mangelnden Ausbau von hochrangigen Verkehrsachsen zurückzuführen.

Bau der Autobahnen/Schnellstraßen in der Steiermark ASFINAG – Autobahnnetz und Belastung 2020

- A9 – Pyhrnautobahn – 1971 bis 2004 (2017)
 - Entlastung der Gastarbeiterroute
 - Gleinalmtunnel 1. Röhre 1978, 2. Röhre 2017
- Plabutschtunnel – 27.06.1987
- A2 – Südautobahn Ende 1960er bis 2007 ;
erstes Teilstück 1969 zwischen
Gleisdorf und Raaba (heutiger Knoten Graz-Ost)
- S35 – 1972 bis 2010
- S6 – 1974 bis 2004
- S36 – 1977 bis 1988 (St. Michael – Judenburg)
- S36 Neubau;:
 - St. Georgen – Unzmarkt: Freigabe 2000
 - Judenburg – St. Georgen (UVP) – Bauaviso: 2029-2034
- S7 – 2017 bis 2025
- A9 – dritte Spur, S37 – Planungen ?



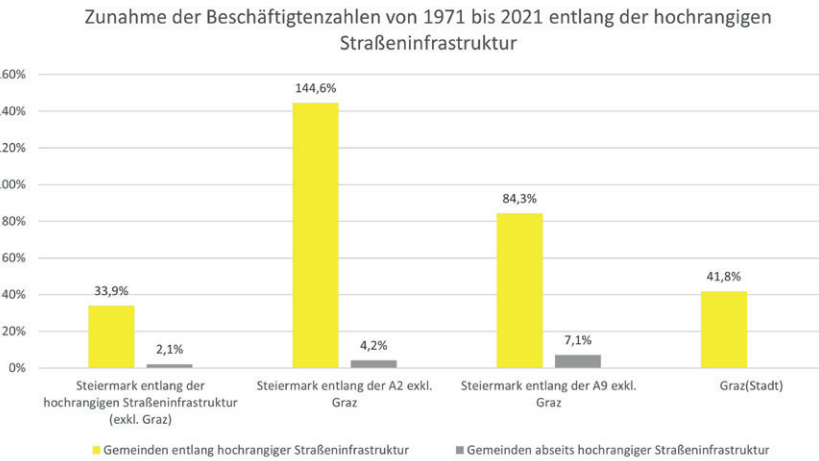
Quelle: ASFINAG

Zur Bedeutung von hochrangigen Straßen in Österreich

- Nach den Ergebnissen einer kleinräumigen Analyse des WIFO (2017) **arbeiten in Österreich etwa 70% der Beschäftigten in einer Arbeitsstätte, die weniger als 5 km (Luftlinie) von einer hochrangigen Straßenverbindung entfernt liegt**,
- und etwa 60% aller Arbeitsstätten liegen innerhalb dieser Distanz.
- Im **weiteren Nahebereich (Luftlinie bis 20 km) arbeiten 91,5% der Beschäftigten**, während in diesem Radius 88,4% der Arbeitsstätten angesiedelt sind.
- Lediglich 8,5% der Arbeitsplätze und 11,6% der Arbeitsstätten liegen außerhalb dieses Radius von 20 km.
- Österreich verfügt somit über ein gut ausgebautes Netz an hochrangigen Straßen, in dessen Nähe ein großer Teil der Arbeitsplätze bzw. Arbeitsstätten des Landes liegt.

Quelle: Philipp Piribauer, Peter Huber (2017), Langfristige Beschäftigungseffekte des hochrangigen Straßennetzes in Österreich. WIFO. Wien

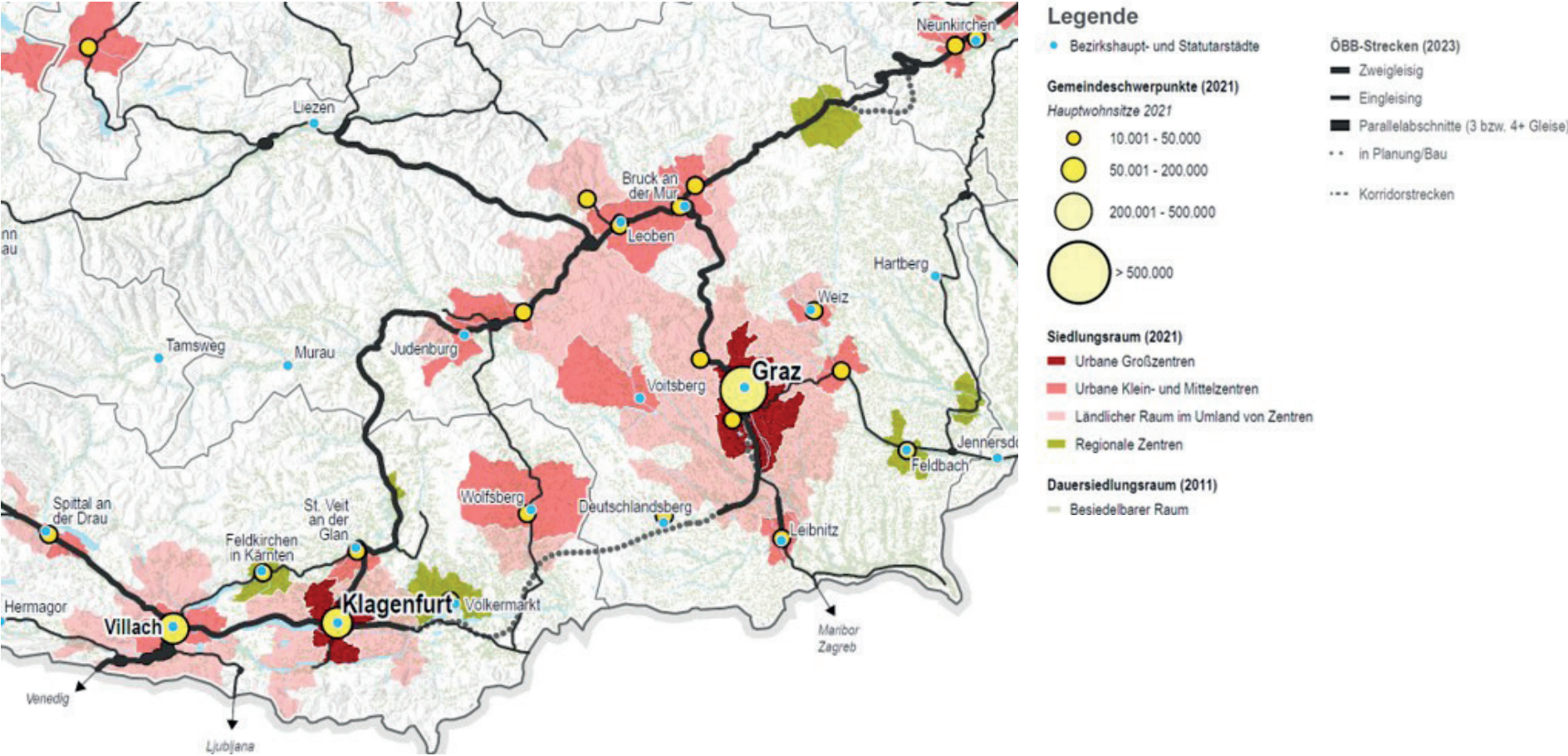
Zunahme der Beschäftigtenzahlen entlang der hochrangigen Straßeninfrastruktur 1971-2021 in der Steiermark



Quelle: IWS, eigene Darstellung und Berechnung auf Basis Statistik Austria

- Die Zunahme der Beschäftigtenzahlen in Gemeinden entlang der A2 ohne Graz beträgt von 1971 bis 2021 durchschnittlich +144,6 %.
- In Gemeinden entlang der A9 ohne Graz beträgt die Zunahme 84,3 %, entlang sämtlicher hochrangiger Straßeninfrastruktur beträgt die Zunahme 33,9 %.
- Die Beschäftigtenzahlen in der Stadt Graz sind im selben Zeitraum um 41,8 % gewachsen.

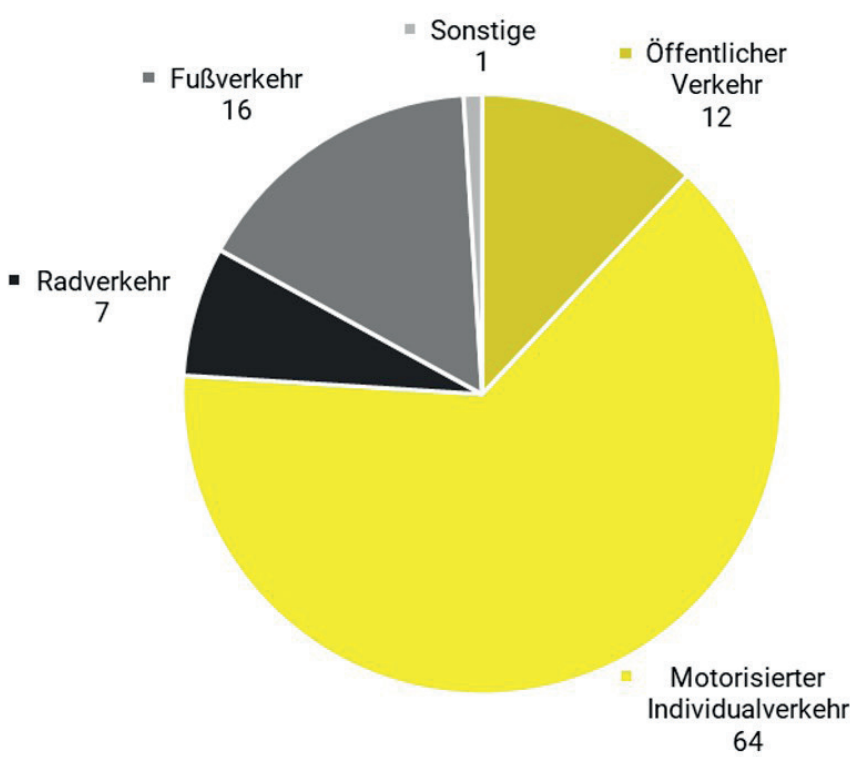
ÖBB-Bahnnetz in Südösterreich und Siedlungsraumentwicklung*



Quelle: ÖBB Infrastruktur AG

* gemäß der Urban-Rural-Typologie der Statistik Austria (2021)

Modal Split – Steiermark



Quelle: Land Steiermark (2024), Mobilitätsstrategie Steiermark 2024+

- Der motorisierte Individualverkehr ist das Hauptverkehrsmittel in der Steiermark. Der Straßenerhalt- und gezielte Ausbau von ausgewählten höherrangigen Straßen hat daher eine hohe Priorität.
- Immerhin werden 12% aller Wege mit öffentlichen Verkehrsmitteln bewältigt.

Prioritäre Ausbauvorhaben, die umzusetzen sind

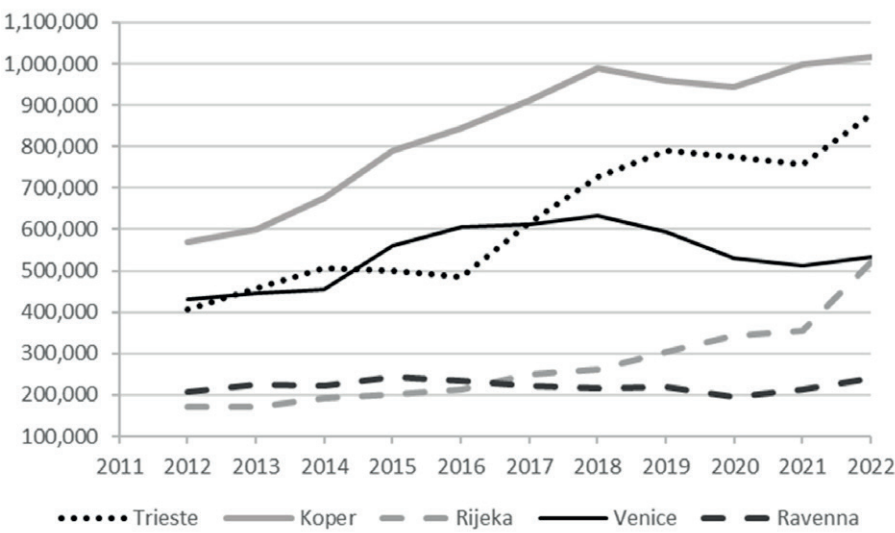
Straße – ASFINAG und Land

- A9: dritte Spur zwischen Graz und Wildon bzw. Spielfeld
- S36 und Lückenschluss S37
- Durchgängige Autobahn von Judenburg bis Scheifling und weiter nach Klagenfurt
- B68 Feldbacher Straße von Gleisdorf nach Feldbach
- B70 Packer Straße

Schiene – ÖBB - Rahmenplan

- Bau eines flachen Bosruck-Eisenbahntunnels in der langen Variante mit zwei Röhren
- Ausbau des Graz - Bruck/Mur mit zwei zusätzlichen Gleisen
- Graz – Werndorf-Spielfeld: zweigleisiger Ausbau
- Steirische Ostbahn (Elektrifizierung und Beschleunigung durch Neubaustrecke Graz – Gleisdorf)
- Konzepte zur Anbindung von Hartberg in Planungen mit aufnehmen
- Anbindung des Flughafen Graz an die Koralmbahn
- Übergangslösungen für Anbindung der S-Bahn-Bahnhof mittels „People-Mover“
- Reattraktivierung der Lavanttalbahn von Zeltweg bis Wolfsberg für den Personenverkehr und somit Anschluss an die Koralmbahn herstellen.

Containervolumina bedeutender Adriahäfen in TEUs*



Quelle: Hess et al. (2024), Assessment of the Position of North Adriatic Terminals in Container Market Based on Different Indices, Faculty of Maritime Studies, University of Rijeka and University of Zadar.

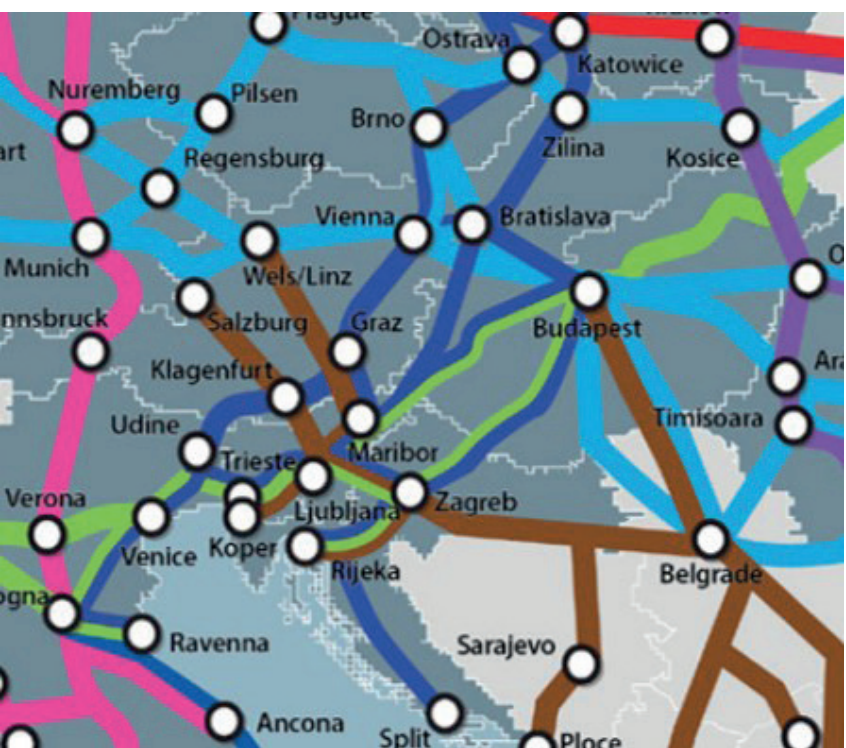
* Twenty-foot Equivalent Units

- Die Erreichbarkeit der adriatischen Seehäfen über die Schiene ist für die Steiermark ein bedeutender Wettbewerbsfaktor.
- Koper, Trieste und Rijeka haben beim Containervolumen bedeutende Wachstumsraten hingelegt.

Europäische Transportkorridore für die Steiermark



Quelle: Europäische Kommission



BALTIC SEA - ADRIATIC SEA (mit Koralmbahn, Semmering)

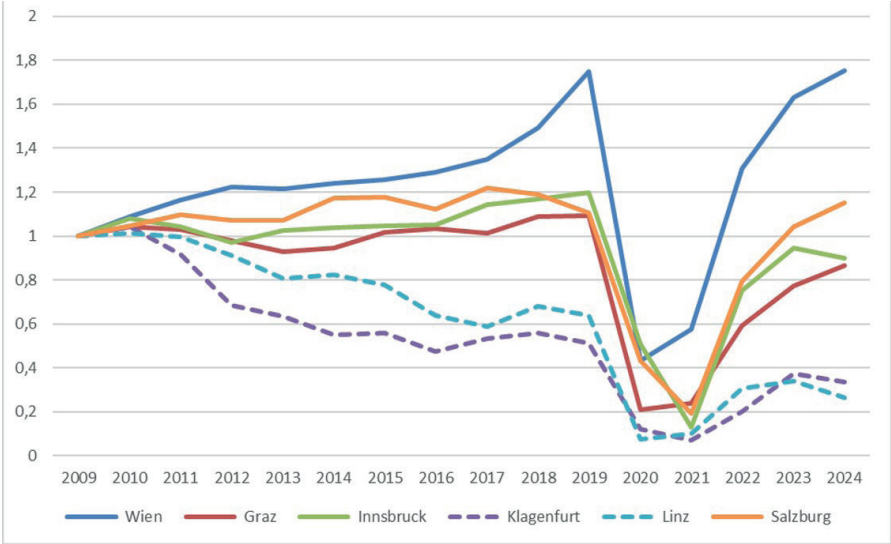
WESTERN BALKANS – EASTERN MEDITERRANEAN (mit Pyhrn- und Tauernachse)

Flughafen Graz

- 1914 – Beginn als Militärflughafen
- 1958 nahm die AUA ihren Flugbetrieb in Graz und den Flughafen in das Linienflugprogramm auf
- Eröffnung des neuen Flughafengebäudes im Jahr 1994.
- Errichtung des Parkhauses, Verlängerung der Start- und Landebahn auf 3.000 Meter sowie Eröffnung des neuen Towers (1996 – 2004).
- Eröffnung der neuen Abflughalle im Jahr 2005.
- Überschreitung der magischen Grenze von 1 Mio. Passagieren im Jahr 2008.
- Bau des dritten Rollweges C im Jahr 2012, durch welchen eine optimale Pistennutzung zur schnelleren Abwicklung des Verkehrs ermöglicht wird.
- Frankfurt, München, Berlin; zwischenzeitlich waren auch London, Istanbul oder Amsterdam im Programm. Funktion ist aber weitgehend Zubringer zu Drehkreuzen.
- Relativ gute Passagierentwicklung bis 2020, recovery nach Covid ist geglückt.
- ? Flughafen-Haltestelle Koralmbahn ?

Quelle: Flughafen Graz

Flughafen Graz – Entwicklung im Vergleich
(Index: 2009 = 1)



Quelle: Statistik Austria, kommerzielle Zivilluftfahrt

- Der Flughafen Graz hatte bis zur Covid-Pandemie eine solide Entwicklung vorzuweisen.
- Der „Erholungsprozess“ ist im Gange, im Vergleich mit Linz und speziell mit Klagenfurt ist die Entwicklung positiv zu sehen.
- Wien hat ein Alleinstellungsmerkmal und Salzburg bzw. Innsbruck haben eine ähnliche relative Entwicklung bei den Passagierzahlen wie Graz vorzuweisen.

Zivile Luftfahrt – Flughafen Graz im Vergleich
Passagierzahlen 2009 – 2024

	Wien	Salzburg	Innsbruck	Graz	Linz	Klagenfurt
2009	18.101.829	1.552.154	956.972	948.380	682.945	410.021
2010	19.682.590	1.625.842	1.033.512	989.959	692.039	426.935
2011	21.096.398	1.700.983	997.020	976.414	679.220	376.198
2012	22.165.733	1.666.487	930.850	930.448	623.383	280.434
2013	21.999.820	1.662.834	981.118	881.565	549.961	259.336
2014	22.482.884	1.819.520	991.356	897.171	561.295	225.842
2015	22.774.878	1.828.309	1.001.255	963.187	529.846	228.922
2016	23.350.452	1.739.288	1.006.696	981.706	435.468	194.989
2017	24.392.129	1.890.164	1.092.547	958.848	402.007	218.281
2018	27.037.317	1.844.468	1.119.347	1.030.929	464.586	228.372
2019	31.661.727	1.717.991	1.144.541	1.036.925	436.024	209.434
2020	7.813.743	669.790	487.437	199.510	51.306	49.395
2021	10.405.815	299.845	125.495	226.561	68.509	29.577
2022	23.682.133	1.229.495	721.412	561.375	207.766	82.760
2023	29.533.040	1.614.601	906.655	733.146	232.911	153.536
2024	31.719.516	1.787.169	862.202	819.273	180.485	137.844

Quelle: Statistik Austria, kommerzielle Zivilluftfahrt

Breitbandausbau Steiermark

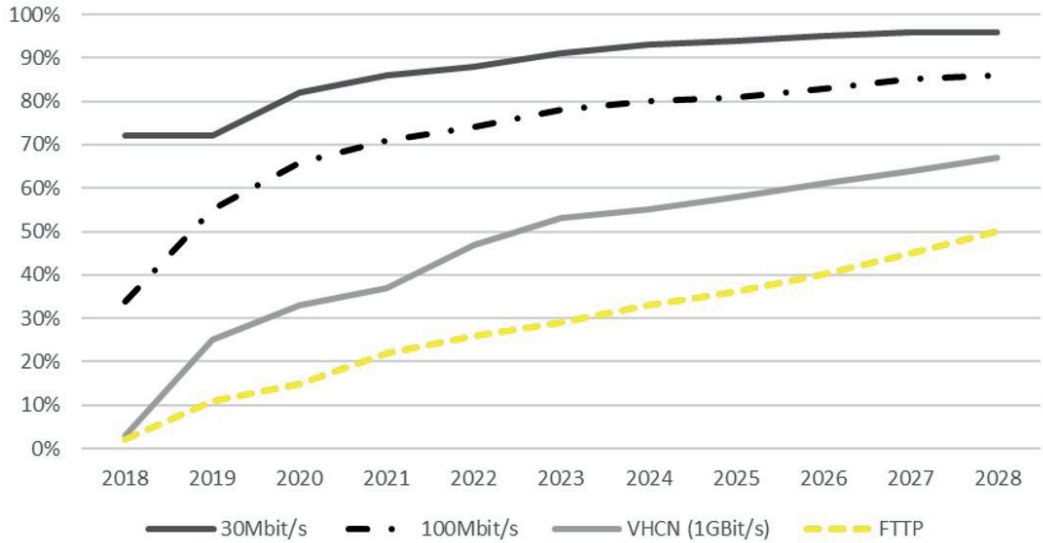


- Das erste Telefonnetz in der Steiermark wurde im Jahr 1882 in Graz eingerichtet.
- 1960er–1980er: Selbstwählverkehr & Mobilfunk
 - 1974: Das B-Netz war das erste mobile-Funktelefonnetz.
 - Die ersten Mobiltelefone gab es 1974 nur als Autotelefon.
- 1990er: Digitalisierungsschub und Internet
- 2000er: Breitband-Internet & 3G
- 2010er: Glasfaser, 4G & Digitalisierung; Highway 2020 und Breitbandstrategie des Landes Steiermark; 2018 Gründung der Steirischen Breitbandinfrastrukturgesellschaft (Sbidi).
- 2020er: Aufholprozess bei Glasfaser eingeleitet durch Mittel aus Breitbandmilliarde und Initiativen der Sbidi; Etablierung Mobilfunkstandard 5G; aber aufgrund Topografie immer noch Standortnachteile bei Glasfaser

Bildquelle: Stmk. Landesarchiv

Aufholbedarf auf dem Weg zu „High Capacity Networks“

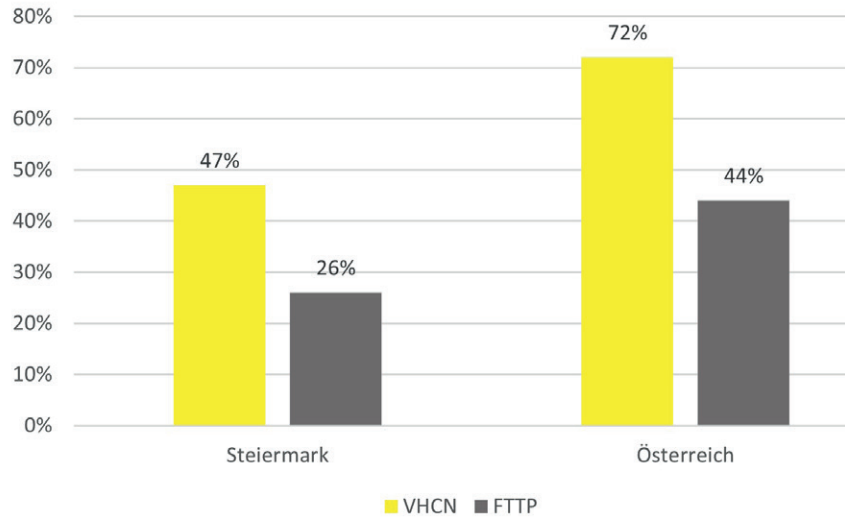
Breitbandversorgung Steiermark - Haushalte



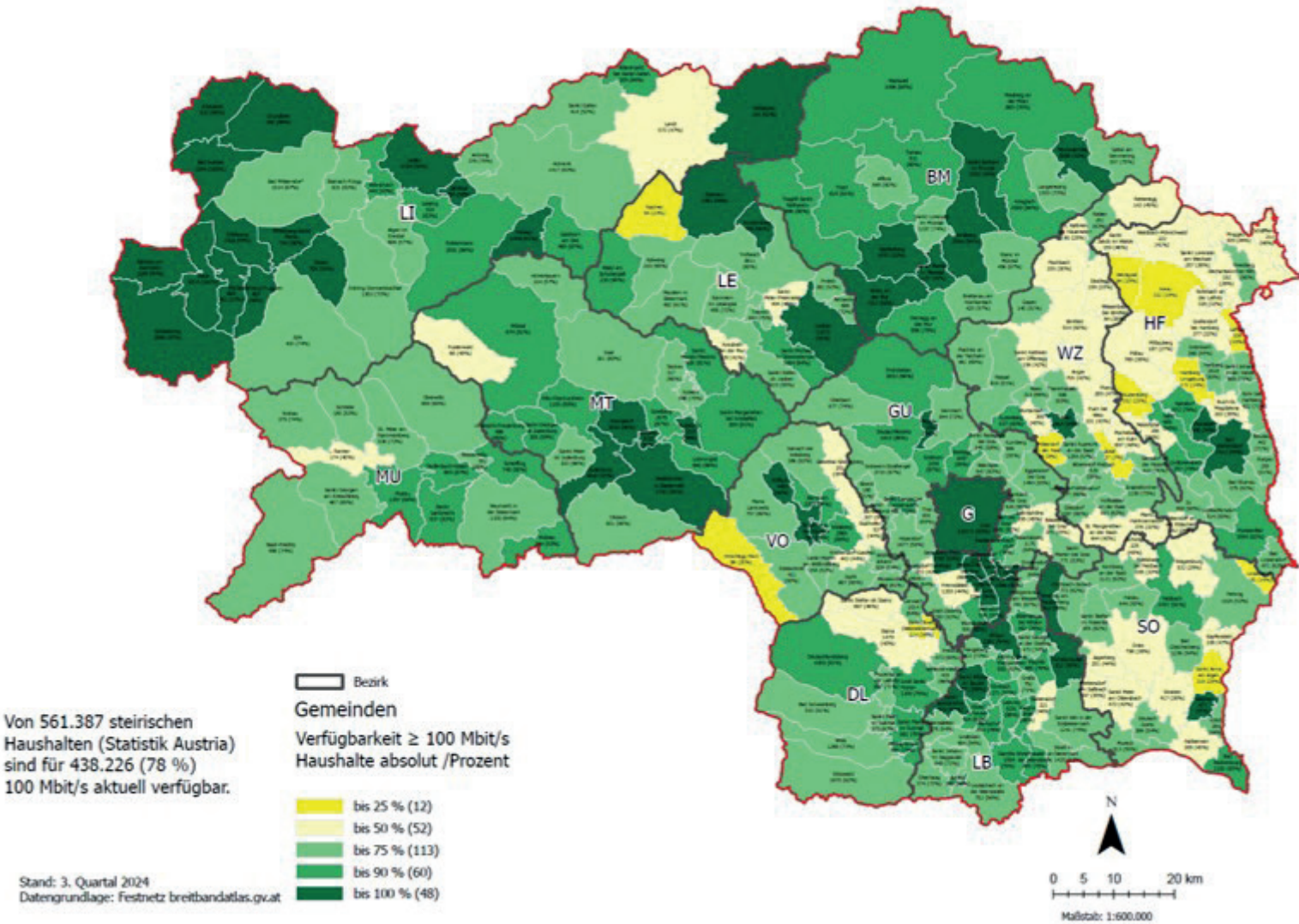
VHCN = Very high capacity networks (Technologie-offen)
FTTP = Fiber to the premise (Glasfaser)
2025 – 2028 = Prognose

Quelle: Land Steiermark, sbidi

Zugang der Haushalte zu Hochleistungsnetzen (2022)

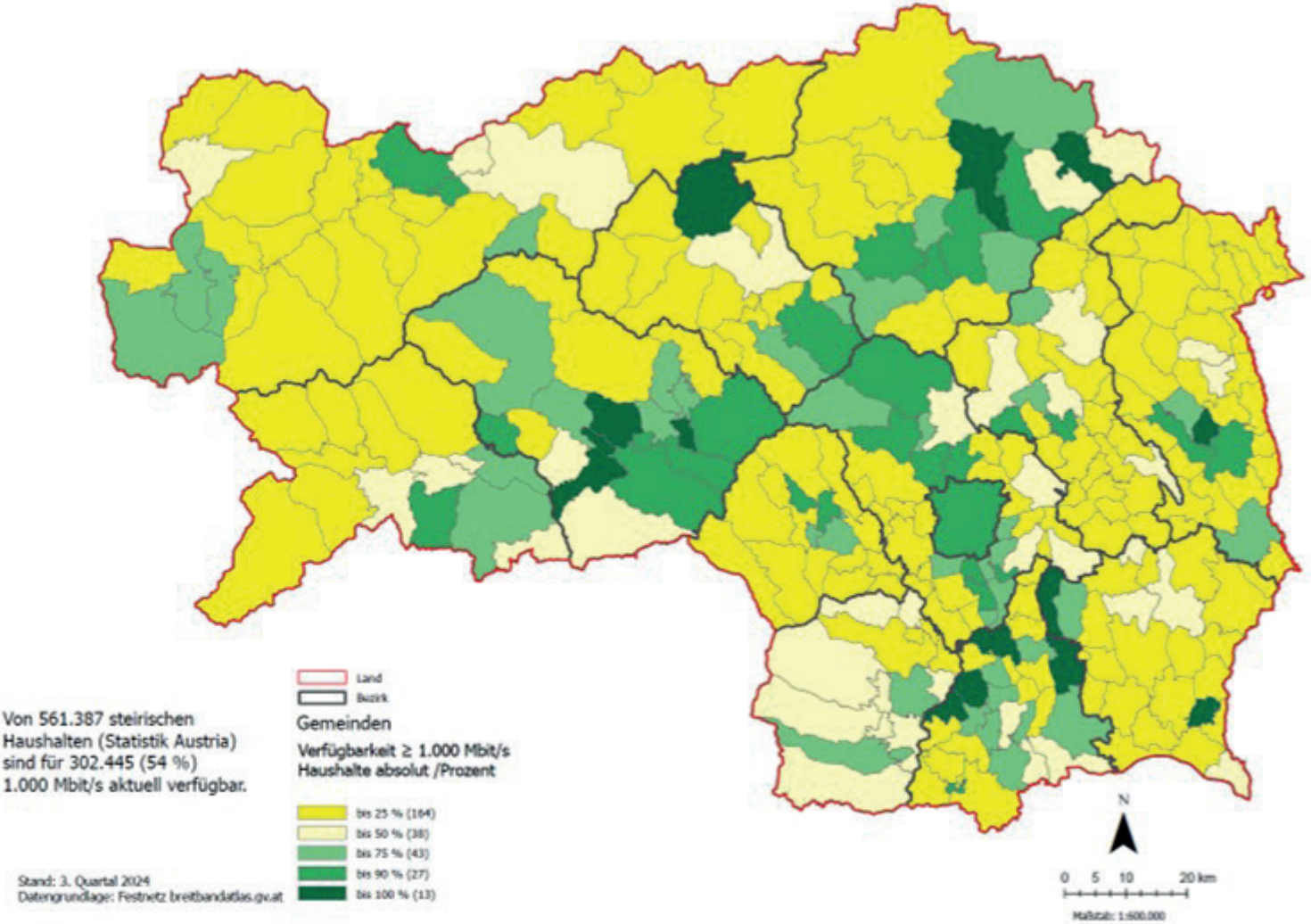


Haushalte mit mindestens 100 Mbit/s



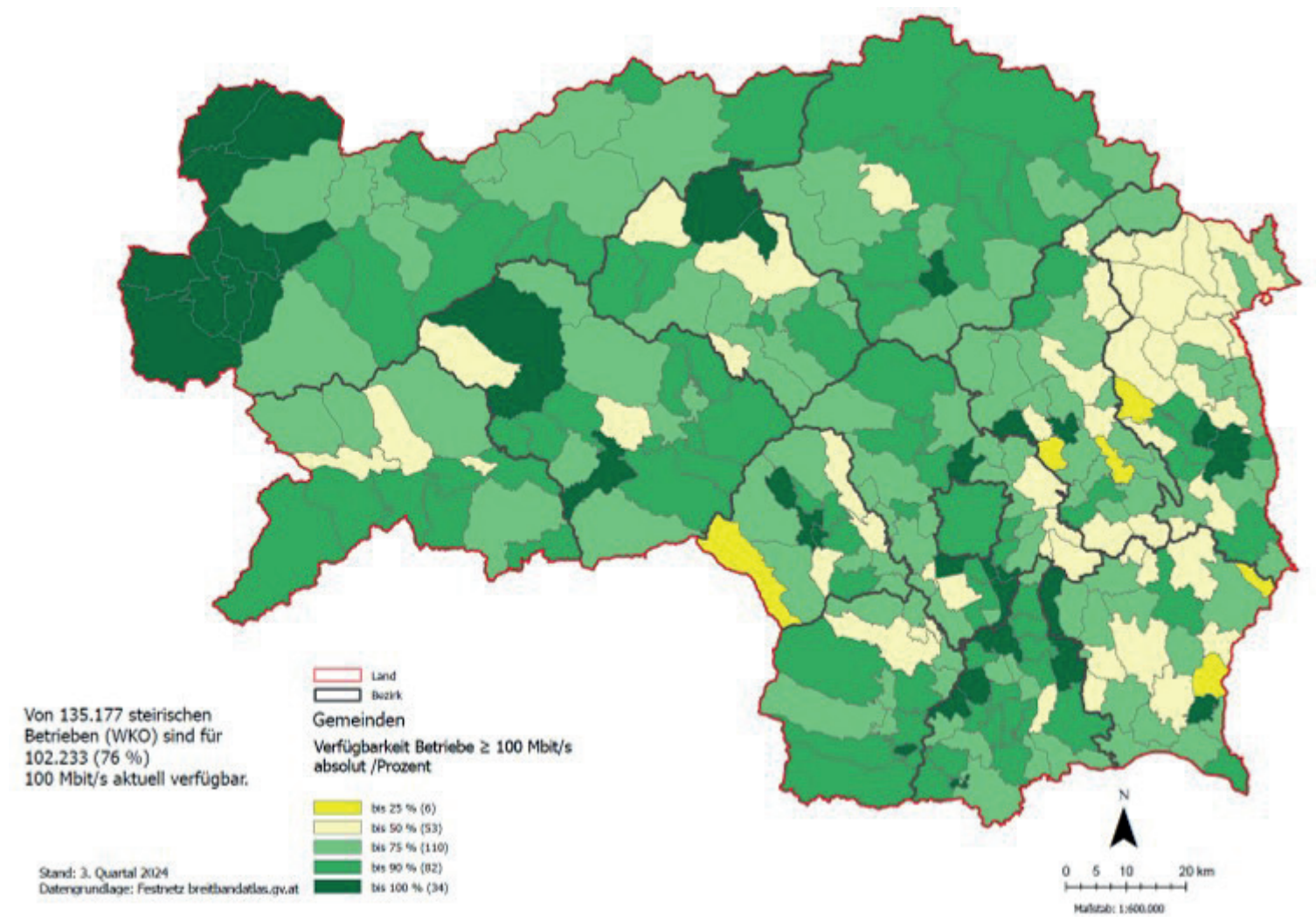
Quelle: Land Steiermark, sbidi

Haushalte mit mindestens 1.000 Mbit/s



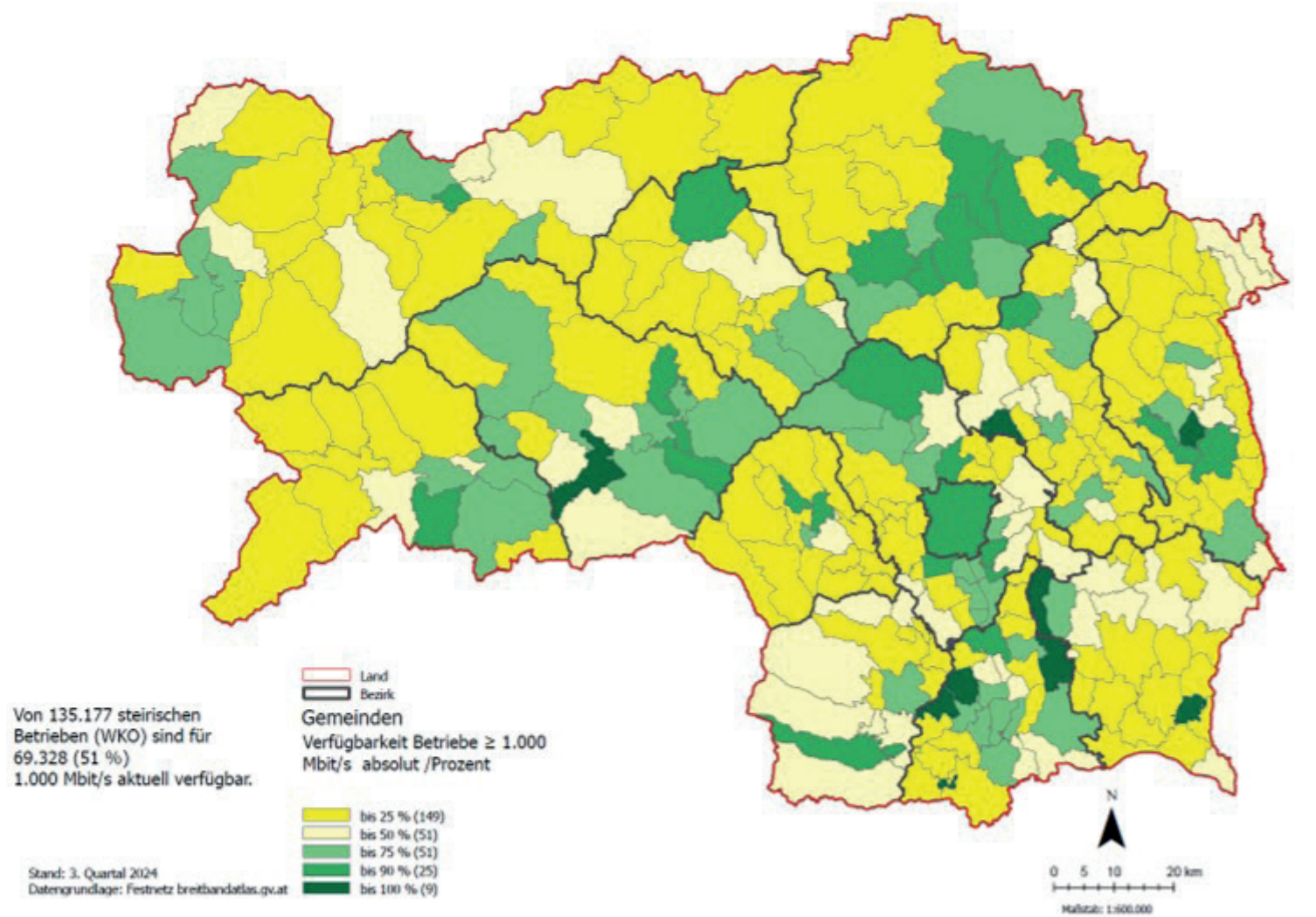
Quelle: Land Steiermark, sbidi

Betriebe mit mindestens 100 Mbit/s



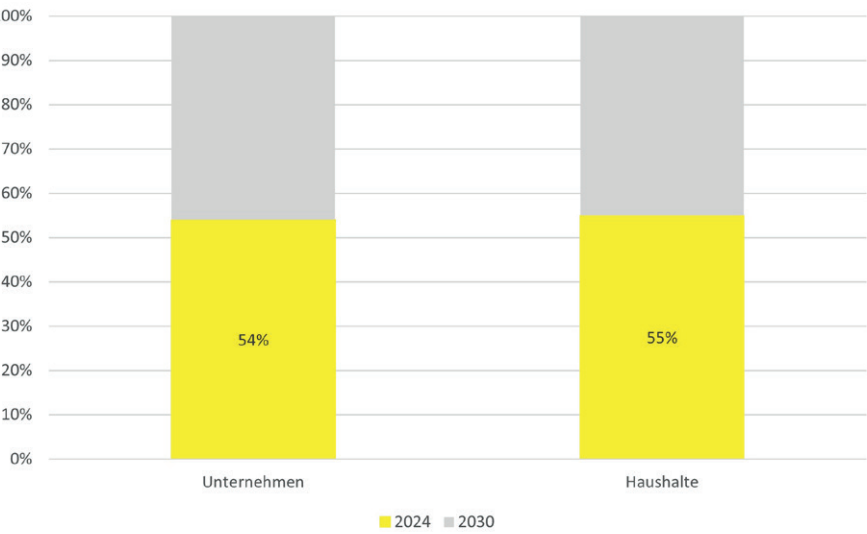
Quelle: Land Steiermark, sbidi

Betriebe mit mindestens 1.000 Mbit/s



Quelle: Land Steiermark, sbidi

Gigabitverfügbarkeit – Unternehmen und Haushalte haben Aufholbedarf



Quelle: Land Steiermark, sbidi

Die Gigabitfähigkeit ist speziell bei den steirischen Unternehmen/Betrieben ausbaufähig.

Mitte des 19. Jahrhunderts war die Steiermark infrastrukturell stark benachteiligt – vor allem durch ihre gebirgige Topografie. Der **Bau der Südbahn** von Wien nach Triest war ein Meilenstein für die verkehrstechnische Anbindung der Region. 1857 wurde der Streckenabschnitt über den Semmering, Bruck an der Mur und Graz eröffnet, was die Steiermark erstmals effektiv mit dem europäischen Wirtschaftsraum verband. Diese Eisenbahnverbindung förderte den Aufschwung der Montanindustrie, besonders in der Obersteiermark. Mit der Inbetriebnahme der Koralmbahn wird die Landkarte der Steiermark abermals neu gezeichnet. Die **Wirtschaftsräume Graz und Klagenfurt-Villach** bzw. **Weststeiermark** und **Lavanttal** werden in der **gemeinsamen Area-Süd** miteinander verbunden. Die Fertigstellung des Semmeringbasistunnels nach 2030 wird auch Wien näher an die Steiermark heranführen und das gesamte Potential der Baltisch-Adriatischen-Achse bzw. der „neuen Südstrecke“ wird dann sichtbar werden.

Der Ausbau der Straßeninfrastruktur blieb bis ins 20. Jahrhundert hinter der Schiene zurück. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg begann ein systematischer Ausbau des Straßennetzes, auch zur Unterstützung des Individualverkehrs. Die Errichtung der **Südautobahn (A2)** ab den 1960er Jahren verbesserte die Straßenanbindung und die Erreichbarkeit vieler Regionen entscheidend. Die **A9-Pyhrnautobahn** spielt ebenso eine wichtige Rolle in der Geschichte der Verkehrsentwicklung der Steiermark, angefangen mit den sogenannten Gastarbeiterbewegungen bis hin zur Eröffnung der zweiten Röhre des Gleinalmtunnels.

Der **Flughafen Graz** entwickelte sich ab den 1970er Jahren zu einem wichtigen Verkehrsknoten für internationale Anbindungen bzw. als „Tor zur Welt“. Vor allem die Funktion als Zubringer zu internationalen Hubs wie Frankfurt, München oder Wien ist hervorzuheben. Damit ist die Steiermark global vernetzt.

Resümee

Die Fakten im Überblick:

- Die Steiermark schneidet gemäß dem European Regional-Competitiveness-Index beim Indikator „Infrastruktur und Erreichbarkeit“ innerhalb der europäischen Regionen unterdurchschnittlich ab.
- Die beiden Großprojekte Koralm- und Semmeringtunnel, die Ende 2025 bzw. 2030 fertig gestellt werden, eröffnen durch die neue Südstrecke Perspektiven für die Zukunft (Graz-Klagenfurt-Villach; Graz-Wien).
- Das Schnellstraßennetz in der Steiermark ist zwar verhältnismäßig gut ausgebaut, auf der A9 südlich von Graz gibt es jedoch Kapazitätsengpässe, die durch den Bau einer dritten Fahrspur korrigiert werden müssen. Ebenso ist die S36 und die S37 zu finalisieren. Es zeigt sich, dass in der der Nähe hochrangiger Straßenverbindungen in der Vergangenheit ein höheres Beschäftigungswachstum zu beobachten war - die Erreichbarkeit ist essenziell für das regionale Wachstum.
- Im Landesstraßennetz sind die B68 und die B70 zwei „bottlenecks“, die kurz vor der baulichen Umsetzung stehen.
- Im Schienenbereich spürt die Steiermark den natürlichen Standortnachteil aufgrund ihrer Topografie und Randlage besonders. Dieser Nachteil wird teilweise durch den Bau der Koralmbahn und in weiterer Folge durch den Semmeringbasistunnel kompensiert. Dennoch ist der Bau des Bosruck-Eisenbahntunnels und der viergleisige Ausbau von Graz bis Bruck/Mur rasch in Angriff zu nehmen. Auf regionaler Ebene sind zur Attraktivierung des Wirtschaftsraumes Südöstereichs etwa auch die Regionen Zeltweg und Wolfsberg durch die Lavanttalbahn anzubinden sowie der Raum Hartberg über die steirische Ostbahn in das Eisenbahnnetz zu integrieren.
- Durch die europäischen Transportkorridore Alpen-Westbalkan-Korridor und Baltisch-Adriatische-Achse sind Chancen für die Steiermark gegeben. Das Cargo Center Graz liegt im Schnittpunkt dieser beiden Achsen. Die Nähe zu den adriatischen Seehäfen Koper, Triest und Rijeka ist ein Vorteil, der durch den weiteren Schienenausbau und Kooperationen im Alpe-Adria-Raum genutzt werden könnte.

- Der Flughafen Graz hat sich seit der Covid-Pandemie wieder relativ gut erholt und zeigt eine positive Entwicklung im Vergleich zu anderen regionalen Flughäfen (wie Linz oder Klagenfurt). Dennoch sind neue Point-2-Point-Destinationen anzudenken. Eine Anbindung an die Koralmbahn sollte weiter forciert werden.
- Im Bereich Glasfaserinfrastruktur ist die Steiermark trotz eines Aufholprozesses noch etwas abgeschlagen. Diese Benachteiligung muss auch mit öffentlichen Mitteln ausgeglichen werden, wenn der Markt versagt.

Investitionen in bessere Verkehrswege und Internetverbindungen lösen über die Multiplikatorwirkung auch unmittelbar positive direkte und indirekte Effekte auf die Volkswirtschaft aus. Gerade vor dem Hintergrund knapper werdender öffentlicher Mittel dürfen weitere, notwendige Infrastrukturinvestitionen nicht dem Sparstift zum Opfer fallen, da die langfristige Wachstumsfähigkeit eines Standortes darunter leidet.



Alles Leben ist Energie

**Kritische Ressource in der Vergangenheit –
kritisch in der Zukunft**

Ewald Verhounig, Jan Tschofen, Rudolf Haubenhofen

Einleitung

Der Faktor Energie ist und bleibt einer der wesentlichsten Input-Faktoren für wirtschaftliche Prozesse aller Art, von der Produktion über die Mobilität bis hin zum Dienstleistungsbereich. Dies galt bisher in besonderem Maße für traditionell energieintensive Produktionsstandorte wie die Steiermark. Dies wird in Zukunft aber auch dienstleistungsorientierte Standorte treffen, da mit dem technologischen Wandel die Energieintensität auch in vielen Dienstleistungsbranchen zunehmen wird, da vor allem die Digitalisierung eines benötigt: Energie in Form elektrischen Stroms.

Ein Blick zurück in die steirische Wirtschaftsgeschichte führt uns eindrücklich vor Augen, wie eng die Entwicklung bestimmter Wirtschaftszweige und echter wirtschaftlicher Stärkfelder mit der Verfügbarkeit spezifischer Energiequellen verbunden war und ist. Stand am Beginn der Industrialisierung der Steiermark im 19. Jahrhundert die räumliche Nähe und regional ausreichende Verfügbarkeit von Kohle und Wasserkraft im Mittelpunkt, gewann die Elektrifizierung der Steiermark mit Beginn des 20. Jahrhunderts enorm an Bedeutung. In diese Zeit fiel auch die Entstehung der späteren landeseigenen Energieversorgungsunternehmen (EVU) STEG & STEWEAG, die jedoch sukzessive von einer Vielzahl kleiner, größtenteils privater EVU ergänzt wurden.

In der Historie der Elektrifizierung sind auch viele der aktuell noch gültigen Herausforderungen und Besonderheiten zu finden, die den Energiebereich wirtschaftspolitisch nach wie vor prägen. Dazu zählt beispielweise das 2. Verstaatlichungsgesetz und deren Nicht-Umsetzung in der Steiermark. Letzterer Umstand hat dazu geführt, dass es in der Steiermark im Gegensatz zu anderen Bundesländern Österreichs neben dem Landesenergieversorger Energie Steiermark fast 50 weitere EVU gibt und daraus resultierend ungleich herausfordernde Lösungswege bei der Bestimmung der Energiepreise im Bereich der staatlich reglementierten Stromnetztarife. Dazu zählen aber auch energiepolitische Weichenstellungen, wie der Bau der 380 KV-Leitung in der Steiermark. Vor allem die Fertigstellung dieser wichtigen Infrastruktur nahm mehr als zwei Jahrzehnte in Anspruch und führte nachdrücklich vor Augen, wie zeit- und kostenintensiv die Herstellung einer modernen Energieinfrastruktur geworden ist.

Internationale Verwerfungen wie die Ölpreisschocks in den 1970er und 1980er

Jahren haben zudem nachdrücklich gezeigt, wie stark die Wirtschaftsentwicklung von Energieressourcen abhängig ist. Nicht nur die sichere Versorgung mit Energie ist ein Standortfaktor von höchster Priorität, sondern auch deren kostenmäßige Ausgestaltung. Energiekosten spielen eine erhebliche Rolle, das haben uns die jüngsten Energiepreisverwerfungen im Zuge der Umsetzung der ambitionierten Energiewende und der Folgen des Ukraine-Krieges nachdrücklich gezeigt.

Die hohe Außenverflechtung der steirischen Wirtschaft bringt die Herausforderung mit sich, dass steirische Unternehmen nicht nur technologisch und arbeitskostenmäßig wettbewerbsfähig sein muss, sondern gleichermaßen auch wettbewerbsfähige Energiepreise benötigt. Wettbewerbsfähige Energiepreise und eine sichere Energieversorgung gehören zu den unumwundenen Grundbausteinen einer modernen Standortpolitik. Gerade die Entwicklung des industriell-gewerblichen Sektors in unseren Breiten wird maßgeblich von Fragen der Sicherung der Energieressourcen abhängen.

Der Energiebereich wurde in den vergangenen Jahren um einen ständig bedeutender werdenden politischen Faktor ergänzt: die Einhaltung bzw. Erreichung bestimmter energie- und umweltpolitischer Zielvorgaben, deren Ursprung vornehmlich auf der EU-Ebene zu finden ist. Die Erreichung dieser Ziele setzt zum einen die Implementierung kluger technologie- und energiepolitischer Weichenstellungen voraus, zum anderen jedoch auch etwaige politische Kurskorrekturen in Form eines Paradigmenwechsels, den man allerdings nur eingeschränkt von der regionalen Ebene aus einleiten kann, sehr wohl jedoch mit Daten und Fakten untermauern kann und muss.

Im folgenden Abschnitt wollen wir uns in erster Linie mit der Entwicklung und Zusammensetzung des Energieverbrauchs und den energie- und umweltpolitischen Zielvorgaben in der Steiermark auseinandersetzen und vor allem die wichtigsten auf Regionalebene beeinflussbaren energiepolitischen Bereiche näher beleuchten. Neben dem Energieverbrauch und dem zukünftigen Energiebedarf sind dies die regenerativen Energieausbaupotentiale in der Steiermark sowie die Entwicklung der Energiekosten, und im speziellen die Entwicklung der Kosten Energienetze, vor allem der Netznutzungstarife im Bereich des elektrischen Stroms, die im Mittelpunkt der Untersuchung stehen.

Energie- und umweltpolitische Ziele

Die derzeitige Klima-, Energie- und Umweltpolitik wird geprägt von einem Dauerkrisenmodus, der in immens schwer erfüllbare strategische und rechtsverbindliche Zielvorgaben mündet und die heimische Wirtschaft vor schier enorme Herausforderungen stellt. Und dies, obwohl gerade Bundesländer wie die Steiermark international zu den Vorzeigeregionen in diesem Kontext gehören. So ist es in der Steiermark im industriell-gewerblichen Bereich gelungen, dank der Entwicklung beispielgebend innovativer, energieeffizienter Produktionsmethoden, den Energieeinsatz vom wirtschaftlichen Wachstum zu entkoppeln. Auch im Bereich der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik ist unser Land internationaler Benchmark für andere Regionen. Dieser Tatsachen zum Trotz werden die klima- und energiepolitischen Ziele permanent verschärft und deren Erreichung an Verbote oder technologische Vorgaben geknüpft, die deren Erreichung eher konterkarieren als unterstützen. Daher stellt sich gegenwärtig die Frage, inwieweit es einen Paradigmenwechsel in der Energie- und Umweltpolitik braucht. Denn gerade die innovationserprobte steirische Wirtschaft ist Teil der Lösung der klima- und energiepolitischen Herausforderungen anzusehen.

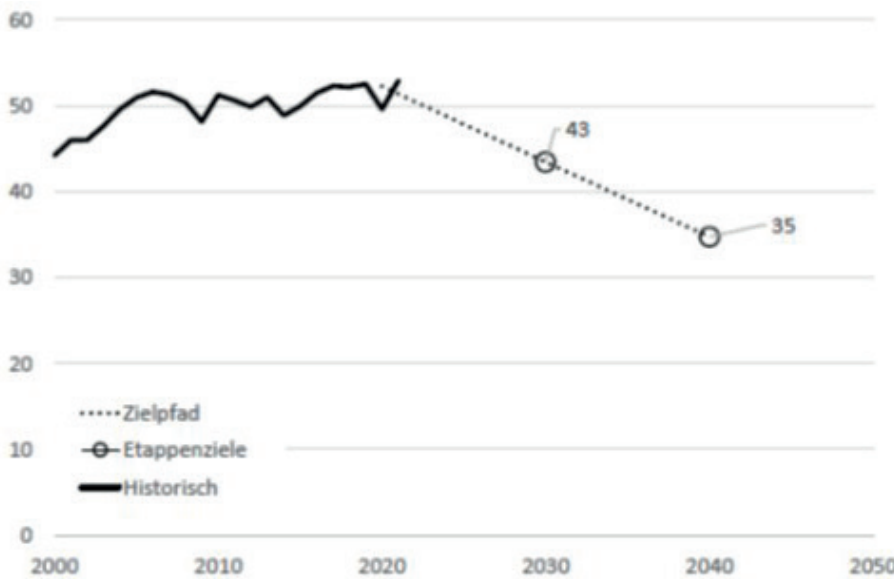
Die Eckpunkte eines derartigen Paradigmenwechsels wären:

- Ziele dürfen nicht ständig verschärft werden (Stichwort: Gold Plating), sondern müssen realisierbar bleiben. Technologieverbote werden weder die Umwelt retten noch dem Wohlstand dienlich sein. Technologieoffenheit muss folglich zu einem Leitcredo werden.
- Es gilt ein Investitionsklima zu schaffen, das jene, für das Gelingen der avisierten Energiewende unabdingbaren Projekte (v.a. bzgl. Energiespeicher) nicht durch überlange Verfahren torpediert, sondern positiv unterstützt. Die Energiewende kann nur durch einen entsprechenden technologischen Fortschritt herbeigeführt werden.
- Das Potenzial der „Erneuerbaren“ muss realistisch eingeschätzt werden: Wind, Sonne und Wasser sind nicht immer in derselben Menge verfügbar, die daraus gewonnene Energie demnach volatil bleiben. Die erforderliche Ausgleichsenergie muss auf Basis der Technologieoffenheit gewährleistet werden. Unsere Versorgungssicherheit darf nicht durch Denkverbote aufs Spiel gesetzt werden.

- Für den gesamten Bereich der Energie-, Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik muss zukünftig gelten: Anreize statt Verbote. Nur dann sind Umwelt, Wirtschaft und Wohlstand auch im wahrsten Sinne des Wortes nachhaltig vereinbar.

Energieverbrauchszielpfad für die Steiermark

in Terawattstunden



Quelle: Land Steiermark, Klima- und Energiestrategie

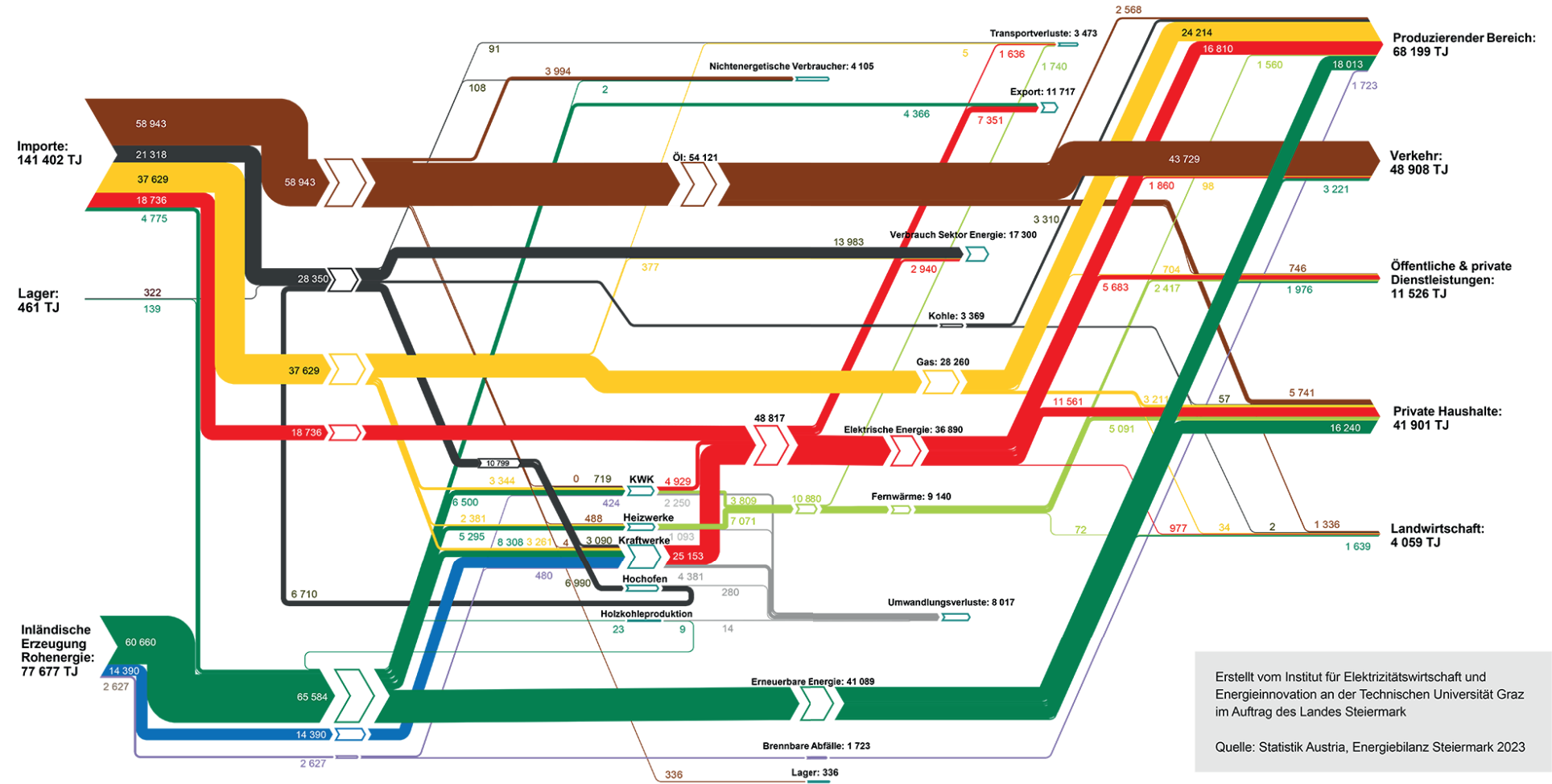
Im Folgenden wollen wir zunächst auf Basis der aktuell verfügbaren Energiebilanzen sowie der Klima- und Energiestrategien auf Landes- und Bundesebene den Status Quo der Zielerreichung der energie- und umweltpolitischen Ziele sowie den weiteren Energieverbrauchszielerreichungspfad analysieren. In weiterer Folge werden die Ausbaupotentiale im Bereich der erneuerbaren Energie beleuchtet und dargestellt.

Energiefluss in der Steiermark 2023 in Terajoule (TJ)



Übersicht über die Energieträger

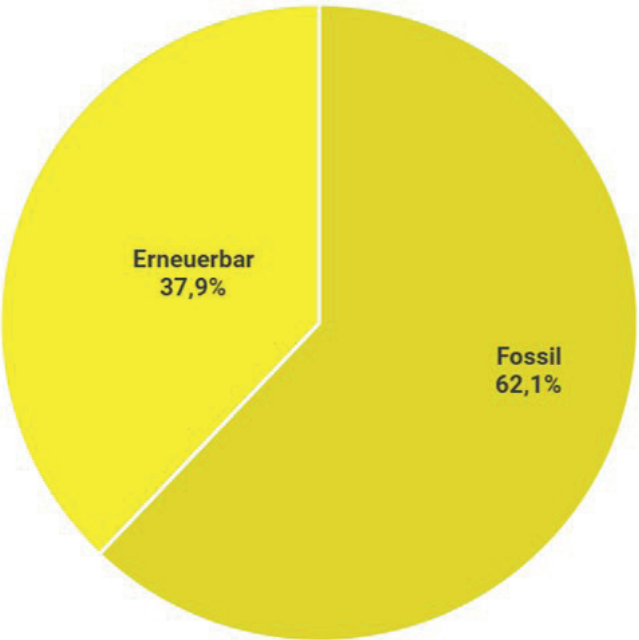
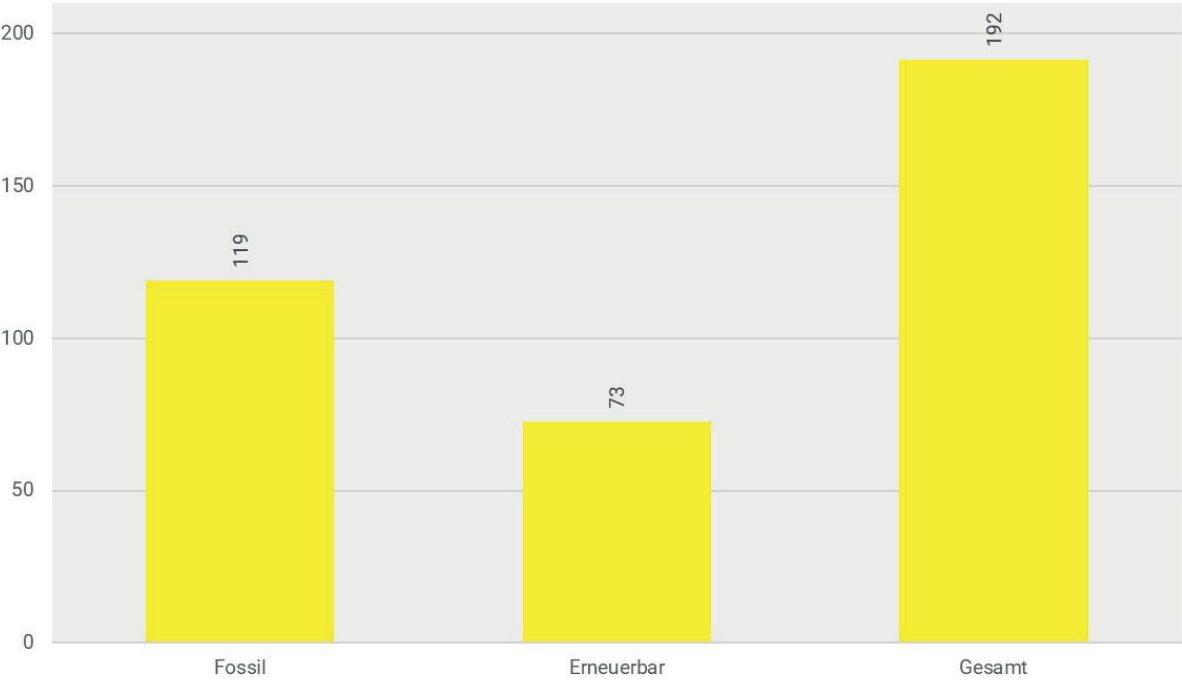
- Öl Erdgas Erneuerbare Energie Brennbare Abfälle Umwandlungsverluste
- Kohle Elektrische Energie Wasser Fernwärme



Energiebilanz in der Steiermark gegenwärtig: Erneuerbare vs. fossile Energieträger

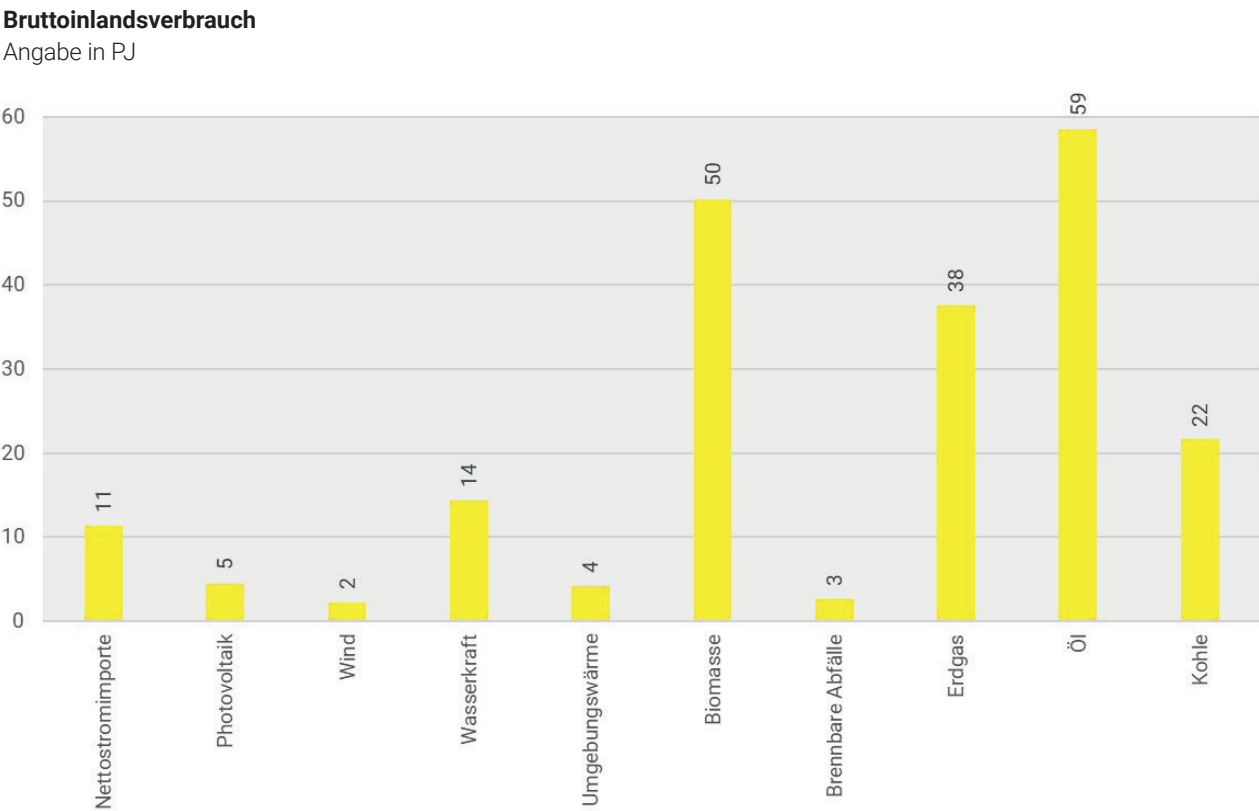
Bruttoendenergieverbrauch Steiermark 2024

Angabe in PJ



Quelle: Land Steiermark, Energiebericht 2024

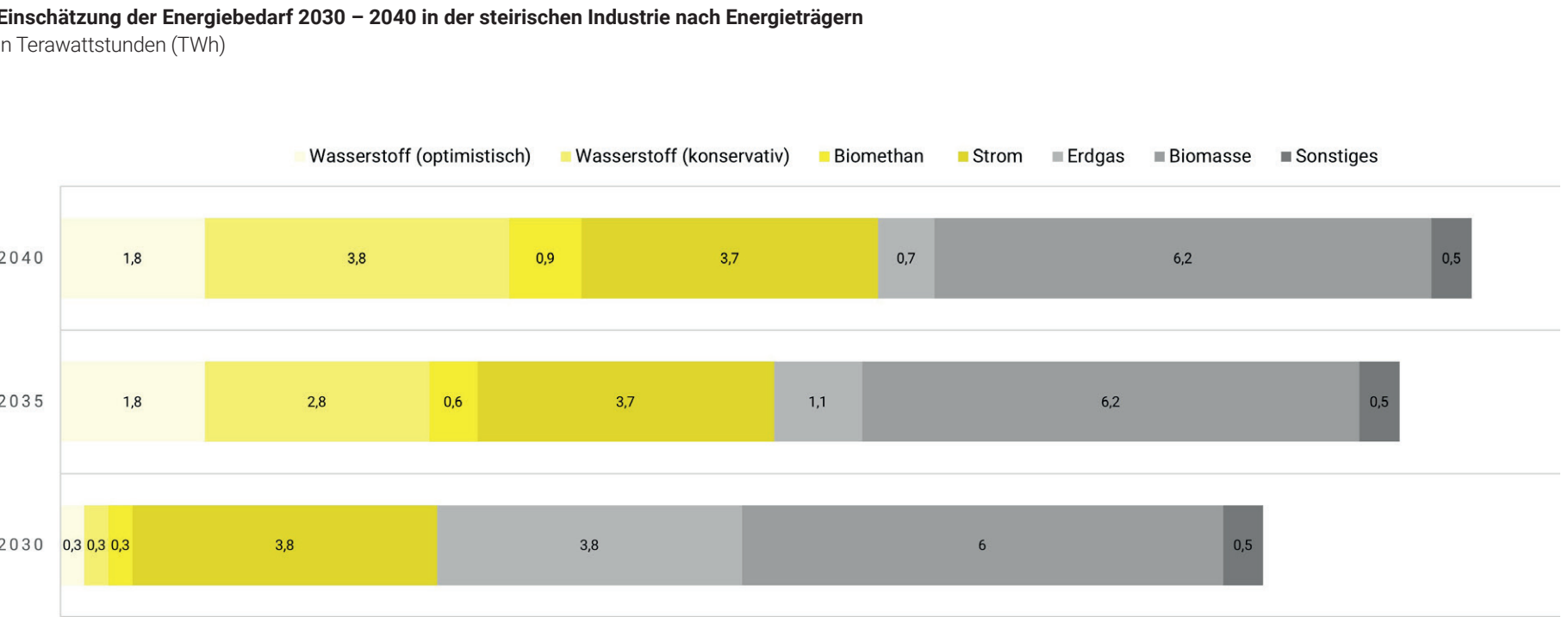
Energiebilanz in der Steiermark gegenwärtig: Bruttoinlandsverbrauch 2023



Faktenlage:

- Fossile Energieträger sind nach wie vor bestimmender Faktor im Energiesystem der Steiermark.
- Die Importabhängigkeit konnte trotz hoher Anstrengungen des Ausbaus erneuerbarer Energieträger nicht reduziert werden.
- Die industriell-gewerbliche Struktur der Steiermark ist mit ausschlaggebend für die Struktur der Energieaufbringung und –verwendung.

Energiepolitische Zielvorgaben und Zielpfade bis 2030



Quelle: IV Steiermark

Faktenlage:

Auf Basis einer umfassenden empirischen Studie der steirischen Industriellenvereinigung wurden im Jahr 2024 die Energiebedarfe der steirischen Industrie erhoben, wobei vor allem hinkünftig als strategisch wichtig eingestufte Energieträger, vornehmlich Wasserstoff und Biomethan quantitativ untersucht wurden. Die Ergebnisse zeigen zum einen, dass der Energiebedarf in den kommenden zwei Jahrzehnten im industriell-gewerblichen Sektor weiter deutlich zunehmen wird. Zum anderen zeigt sich, wie enorm der Bedarf an Wasserstoff und Biomethan selbst bei konservativer Schätzung

zunehmen wird. Für die heimische Energiepolitik bedeutet dies, dass der Ausbau dieser Energiebereiche unverzüglich in Angriff genommen werden muss, um die EU-Zielvorgaben und energetischen Notwendigkeiten zu erfüllen, will man einer De-Industrialisierung gezielt entgegenwirken und den Industrie-Standort absichern.

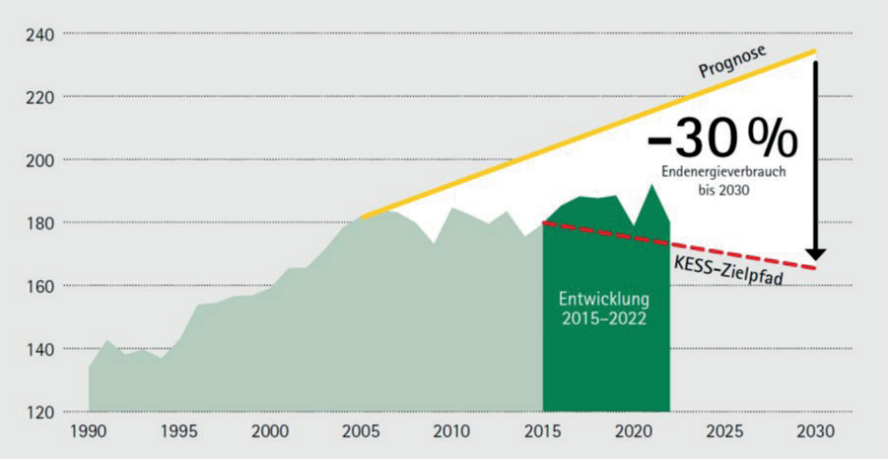
Energiepolitische Zielvorgaben und Zielpfade bis 2030

Energiepolitische Zielvorgabe:

- Das energiepolitische Einsparungsziel 2030 für die Steiermark ist eine Reduktion des Endenergieverbrauchs im Ausmaß von - 30 % gegenüber dem Referenzjahr 2005.

Faktenlage:

- Bruttoinlandsverbrauch ist von 233,6 PJ im Jahr 2005 auf 207,5 PJ im Jahr 2023 gesunken
- Gemessen an der Verbrauchsprognose des Jahres 2005 fehlen der Steiermark derzeit rd. 8 PJ um das Effizienzziel von – 30 % zu erreichen
- Damit muss der Energieverbrauch bis 2030 jährlich um knapp 1% reduziert werden. In Anbetracht anhaltender wirtschaftlicher Herausforderungen erscheint dieses enorm ambitionierte Ziel sogar in realistischer Reichweite.
- Die wesentlichen energieintensiven Bereiche sind:
 - Produzierender Bereich: 68,2 PJ
 - Verkehr: 48,9 PJ
 - Private Haushalte: 41,9 PJ



Quelle: Land Steiermark, Klima- und Energiestrategie

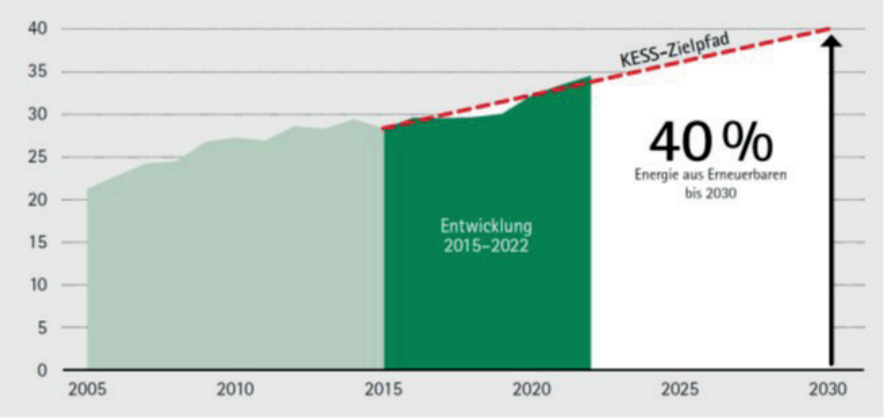
Energiepolitische Zielvorgaben und Zielpfade bis 2030

Energiepolitische Zielvorgabe:

- Das energiepolitische Ausbauziel 2030 für die Steiermark lautet den Anteil erneuerbarer Energieträger gegenüber dem Referenzjahr 2005 um 40 % zu steigern.

Faktenlage:

- In Anbetracht der geographischen und ressourcentechnischen Nachteile sowie der strukturellen Besonderheiten (hoher Anteil an energieintensiven Industrie- und Gewerbebereichen) ist das Bilanzziel, den Anteil erneuerbarer Energieträger bis 2030 auf 40% anzuheben, als enorm ambitioniert anzusehen. Vor allem in Anbetracht, dass das Ursprungsziel von 34% bereits mit enormen Herausforderungen verbunden war.
- Der gegenwärtige Zielerreichungspfad (statistische Werte 2022/23) offenbart, wie intensiv der Ausbau auf der einen und Effizienzmaßnahmen auf der anderen Seite Wirkung gezeigt hat, sodass auch das 40%-Ziel mit hoher Wahrscheinlichkeit erreicht werden dürfte.
- Einschränkend muss in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die ökonomischen Verwerfungen seit der Pandemie 2020 – 2022 und die Energiekrise die Wahrscheinlichkeit der Zielerreichung erhöht hat, da der Energiebedarf im industriell-gewerblichen Sektor seit 2020 stagniert bzw. rückläufig ist.



Quelle: Land Steiermark, Klima- und Energiestrategie

Ausbaupotentiale erneuerbare Energie Steiermark

Österreich hat sich im Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) das Ziel gesetzt bis 2030 den gesamten Stromverbrauch aus erneuerbaren, heimischen Energiequellen zu beziehen (zumindest bilanziell). Aktuell stammen schon 75% unseres Stromverbrauchs aus erneuerbaren, heimischen Energiequellen. Mit anderen Worten ist es das Ziel des EAG die übrigen 25% an „fossilem Strom“ durch Ökostrom zu substituieren. Hingegen stammen nach wie vor gut 2/3 des österreichischen Gesamtenergieverbrauchs aus fossilen Energieträgern. Und gemessen am gesamten österreichischen Energieverbrauch macht der „Stromanteil“ lediglich ein starkes Fünftel (21,6%) aus. Die bis 2030 auszubauende Strom-Erzeugungskapazität entspricht also nur rund 6% unseres österreichischen Gesamtenergieverbrauchs. Für diese 6% braucht es jährlich zusätzlich Strom in Höhe von 11 TWh aus Sonnenenergie (Photovoltaik), 10 TWh aus Windenergie, 5 TWh aus Wasserkraft und 1 TWh aus Biomasse. Um diese Erneuerbaren-Ausbauziele realisieren zu können, muss natürlich jedes Bundesland, abhängig von den jeweiligen individuellen Gegebenheiten, seinen Beitrag leisten. Im Hinblick auf die Erreichung der ambitionierten Ziele Österreich im Bereich der erneuerbaren Energie gilt es auch die Potentiale im Energiebereich zu sondieren, was dies für den Standort Steiermark bedeuten würde:

Photovoltaik:

Bis 2030 müssen zusätzlich 2 TWh (Status Quo: 0,5 TWh) an Strom aus Photovoltaikenergie gewonnen werden. Dazu ist die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf einer Fläche von ca. 1.700 Hektar notwendig, das entspricht einer Fläche von ca. 2.500 Fußballfeldern (nur in der Steiermark!). Realistisch gesehen kann davon ausgegangen werden, dass maximal die Hälfte dessen auf Dächern errichtet werden kann.

Wasserkraft:

Schon jetzt werden etwa 4,5 TWh Strom aus steirischer Wasserkraft gewonnen. Bis 2030 sollen es 5 TWh sein. Um die fehlenden 0,5 TWh erzeugen zu können, sind weitere 6 durchschnittliche Murkraftwerke notwendig. In der Steiermark spielt die Nutzung der Wasserkraft eine deutlich geringere Rolle wie in anderen Bundesländern Österreichs. Die derzeit ausgebaute Wasserkraftnutzung in der Steiermark beläuft sich in Summe auf rund

3.300 GWh. In Oberösterreich wird dreimal mehr Energie aus Wasserkraft erzeugt. Dafür gibt es in der Steiermark das nach Tirol zweitgrößte Ausbaupotential in diesem Bereich.

Windenergie:

Auch im Bereich der Windenergie müsste die Steiermark bis 2030 ihre Erzeugungskapazität um weitere 1,5 TWh steigern (Status Quo: 0,5 TWh). Um das zu schaffen, braucht es zu den bereits bestehenden 105 Windrädern weitere 140 Windräder mit einer Leistung von jeweils ca. 6 MW. Auch im Bereich Wind gäbe es in der Steiermark noch Potential. Verschiedene Studien zum Potential der Windkraftnutzung in Österreich zeigen eine große Bandbreite von 3-19 TWh/a (10,8-68,4 PJ/Jahr). Für die Steiermark wurden zwischenzeitig bis zu 1.400 GWh/a (5,04 PJ/a) ausgewiesen, die an 28 Eignungsgebieten in der Steiermark umsetzbar wären. Im Rahmen eines 2013 implementierten Entwicklungsprogrammes für den Sachbereich Windenergie wurde der überwiegende Teil dieser Eignungsgebiete der Eignungsstatus entzogen. Die verbliebenen Flächen und Gebiete weisen bei weitem nicht das tatsächliche Potential aus, wodurch der Windenergiebereich in der Steiermark auf absehbare hin keine wesentlichen weiteren Impulse in Richtung EU-Ziele liefern dürfte.

Kosten des Ausbaus Netzinfrastruktur:

Die Kosten für den Ausbau der entsprechend notwendigen Infrastruktur sind nicht zu unterschätzen. So sieht der Investitionspfad der Energienetze Steiermark eine Verdopplung der jährlichen Investitionen in den Netzausbau bzw. die Modernisierung bestehender Trassen bis 2030 vor. Auch die weiteren EVU in der Steiermark haben bereits mit einer signifikanten Steigerung der Netzinvestitionen begonnen. Diese Investitionen schlagen sich in deutlich erhöhten Netzkosten nieder, die vor allem für die gewerbliche Wirtschaft zu einer Herausforderung werden.

Netzausbau: freie Einspeisekapazitäten

Das Gelingen der Energiewende hängt von einer Vielzahl an Faktoren ab. Ein in Bezug auf die Nutzung von Solar- und Windstrom wichtiger Faktor sind die freien Einspeisekapazitäten je Umspannwerk gemäß § 20 ElWOG. Engpässe in diesem Bereich sind einer der Hemmnis-Faktoren für die Steigerung des Anteils erneuerbarer Energie im Bereich des elektrischen Stroms.

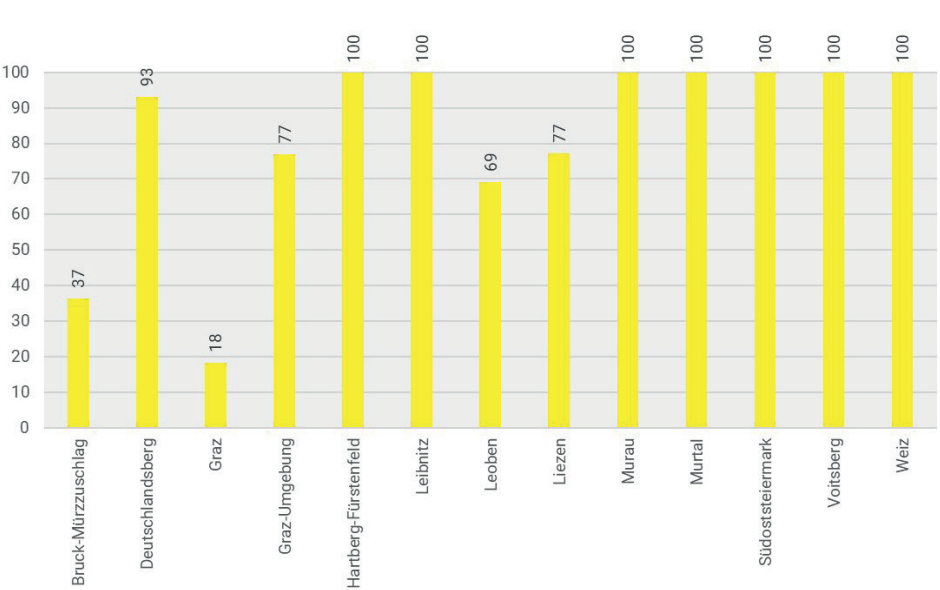
Faktenlage:

- Die Berechnung der gebuchten und verfügbaren Kapazitäten wird entsprechend der Kapazitätsberechnungsmethoden-Verordnung 2022 durchgeführt.
- Von den gesamten Umspannwerkskapazitäten sind in der Steiermark mit Stand Frühjahr 2025 ca. 479 MVA buchbar.
- In den Bezirken Graz, Bruck/Mürzzuschlag Leoben, Liezen und in einem geringen Umfang in Deutschlandsberg sind gegenwärtig Einspeisekapazitäten vorhanden.
- In den Bezirken Hartberg, Leibnitz, Murau, Murtal, Südoststeiermark, Voitsberg und Weiz gibt es keine verfügbaren Einspeisekapazitäten.
- Auf Basis dieser Faktenlagen besteht dringender Ausbaubedarf, um die Einspeisekapazitäten an die Zielvorgaben der Ausbauziele anzupassen.

Grundlastfähige Energiekapazitäten und Energiespeicher

Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energieträger gilt es die Grundlastkapazitäten im Bereich des Stromnetzes sicherzustellen. Dazu bedarf es in der Steiermark einer raschen Umsetzung von Leitprojekten wie dem Koralm-Pumpspeicherkraftwerk als Speicherlösung sowie einer entsprechenden Absicherung im Bereich Gas, Biomasse und sonstiger Wasserkraft.

Auslastung verfügbare Einspeisekapazitäten in den Bezirken



Quelle: ebutilities.at, eigene Darstellung

Energiekosten in der Steiermark

Elektrische Energie: Stromnetztarife

Der Elektrizitätssektor hat in Österreich eine einschneidende Liberalisierungsphase hinter sich, die in Form mehrerer Liberalisierungspakete niedergeschlagen hat und folglich den Wettbewerb in diesem Bereich über Jahr hinweg spürbar erhöht hat.

Eckpunkte der Liberalisierung:

1996: 1. Liberalisierungspaket

- Teilweise Strommarktöffnung für große Kunden
- Entflechtung des Rechnungswesens

2001: 2. Liberalisierungspaket

- Vollständige Strommarktöffnung für alle Kunden
- Entflechtung hinsichtlich der Organisation und der Rechtsform
- Regulierter Netzzugang (freie Lieferantenwahl)
- Einrichtung einer unabhängigen Regulierungsbehörde

2009: 3. Liberalisierungspaket

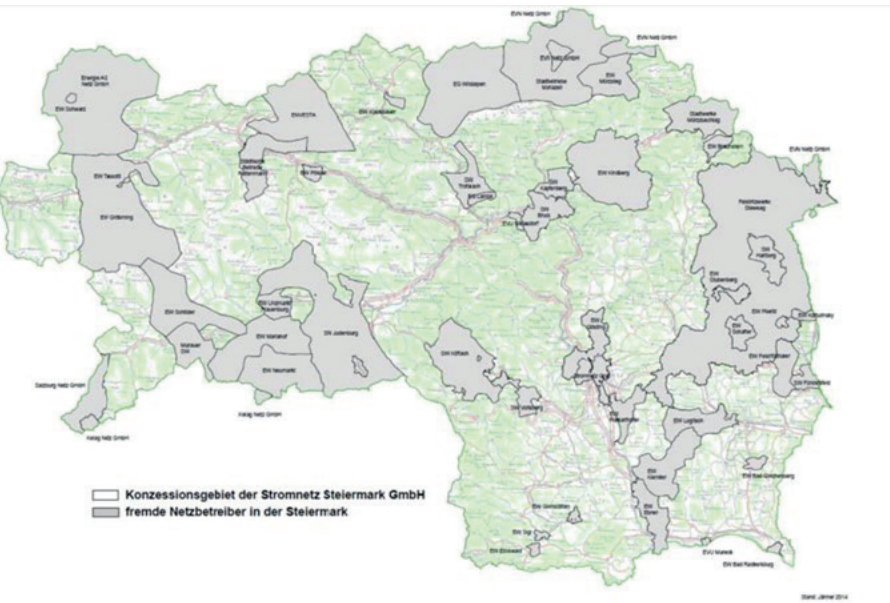
- Gemeinsame Regelungen für den grenzüberschreitenden Strommarkt
- Europaweit harmonisierte und gleichwertige Netzzugangsbedingungen
- Eigentumsrechtliche Entflechtung der ÜNB
- Einführung von intelligenten Messsystemen bis 2020
- Stärkung der Regulierungsbehörden (ACER)

Die Liberalisierung hat auch in der Steiermark über Jahre hinweg Wirkung gezeig Dennoch hat die steirische Wirtschaft im nationalen Vergleich Kostennachteile, vor aller in Bezug auf die Stromnetztarife auf den verschiedenen Netzebenen, zu tragen, die zum einen historisch-strukturelle, zum anderen aber auch regionalpolitische Ursachen haben.

Konkret betrifft dies die Nicht-Umsetzung des 2. Verstaatlichungsgesetzes aber auch die Raumordnung. Vor allem der hohe Zersiedlungsgrad in der Steiermark.

Stromverteilnetze Steiermark: Faktenlage

Derzeit gibt es in Österreich 114 Strom-Verteilernetzbetreiber und 19 Gas-Verteilernetzbetreiber, die jeweils in ihrem Netzgebiet, also einem geografisch spezifizierten Teil Österreichs, für die Verteilung der elektrischen Energie und des Erd-gases verantwortlich sind.¹ Im Bereich der Stromnetze entfällt fast die Hälfte der Verteil-netzbetreiberunternehmen auf die Steiermark. Neben der topographischen Exponiertheit weist die Steiermark folglich auch eine besondere organisatorische Fragmentierung auf, die historisch bedingt ist und wiederholt mit Kritik versehen worden ist.²



¹ Siehe <https://www.e-control.at/konsumenten/netz-und-netzbetreiber-in-oesterreich>

² Vgl. hierzu Kirschner et al. (2015) & Landesrechnungshof (2014), Prüfbericht Stromnetz Steiermark GmbH

Strom-Systemnutzungstarife: Faktenlage

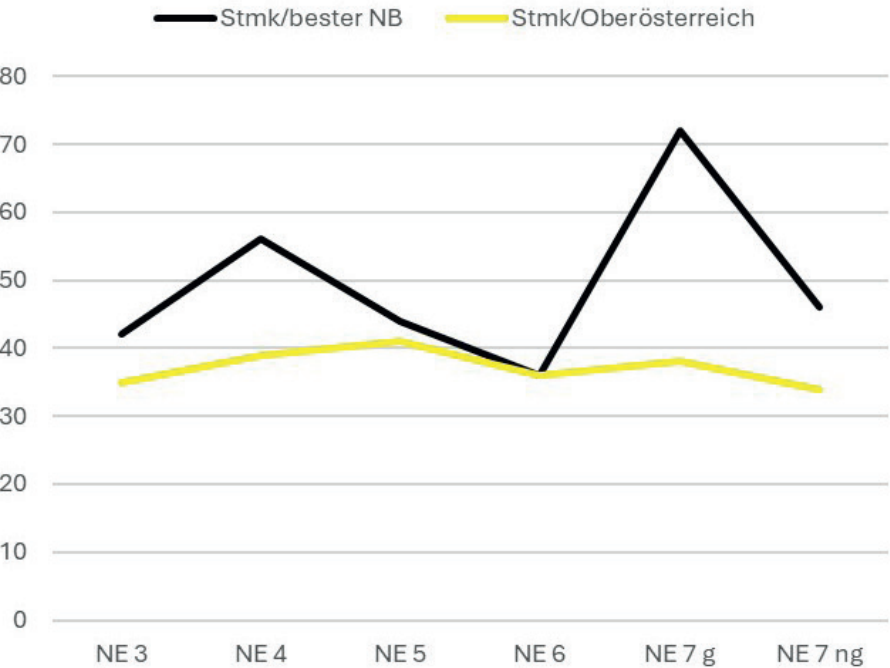
Die steirische Wirtschaft sieht sich im Bereich der elektrischen Energie in Bezug auf die Systemnutzungstarife, die für die Versorgung mit elektrischer Energie zusätzlich zum reinen Energiepreis zu entrichten sind, mit signifikanten Kostennachteilen konfrontiert. Diese Nachteile bestehen seit Jahrzehnten und sind mehr oder minder auf allen wirtschaftsrelevanten Netzebenen spürbar, wobei wir auf die wesentlichen Ursachen bereits eingegangen sind. Im Sinne einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts gilt es, diese Kostennachteile sukzessive zu verringern.

Faktenlage:

- Die steiermärkischen Systemnutzungstarife sind in vielen Netzebenenbereichen kostentechnisch im Spitzenfeld zu finden.
- Zwischenzeitige Kostenannäherungen aus der Liberalisierung heraus konnten nicht über die Phase der Corona-Pandemie hinaus prolongiert werden.
- Der Abstand der Steiermark-Tarife zu den günstigsten Netzbereichen ist nach wie vor beträchtlich.
- Auch zu wirtschafts-strukturell ähnlich gelagerten Bundesländern wie Oberösterreich ist der kostenmäßige Abstand bei den Tarifen in de facto allen wirtschaftsrelevanten Netzebenen (NE 3 – NE 7 g) gegeben (siehe Abbildung).
- Die Investitionserfordernisse der Energiewende treiben die Netztarifikosten weiter voran: die Kostensprünge bei den Netztarifen belaufen sich auf ein Ausmaß zwischen 15 % und knapp 40 % binnen eines Jahres

Als Lösungsansätze stehen ein einheitlicher Netztarif für Gesamtösterreich, der verbrauchsnahe Ausbau im erneuerbaren Energiebereich (im Sinne einer Kostendämpfung) oder der Ausbau bzw. die Modernisierung des Stromnetzes über ein nicht-tarifwirksames Sonderbudget von Bund und Ländern im Raum. Darüber sollten auch strukturtechnische Maßnahmen in die Überlegung Eingang finden.

Netztarifabweichung 2024 in %



Quelle: E-Control, eigene Darstellung

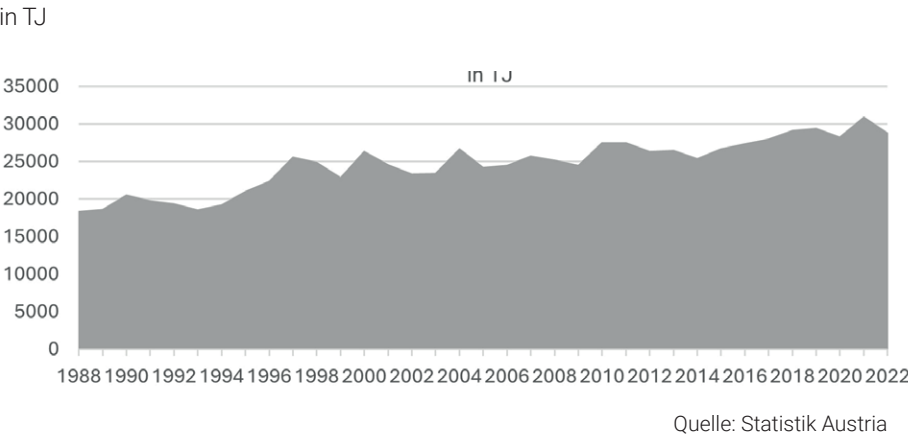
Erdgas

Der Erdgasbereich ist für die heimische Wirtschaft strategisch von zentraler Bedeutung. Viele Hochtemperaturprozesse in der Industrie sind auf Erdgas angewiesen. Ein überstürzter Erdgasausstieg würde nicht nur Produktionsabläufe gefährden, sondern auch den Verlust von Arbeitsplätzen und Wohlstand zur Folge haben. Erdgas bleibt folglich auch mittelfristig ein zentraler Energieträger für die heimische Industrie.

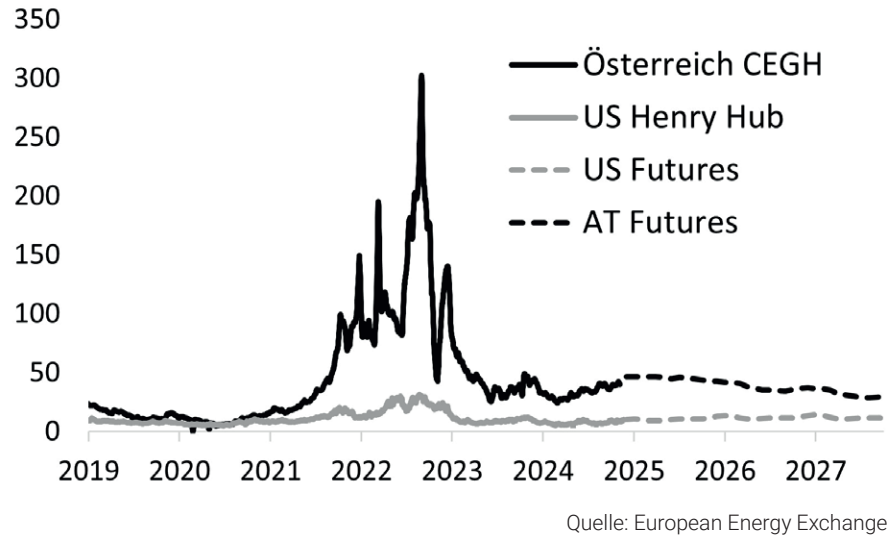
Faktenlage:

- Erdgasbedarf in der steirischen Industrie seit den 1980er Jahren massiv gestiegen.
- Große Verwerfungen der Erdgaspreise im Zuge der Energiewendeaktivitäten in Deutschland (Schließung von AKWs) und aufgrund des Krieges in der Ukraine.
- Die heimischen Industrieunternehmen waren und sind massiv von steigenden Gaspreisen betroffen.
- Aktuell liegen die Gaspreise in Österreich 4-5-mal höher als in den USA, mittelfristig beim 3-fachen der US-Preise.
- Die mittelfristigen Prognosen deuten auf eine Prolongierung dieses signifikanten Preisunterschiedes hin.
- Erdgas bleibt kurz- und mittelfristig ein zentraler Faktor im Bereich der Energieversorgung der heimischen Industrie und des Großgewerbes aufgrund mangelnder Substitutionsmöglichkeiten.
- Aufgrund der geopolitischen Verwerfungen mit Russland wächst die Abhängigkeit Österreichs und energieintensiver Standorte wie der Steiermark von LNG-Gas.
- An einer Absicherung der Erdgasversorgung führt kein Weg vorbei. Ausbau der Gaspipelines in Richtung der LNG-Mittelmeerhäfen kommt in den kommenden Jahren eine strategische Bedeutung zu.

Produzierender Sektor: Energetischer Erdgas-Endverbrauch 1988 – 2022

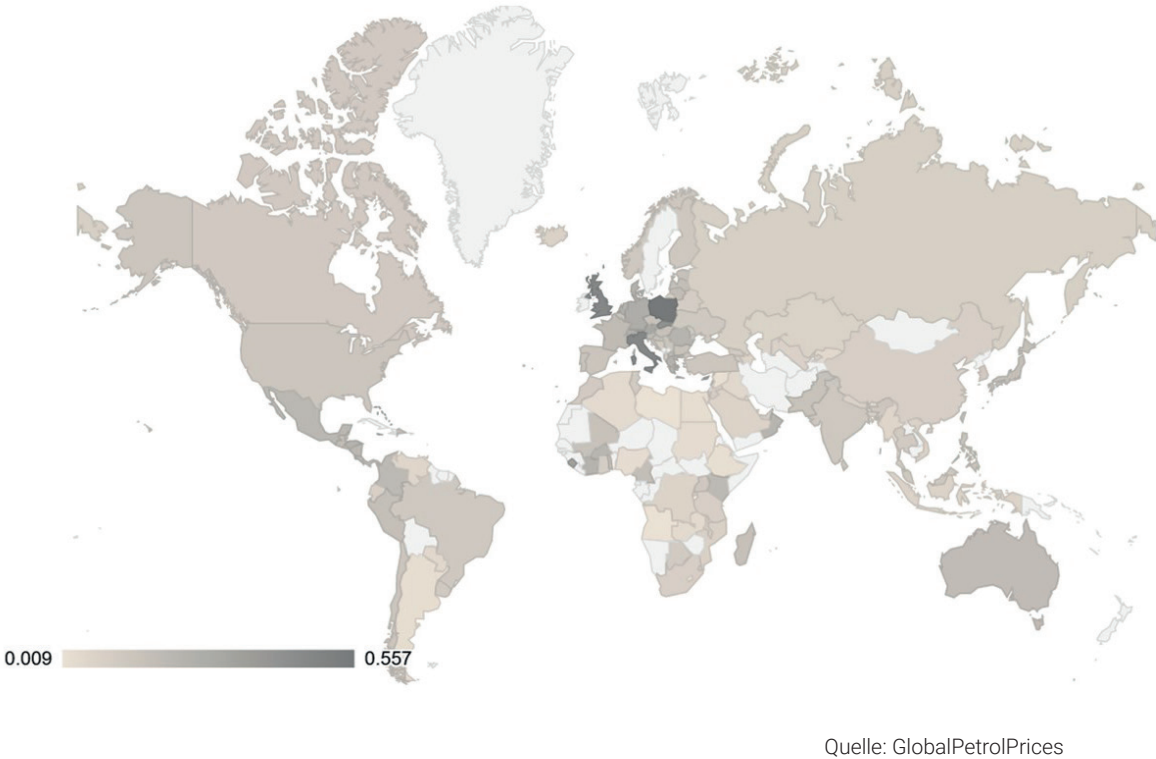
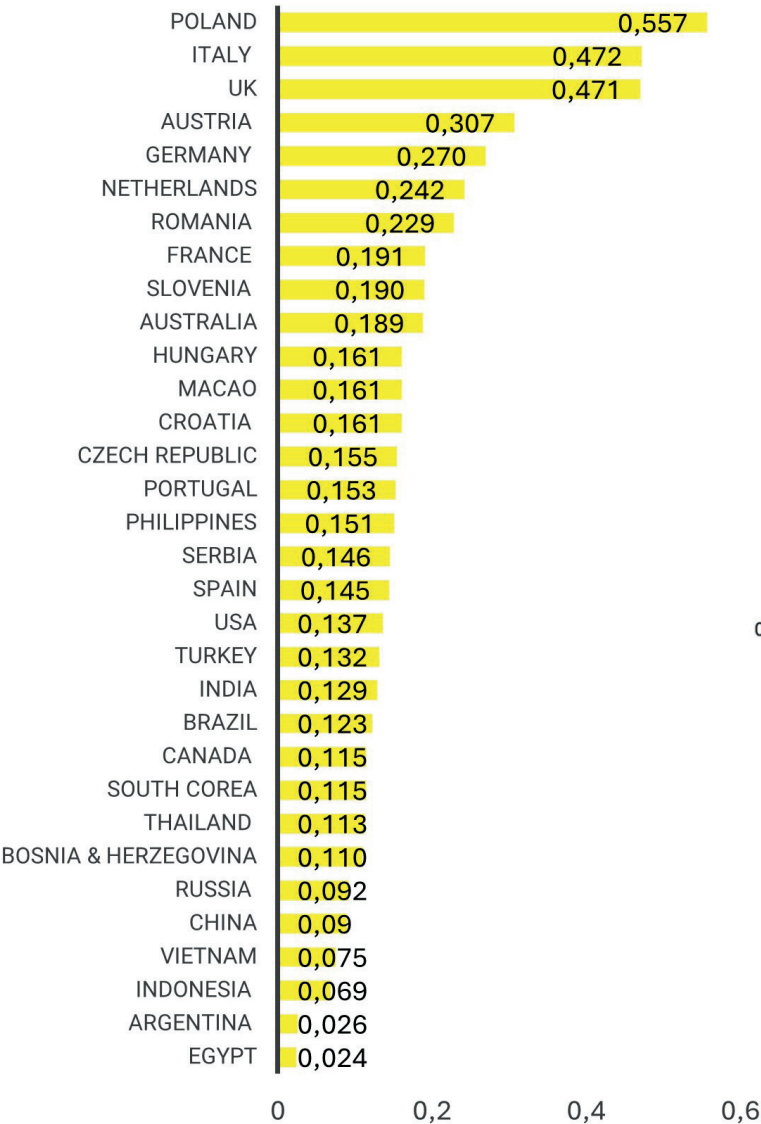


Gaspreise im internationalen Vergleich, in Euro/MWh



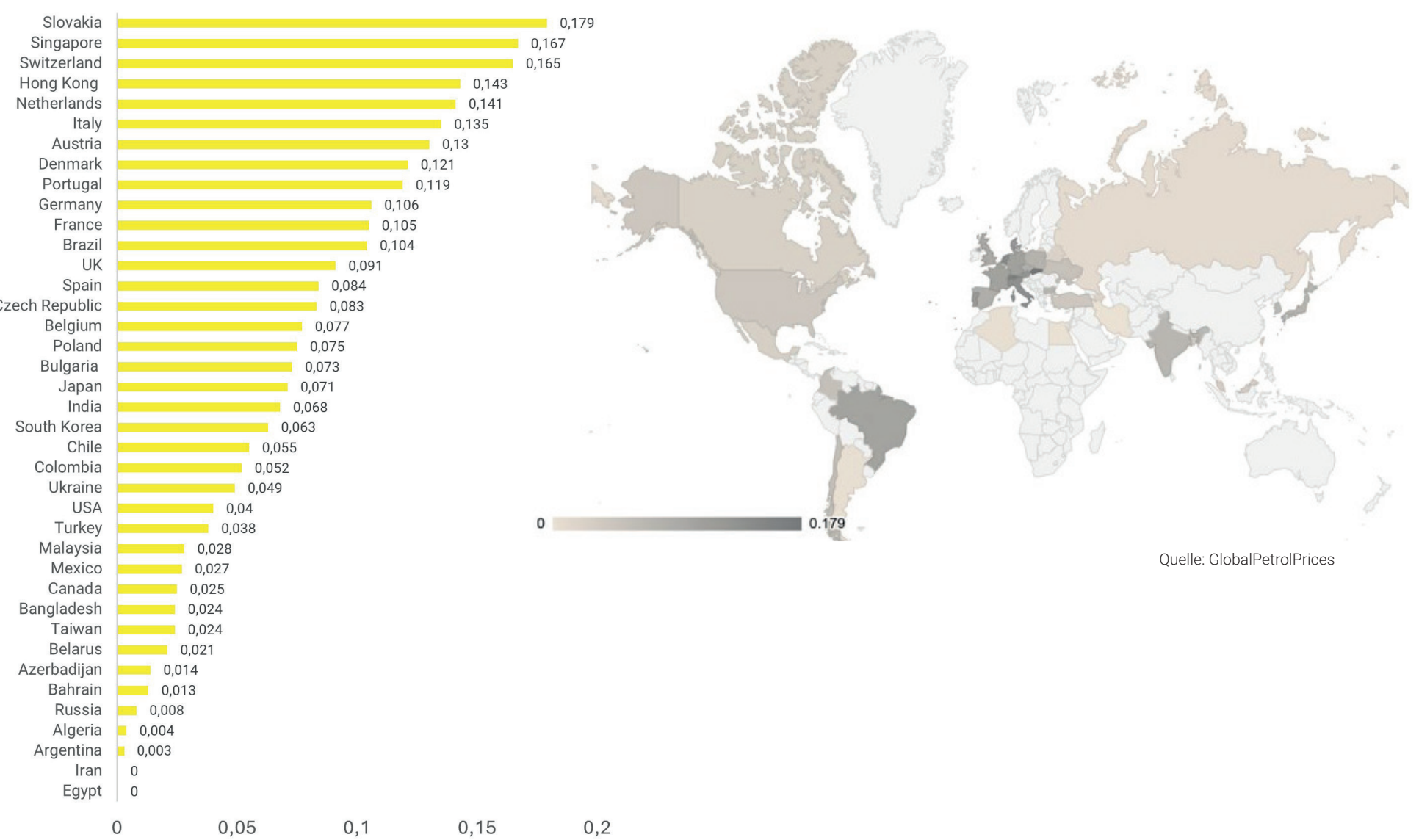
Energiekosten im internationalen Strompreise im internationalen Vergleich

Strompreise im KMU-Bereich, Dez. 2023 (kWh, U.S. Dollar)



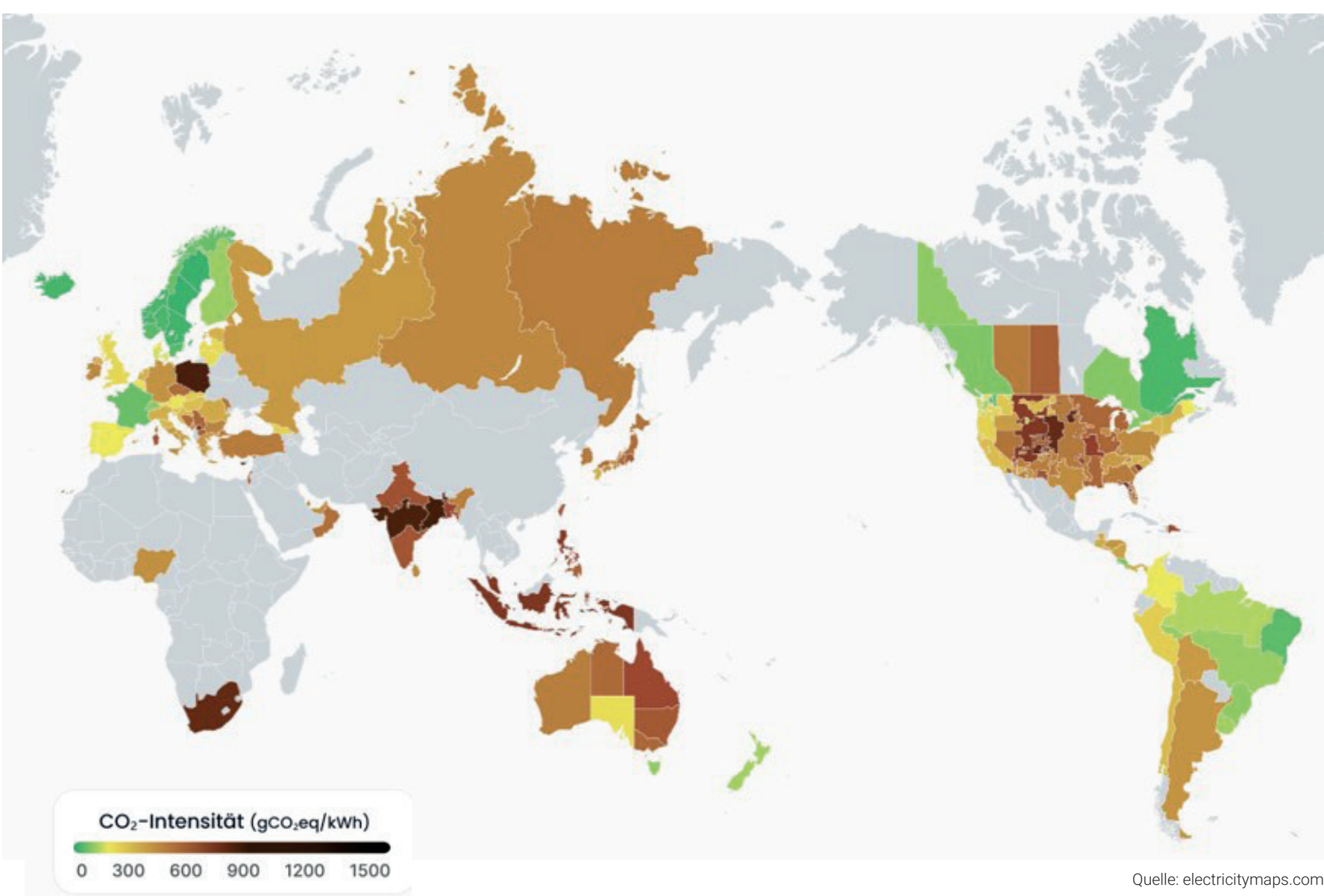
Energiekosten im internationalen Strompreise im internationalen Vergleich

Gaspreise im gewerblichen Bereich, Dez. 2023 (kWh, U.S. Dollar)



Quelle: GlobalPetrolPrices

Energiesystem: Elektrizitätswirtschaftssystem im internationalen Vergleich nach CO2 -Intensitäten



Quelle: electricitymaps.com

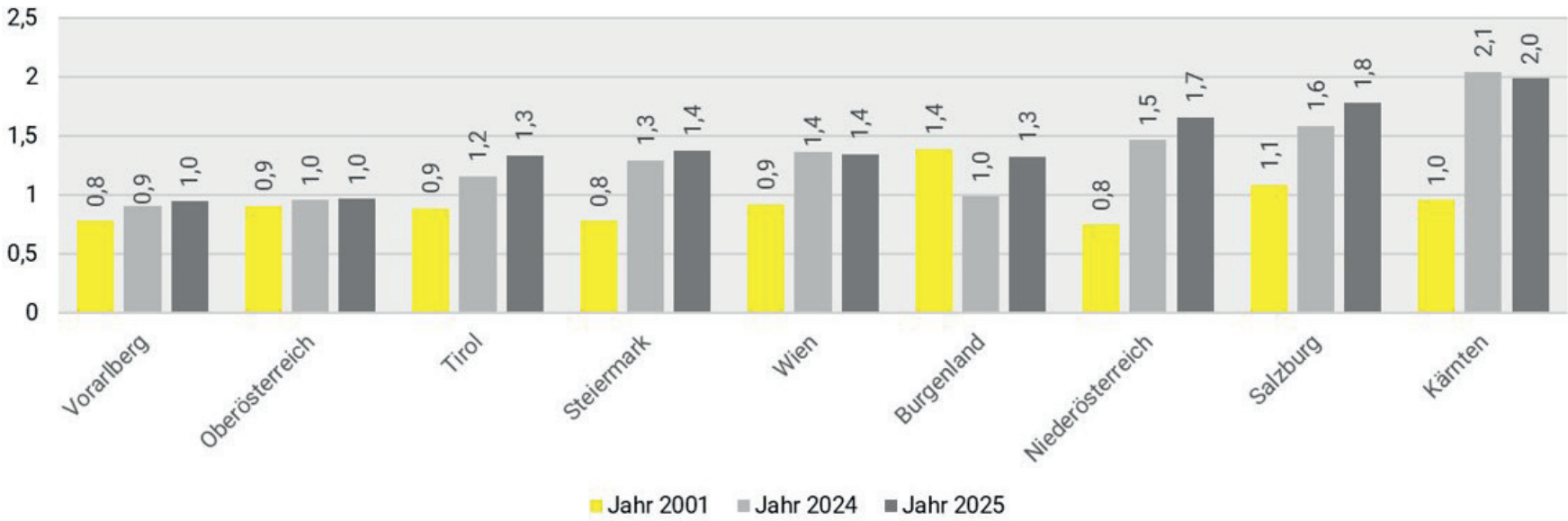
Energiekosten: Strom-Systemnutzungstarife im nationalen Vergleich

Strom-Systemnutzungstarife: Netzebene 3

- Industrie- und EVU-Stadtwerke als Hauptkunden auf der Netzebene 3 (NE 3).
- Die Netzkosten sind auf der NE 3 in der Steiermark seit 2001 um fast 80 % gestiegen.
- Die Steiermark befindet sich gegenwärtig im oberen Mittelfeld bei Systemnutzungskosten der NE3.
- Der Abstand zu günstigsten Netzbereichen ist nach wie vor beträchtlich.
- Der Abstand zu strukturell ähnlichen Bundesländern wie Oberösterreich oder Vorarlberg ist signifikant.

Netzebene 3

Netznutzungs- und Netzverlustentgelte 6.100 Bezugsstunden (Cent pro KW)



Quelle: E-Control

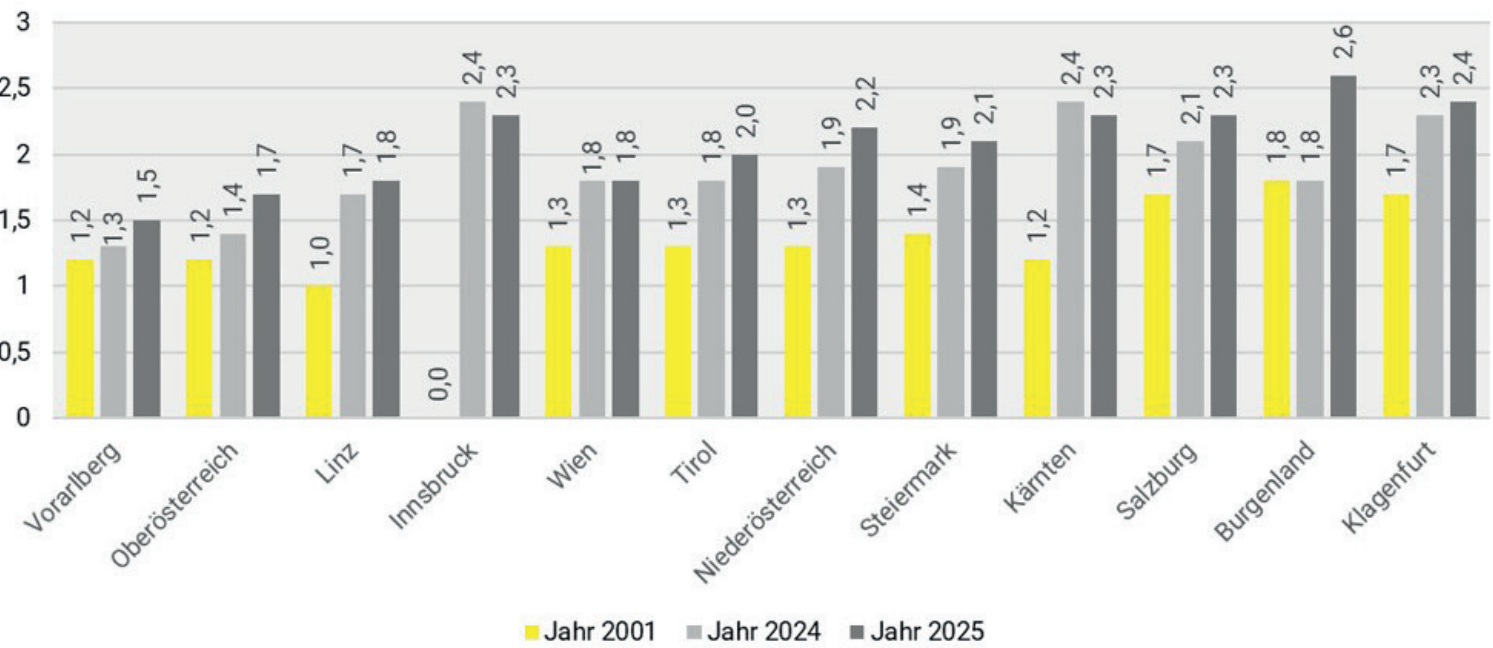
Energiekosten: Strom-Systemnutzungstarife im nationalen Vergleich

Strom-Systemnutzungstarife: Netzebene 4

- Auf der NE 4 sind vornehmlich Industriebetriebe und EVU als Kunden ausgewiesen.
- Die Steiermarktarife befinden sich auf der NE 4 im Spitzenfeld der energieintensiven Bundesländer.
- Die Kostensteigerungen auf der NE 4 in der Steiermark belaufen sich seit 2001 auf rd. 50 %.
- Der Abstand zum günstigsten Netzbereich ist signifikant und konnte im Laufe der vergangenen Jahre auch nicht wesentlich verringert werden.

Netzebene 4

Netznutzungs- und Netzverlustentgelte 5.700 Bezugsstunden



Quelle: E-Control

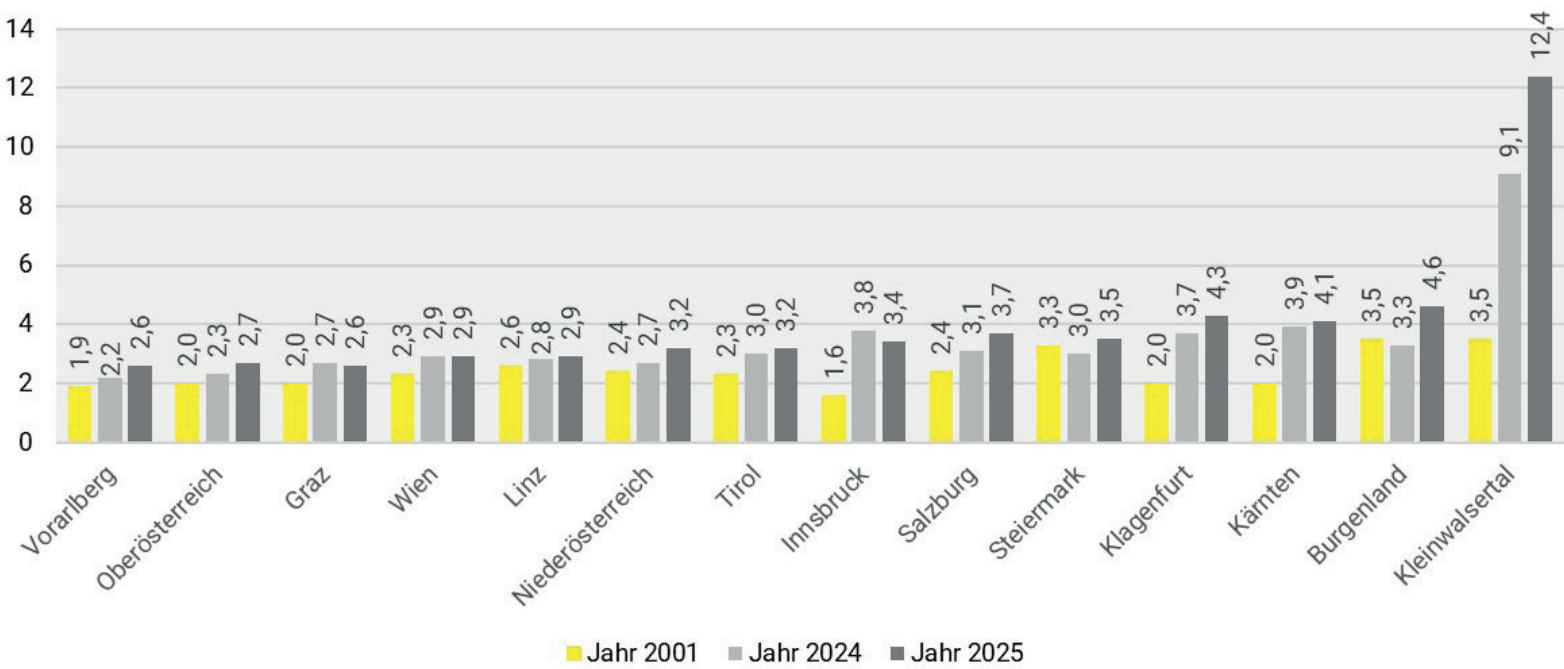
Energiekosten: Strom-Systemnutzungstarife im nationalen Vergleich

Strom-Systemnutzungstarife: Netzebene 5

- Auf der NE 5 sind vornehmlich KMU und EVU als Kunden ausgewiesen.
- Die Steiermarktarife befinden sich auf der NE 5 im Spitzenfeld im Bundesländervergleich.
- Die Kostensteigerungen auf der NE 5 in der Steiermark belaufen sich gegenüber dem Referenzjahr 2001 auf moderate 6 % und folglich deutlich unter der Entwicklung des VPI.
- Der Abstand zum günstigsten Netzbereich ist signifikant und konnte im Laufe der vergangenen Jahre auch nicht wesentlich verringert werden.

Netzebene 5

Netznutzungs- und Netzverlustentgelte 4.200 Bezugsstunden



Quelle: E-Control

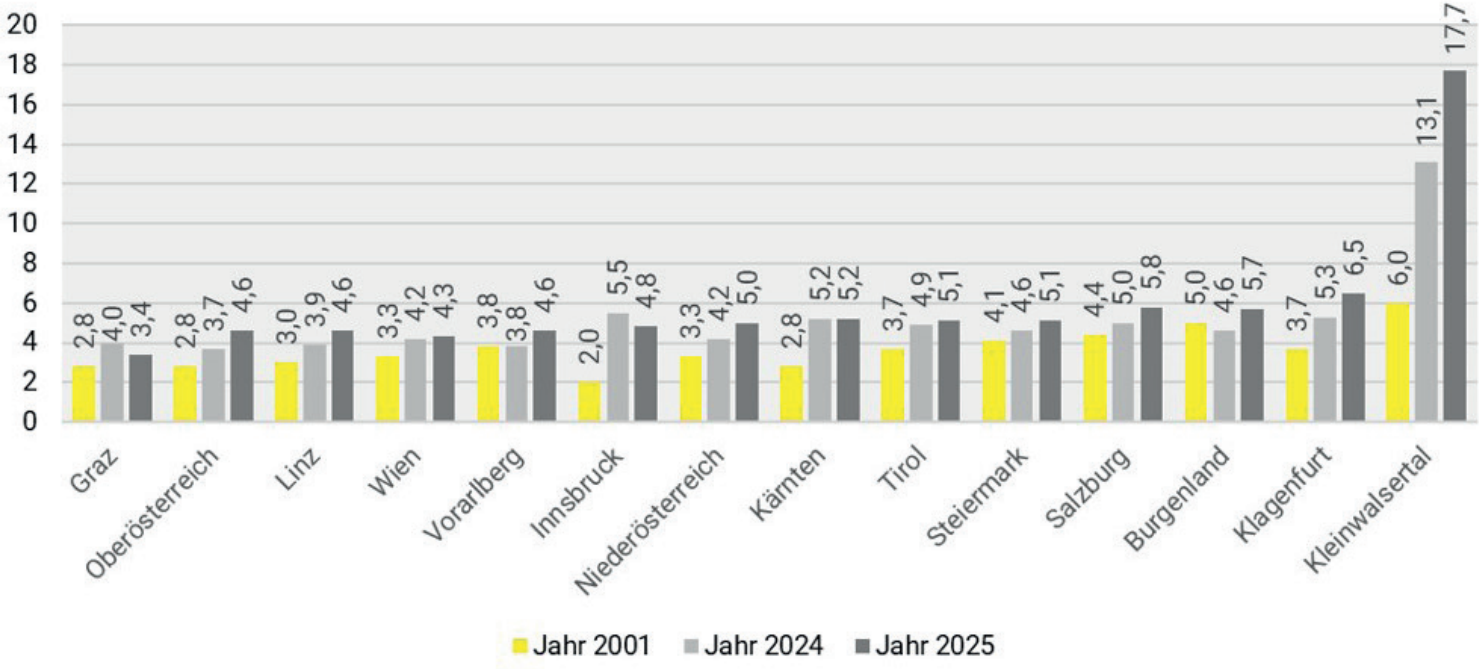
Energiekosten: Strom-Systemnutzungstarife im nationalen Vergleich

Strom-Systemnutzungstarife: Netzebene 6

- Auf der NE 6 sind vornehmlich KMU und Gewerbebetriebe als Abnehmer ausgewiesen.
- Die Steiermark befindet sich auch auf dieser Netzebene im Spitzenfeld bei den Systemnutzungskosten im Bundesländervergleich.
- Die Kostensteigerungen auf der NE 6 in der Steiermark belaufen sich seit 2001 auf rd. 25 %.
- Der Abstand zum günstigsten Netzbereich ist signifikant und konnte im Laufe der vergangenen Jahre auch nicht wesentlich verringert werden.

Netzebene 6

Netznutzungs- und Netzverlustentgelte 3.100 Bezugsstunden



Quelle: E-Control

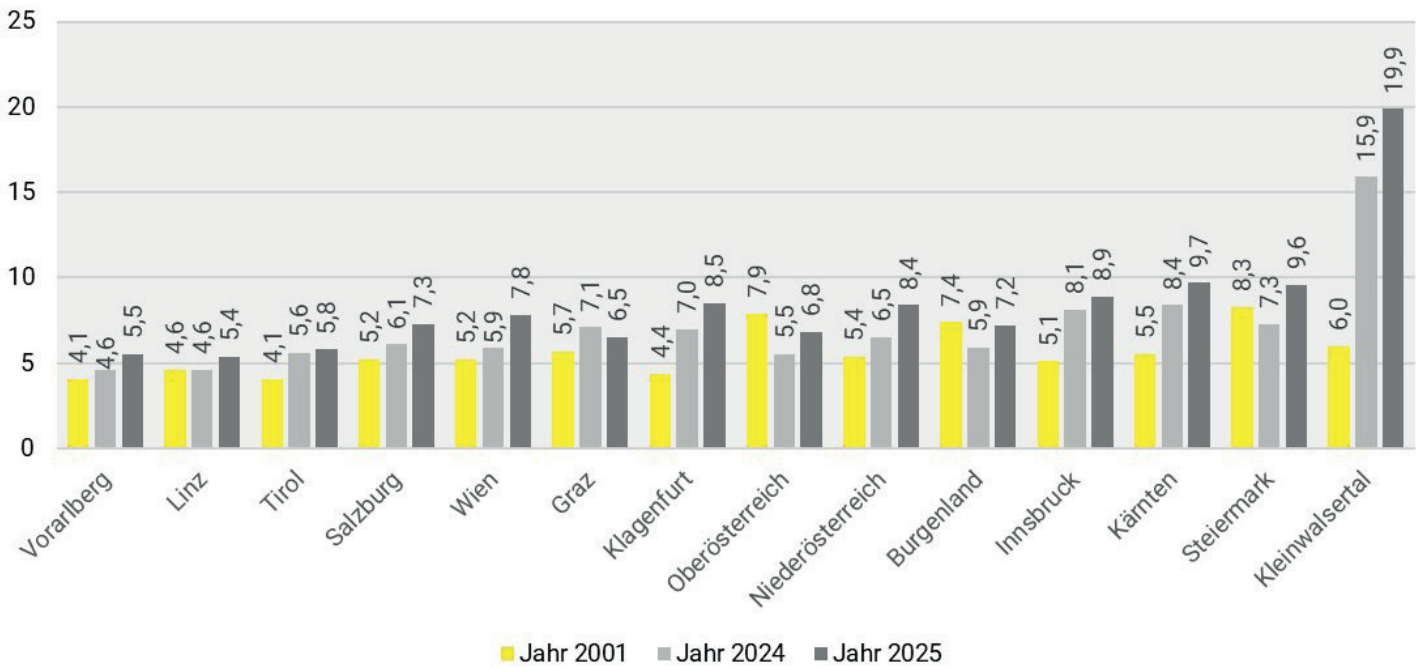
Energiekosten: Strom-Systemnutzungstarife im nationalen Vergleich

Strom-Systemnutzungstarife: Netzebene 7 gemessen

- Auf der NE 7 gemessen sind vornehmlich Kleingewerbebetriebe als Kunden ausgewiesen.
- Die Steiermark und Kärnten sind auf der NE 7 gemessen Tarifsitzenreiter im Bundesländervergleich
- Die Kostensteigerungen auf der NE 7 gemessen in der Steiermark belaufen sich seit 2001 auf rd. 15 % und blieben damit unter der Entwicklung des VPI.
- Der Abstand zum günstigsten Netzbereich ist signifikant und konnte im Laufe der vergangenen Jahre auch nicht wesentlich verringert werden.

Netzebene 7 gemessen

Netznutzungs- und Netzverlustentgelte 3.000 Bezugsstunden



Quelle: E-Control

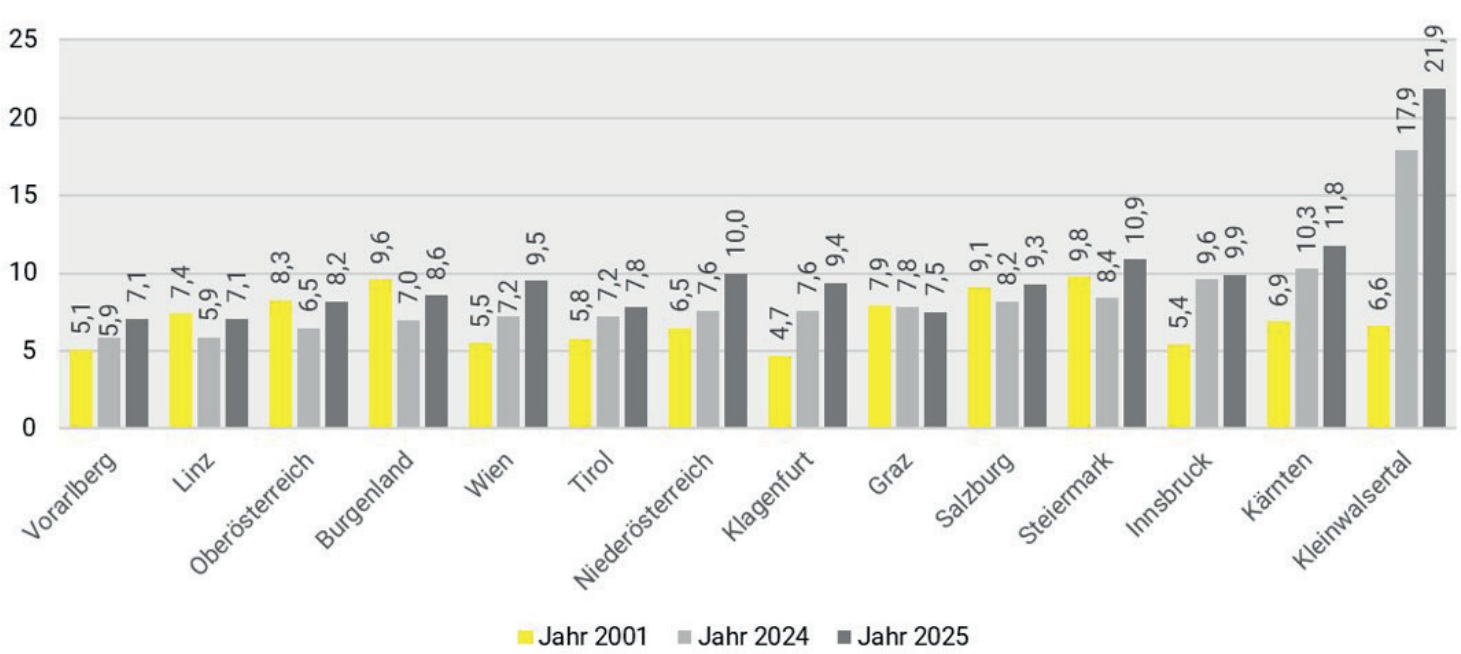
Energiekosten: Strom-Systemnutzungstarife im nationalen Vergleich

Strom-Systemnutzungstarife: Netzebene 7 nicht gemessen

- Auf der NE 7 nicht-gemessen sind Haushalte, Landwirtschaft und Kleinstgewerbetunden angeschlossen.
- Die Steiermark weist, lässt man den Netzbereich Kleinwalsertal außen vor, auf NE 7 nicht-gemessen einen der höchsten Netztarife im Vergleich aller Netzbereiche aus.
- Die Kostensteigerungen auf der NE 7 nicht-gemessen in der Steiermark belaufen sich seit 2001 auf rd. 11,2 % und damit deutlich unter der Entwicklung des VPI.
- Der Abstand zum günstigsten Netzbereich ist signifikant und konnte im Laufe der vergangenen Jahre auch nicht wesentlich verringert werden.

Netzebene 7 nicht gemessen

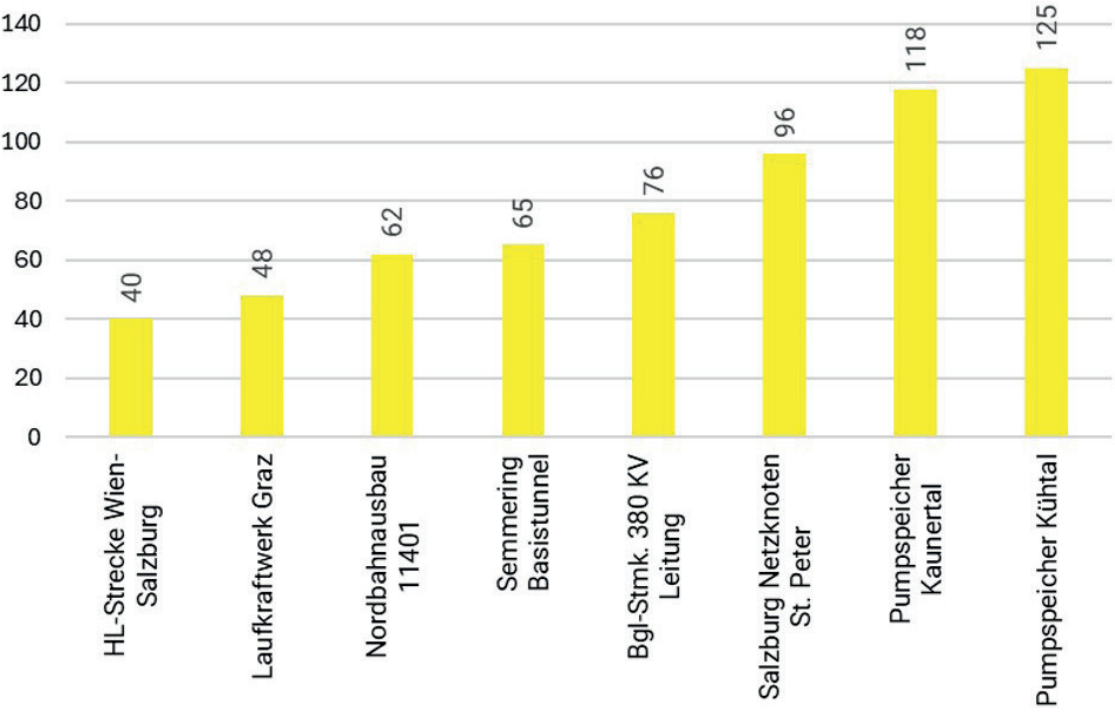
Netznutzungs- und Netzverlustentgelte 3.500 kWh



Quelle: E-Control

Energiekosten: Strom-Systemnutzungstarife im nationalen Vergleich

Verfahrensdauer UVP-Projekte Österreich im Vergleich in Monaten



Quelle: Wirtschaftskammer Österreich

Faktenlage:

- Die Dauer von Genehmigungsverfahren ist eine der zentralen Herausforderungen für große Investitionsprojekte im Bereich der Infrastruktur in Österreich und den einzelnen Bundesländern.
- Vor allem die UVP-Verfahren im Zusammenhang mit großen Energieprojekte erstrecken sich über enorme Zeiträume und sind ein zentraler Hemmschuh beim Ausbau der erneuerbaren Energiequellen.
- Im Bereich der Pumpspeicherkraftwerke dauern Genehmigungsverfahren mitunter 10 Jahre und länger.
- In der Steiermark sind vor allem Wasserkraft- und Windparkprojekte betroffen.

Resümee

„Alles Leben ist Energie“, so könnte oder besser müsste der Leitspruch für die Energiepolitik in unserem Land lauten. Mehr noch, Energie ist nicht nur eine kritische Ressource der Vergangenheit, sondern bleibt auch eine kritische Ressource der Zukunft. Dies trifft in besonderem Maße für einen Standort wie die Steiermark zu, der aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur eine sehr hohe Energieintensität vorzuweisen hat. Der Faktor Energie ist und bleibt folglich einer der wesentlichsten Input-Faktoren für wirtschaftliche Prozesse aller Art.

Die jüngste Vergangenheit hat schmerzhaft gezeigt, wie schnell als für stabil und preiswert gedachte Energielieferungen ins Wanken geraten können und welche Abhängigkeiten im System bestehen. Die gravierenden Verwerfungen, welche daraus resultierten, haben dem Standort nachhaltigen wirtschaftlichen Schaden zugeführt. Der energiepolitische Auftrag, der sich daraus ableiten lässt, lautet neben der Diversifizierung der Versorgung auch auf einen verträglichen Energiemix, der das System im Gleichgewicht hält, zu achten. So dürfen neben Nachhaltigkeitsaspekten, die gleichberechtigten ökonomischen Aspekte nicht außer Acht gelassen werden. Denkverbote darf es ebenfalls nicht geben, wenn der Wirtschaftsstandort Steiermark wettbewerbsfähig bleiben soll. Denn die Faktenlage zeigt, dass es ohne eine gleichrangige Beachtung und operative Anwendung des energiepolitischen Dreiecks, welches sich aus Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Umweltschutz zusammensetzt, nicht machbar sein wird, die Steiermark als industriell-gewerblichen Standort zu erhalten.

Die Fakten im Überblick:

- Die energiepolitischen Zielvorgaben der EU sind auf nationalstaatlicher Ebene kaum bzw. nicht in einem realistisch ökonomischen Rahmen umsetzbar. Das zeigen die Zwischenevaluierungen auf Ebene einer energieintensiven Industrie-Region wie der Steiermark.
- Die vorschnelle Abkehr von bestimmten, vornehmlich fossilen Energieträgern, stellt gerade Industrieregionen vor schier unlösbare Herausforderungen, da die Energiewende in ihrer jetzigen Form mit hohen Kosten einhergeht. Daher gilt es, längere Übergangsfristen zu definieren bzw. einen Paradigmenwechsel

einzuleiten, der eine neue energiepolitische Maxime in den Mittelpunkt stellt: die Technologieneutralität.

- Der steigende Energiebedarf und die Herausforderungen der Energiewende, vor allem im Bereich der Energienetze, führt dazu, dass die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern selbst mittelfristig nur schwer bis kaum reduzierbar sein wird.
- Fakt ist, dass der Energiebedarf weiter steigen und um bisher unterrepräsentierte Energieträger ergänzt werden wird, wobei vor allem Wasserstoff auf Basis energiepolitischer Strategien und Vorgaben derzeit eine besondere Rolle spielt. Dieser ist derzeit in Regionen wie der Steiermark jedoch kaum zu wettbewerbsfähigen Preisen erzeugbar.
- Die Abhängigkeit der steirischen Wirtschaft von ausländischen Energieexporten wird ebenfalls hoch bleiben und lässt sich auch mittelfristig kaum reduzieren, wenn es nicht gelingt, den Energieeinsatz insgesamt zu reduzieren.
- Das heißt andererseits, dass der Ausbaubedarf schon aufgrund des steigenden Energiebedarfs gegeben ist und die vorhandenen Ausbaupotenziale im Bereich der erneuerbaren Energie bestmöglich ausgeschöpft werden müssen. Im Bereich des elektrischen Stroms jedoch unter der Maßgabe einer Netzverträglichkeit.
- Insgesamt sind die Kostennachteile im Energiebereich in der Steiermark nach wie vor evident. Dies gilt nicht nur für die Strom- und Gaspreise im internationalen Vergleich, sondern auch national. Vor allem die Stromnetztarife stellen einen merklichen Standortnachteil im Bundesländervergleich dar. Eine Reduktion dieses Nachteils erscheint allein aufgrund der Kosten der Energiewende (Modernisierung und Ausbau der Netzinfrastruktur) zumindest kurz- und mittelfristig als nicht realistisch.
- Erdgas darf als wesentliche Industrie-Ressource nicht vernachlässigt werden. Der Erdgasverbrauch hat in den vergangenen beiden Jahrzehnten in der steirischen Industrie eine kritische Bedeutung erfahren. Daher gilt es die Erdgasversorgung kurz- und mittelfristig sicherzustellen.
- Bürokratische und legistische Hürden behindern den Ausbau erneuerbarer Energieressourcen auf regionaler Ebene massiv. In der Steiermark betrifft dies neben dem Bereich der Windkraft, vor allem den Bereich der Wasserkraft, wobei unabdingbare Energiespeicherprojekte wie der Pumpspeicher im Gebiet der Koralpe sogar in ihrer Umsetzung gefährdet sind.

N Öffentliche Finanzen

Michael Janisch, Julia Hiebler

Einleitung

Die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte in der Steiermark – konkret jener vom Land Steiermark sowie den steirischen Gemeinden – ist und bleibt ein zentrales und wichtiges Thema nicht nur für Politik und Verwaltung in unserem Lande, sondern für die gewerblichen Unternehmen. Das Land Steiermark und die steirischen Gemeinden sind aus deren gesetzgebenden Funktion heraus ein wesentlicher wirtschaftspolitischer Player, sie sind komplementär dazu aber auch ein wesentlicher öffentlicher Investor und Standortentwickler.

Bereits frühere Studien und Analysen haben die prekäre budgetäre Situation belegt und darauf aufmerksam gemacht, dass steigende Ausgaben auf Seiten von Land und Gemeinden einerseits und sinkende Einnahmen andererseits die Handlungsspielräume der Gebietskörperschaften nicht nur stark einschränken, sondern dass diese Ausgabendynamik sogar bis zur Handlungsunfähigkeit führen kann.

Der aktuelle Befund auf Basis der jüngsten Budgetzahlen zeigt in aller Deutlichkeit, dass ohne drastische Einsparungen und Kürzungen keine Entspannung der finanziellen Situation in Sichtweite ist und die Verschuldung daher ohne Gegensteuerungsmaßnahmen weiter anwachsen wird. Mit dem Schuldenanstieg schwinden die Mittel für wichtige Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Wirtschaftsförderung. Dieser Zustand setzt die heimischen Unternehmen und in weiterer Folge den Wirtschaftsstandort zusätzlich zur allgemeinen konjunkturellen Schwäche massiv unter Druck. Gerade Investitionen von Land und Gemeinden spielen eine wesentliche Rolle für die Leistungsfähigkeit der lokalen Wirtschaft, daher ist dieses Thema für die Wirtschaftskammer Steiermark von großer Relevanz.

Aus diesem Blickwinkel ist die finanzielle Stabilität von Land und Gemeinden unbestritten von essenzieller Bedeutung für die regionale Wirtschaft. Sie bildet die Grundlage für öffentliche Investitionen von Ländern und Gemeinden, welche als direkte Impulsgeber

für die lokale Wertschöpfung wirken und wesentlich dazu beitragen, Arbeitsplätze zu erhalten wie auch neu zu schaffen, und damit Betriebe wie gleichermaßen Arbeitnehmer:innen und die regionale Bevölkerung stärken.

Attraktive Unternehmensstandorte zeichnen sich durch eine gut ausgebaute Infrastruktur in mehreren Bereichen (Verkehr, Bildung, Gesundheitsversorgung) aus – diese Infrastruktur bestimmt die Standortqualität und Attraktivität für Unternehmen, wie auch Fachkräfte und Investoren wesentlich. Ohne ausreichend finanzielle Mittel sind Investitionen nicht möglich und dies hat unweigerlich negative Konsequenzen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Region.

Insgesamt ist eine solide Finanzlage für Gebietskörperschaften wie für Unternehmen nicht nur für die wirtschaftliche Dynamik, sondern gleichermaßen für die langfristige Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse aller Menschen im Land entscheidend.

Drei-Komponenten-Haushalt

Die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 (VRV 2015) ist die rechtliche Basis für die Haushaltsführung von Ländern und Gemeinden mit dem Ziel, ein möglichst getreues, vollständiges und einheitliches Bild der finanziellen Lage der Gebietskörperschaften zu erhalten. Sie regelt die Ordnung, Struktur und Bestandteile der Haushaltsrechnungen und damit, wie Voranschlag und Rechnungsabschluss der Gebietskörperschaften – also von Ländern und Gemeinden – sowie ihrer wirtschaftlichen Unternehmungen gestaltet sein müssen.

Die verpflichtende Umstellung der Haushaltsbudgets von Ländern und Gemeinden vom kameralen Buchführungssystem auf ein doppisches System (Drei-Komponenten-Haushalt) hatte spätestens mit dem Finanzjahr 2020 zu erfolgen. Durch die Angleichung der neuen Rechnungslegungsvorschriften an das Unternehmensgesetzbuch (UGB) sind nun auch Vergleiche mit Jahresabschlüssen von privatwirtschaftlich geführten Unternehmen, welche zuvor nur sehr eingeschränkt waren, möglich.

Unverändert gültig ist die Prämisse, dass Gemeinden ebenso wie Länder und Bund bei ihrer Haushaltsführung die Sicherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes und nachhaltig geordnete Haushalte anzustreben und ihre Haushaltsführung in Hinblick auf diese Ziele zu koordinieren haben.

Der **Drei-Komponenten-Haushalt** setzt sich aus Ergebnishaushalt, Finanzierungshaushalt und Vermögenshaushalt zusammen und gibt einen Gesamtüberblick über die finanzielle Situation der Gemeinden. Seit 2020 ist es durch die Haushaltsreform möglich, zusätzlich zum Finanzierungshaushalt auch Informationen zum Vermögen der Gemeinden (Vermögenshaushalt) sowie zur periodengerechten Entwicklung der laufenden Gebarung (Ergebnishaushalt) zu erhalten.

Im **Vermögenshaushalt** wird dem Vermögen (Aktiva) der Gebietskörperschaften das dafür eingesetzte Kapital (Passiva) gegenübergestellt.

Der **Ergebnishaushalt** gibt darüber Auskunft, inwieweit die Aufwendungen durch Erträge der Länder bzw. kommunale Erträge gedeckt werden können. Erträge setzen sich aus der operativen Verwaltungstätigkeit (Abgaben und Gebühren, Ertragsanteilen und Erträge aus eigenen Leistungen), aus Transfers (von Bund oder Ländern) und aus Finanzerträgen zusammen. Die Aufwendungen und Erträge sind analog der Gewinn- und Verlustrechnung nach Unternehmensgesetzbuch (UGB) unabhängig vom tatsächlichen Zahlungsfluss.

Der **Finanzierungshaushalt** ist jener Haushalt, der mit den bis einschließlich 2019 geltenden kameralen Rechenwerken vergleichbar ist.

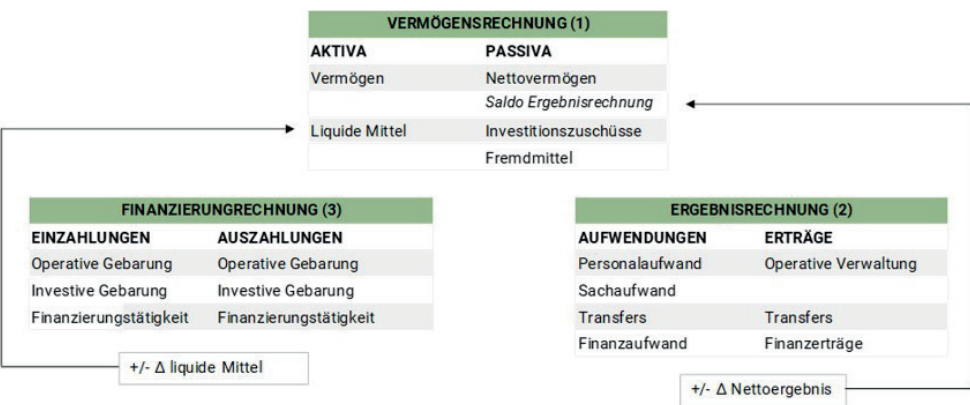
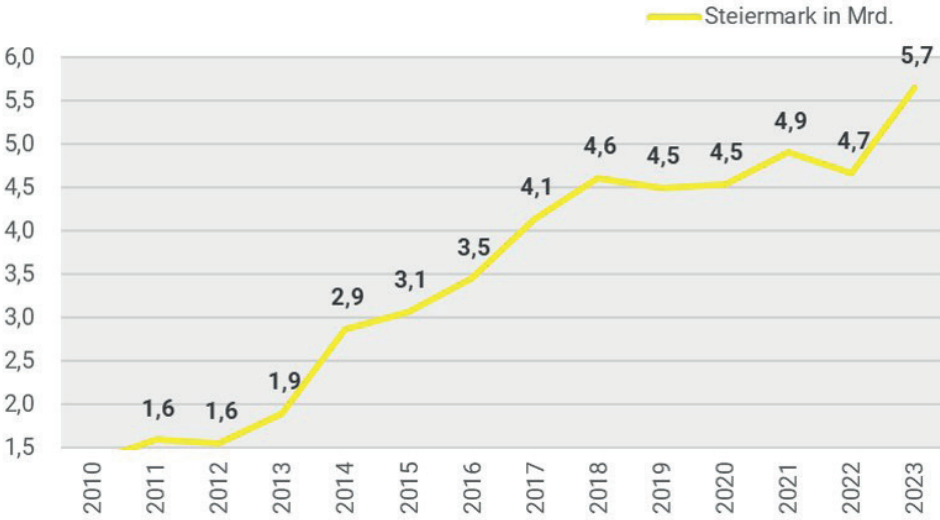


Abbildung: Angelehnt an Meszarits 2017, S. 10. Biwald, Maimer 2018, S. 5.

Finanzschulden im Zeitvergleich

Die Finanzschulden des Landes Steiermark sind in den letzten 13 Jahren – im Zeitraum von 2010 bis zum Jahr 2023 – von rund 1,3 Mrd. Euro auf 5,7 Mrd. Euro gestiegen.

Das ist ein Anstieg um 4,1 Mrd. Euro oder 256% und entspricht einer Steigerung von 20% pro Jahr.

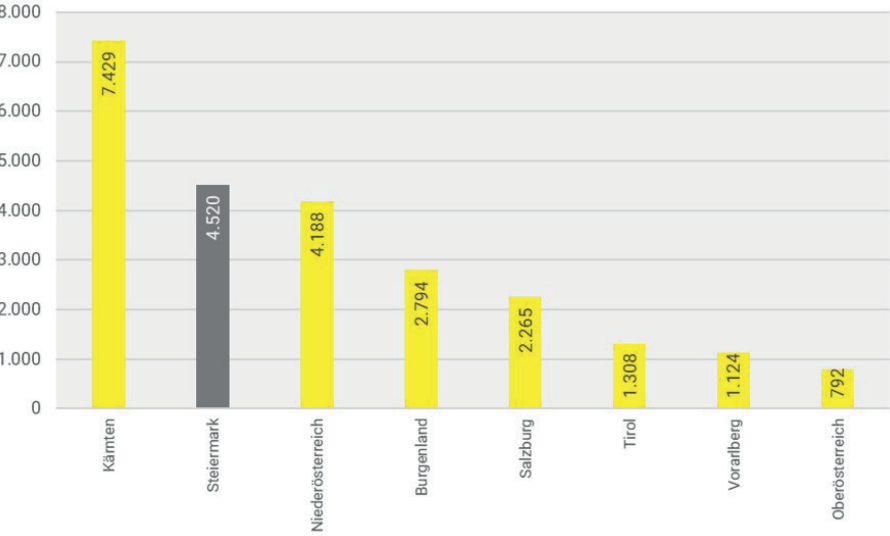


Quelle: STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA; IWS-Darstellung.

Finanzschulden pro Kopf 2023 im Bundesländervergleich

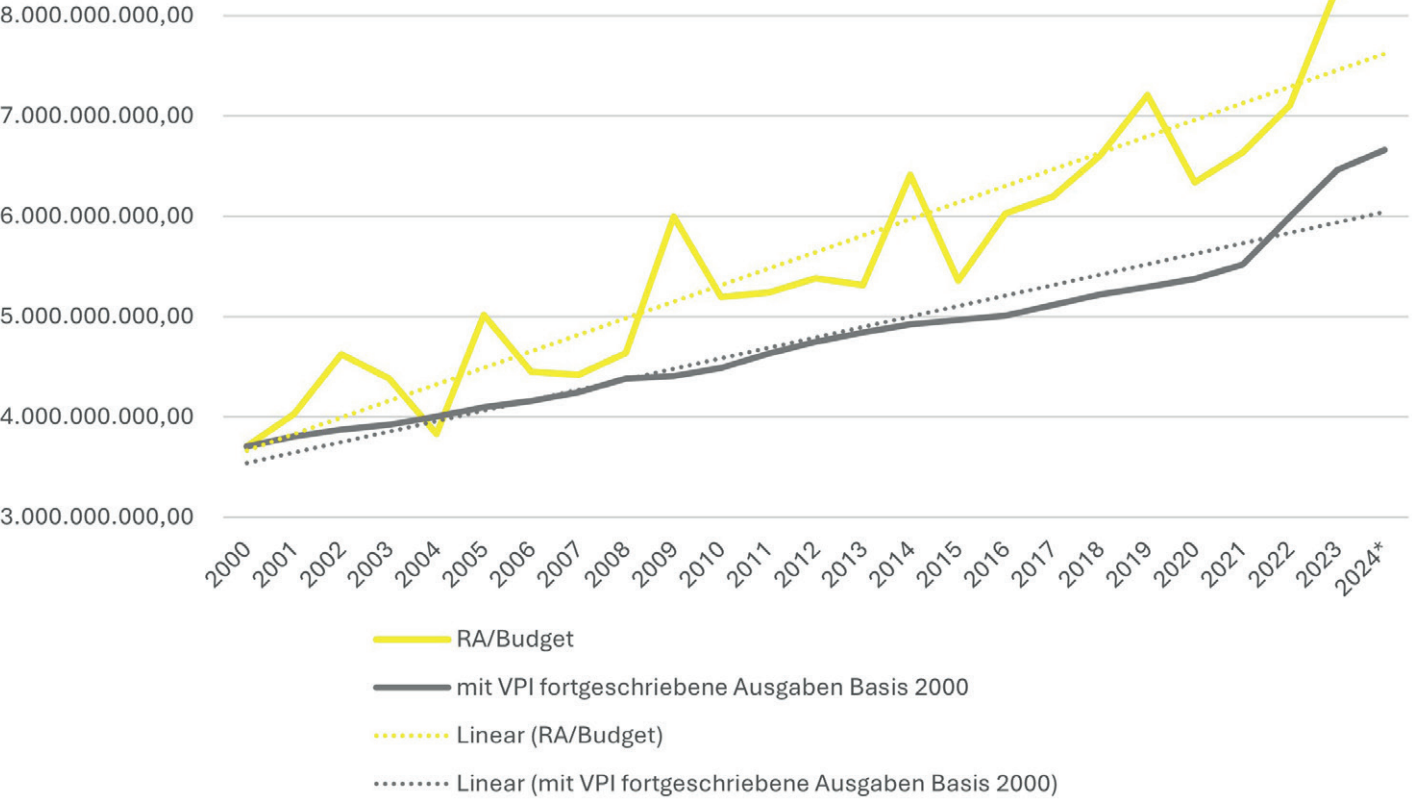
Die Steiermark verzeichnet im Jahr 2023 mit 4.520 Euro hinter Kärnten die zweithöchsten Finanzschulden pro Kopf im Bundesländervergleich (Finanzschulden = langfristige und kurzfristige Finanzschulden).

Innerhalb der letzten drei Jahre (Zeitraum 2000 bis 2023) hat sich die Pro-Kopf-Verschuldung in der Steiermark von 3.657 Euro (2020) um mehr als 860 Euro erhöht, das ist ein Gesamtanstieg von 23,6%.



Quelle: STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA; IWS-Darstellung.

Ausgabendynamik Land Steiermark im Zeitvergleich

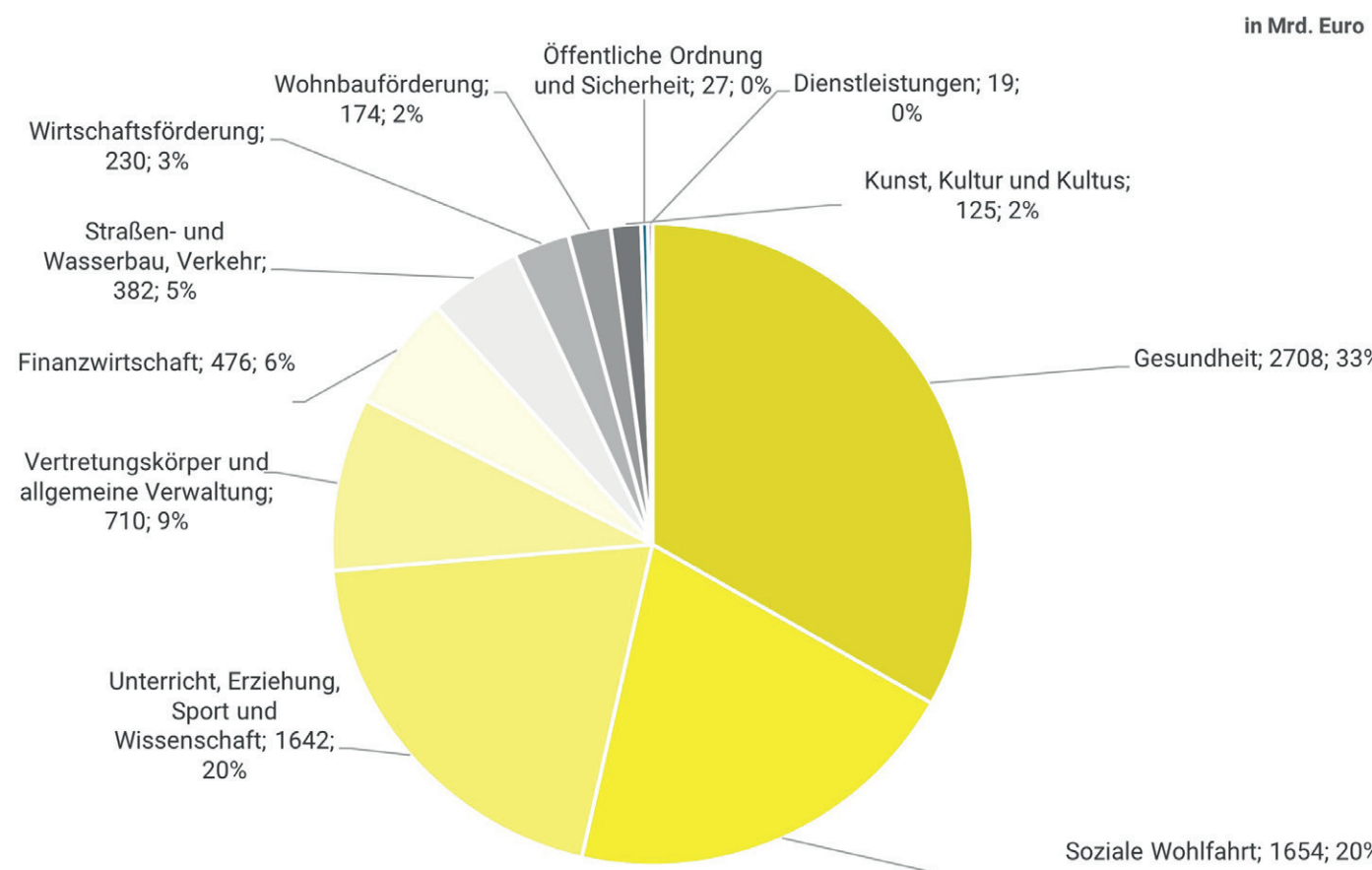


Die Ausgabenentwicklung des Landes Steiermark zeigt, dass die Zunahme der Ausgaben die Inflation in den letzten 20 Jahren deutlich übersteigt.

Insgesamt liegt die Steigerung der Ausgaben im Landesbudget weit über der VPI-Entwicklung.

2023 betrugen die Gesamtausgaben knapp 8,3 Mrd. Euro, eine Fortschreibung der Ausgaben ab 2000 mit dem VPI würde bei 6,5 Mrd. Euro zum Liegen kommen, also weit unter den tatsächlichen Kosten.

Aufwendungen nach Voranschlagsgruppen (Ergebnishaushalt 2024)



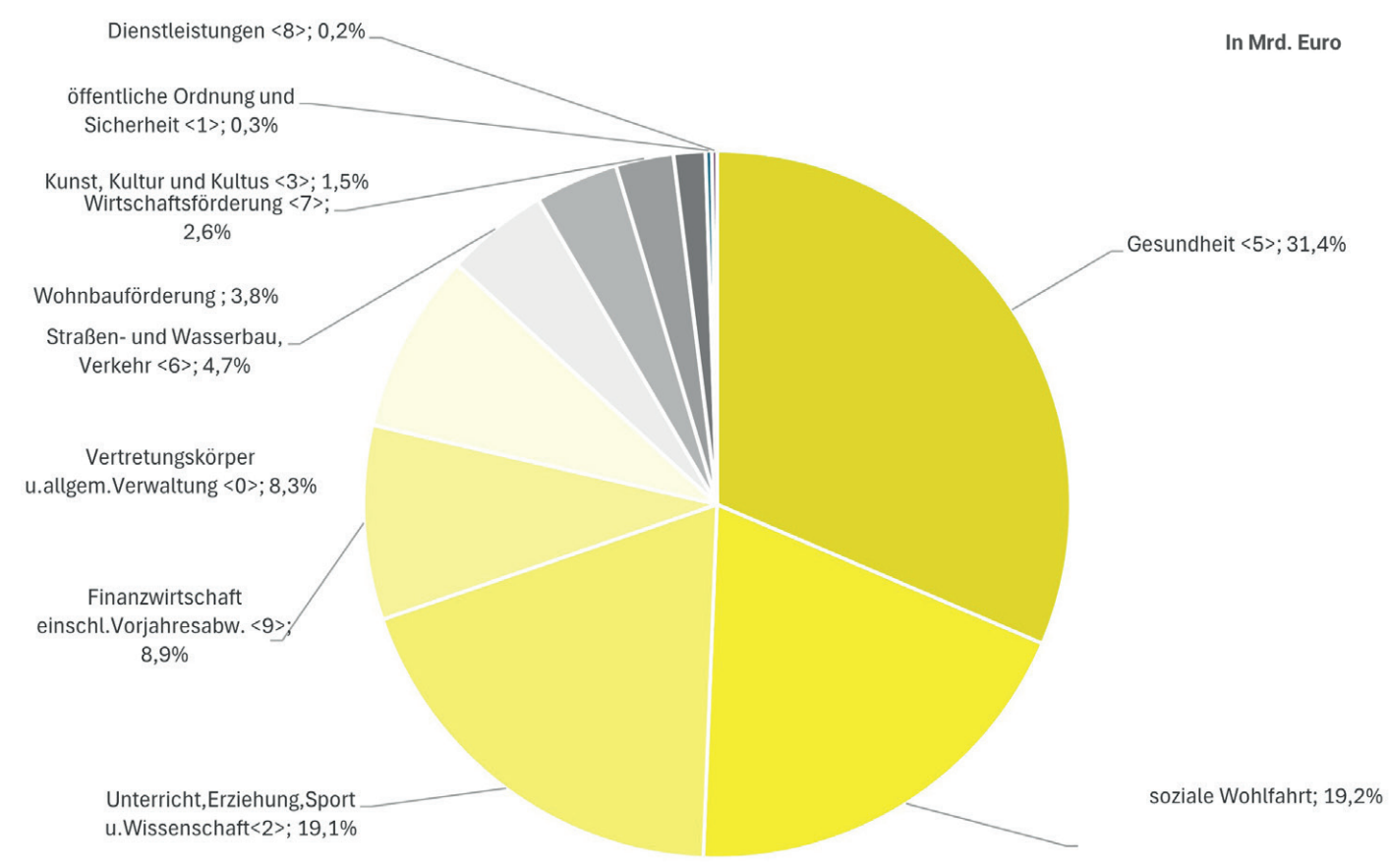
Quelle: STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA; IWS-Darstellung.

Im Jahr 2024 verteilen sich die Aufwendungen des Landes Steiermark in unterschiedlichem Maße auf die jeweiligen Voranschlagsgruppen.

33,2 % der Ausgaben betreffen die Gesundheit, 20,3 % die Soziale Wohlfahrt und 20,2 % auf Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, um die Größten zu nennen.

Die Verwaltung nimmt 8,7 %, der Straßen- und Wasserbau, Verkehr 4,7 % des Budgets und die Wirtschaftsförderung 2,8 % des Budgets ein.

Verteilung der Auszahlungen auf die Voranschlagsgruppen (Finanzierungshaushalt Budget 2024)



Quelle: STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA; IWS-Darstellung.

Die Voranschlagsgruppe Gesundheit verzeichnet mit 2,7 Mrd. Euro und 31,4 % des Gesamtbudgets die höchsten Auszahlungen im Budget 2024.

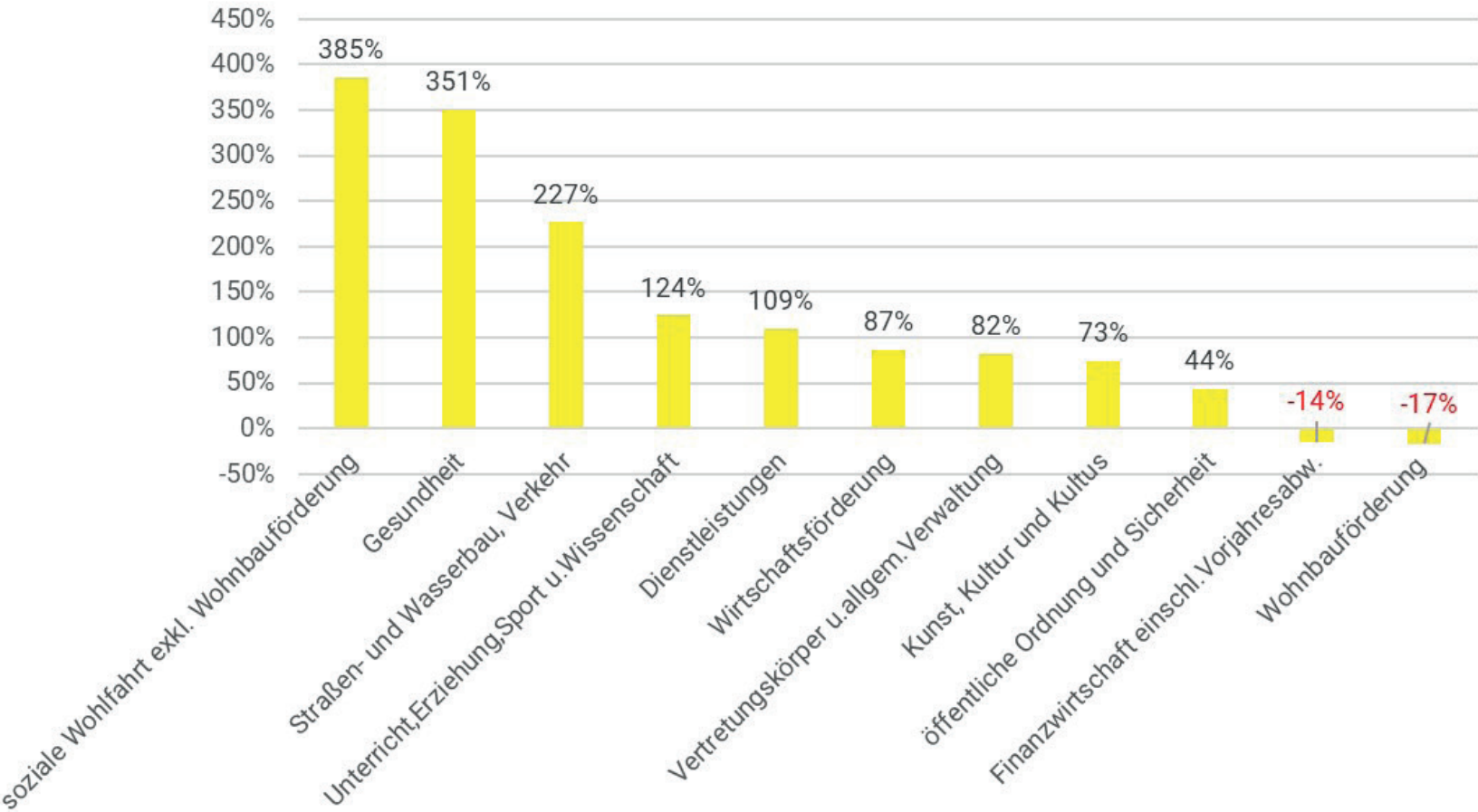
Die Voranschlagsgruppe Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung macht mit 2 Mrd. Euro rund 23,0 % des Gesamtbudgets aus.

Unterricht, Erziehung, Sport u. Wissenschaft verzeichnen mit 1,6 Mrd. Euro. rund 19,1 % des Gesamtauszahlungen.

Die Bereiche Straßen- und Wasserbau, Verkehr mit 405 Mio. Euro und 4,7 % sowie Wirtschaftsförderung mit 226 Mio. Euro und 2,6 % verzeichnen gesamt weniger Budget als die Voranschlagsgruppe Vertretungskörper und Verwaltung mit 711 Mio. Euro und 8,3 %.

Kostentreiber (I): Entwicklung der Voranschlagsgruppen in Relation zum Ausgangsniveau

Ausgabensteigerung 2024 in Relation zu 2000



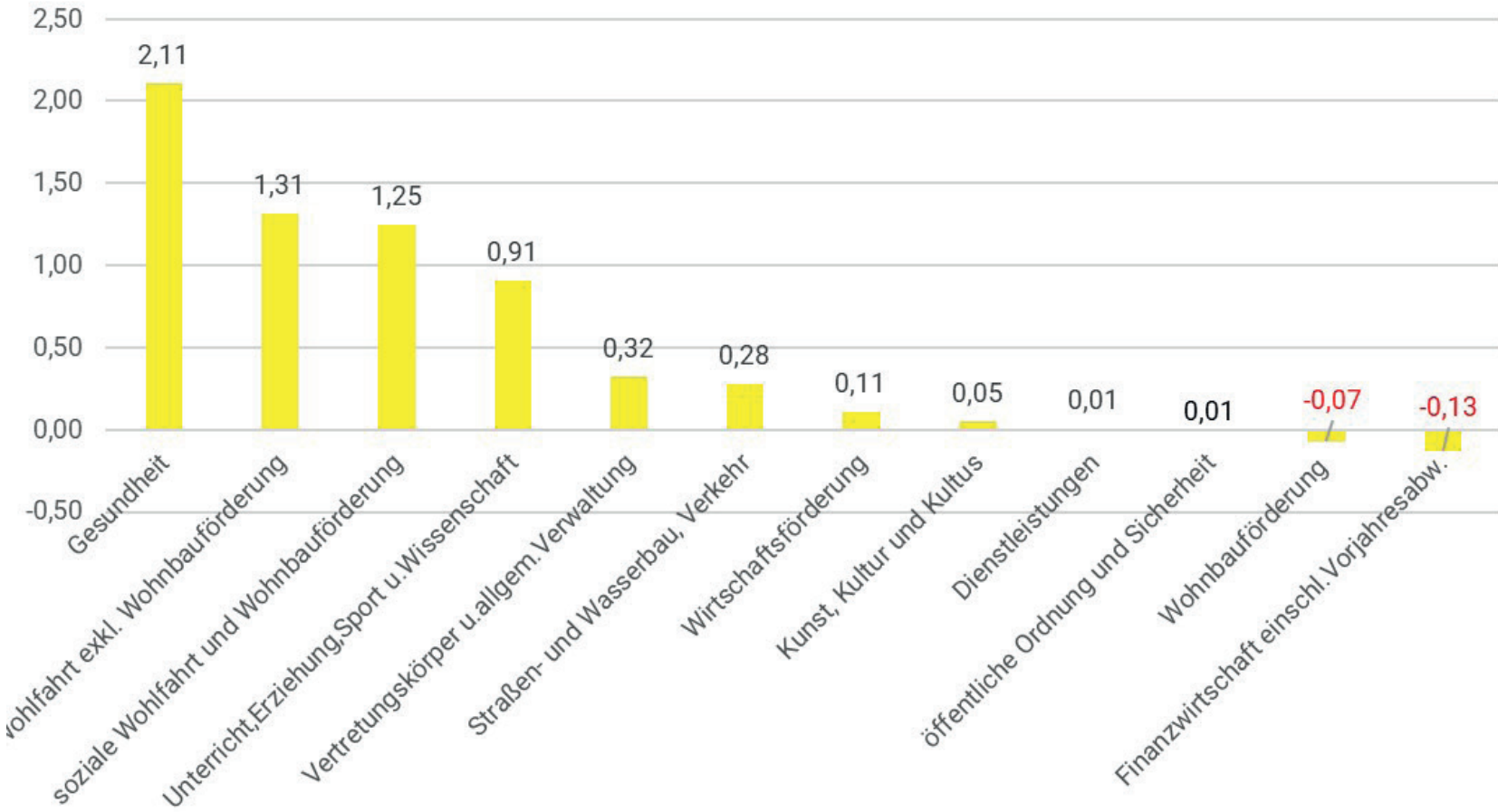
Quelle: STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA; IWS-Darstellung.

Die Voranschlagsgruppe Soziale Wohlfahrt (exkl. Wohnbauförderung) hat in Relation zum Niveau von 2000 mit 385 % die höchste Ausgabensteigerung vorzuweisen.

Mit 351 % Ausgabensteigerung weist die Voranschlagsgruppe Gesundheit eine ähnliche Entwicklung nach oben auf.

Kostentreiber (II): Entwicklung der Voranschlagsgruppen in absoluten Zahlen

Ausgabensteigerung 2000/2024 absolut in Mrd. EUR



Quelle: STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA; IWS-Darstellung.

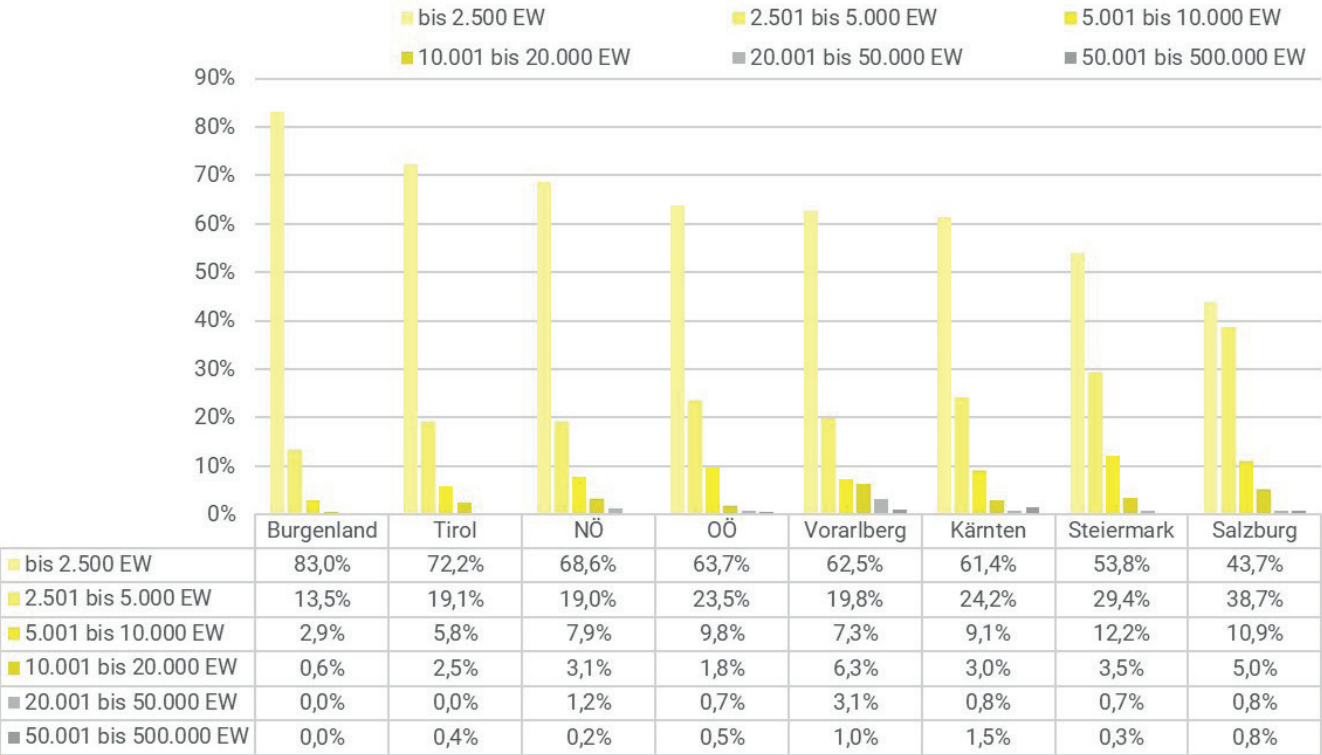
In absoluten Zahlen weist die Voranschlagsgruppe Gesundheit mit 2,1 Mrd. Euro die größte Ausgabensteigerung von 2024 im Vergleich zu 2000 auf.

Dahinter sind die Voranschlagsgruppen Soziale Wohlfahrt (exkl. Wohnbauförderung) mit 1,3 Mrd. Euro und Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft mit 0,9 Mrd. Euro Ausgabensteigerung die wesentlichen Kostentreiber.

Gemeindehaushalt Steiermark | Knappe Kassen bringen Gemeinden ans Limit

Gemeindestruktur

Anteile der Gemeinden nach Gemeindegrößenklassen (2023)



Quelle: STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA; IWS-Darstellung.

Die Steiermark hatte zu Beginn der Legislaturperiode 2010 mit 542 Gemeinden die kleinteiligste Gemeindestruktur aller österreichischen Bundesländer.

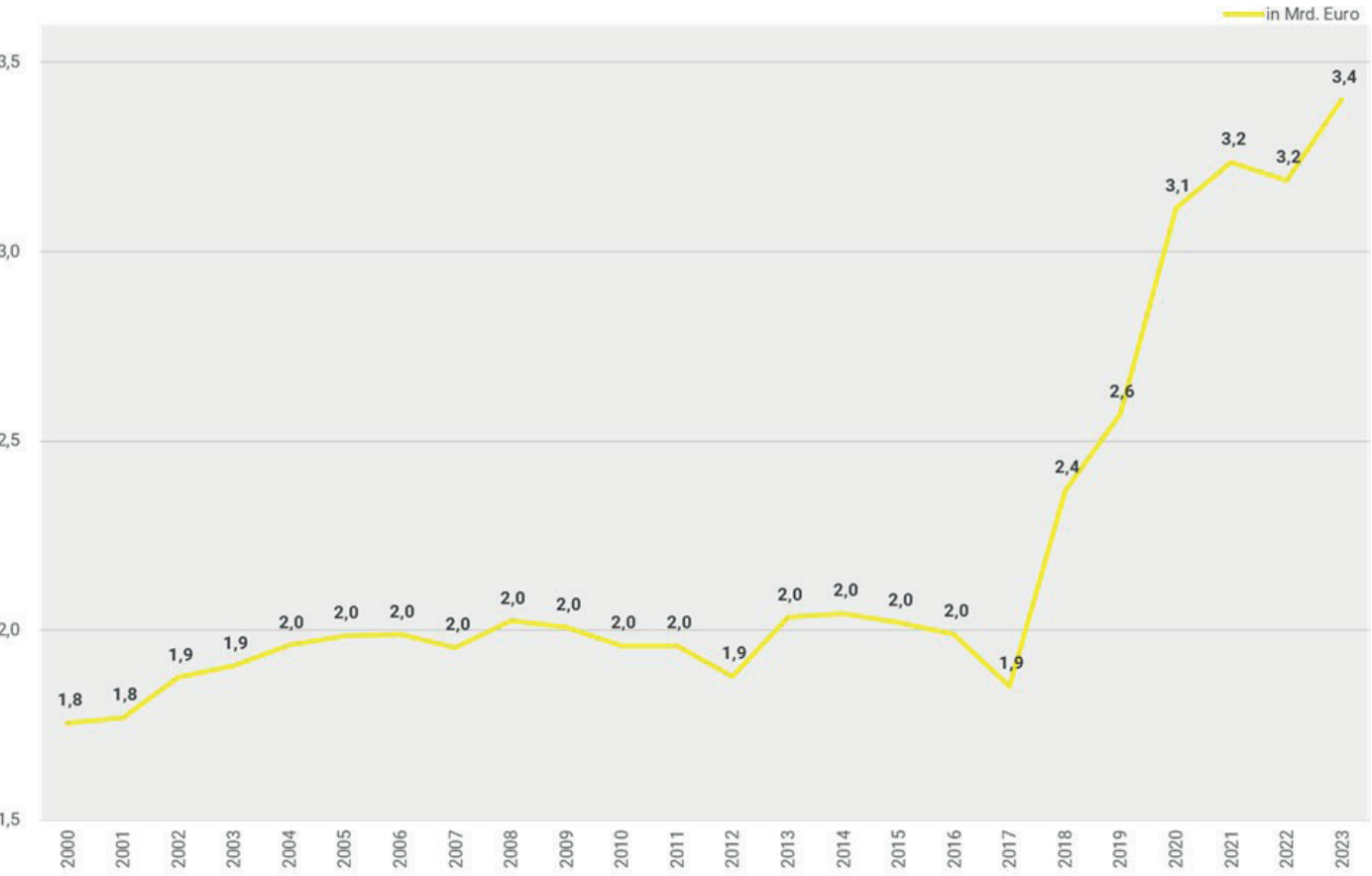
Seit dem 1. Jänner 2015 wurde durch die Gemeindestrukturereform die Anzahl der Gemeinden auf 287 reduziert. Durch die Reform stieg die durchschnittliche Einwohner:innenzahl pro Gemeinde von 1.754 im Jahr 2010 auf 3.293, was nun über dem österreichweiten Durchschnitt von 2.840 Einwohner:innen pro Gemeinde liegt.

Vor der Reform befanden sich 32 Prozent aller österreichischen Gemeinden unter 1.000 Einwohner:innen in der Steiermark, dieser Anteil sank 2015 auf 3,6 Prozent. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der steirischen Gemeinden mit über 10.000 Einwohner:innen von fünf auf 15.

Die Abbildung zeigt die Gemeindestruktur der Bundesländer (Stand 2023) im Vergleich. Die Steiermark weist aktuell hinter Salzburg den zweitgeringsten Anteil der Gemeinden mit bis zu 2.500 Einwohner:innen aus.

Finanzschulden Gemeinden Steiermark 2000 – 2023

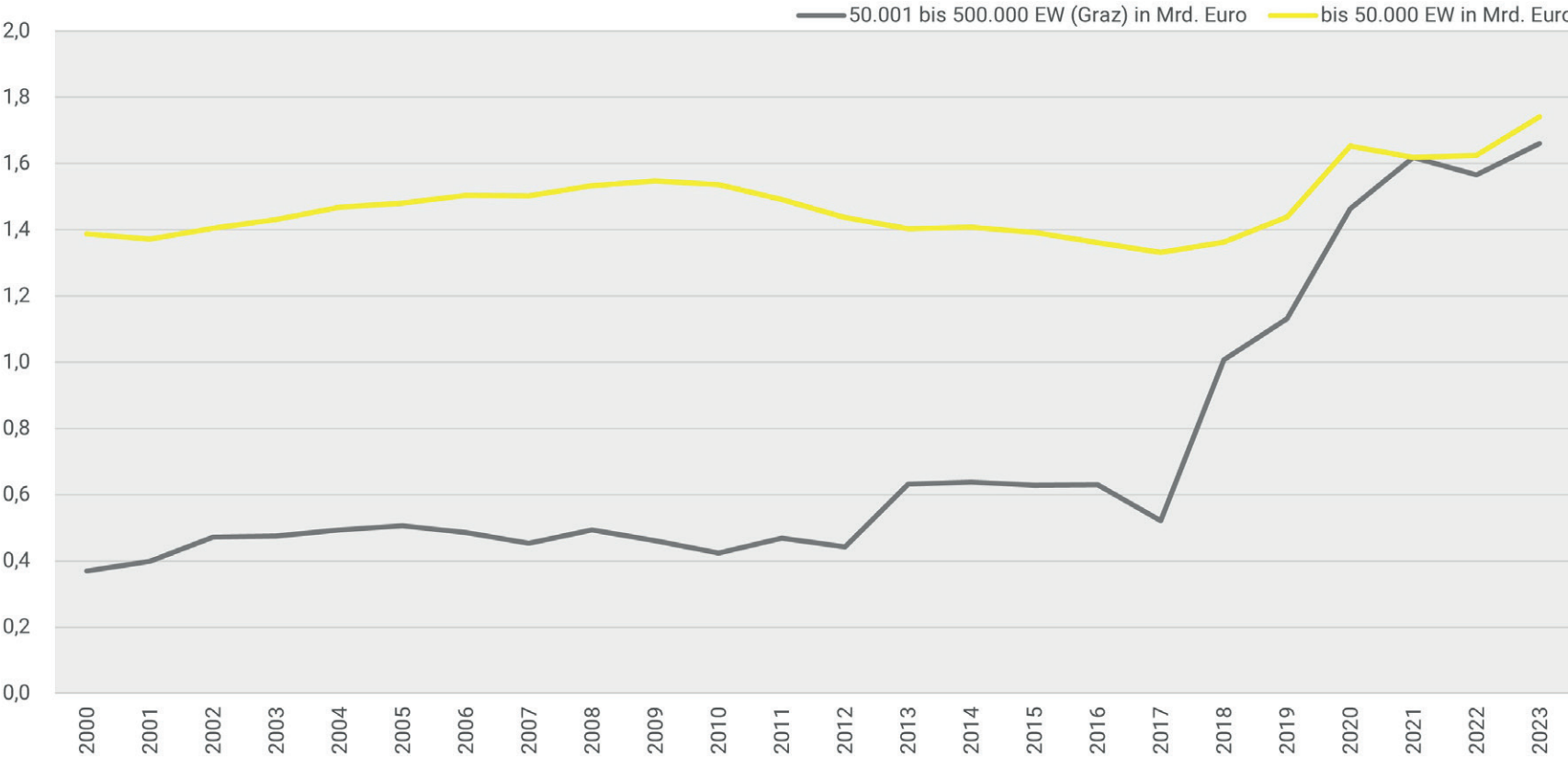
Der kumulierte Finanzschuldenstand der steirischen Gemeinden ist seit dem Jahr 2017 um mehr als 1,5 Mrd. Euro gestiegen und erreicht 2023 mit 3,4 Mrd. Euro einen neuen Höchststand. Das entspricht einem Zuwachs von 84 Prozent in diesem Zeitraum, der zum Großteil auf den Finanzschuldenstand der Stadt Graz zurückzuführen ist.



Quelle: STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA; IWS-Darstellung.

Finanzschulden Graz und übrige Gemeinden Steiermark 2000 - 2023

Ein Vergleich des Finanzschuldenstandes 2000 bis 2023 von Graz (über 50.000 Einwohner:innen) mit den übrigen steirischen Gemeinden (bis 50.000 Einwohner:innen) macht deutlich, dass sich die Verbindlichkeiten der Landeshauptstadt Graz im Jahr 2013 und ab 2018 deutlich erhöht haben, währenddessen das Schuldenausmaß bei den anderen Gemeinden im Wesentlichen konstant geblieben bzw. moderat angestiegen ist.

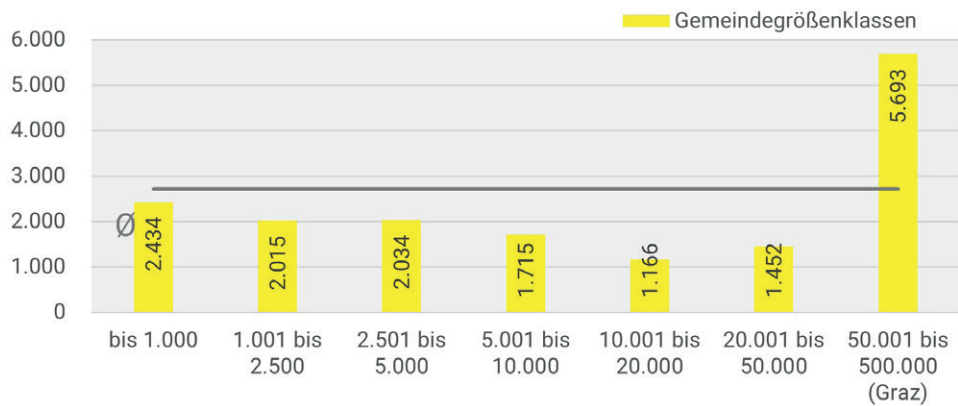


Quelle: STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA; IWS-Darstellung.

Finanzschulden pro Kopf nach Gemeindegrößenklassen 2023

Betrachtet man die Finanzschulden pro Kopf nach Gemeindegrößenklassen zeigt sich, dass die Pro-Kopf-Verschuldung 2023 in der Landeshauptstadt Graz mit 5.693 Euro deutlich über dem Mittelwert in den anderen Gemeindegrößenklassen (1.166 Euro bis 2.434 Euro) liegt und mehr als Doppelte der mittleren Pro-Kopf-Verschuldung der steirischen Gemeinden von 2.718 Euro ausmacht.

Der U-förmige Verlauf der Pro-Kopf-Verschuldung nach der Gemeindegröße zeigt deutliche Unterschiede auf: So verbuchen Gemeinden bis 1.000 Einwohner:innen durchschnittlich 2.434 Euro Finanzschulden, Gemeinden mit 10.001 bis 20.000 Einwohner:innen hingegen nur 1.166 Euro

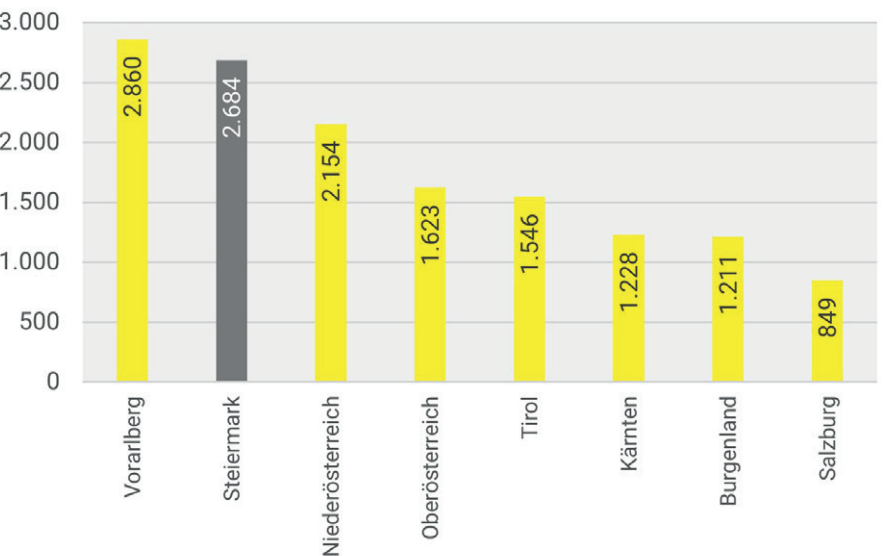


Quelle: STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA; IWS-Darstellung.

Finanzschulden pro Kopf nach Bundesländern 2023

Im Bundesländervergleich zeigen sich die steirischen Gemeinden überdurchschnittlich stark mit Finanzschulden belastet. Pro Kopf liegen die steirischen Finanzschulden der Gemeinden bei 2.684 Euro und somit hinter Vorarlberg an zweithöchster Stelle.

Zu beachten gilt allerdings, dass bundesländerweise deutlich Unterschiede in der Verteilung der Finanzschulden auf Gemeinde- und Länderebene bestehen.



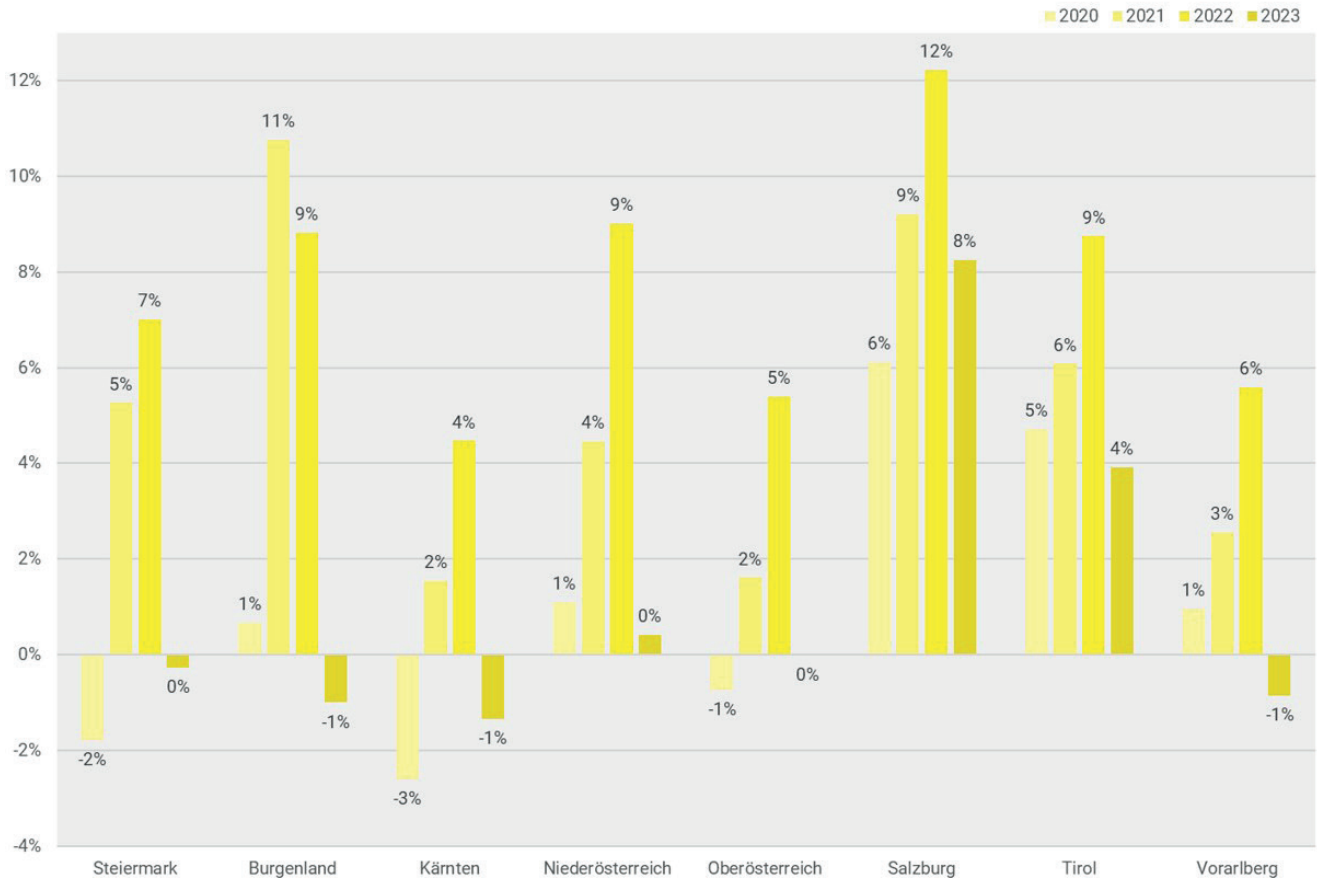
Freie Finanzspitze nach Bundesländern 2023

Die Quote der Freien Finanzspitze (FSQ) ist eine häufig verwendete Kennzahl im Zusammenhang mit der Finanzkraft einer Gebietskörperschaft und gibt an, welcher Betrag nach Deckung aller laufenden Ausgaben für Investitionen zur Verfügung steht.

Die FSQ wird aus dem Finanzierungshaushalt gebildet und zeigt wie schon erwähnt die Investitionsspielräume an bzw. in welchem Ausmaß die operativen Einzahlungen die operativen Auszahlungen inkl. Tilgungen übersteigen.

Eine Gemeinde verfügt nach der Literatur über einen sehr guten finanziellen Spielraum, wenn die FSQ über 15 Prozent liegt: Dieser Wert bedeutet, dass (zumindest) 15 Prozent der operativen Einzahlungen für Investitionen verwendet werden können.

Damit ist die Quote der Freien Finanzspitze ein wichtiger Anhaltspunkt und Gradmesser, ob und in welchem Ausmaß den Kommunen freiverwendbare Finanzmittel für Investitionen zur Verfügung stehen.

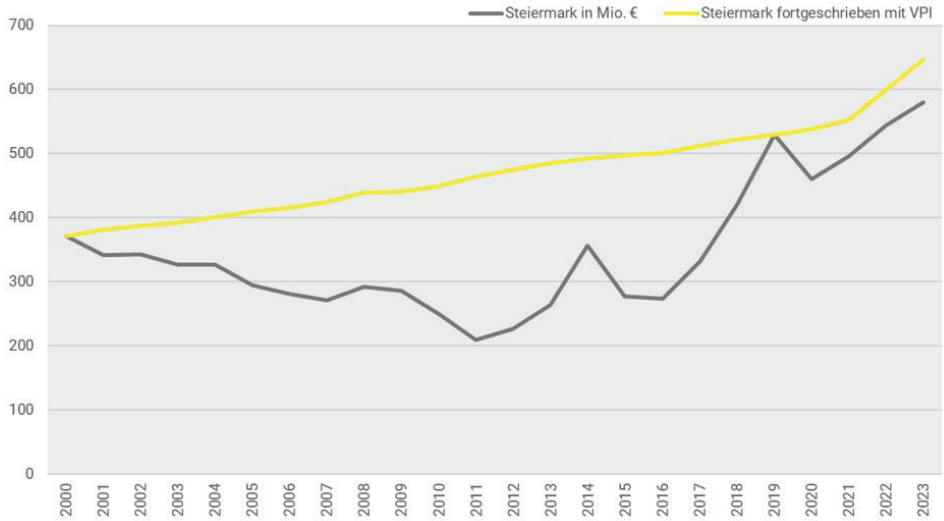


Quelle: STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA; IWS-Darstellung.

Gemeindeinvestitionen Steiermark 2000-2023

Die Entwicklung der kommunalen Investitionen in der Steiermark zeigt – verglichen mit dem Referenzjahr 2000 – bis 2023 keine realen Zuwächse.

Seit dem Jahr 2000 ist somit die Inflation stärker gestiegen als die Investitionen. Bis zum Jahr 2011 hat sich das Investitionsvolumen nicht nur real, sondern auch nominell rückläufig entwickelt. Zwar ist seit 2017 ein sachter Aufwärtstrend bei den kommunalen Investitionen zu erkennen, diese Entwicklung wurde jedoch spätestens durch die Coronakrise im Jahr 2020 gedämpft.

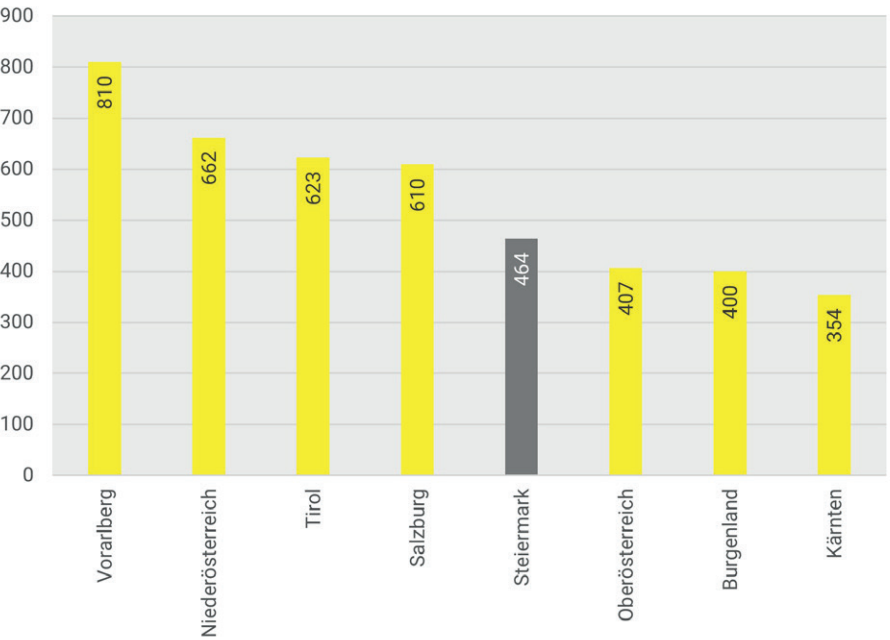


Quelle: STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA; IWS-Darstellung.

Gemeindeinvestitionen pro Kopf nach Bundesländern 2023

Im Bundesländervergleich liegen die steirischen Gemeinden im Jahr 2023 mit 464 Euro Investition pro Einwohner:in im hinteren Mittelfeld.

In Vorarlberg wurden 2023 nahezu doppelt so hohe Gemeindeinvestitionen pro Kopf getätigt.

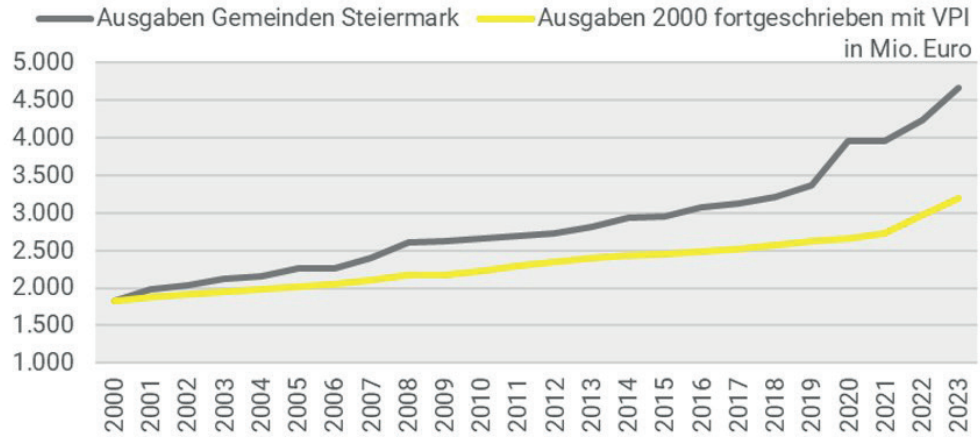


Quelle: STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA; IWS-Darstellung.

Ausgabendynamik steirische Gemeinden 2000-2023

Im Gegensatz zu den Investitionen sind die Auszahlungen generell stärker gestiegen als die Inflation.

Im Jahr 2023 liegen die steirischen Gemeindeauszahlungen bei rund 4,7 Mrd. Euro. Die Gemeindeausgaben sind im Vergleich zum Jahr 2000 nominell um rund 155 % und real um rund 46 % gestiegen.

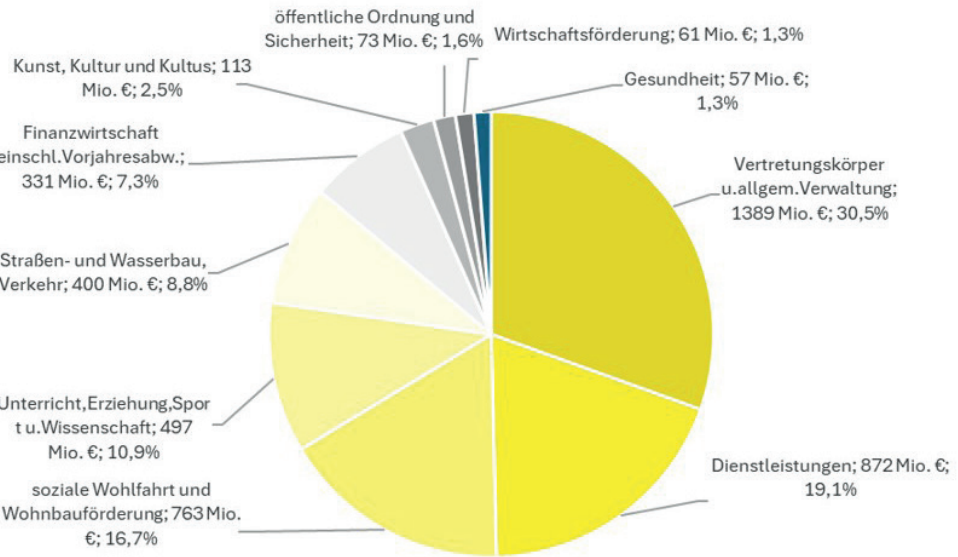


Quelle: STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA; IWS-Darstellung.

Aufwendungen nach Voranschlagsgruppen steirische Gemeinden 2023

Im Jahr 2023 entfällt der größte Anteil an Aufwendungen der steirischen Gemeinden auf die Voranschlagsgruppe Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung (1,4 Mrd. Euro bzw. 30,5%). Dienstleistungen machen mit 872 Mio. Euro 19,1% des Gesamtbudgets aus, danach folgt die soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung mit 763 Mio. Euro und einem Anteil von 16,7%.

Die geringsten Aufwendungen fallen in den Bereichen öffentliche Ordnung und Sicherheit (73 Mio. Euro bzw. 1,6%), Wirtschaftsförderung (61 Mio. Euro bzw. 1,3%) bzw. Gesundheit (57 Mio. Euro bzw. 1,3%) an.



Quelle: STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA; IWS-Darstellung.

Resümee

Die Finanzlage des Landes Steiermark sowie vieler steirischer Gemeinden gestaltet sich zunehmend herausfordernd. Als Ursachen können die vorherrschenden Strukturen, aber auch die aufeinanderfolgenden wirtschaftlichen Krisen und geopolitischen Belastungen genannt werden, die zusammen mit der hohen Inflation und durch die Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Erfüllung der Aufgaben von Land und Gemeinden zu einer Ausgabendynamik und damit zu erheblichen finanziellen Belastungen der öffentlichen Haushalte führen.

Besonders deutlich zeigt sich der Druck in den zentralen Aufgaben des Landes: Gesundheit, Soziale Leistungen, Bildung und die allgemeine Verwaltung verursachen einen stetigen Anstieg an Aufwendungen. Gleichzeitig steigen die Einnahmen – etwa aus dem Finanzausgleich oder aus landeseigenen Abgaben – nicht im gleichen Maße. Die Folge ist ein wachsendes strukturelles Defizit, das die Handlungsfähigkeit des Landes und der Gemeinden zunehmend einschränkt und notwendige Zukunftsinvestitionen erschwert, bisweilen sogar verhindert.

Ein nachhaltig ausgeglichener Haushalt ist jedoch von zentraler Bedeutung – im Sinne der sozialpolitischen Verantwortung sowie auch als Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Eine solide Finanzgebarung ermöglicht antizyklisches Handeln in wirtschaftlich schwierigen Phasen und sichert die Finanzierung öffentlicher Infrastruktur, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sowie wichtiger Umwelt- und Digitalisierungsprojekte. Diese sind ein essentieller und nicht verzichtbarer Wachstumsmotor für die heimische Wirtschaft.

Um der seit Längerem zu beobachtenden Entwicklung der stetig wachsenden Ausgaben und Verschuldung entgegenzuwirken, sind Maßnahmen auf mehreren Ebenen erforderlich. Auf Landesebene braucht es eine konsequente Priorisierung und Fokussierung auf wirkungsorientierte Ausgaben. Dabei sind insbesondere Effizienzsteigerungen, der Abbau von Doppel- und Parallelstrukturen sowie eine klare

Zielorientierung bei Förderungen und Transferleistungen anzustreben. Bestehende Einnahmequellen sollten ebenfalls einer Analyse unterworfen werden und diese auch neue Formen der Eigenfinanzierung – etwa über Beteiligungen oder Gebührenmodelle – prüfen.

Darüber hinaus ist ohne Zweifel auch der Bund als gefordert zu sehen: Eine Reform des Finanzausgleichs könnte wesentlich dazu beitragen, um eine bedarfsgerechte und faire Mittelverteilung zwischen den Gebietskörperschaften sicherzustellen.

Länder wie auch Gemeinden benötigen ausreichende Ressourcen, um ihren gesetzlichen Aufgaben gerecht zu werden und gleichzeitig über zukunftsorientierte Gestaltungsspielräume zu verfügen. Ein konsolidierter Landeshaushalt ist kein Selbstzweck, sondern ein höchst wirksames Instrument, um die Resilienz des Landes zu stärken, Investitionen langfristig zu sichern und die Daseinsvorsorge für die steirische Bevölkerung nachhaltig abzusichern. Finanzpolitische Stabilität ist somit ein wesentlicher Eckpfeiler für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der Steiermark.

Letztlich gilt: **Nur ein konsolidierter Landeshaushalt sichert langfristig die Investitions- und Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand – und ist damit ein elementarer Stabilitätsanker für Wirtschaft und Gesellschaft.**

Literatur- und Datenquellen

Ableitinger, Alfred: Die Arge Alpen-Adria in der Zeit ihrer Gründung 1974–1978 (nach steirischen Quellen). In: Busset, Thomas (Hg.): L’Autriche intérieure – Im Innern Österreichs. Zürich 2005. 147-166.

Absenger, Johannes: Reformpartnerschaft - die Steiermark in Bewegung. Wien 2013 (=Wirtschaftspolitische Blätter 2013).

Anzenberger Werner / Grabuschnig, Anja / Halbrainer, Heimo: Festschrift Arbeiterkammer Steiermark. 100 Jahre Gerechtigkeit. Graz 2020.

ASFINAG (2025)

- www.asfinag.at
- https://asfinag.at/bauen-erhalten/bauprojekte

Bachinger, Karl / Hemetsberger-Koller, Hildegard / Matis, Herbert: Grundriss der Österreichischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Wien 1987.

Beer, Siegfried (Hg.): Die „britische“ Steiermark 1945 – 1955. Historische Landeskommission für Steiermark, Graz 1995.

Beer, Siegfried / Karner, Stefan: Der Krieg aus der Luft: Kärnten und Steiermark 1941 – 1945. Graz 1992.

Bischof, Günter / Stiefel, Dieter: 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948-1998. Wien 1999.

Biwald, Peter, Maimar Alexander (2018): Voranschlag und Rechnungsabschluss Neu. Forum Public Management.

Böhler, Edelstahl, www.boehler-edelstahl.com/de/unsere-geschichte

BP (2022), BP Statistical Review of World Energy 2022.

- https://www.bp.com/content/dam/bp/businesssites/en/global/corporate/pdfs/energy-economics/statistical-review/bp-stats-review-2022-full-report.pdf.

Brandtner, Roland: Stunde der Pragmatiker? Mentaler Wandel im Spiegel von Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung: Das Fallbeispiel Steiermark 1982-2008. MA Uni Graz 2022.

Breuss, Fritz: 100 Jahre österreichische Wirtschaft. Wien 2018 (= WIFO Working Papers 570).

Breuss, Fritz: EU-Mitgliedschaft Österreichs. Eine Evaluierung in Zeiten der Krise. WIFO Österreich, Wien 2013.

Burkert, Günther / Hermann, Nikolaus (Hg.) Geschichte des steirischen Fremdenverkehrs: ein Überblick. Graz 1993.

Butschek, Felix: Österreichische Wirtschaftsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart. Wien – Köln – Weimar 2011.

Butschek, Felix: Statistische Reihen zur österreichischen Wirtschaftsgeschichte. Die österreichische Wirtschaft seit er industriellen Revolution. Wien 1996

Dienes (1987), Die Südbahn: Vom Donauraum bis zur Adria. Leykam-Verlag, Graz-Wien.

E-Control (2025), Online-Quellen

- https://www.e-control.at/documents/1785851/1811582/Systemnutzungsentgelte-Strom-2025.pdf/0bf237aa-dd6b-0a63-cfde-0fcc518f4193?t=1734434125528
- https://www.e-control.at/konsumenten/netz-und-netzbetreiber-in-oesterreich

Energiestrategie 2020. Möglichkeiten und Realitäten von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz in der Steiermark. Vorschläge und Anregungen der steirischen Sozialpartner: AK, IV, LK, WKÖ, ÖGB. o.J. (2009).

Europäische Geldpolitik - Factsheet

- https://europarl.europa.eu/factsheet/de/sheet/86/europaeische-geldpolitik

Europäische Integration, Grundsätze, Fakten und Zahlen, https://european-union.europa.eu/principles-countries-history

Europäische Kommission (2022), Regional Competitiveness Index

- https://ec.europa.eu/regional_policy/information-sources/maps/regional-competitiveness_en

Faßmann, Heinz / Münz, Rainer: Einwanderungsland Österreich? Gastarbeiter - Flüchtlinge - Immigranten. Wien 1992.

Fehrer, Julia: Die Causa Spielberg. Die verwaltungsrechtlichen Aspekte des Motorsportzentrums am A1-Ring in Spielberg sowie des Projektes Spielberg NEU. DA Uni Graz 2009.

Freisitzer, Kurt (Hg.): Tradition und Herausforderung. 400 Jahre Universität Graz. Graz 1985.

Global Petrol Prices – Datenbank (2025)

- https://www.globalpetrolprices.com/electricity_prices/
- https://www.globalpetrolprices.com/natural_gas_prices/

Graz-Köflacher Bergbau und Bahnen

- www.gkb-bergbau.at/bergbaugeschichte

Groß, Robert: Verknappung, Krise und Input. Zur Geschichte der Erdgasabhängigkeit Ostösterreichs. In: Meixner, Wolfgang / Siegl, Gerhard (Hg.) Regionale Wirtschafts- und Sozialgeschichte im Zeitalter Globaler Krisen. Wien 2024.243-271.

Handelskammer Steiermark (1950). 100 Jahre Handelskammer Steiermark. Herausgegeben von der Kammer der gewerblichen Wirtschaft Steiermark Graz 1950.

Hess et al. (2024), Assessment of the Position of North Adriatic Terminals in Container Market Based on Different Indices, Faculty of Maritime Studies, University of Rijeka and University of Zadar

Hösele, Herwig / Miessl: Die Steiermark 1945 – 2015. Eine Erfolgsgeschichte. Graz 2015.

Hwaletz, Otto: Die österreichische Montanindustrie im 19. Und 20. Jahrhundert. Wien-Köln-Weimar 2001.

Iber, Walter M. / Krautzer, Thomas: Steiermark 1985 – 2008: Vom alten Industriegebiet zum modernen Wissensraum. In: Iber, Walter M. / Krautzer, Thomas (Hg.): Wirtschaft und Region. Transformationsprozesse im internationalen Vergleich. Wien 2021. 27-76.

Industriellenvereinigung Steiermark (2024) Masterplan Grüne Energie 2040, IV-Steiermark & Energie Steiermark AG, Graz

Karner, Stefan: Die Steiermark im 20. Jahrhundert. Politik-Wirtschaft-gesellschaft-Kultur. Graz 2005.²

Karner, Stefan: Die Steiermark im Dritten Reich 1938 – 1945. Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung. 3., durchges. Aufl., Graz 1994.

Karner, Stefan: Im Strom der Zeit. 100 Jahre Energie der Steiermark. Die Geschichte der Energie Steiermark. Graz 2021.

Kernbauer, Alois (Hg.): Der Grazer Campus. Universitätsarchitektur aus vier Jahrhunderten. Graz 1995.

Kirschner et al. (2015) Wirtschaftsstandort Steiermark 2015+ - Teil III: Infrastruktur und öffentliche Rahmenbedingungen, Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien

Krautzer, Thomas: Depression und Transformation. Die steirische Entwicklung der letzten Jahrzehnte in Zahlen und Grafiken. In: Iber, Walter M. / Krautzer, Thomas (Hg.): Wirtschaft und Region. Transformationsprozesse im internationalen Vergleich. Wien 2021. 77-104.

Krautzer, Thomas: Die Entwicklung eines Clusters. Ein Praxisführer. Graz – Brüssel 1999.

Krautzer, Thomas: Von der Regionalstudie Obersteiermark zur Gründung der SFG. Die Krise der 1980er-Jahre als Katalysator einer wirtschaftspolitischen Neuorientierung in der Steiermark. In: Hohenwarter Michaela / Iber, Walter M. / Krautzer, Thomas (Hg.): Mensch im Mittelpunkt. Bevölkerung – Ökonomie – Erinnerung. Festschrift für Peter Teibenbacher. Wien 2019. 203-220.

Land Steiermark (2025) Energiebericht 2024, Amt der Steiermärkischen Landesregierung Abteilung 15 – Energie, Wohnbau, Technik, Graz

Land Steiermark (A12) und sbidi, Breitband-Statistiken und Karten.

Landesrechnungshof (2014), Prüfbericht Stromnetz Steiermark GmbH, Graz.

Magna Steyr Produktionszahlen, www.OTS.at/presseaussendung/ Magna Steyr, Herfried Teschl, 5. Mai 2004

Masterplan Grüne Energie 2040. Handlungsfelder und Maßnahmenpakete für die grüne Transformation der steirischen Industrie. Graz 2024.

Matis, Herbert: Österreichs Wirtschaft 1848-1913. Konjunkturelle Dynamik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter Franz Josephs I. Berlin 1972.

Mayer, Erich: Puch Werk II im Wandel der Zeit. Eine steirische Industriegeschichte. Graz 2017.

Meny, Yves, et al.: The Politics of Steel: Western Europe and the Steel Industry in the Crisis Years (1974-1984). Boston 2012.

Münkler, Herfried: Welt in Aufruhr. Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert. Berlin 2023.

ÖBB Infrastruktur AG (2023), Gliederung des Siedlungsraumes gemäß Urban-Rural-Typologie der Statistik Austria (2021) entlang des Eisenbahnnetzes der ÖBB-Infrastruktur (2023).

Österreichische Bundesbahnen Infrastrukturprojekte, https://infrastruktur.oebb.at/de/projekte-fuer-oesterreich/bahnstrecken

Piribauer, Huber (2017), Langfristige Beschäftigungseffekte des hochrangigen Straßennetzes in Österreich. WIFO.

Prettenthaler, Steinegger und Kernitzkyi (2014), 100 Jahre Flughafen Graz - Ein historischer und ökonomischer. Streifzug. In: Wirtschaftspolitische Blätter: Sondernummer Zeitenwende: 100 Jahre Wirtschaft in der Steiermark.

Rechnungshof Bund. Bericht Alpine Ski WM 2013, Investitionen. Wien 2015/16.

Reischl, Gerald: Die AT&S-Story. Wie ein Unternehmen aus der Steiermark das digitale Zeitalter und die Zukunft mitgestaltet. Wien 2016.

Riegler, Josef (Hg.): Die neue Steiermark. Unser Weg 1945-2005. Graz 2005 (= Veröffentlichungen des Steiermärkischen Landesarchivs 33).

Schöpfer, Gerald (Hg.): Phänomen Sozialpartnerschaft. Wien-Köln-Graz 1980.

Schöpfer, Gerald: Von der Nachkriegsbewirtschaftung auf dem Weg zur Vollbeschäftigung. In: Desput, Joseph F.: Vom Bundesland zur Europäischen Region. Die Steiermark von 1945 bis heute. Graz 2004. 311-348.

Seidel, Hans: Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem zweiten Weltkrieg. Wien 2005.

Shell Global Scenarios to 2025. Executive Summary and Excerpts. Shell International Ltd. 2005.

Smil, Vaclav: Wie die Welt wirklich funktioniert. Die fossilen Grundlagen unserer Zivilisation und die Zukunft der Menschheit. München 2023.

StatA, Statistik Austria, www.statistik.at

Statistik Austria: STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA.

Steiner, Michael: Vom Wandel in Vergangenheit und Gegenwart. Die wirtschaftliche Entwicklung der Steiermark seit 1945. In: Ableitinger, Alfred / Binder, Dieter A. (Hg.): Steiermark. Die Überwindung der Peripherie. Wien – Köln – Weimar 2002. 127-235.

Steiner, Michael: Wirtschaft.Steiermark. Zwischen Utopie und Realität. Graz 2020.

Steirische Wirtschaftschronik. Band 1 mit dem Wirtschaftsraum Graz. Steiermark – Wirtschaft im Wandel der Zeit. Graz o.J.

Stiefel, Dieter: Entnazifizierung in Österreich. Wien 1981.

Stiefel, Dieter: Verstaatlichung und Privatisierung in Österreich. Illusion und Wirklichkeit. Wien 2011.

Summer, Franz: das Voest Debakel. Wien 1987.

Synthese internationaler Think-Tanks zu zentralen strategischen Herausforderungen, Arbeiten Kurs Unternehmensstandort und Wettbewerbsfähigkeit, Sommersemester 2024, I:WSU, Uni Graz 2024.

The Triple Shock Facing Europe's Economy, Economist, March 30th 2024 (Vol.450, No9390), 11 und 75.

Tichy, Gunther et al.: Regionalstudie Obersteiermark. Bericht der Gutachter. Im Auftrag des Bundeskanzlers und der Steiermärkischen Landesregierung. Wien, 1982. (= ÖIR 640.2.)

Voestalpine Geschichte, www.voestalpine.com/group/de/konzern/ueberblick/historie

WIBIS, Wirtschaftliches Bericht- und Informationssystem Steiermark, www.wibis-steiermark.at

WIFO Monatsberichte, Historisches Volltextarchiv ab 1927, https://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/MOBE_HTML

WIFO Publikationen und Monatsberichte aktuell, https://www.wifo.ac.at/publikationen/

Wirtschaftsbericht Steiermark 2023. Land Steiermark A12 (Hg.) Graz 2024.

Wirtschaftsstandort Steiermark 2015+. Teil 1: Regionale Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich. Herk, Josef / Dernoscheg, Karl-Heinz (Hg.) sowie WIFO, JR, WKÖ. Graz 2015.

Wirtschaftsstandort Steiermark 2015+. Teil 2: Zentrum vs. Peripherie – Die Zukunft der steirischen Regionen. Herk, Josef / Dernoscheg, Karl-Heinz (Hg.) sowie WIFO, JR, WKÖ. Graz 2015.

Wirtschaftsstandort Steiermark 2015+. Teil 3: Infrastruktur und öffentliche Rahmenbedingungen. Herk, Josef / Dernoscheg, Karl-Heinz (Hg.) sowie WIFO, JR, WKÖ. Graz 2015.

WKÖ Steiermark (Hg.): Top of Styria. Das einmalige Wirtschaftsmagazin 2023.

